DER SPIEGEL



Der iKult

Wie Apple die Welt verführt

PRINTED IN GERMANY

Türkei TL 13,– Ungarn Ft 1.500,–
Spanien € 4,90 Spanien / Kanaren € 5,10 Thailand Baht 430,– Tschech. Republik Kc 170,–
Portugal (cont.) € 4,90 Schweden skr 58,– Slowakei € 6,10 Slowenien € 5,10
Japan (inkl. tax) Yen 1.628,– Malta € 5,40 Norwegen NOK 57,– Polen (ISSN 00387452) Zl 25,–
Griechenland € 5,50 Großbritannien £ 4,50 Hongkong HK$ 75,– Italien € 4,90
BeNeLux € 4,30 Dänemark dkr 41,– Finnland € 6,40 Frankreich € 4,90
Österreich € 4,10
Schweiz sfr 7,10

www.spiegel.de

Hausmitteilung

26. April 2010 **Betr.: Afghanistan, Vulkan, Iran**



Seit achteinhalb Jahren führt der Westen Krieg in Afghanistan, doch das Land ist weder politisch stabil, noch wird es ordentlich regiert. Die Isaf-Truppen bereiten gerade eine weitere große Operation gegen die Taliban vor, der Konflikt am Hindukusch steuert auf eine entscheidende Phase zu. Zweifel wachsen überall, in Deutschland lehnt die Mehrheit der Bevölkerung den Krieg ab. Auch in der SPIEGEL-Redaktion ist das Engagement der Bundeswehr umstritten. Es gibt gute Gründe für die Fortführung des Krieges, für die Redakteur Gerhard Spörl, 60, vor zwei Wochen plädierte. Es gibt aber auch gute Gründe, den Krieg für gescheitert zu halten und für den Rückzug einzutreten. Nur eines gibt es nicht: die absolute Gewissheit, was in diesem historischen Augenblick richtig und was falsch ist. Mit einer Serie von Beiträgen zur Debatte schildert und bewertet der SPIEGEL von dieser Woche an den Konflikt. Zu Wort kommen SPIEGEL-Redakteure, aber auch internationale Experten. Die Serie beginnt mit einem Kommentar der Reporterin Barbara Supp, 51. Ihr Urteil: „Der Krieg in Afghanistan ist ein Irrweg“ (Seite 25).


CHRISTOPHER LUND

Dworschak (r.), Forscherinnen in Island

Manche Recherchen werden akribisch vorbereitet, andere aus der Not geboren. Als SPIEGEL-Redakteur Manfred Dworschak, 50, vorvergangenen Donnerstag mit einem der letzten Flüge von Frankfurt am Main nach Island aufbrach, war nicht absehbar, dass er wegen des Flugverbots in Europa sieben Tage dort bleiben musste. Dworschak nutzte die Gelegenheit, um nicht nur die Aschewolke vor Ort, sondern auch die Arbeit der Vulkanforscher zu beobachten. Die Wissenschaftler, sagt er, seien „ganz aus dem Häuschen“ gewesen beim Sammeln von Asche- und Schmelzwasserproben an dem noch immer rumpelnden Berg. Die Redakteure Simone Kaiser, 31, Wolfgang Reuter, 44, und Gerald Traufetter, 37, indes fanden heraus, dass das Flugverbot zwar heftig kritisiert wurde – die Luftfahrtindustrie die Einrichtung eines wirksamen Frühwarnsystems aber seit Jahren unterlaufen hatte. Nikolaus von Festenberg, 63, schildert in einem launigen Resümee der Asche-Tage: „Was passiert, wenn uns der Vulkan attackiert“ (Seiten 146, 149, 142).

Die beiden Aufpasser, die das Haus des iranischen Oppositionsführers Mahdi Karrubi, 72, bewachen, verrichten ihr Tagwerk meist zur Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten. Konsequent schirmen sie den prominenten Reformkleriker gegen Besucher ab. SPIEGEL-Redakteur Dieter Bednarz, 53, aber erhielt einen diskreten Hinweis darauf, dass die Wachen an einem Abend gegen 22 Uhr abgezogen worden waren. Bis Mitternacht sprach er mit dem Mann, der bei der manipulierten Präsidentenwahl im Juni 2009 Mahmud Ahmadinedschad, 54, unterlegen war. „Karrubi ist ein ungebrochener Kämpfer“, sagt Bednarz, „die in Teheran unter Oppositionellen verbreitete Angst vor dem Regime hat ihn nicht erfasst“ (Seite 102).



Karrubi, Bednarz in Teheran

In diesem Heft

Milliardengrab Athen

Seite 22


OLIVIER HOSLET / DPA

Sarkozy, Papandreou, Merkel

Griechenlands Regierungschef Georgios Papandreou hat in Brüssel und beim IWF um milliardenschwere Finanzhilfen gebeten. Für Europas Polit-Elite wie Angela Merkel und Nicolas Sarkozy beginnt damit ein Spiel mit ungewissem Ausgang. Die Angst vor einem ökonomischen Flächenbrand im Euro-Raum wächst.

Die Stunde der Außenseiterin

Seite 28

Hannelore Kraft hat einen erstaunlichen Aufstieg geschafft. Lange wollte niemand der nordrhein-westfälischen SPD-Spitzenkandidatin Chancen bei der Landtagswahl am 9. Mai zugestehen. Inzwischen ist das Rennen offen.

Attacke auf die Wall Street

Seite 94

US-Präsident Barack Obama hat der Wall Street den Kampf angesagt. Die Klage der Börsenaufsicht SEC gegen Goldman Sachs liefert ihm dafür gute Argumente – und bringt die Investmenbanker in die Defensive.


PAUL LANGROCK / ZENIT / LAIF

Strom aus der See

Seite 46

Erneuerbare Energien verdrängen fossile Brennstoffe wie Öl und Kohle. In dieser Woche wird der erste deutsche Offshore-Windpark in der Nordsee eingeweiht. Eine SPIEGEL-Serie beschreibt die Zukunft der Energieversorgung.

Das Schaufenster Chinas Seite 112

Die Expo von Shanghai, die am 1. Mai beginnt, soll nach dem Willen der KP alles Dagewesene in den Schatten stellen. Aber sie zeigt auch die sozialen und politischen Konflikte der neuen Supermacht.

DYCJ / IMAGINECHINA / LAIF

Der Fluch der Vulkanasche Seite 146

Die von einem isländischen Vulkan stammende Aschewolke verflüchtigte sich rascher als gedacht. Hätten sich Airlines und Flugzeughersteller rechtzeitig auf Grenzwerte geeinigt, wären die tagelangen Flugverbote vermeidbar gewesen.

Neustart für die Berliner Philharmoniker Seite 130

Sie sind eines der besten Orchester der Welt – und doch fürchten die Berliner Philharmoniker, den Anschluss ans Medienzeitalter zu verpassen. Ein Ex-Fernsehproduzent soll nun das Elite-Ensemble fit für die Zukunft machen.

Das Geheimnis hoher Quoten Seite 160

Seit Epen wie „Die Flucht“ oder „Dresden“ gilt Nico Hofmann als einer der erfolgreichsten Produzenten des deutschen Event-Fernsehens. Doch kürzlich erlebte auch er einen Flop. Nun räsoniert er im SPIEGEL-Gespräch über die Ungeduld der Zuschauer und das Geheimnis hoher Quoten.

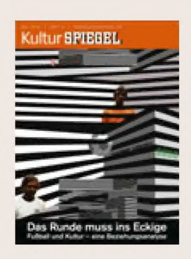
Szene aus „Dutschke“

JOCHEN ROEDER / ZDF

Titelbild: Foto Axel Martens für den SPIEGEL

Tor! Tor! Tooor!

Die Zeit der intellektuellen Überhöhung des Fußballs ist vorbei: In Büchern zur WM geht es wieder um den Ball. Außerdem im Kultur-SPIEGEL: der Missbrauchsfilm „Postcard to Daddy“.





SPIEGEL-Titel 16/2010

„Es stellt sich die Frage: Wie viele Zinksärge kann diese Republik ertragen? Die Bundesregierung muss den Soldaten und auch den Bürgern endlich die Wahrheit sagen."

Susanne Brethauer aus Dortmund zum Titel „Im Krieg – Deutsche Soldaten über das Töten und Sterben in Afghanistan"

Das „Merkelgrad" der Kanzlerin

Nr. 16/2010, Titel: Im Krieg – Deutsche Soldaten über das Töten und Sterben in Afghanistan

Was in Deutschland passiert, ist mit der Haltung von Polizisten vergleichbar, die zwar Verkehrssünder mit aller Härte bestrafen, aber Bankraub meiden sollen, weil dort geschossen wird und sie dann nicht zurückschießen dürfen. Und wenn, dann haben sie sich in einem komplizierten Verfahren dafür zu verantworten, weshalb sie von der Schusswaffe Gebrauch gemacht haben, und zum Schluss wird der tote Gangster noch bedauert. Entweder Deutschland geht raus aus Afghanistan, oder es führt Krieg, wie man einen Krieg eben führt: mit den besten Waffen, der besten Ausbildung seiner Soldaten und größter Härte.

BERLIN BERNHARD MACKOWIAK

Die afghanische Armee kann gar nicht allein die Kontrolle übernehmen, denn es gibt nicht genug qualifizierte afghanische Soldaten. Es fehlt inzwischen auch eine gut gebildete Schicht, die Grundlage jeder funktionierenden Gesellschaft ist, da die Mittelschicht inzwischen entweder umgekommen oder ins Ausland geflüchtet ist. Entweder wird man den Taliban das Land als Beute überlassen müssen, oder man kann sich auf einen jahrzehntelangen Militäreinsatz mit entsprechenden menschlichen und finanziellen Verlusten einstellen.

HAMBURG DR. KARSTEN STREY

Die Bundeswehr führt einen „Höflichkeitskrieg" – aus Höflichkeit der Allianz gegenüber. Die Anwesenheit in Afghanistan wird keine Terroranschläge in Deutschland verhindern – eher im Gegenteil.

FREISING (BAYERN) PETER PORATH

Ich habe die deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan immer abgelehnt. Die sehr kurz gefasste Begründung lautet: Für keinen meiner drei Enkelsöhne fände ich ein Argument, das Risiko des Tötens oder des Todes dort oder woanders zu suchen. Und die Freundschaft zu den USA empfinde ich als zu vage ausgeprägt. Ich empfehle den Politikern, ihre den Krieg bejahenden Überzeugungen an den nahestehenden Verwandten zu erproben.

ANNABERG-BUCHHOLZ (SACHSEN) DR. BERND-ULRICH MACIEJEWSKY



FABRIZIO BENSCH / REUTERS

Bundeswehrsoldaten bei Kunduz
Erschreckende historische Parallelen

Der Westen wollte Demokratie, Menschen- und insbesondere Frauenrechte mittels Militär nach Afghanistan bringen, obwohl das britische Empire und die Sowjetunion dort gescheitert waren. Jetzt bleibt uns nur, diese humanitären Errungenschaften in unseren Heimatländern anzubieten für diejenigen Menschen in Afghanistan, welche dies wünschen. Danach sollte der militärische Rückzug erfolgen. Ansonsten werden wieder viele Enttäuschte vor der US-Botschaft stehen, wenn die letzten Hubschrauber abheben und das Land rückerobert wird.

WITZENHAUSEN (HESSEN) PHILIPP SCHMAGOLD

In Afghanistan geht es zu wie im Teutoburger Wald, mit einer erschreckenden Parallele zu den historischen Ereignissen: Eine Besatzungstruppe zieht durch vermeintlich ruhiges Gebiet und wird durch zahlreiche Angriffe aus dem Hinterhalt fast vollständig aufgerieben. Nur der Rückzug Roms aus dem besetzten Gebiet verhinderte letztlich weitere Todesopfer.

NECKARSULM (BAD.-WÜRTT.) DR. MARTIN KRÜGER-MICHELS

In Afghanistan lag seinerzeit das Interesse der freien Welt in der Zerschlagung der Strukturen der Taliban und al-Qaidas. Nationbuilding in einem archaischen Stammesland war und ist Unsinn und nur der political correctness geschuldet. Als Konservativer bin ich für den zügigen Abzug unserer Soldaten. Das ist mir ein wahres „Herzensanliegen". Afghanistan wird zum „Merkelgrad" der Kanzlerin.

MÜLHEIM A. D. R. JOCHEN HARTMANN

Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung sind gegen den Einsatz, aber Regierung wie Opposition verweigern sich einer ehrlichen Debatte. Man klammert sich an Phrasen und verdrängt das Thema, denn es ist bisher nicht wahlentscheidend. Solange die Priorität auf finanziellen Wohltaten für diese oder jene Klientelgruppe liegt und nicht auf dem Umgang der Politik mit der Frage nach Sinn oder Unsinn des Einsatzes, wird sich daran nichts ändern.

POTSDAM MARTIN HENNIGER

Von Obama lernen

Nr. 15/2010, Bundeskanzlerin: Angela Merkel liebt Amerika, tut sich aber schwer mit Barack Obama

Das Hauptziel Angela Merkels besteht im Machterhalt. Politische Ziele kommen bei ihr erst an zweiter Stelle. Deshalb versucht sie auch im Wahlkampf, nicht allzu sehr in die Offensive zu gehen. Im Gegensatz zu Barack Obama schläfert sie die Leute ein, sie greift nicht an und bietet selbst wenig Angriffsfläche. Die Bundeskanzlerin kann von Präsident Obama lernen, wie man Menschen begeistert und für zunächst unpopuläre Ziele kämpft. Das wäre ein Segen für die deutsche Demokratie.

DRESDEN ANDREAS MEISSNER



Ist es verwunderlich, dass Obama angesichts der gewaltigen Herausforderungen, die er zu bewältigen hat, einem kleinen Partner, dessen Freundschaft ohnehin beinahe unerschütterlich ist, nicht die höchste Priorität in seinen Überlegungen einräumt? Kanzlerin Merkel kann Obama bei der weltpolitischen Konfliktlösung wenig mehr anbieten als ihren Einfluss auf den europäischen Meinungsbildungsprozess. Den sollte er aber nicht unterschätzen.

POTSDAM STEVE ALTER


MARIJAN MURAT / DPA

US-Präsident Obama, Kanzlerin Merkel
Für eine Freundschaft prädestiniert

Amerika ist im guten Sinn europäischer, als Amerikaner und Europäer im Allgemeinen denken, und beide sind für eine gegenseitige Freundschaft auf gleicher Höhe prädestiniert. Für Amerikaner ist diese Freundschaft aber nur dann wirklich gewinnbringend, wenn Europa einig auftritt, sich seiner Geschichte, Tradition, Eigenständigkeit, seiner Kraft und Stärke bewusst ist und nicht naiv um Führung bettelt und devot um widerspruchslose Unterordnung bemüht ist.

WIEN DR. ERICH SCHÄFER

Zwischen Brecht und Beckett

Nr. 15/2010, Affären: Die Selbstbedienungsmentalität des früheren Treberhilfe-Chefs Harald Ehlert

Selbst Bettlerkönig Peachum in Bert Brechts „Dreigroschenoper" erscheint als fürsorglicher Sozialarbeiter gegen Harald Ehlert, den skrupellosen Berliner Chef der Obdachlosenhilfe. Ein Artikel wie dieser ist auch ein Beleg für einen notwendig starken Staat mit genügend Manpower, um die Verwendung öffentlicher Gelder zu kontrollieren und Missbrauch zu verhindern.

ULM MANFRED J. MÜLLER

Dies ist die irrwitzigste Geschichte, die ich seit langem gelesen habe – sie könnte von Samuel Beckett stammen.

MÜNCHEN BERND BOECK

Das Ziel dieses Herrn scheint übersehen worden zu sein. Er will als Unternehmer Gewinne machen, auch oder gerade für sich selbst. Ausschließliche, selbstlose Hilfe hat ab einer gewissen Größenordnung selten Aussicht auf Erfolg oder gar Bestand.

KOBLENZ RUDOLF KOWALSKI

Auszug aus den Ghettos

Nr. 15/2010, Sexualität: Die schwule neue Welt

Ihr Bericht erzeugt den Eindruck, als wären alle Heteros unsensible Testosteron-Bündel, jederzeit zur Gewalt bereit und nicht so feinsinnig wie Homosexuelle. Vielfach sorgen schwule Männer mit ihrem übertrieben gezierten Verhalten selbst für Gekicher. Wenn Homosexualität normal ist, kann man sich doch normal verhalten.

HANNOVER CHRISTA LISSEY

Herzlichen Dank für den Artikel. Ich bin überzeugt, dass die Normalisierung homoerotischer Beziehungen voranschreiten wird. Schwule Lebensweisen werden die Ghettos der Großstädte verlassen und in die Lebenswirklichkeit der Fläche einziehen. Wir erleben gerade den Anfang einer Entwicklung, an deren Ende Homosexualität eine Option sexueller Identität darstellen wird, nicht mehr und nicht weniger.

HAMBURG ROLF REDLIN

Es muss Ziel der Homo- ebenso wie der Heterosexuellen sein, dass die sexuelle Identität keine Rolle spielt und allenfalls als „uninteressante" Eigenschaft wahrgenommen wird, damit eine Einordnung in Schubladen und Ängste, Aggressionen, Outings nicht mehr vorkommen.

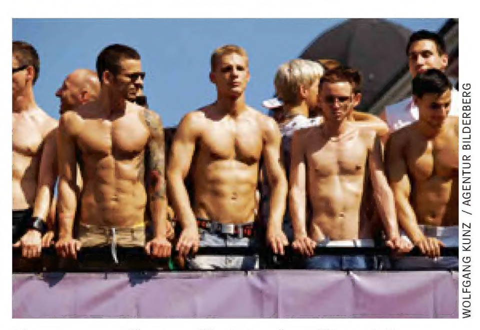
SCHNEVERDINGEN (NIEDERS.) CHRISTIAN WILDTRAUT

In dem Artikel wird uns eine heile, schwule Gesellschaft vorgeführt, in der Outing fast leicht erscheint. Wo bleibt die Darstellung der Qual derer aus den einfachen Kreisen? Wo man ständig der Angst ausgesetzt ist, ob man sich richtig, männlich genug verhält, was viel Energie kostet.

DÜSSELDORF GERHARD MÖNTMANN

Wie so oft kommen fast nur Männer zu Wort, die eine schwule Schicht repräsentieren, nämlich die der erfolgreichen Trendsetter oder der Partymacher. Fragen Sie doch mal Polizisten oder Soldaten. Und wo bleibt die alltägliche Gewalt? In Berlin gibt es Bezirke, in denen es fast lebensgefährlich ist, als gleichgeschlechtliches Paar auf die Straße zu gehen.

BERLIN BERTHOLD FORSSMAN


WOLFGANG KUNZ / AGENTUR BILDERBERG

Homosexuelle am Christopher Street Day
Nur eine schwule Schicht repräsentiert?



Faksimile der ersten Bibel-Ausgabe von 1534
Unkompliziert, unempfindlich, langlebig

Alles auf einmal überall

Nr. 15/2010, Essay: Ferdinand von Schirach über das iPad und die Zukunft des Lesens

Ich bin Buchhändlerin. Ihre Begeisterung, Herr von Schirach, für das iPad in allen Ehren – im Grunde machen Sie einer ganzen Branche den Garaus. Überlegen Sie einmal die Folgen für die Lesekultur, wenn die kleinen Buchhandlungen sterben, die ein wesentlicher Bestandteil des kulturellen Lebens sind, die aktive Leseförderung betreiben, in denen man Entdeckungen machen kann – und das ohne für ein paar hundert Euro ein teures Gerät kaufen zu müssen. Vor Tausenden Jahren wurde der Löffel erfunden, bis heute ist er nicht verbesserbar. Ich denke, mit Büchern ist es genauso.

HELLSCHEN-HERINGSAND-UNTERSCHAAR (SCHLESW.-HOLST.) GABRIELE SCHELLER

Das iPad ist nicht die Zukunft des Lesens, sondern die Zukunft der zensierten Berieselung. Ich habe kein Interesse daran, alles auf einmal überall zu haben. Wenn ich unter Menschen bin, interessiert mich das Echte, das um mich geschieht, nicht das Virtuelle. Ich möchte nicht den ganzen Tag auf einen Bildschirm starren! Von Schirach behauptet, wir könnten die Dinge, die wir selber kreieren, nicht aufhalten. Wie bitte? Nur wer sich gehenlässt, kann die Dinge nicht aufhalten!

HAMBURG DAVID MALECKI

Als leidenschaftlicher Analog-Leser möchte ich dem klugen Essay nur bedingt zustimmen. Eine Zeitung wird sich nie auf dem iPad erzeugen lassen, ebenso wenig wie das genüssliche Gefühl, ein Buch zu lesen.

WESSLING (BAYERN) JOACHIM KEHR

Was für mich auf ewig für Bücher und Zeitschriften spricht, das ist ihre unkomplizierte Handhabung, ihre Unempfindlichkeit, aber auch ihre Langlebigkeit. Wer will ins Freibad schon ein hochempfindliches iPad mitnehmen? Da ist doch ein Taschenbuch besser, das kann nass werden, da kann auch Eis draufkleckern, und trotzdem ist es lesbar. In hundert Jahren wird das iPad zudem veraltet sein – aber das alte, verknautschte Taschenbuch kann man dann immer noch lesen.

BERLIN GUDRUN RUPP

Mir graut vor einer Welt, in der ich gelangweilt Bahn fahren darf, weil mein iPad nicht aufgeladen ist und kein Bäcker und Kiosk mehr Zeitungen verkauft. Es wird auch künftig Menschen geben, denen von stundenlangem Starren auf einen Bildschirm die Augen schmerzen.

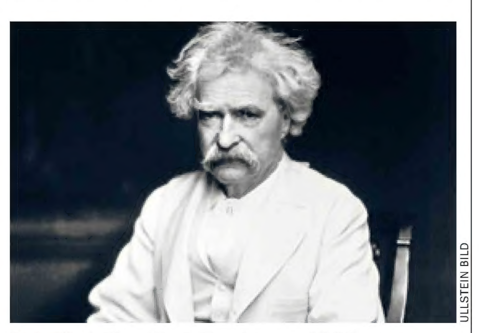
HAMBURG MARTIN HEINEMANN

Beschwerdeloses Inhalieren

Nr. 15/2010, Autoren: Das Erbe des großen US-Schriftstellers Mark Twain

Das Desaströse und Hoffnungslose an den Lebensbedingungen der Durchschnittsbevölkerung im Amerika des Mark Twain hat sich also in hundert Jahren kaum verändert – eher noch zugenommen mit der zusätzlich aufgebuckelten Umweltproblematik. Große Klarsichtige wie Mark Twain kann die Welt nie genug haben – heute brauchten wir ihn mehr denn je. Vom Leben wusste er viel und vom Schreiben vermutlich alles. Ein Mark-Twain-Ausspruch hat mich da für immer belehrt, und dafür bin ich ihm ewig dankbar: Das Schreiben sei eigentlich ganz einfach, man müsse nur alles Überflüssige weglassen.

BORKWALDE (BRANDENB.) GABRIELE VOTAVA



Schriftsteller Mark Twain, um 1900
Heute brauchten wir ihn mehr denn je

Ein toller Artikel, der einem den amerikanischen Way of Life von früher und heute beschwerdelos inhalieren lässt und dabei die Parallelen und Probleme der aktuellen US-Gesellschaft nicht idealisiert.

KÖLN LUCA BALZER

Matussek hat mich mit seinem „guten Amerikaner“ begeistert. Auch ich würde mich mit einer Flasche Rotwein verziehen und ausrufen: „Heavens, was ist los mit Amerika!“ Die Pausen, so Mark Twain, seien das Wichtigste. Übermitteln Sie doch bitte diese Weisheit unserem Außenminister als Leitfaden für seine Reden.

KÖLN INGRID RETKOWSKI-SCHOMERUS

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

Gefangene in Guantanamo

JOHN MOORE / GETTY IMAGES

GUANTANAMO-HÄFTLINGE

Bundesregierung spielt auf Zeit

Die Bundesregierung hat die Entscheidung über die Aufnahme von Guantanamo-Häftlingen auf Mai vertagt. Eine verbindliche Antwort an die US-Regierung werde es voraussichtlich erst nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai geben, heißt es in Regierungskreisen. Hintergrund ist die bisherige Weigerung unionsgeführter Bundesländer, sich an der Aufnahme zu beteiligen. An dieser Haltung werde sich vor der Landtagswahl öffentlich nicht mehr viel ändern, um den Wahlkampf nicht zu belasten. Deshalb hat der zuständige Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) bislang darauf verzichtet, offizielle Anfragen an seine Länderkollegen zu richten; auch die Gespräche mit den Amerikanern ziehen sich hin. Mehrere sozialdemokratisch geführte Bundesländer wie Brandenburg haben bereits signalisiert, dass sie die Aufnahme unterstützen könnten – allerdings nur, wenn sich mindestens ein Unions-Innenminister beteiligt. De Maizière möchte die strittige Entscheidung spätestens im Umfeld der Innenministerkonferenz am 27. Mai in Hamburg geklärt haben. Im März hatte eine deutsche Delegation drei Häftlinge in Guantanamo besucht und sie nach ihrer Lebensgeschichte befragt (SPIEGEL 13/2010). Der Jordanier Ahmed Mohammed al-Shurfa, der Syrer Mahmud Salim al-Ali und der Palästinenser Mohammed Tahamuttan sind von der US-Regierung zur Entlassung vorgesehen, weil sich die Vorwürfe gegen sie nicht erhärtet haben. Auch Berlin fand keine Belege, dass Gefahr von ihnen ausgehen könnte. Ende vergangenen Jahres hatte der US-Sonderbeauftragte Daniel Fried eine Liste mit den Namen von neun Häftlingen übergeben, die Deutschland aufnehmen könnte.



MICHAEL HANSCHKE / DPA

De Maizière

KOALITION

Seehofer besteht auf Steuersenkung 2011

In der Union ist neuer Streit über den Kurs in der Steuerpolitik entbrannt. CSU-Chef Horst Seehofer beharrt trotz gegenteiliger Pläne im Kanzleramt auf einer steuerlichen Entlastung der Bürger schon im kommenden Jahr. „Wir müssen solide Haushaltspolitik und Steuerentlastung unter einen Hut bringen und schon 2011 bei der Steuer mit dem Abbau der kalten Progression anfangen“, sagt der bayerische Ministerpräsident und fügt hinzu: „Was vor der Wahl versprochen wurde, ist auch nach der Wahl zu halten.“ Die Worte sind auch als Mahnung an Angela Merkel gedacht. Im Kanzleramt wird derzeit erwogen, im kommenden Jahr ganz auf eine Steuerentlastung zu verzichten und lediglich einfachere Regeln im Steuerrecht durchzusetzen. Auch die jüngsten Konzepte der FDP sehen vor, die Steuern erst im Jahr 2012 zu senken. Seehofer lehnt das ab. In internen Sitzungen verwies er darauf, dass Union und FDP im Koalitionsvertrag den Bürgern mehr Netto vom Brutto versprochen hätten. Diese Zusage müsse das schwarz-gelbe Bündnis nun auch einhalten. Er ließ deshalb seinen Finanzminister Georg Fahrenschon ein Konzept ausarbeiten, das eine moderate Steuerentlastung von 2,5 Milliarden Euro vorsieht und das schon zum 1. Januar 2011 in Kraft treten könnte.

VERBRAUCHER

Aigner trifft Google

Ilse Aigner, CSU, als Bundesverbraucherschutzministerin schärfste Google-Kritikerin im Kabinett, wird in Kürze mit Repräsentanten des Internet-Konzerns zusammentreffen. Bei dem Gespräch soll es vor allem um das von Google derzeit vorbereitete Angebot Street View gehen. Im Rahmen dieses Projekts lässt das Unternehmen auch in Deutschland Straßen und Häuser fotografieren und erfasst zugleich private W-Lan-Basisstationen der Computer-Nutzer. „Was den Schutz personenbezogener Daten betrifft, lässt Google leider jede Sensibilität vermissen", sagt Aigner. Die Informationspolitik des Konzerns sei „eine Zumutung". Sie wolle nun wissen, „welche personenbezogenen Daten von Google gespeichert werden, wie sie vernetzt und vermarktet werden. Bisher hat sich Google um eine Antwort gedrückt". Das Unternehmen entgegnet, aus der Datenerfassung nie ein Geheimnis gemacht zu haben, auch nicht in Bezug auf W-Lan: „Diese Daten sind anonym", so ein Google-Sprecher, „und die Erhebung ist rechtmäßig". Das bezweifelt Aigner, jetzt müsse geprüft werden, ob Googles Vorgehen „rechtlich überhaupt zulässig ist". Sie appelliert an die Bürger, bei Google Widerspruch dagegen einzulegen, dass Bilder ihrer Wohnungen, Gärten und Häuser „für alle Welt einsehbar ins Internet gestellt und mit anderen Daten verknüpft werden". Der US-Konzern müsse die Zusage einhalten, sämtliche Widersprüche zu berücksichtigen, und die betroffenen Gebäude, Hausnummern, Autokennzeichen und Passanten „vollständig unkenntlich" machen: „Vorher darf der Dienst für Deutschland nicht ans Netz gehen."



MICHAEL KAPPELER / DDP

Kamerawagen von Google Street View in Berlin

EU-BEITRITT

Özkan gegen Türkei-Kurs der CDU


NIGEL TREBLIN / DDP

Özkan

Die neue niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan (CDU) stellt sich in der Frage des EU-Beitritts der Türkei gegen die Linie ihrer Partei: „Die Beitrittsverhandlungen sollen weiter ergebnisoffen betrieben werden", fordert die türkischstämmige Hamburgerin. Sie sollten „nicht durch Diskussionen gestört werden, die versuchen, das Ergebnis vorwegzunehmen". Deswegen sei sie „dagegen, der Türkei nur eine privilegierte Partnerschaft anzubieten". Özkan ist die erste türkischstämmige Ministerin in Deutschland. Persönlich sei sie zum heutigen Zeitpunkt weder für noch gegen den Beitritt Ankaras: „Ob am Ende der Verhandlungen die Türkei noch in die EU will oder die EU die Türkei aufnehmen kann, wissen wir heute schlichtweg nicht." Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel lehnt eine Vollmitgliedschaft der Türkei ab. Als Kanzlerin wurde sie bisher von den Koalitionspartnern SPD und FDP gedrängt, die Verhandlungen „als Prozess mit offenem Ende" zu führen.

LINKE

Ost-West-Konflikt

Auf ihrem Parteitag Mitte Mai in Rostock droht der Partei Die Linke ein Ost-West-Konflikt um Posten und Finanzen. Neben dem Streit über die künftigen Doppelspitzen beim Vorsitz und der Geschäftsführung herrscht in den östlichen Landesverbänden auch Unmut über die Zahlungsmoral der Mitglieder im Westen. Laut einer internen Aufstellung zahlen die Mitglieder im Osten deutlich höhere Beiträge als die Genossen im Westen: Im Osten lag der Monatsschnitt 2008 bei 13,64 Euro, im Westen bei 5,59 Euro. Spitzenreiter ist der Landesverband Berlin mit rund 17 Euro, Schlusslicht der Heimatverband des Noch-Vorsitzenden Oskar Lafontaine: Aus dem Saarland fließen durchschnittlich nur 2,78 Euro pro Mitglied und Monat in die Parteikasse. Von den fast zehn Millionen Euro, die die 76 000 Mitglieder als Beitrag geleistet haben, kamen über acht Millionen aus den neuen Ländern. Fraktionschef Gregor Gysi fordert deshalb, „dass sich die Zahlungsmoral im Westen deutlich verbessern muss". Gleichzeitig warnt er vor einem zu großen Übergewicht an Vorstandsmitgliedern aus dem Westen in der künftigen Führung: Für die 44 Posten im erweiterten Vorstand, der auf dem Parteitag gewählt wird, hätten sich bisher nur acht Bewerber mit ostdeutschen Biografien beworben. „Das repräsentiert nicht die Verhältnisse in unserer Partei", warnt Gysi.

GORLEBEN

Regierungsakten im Internet

Zentrale Regierungsakten, die der Untersuchungsausschuss des Bundestages zum Atommüll-Endlager Gorleben noch als Beweismittel beantragen will, sind im Internet frei verfügbar. Es handelt sich dabei im Kern um einen Bericht aus dem vergangenen Herbst, den der damalige Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) dem Bundeskabinett vorgelegt hatte. Er kam darin zum Ergebnis, die Kohl-Regierung habe 1983 politischen Einfluss auf die Entscheidung genommen, sich bei der Suche nach einem nuklearen Endlager auf Gorleben zu konzentrieren. Allerdings wurde der Bericht des Ministers vom Kabinett nicht gebilligt. Gabriel machte ihn darauf als „Entwurf“ öffentlich. Er steht noch immer auf der Homepage des mittlerweile CDU-geführten Bundesumweltministeriums. Außerdem können weitere 22 Anlagen heruntergeladen werden, darunter interne Regierungsdokumente wie ein Kabinettsbeschluss, Leitungsvorlagen für den damaligen Bundeskanzler oder das handschriftliche Protokoll einer Sitzung mehrerer Regierungsvertreter 1983. Akten also, die in vergleichbaren Untersuchungsausschüssen schon mal als vertraulich eingestuft oder den Parlamentariern sogar gelegentlich komplett vorenthalten wurden.

BUNDESWEHR

Zwei-Sterne-General nach Afghanistan

Generalmajor Hans Werner Fritz soll im Frühsommer neuer Regionalkommandeur der internationalen Schutztruppe Isaf für das Einsatzgebiet der Bundeswehr in Nordafghanistan werden. Mit der Ernennung des 56-jährigen Zwei-Sterne-Generals, der derzeit die Division Spezielle Operationen in Regensburg befehligt, reagiert das Verteidigungsministerium von Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) auf die gewachsenen Führungsaufgaben im deutschen Einsatzgebiet – ausgelöst durch die Stationierung von rund 5000 zusätzlichen US-Soldaten an den Bundeswehrstandorten. Isaf-Chef Stanley McChrystal hatte bei seinem Berlin-Besuch zugesagt, alle US-Soldaten dem deutschen Kommandeur des Regional Command North zu unterstellen. Das Verteidigungsministerium will den deutschen Führungsanspruch durch die Entsendung eines Zwei-Sterne-Generals unterstreichen, bisher führten meist Ein-Sterne-Generäle das Regionalkommando. Fritz, ehemals Militärattache an der Deutschen Botschaft in London, soll als Nachfolger von Brigadegeneral Frank Leidenberger vor allem die Kommunikation mit den US-Einheiten intensivieren. Bei der Bundeswehr gibt es Befürchtungen, dass die Amerikaner die Befehlsgewalt in Nordafghanistan schleichend übernehmen könnten. Als Stellvertreter für den Regionalkommandeur entsendet die US-Armee schon bald einen General der Special Forces. Mehrere US-Trupps mit Elitekämpfern sind schon seit dem Sommer 2009 in Masar-i-Scharif in einem abgetrennten Bereich des deutschen Lagers stationiert. Die geheim agierenden Einheiten jagen rund um Kunduz hochrangige Taliban-Führer und haben bereits mehr als zwei Dutzend gesuchte Aufständische getötet.



THORSTEN KREMERS / BUNDESWEHR

Fritz



MICHAEL KAPPELER / DDP

Bundeswehrsoldaten in Kunduz



CHRISTIAN BACH (O.); TEICH / CARO (U.)

Demonstration ehemaliger Heimkinder in Berlin

PÄDOPHILIE

„Hilfe ohne Ausgrenzung“



Der Chef des Berliner Instituts für Sexualwissenschaft und Sexualmedizin Klaus Beier, 48, über die unveränderte Missbrauchsgefahr

SPIEGEL: In der Berichterstattung über sexuellen Missbrauch geht es oft um Fälle aus früheren Jahrzehnten. Gab es damals mehr Übergriffe als heute?
Beier: Wenn Sie sich die Kriminalitätsstatistik anschauen, dann gab es in den Fünfzigern, Sechzigern jedenfalls mehr angezeigte Fälle. Die sind jetzt rückläufig.
SPIEGEL: Wie lässt sich das erklären?
Beier: Sexualität ist immer neben biologischen und psychischen Faktoren von gesellschaftlichen Einflüssen beherrscht. Damals erschienen erstmals freizügige Bilder in Illustrierten, es wurden erste FKK-Magazine zugänglich …
SPIEGEL: … aber das gesellschaftliche Klima blieb verklemmt – weil die sexuelle Revolution ja noch bevorstand?
Beier: Ja. Es ist jedenfalls auffällig, dass unter den Verurteilten der Anteil jugendlicher Täter höher war, und es ist davon auszugehen, dass diese sexuelle Ersatzhandlungen an Kindern vornahmen – also nicht pädophil motiviert waren. Als sich das Klima in den siebziger Jahren liberalisierte, ging die Zahl junger Täter deutlich zurück und der Anteil der 25- bis 40-Jährigen stieg. Da haben wir es stärker mit Neigungstätern zu tun. Pädophilie gab es immer und wird es immer geben.
SPIEGEL: Können Eltern ihre Kinder heute bedenkenlos in Internate schicken?
Beier: Manche Kinder wachsen in ihren Familien mit dem Grundgefühl auf, nicht geliebt zu sein. Wenn sie dann in familienähnliche soziale Systeme hineingelangen – ob nun Internat oder Sportverein –, werden sie leichter Opfer von Männern, die Zuwendung geben. Ein Prozent der Männer haben diese pädophile Ausrichtung. Die müssen ja irgendwo sein.
SPIEGEL: Vor allem in der Jugendarbeit?
Beier: Es ist aus klinischer Sicht unstrittig, dass sich Männer mit pädophiler Neigung sehr häufig ehrenamtlich im Freizeitbereich von Kindern und beruflich im pädagogischen Bereich engagieren.
SPIEGEL: Die katholische Kirche weist gern darauf hin, dass Missbrauch vor allem in Familien stattfinde. Sind Geistliche am Ende gar nicht das Problem?
Beier: Das Problem sind pädophile Männer, die ihr Verhalten nicht kontrollieren können. Die gibt es in allen Berufsgruppen. Die Kirche hat aber aufgrund ihrer Organisationsform und des Zölibats eine Anziehungskraft für Menschen mit besonderer sexueller Präferenz – die nämlich Phantasien haben, die sie selbst beunruhigen und die sie nicht haben wollen. Die Kirche erwartet bei einer zölibatären Lebensform von ihnen, dass sie ihre sexuellen Impulse abstellen. Das geht aber nicht.
SPIEGEL: Was müsste die Kirche jetzt tun?
Beier: Sie müsste zunächst mal akzeptieren, dass ihr Menschenbild nicht dem Fachwissen über menschliche Sexualität entspricht. Sexuelle Neigungen darf man nicht verurteilen, weil die sich niemand ausgesucht hat. Zu verurteilen ist einzig das Verhalten. Um Taten zu verhindern, bedarf es einer Hilfe ohne Ausgrenzung – das wäre wirklich christlich in meinen Augen.

ISLAMWISSENSCHAFTEN

Neuer Posten für Kalisch

Der vom muslimischen Glauben abgerückte Professor für „Religion des Islam“, Sven Kalisch, verhandelt mit dem Rektorat der Universität Münster über eine Umbenennung seines Lehrauftrags. Im Gespräch ist eine Professur für Religionsphilosophie oder Religionsgeschichte des Nahen Ostens. Alternativ wird auch ein Wechsel des Islamwissenschaftlers an die Philosophische Fakultät vorbereitet. In einer E-Mail an die Rektorin der Universität Münster, Ursula Nelles, schrieb Kalisch bereits am 22. März: „Ich bin mittlerweile kein Muslim mehr und möchte auch keiner mehr sein.“ Seine Abkehr vom islamischen Glauben bezeichnete er in der Mail als „persönliche Entscheidung“. Sie sei „das Ergebnis meiner philosophischen Überlegungen, und ich habe dies schon vor Monaten meiner Familie, Freunden und Kollegen mitgeteilt“. Nach klassischer Sicht der Scharia verdient ein Muslim, der sich vom Glauben lossagt, die Todesstrafe. Kalisch wird besonders geschützt, seit er 2008 öffentlich bezweifelt hatte, dass der Prophet Mohammed je gelebt habe. Ein Sprecher der Universität Münster bestätigte die Verhandlungen. In Kürze würden Gespräche mit den betroffenen Dekanen geführt. Kalisch äußerte sich nicht.



Griechenlands Premier Papandreou*: *Verstößt die Hilfe gegen europäische Verträge?*

TATIANA BOLARI / EUROKINISSI / REUTERS

EUROPA

„Auf der schiefen Bahn“

Der Hilferuf der Athener Regierung setzt Kanzlerin Merkel unter Druck. Deutschland muss in den nächsten Jahren Milliardenbeträge für die Griechenland-Rettung bereitstellen, in der schwarz-gelben Koalition wächst der Ruf nach einem Austritt des Landes aus der Währungsunion.

Wolfgang Schäuble sieht blass aus. Die Wangen sind eingefallen, der graue Anzug schlottert um die schmächtigen Schultern. Acht Wochen hat der Finanzminister wegen einer schlecht verheilenden Operationswunde im Krankenhaus gelegen. Jetzt wirkt er müde und mitgenommen. Es ist Anfang vergangener Woche, Schäuble will die Finanzexperten der Koalition über den Stand der Griechenland-Krise informieren. Es ist eine Krise, die sich im Wochentakt verschärft. Seit einem halben Jahr.

Dass Athen Finanzhilfen vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Union beantragen wird, stehe inzwischen fest, eröffnet Schäuble den Abgeordneten. Aber noch gebe es etwas Zeit. Bis die Griechen ihren Antrag offiziell einreichten, prognostiziert der Minister, würden voraussichtlich noch zwei bis drei Wochen ins Land gehen.

So kann man sich täuschen. Vergangenen Freitag kündigte der griechische Pre-

* Am Freitag vergangener Woche auf der Insel Kastellorizo bei der Bekanntgabe seines Hilfe-Ersuchens.

mierminister Georgios Papandreou vor der malerischen Kulisse der Mittelmeerinsel Kastellorizo an, dass sein Land den Attacken der internationalen Finanzspekulanten nicht länger standhalten könne und bei den europäischen Partnern um Hilfe nachsuchen müsse.

Kurz darauf flatterte eine dürre Vierzeilenmeldung seines Finanzministers aus den Brüsseler Faxapparaten. Man bat um „die Aktivierung des Unterstützungsmechanismus“.

Schlimmer hätte es kaum kommen können, nicht für Griechenland, nicht für Europa, und auch nicht für die Bundesregierung.

Wochenlang hatte Kanzlerin Merkel den Bürgern versprochen, deutsche Steuergelder höchstens als „Ultima Ratio“ an das ausgabefreudige Euroland auszureichen. Und wenn die Hilfe doch benötigt werde, so hatte Merkel die eigenen Parteifreunde beruhigt, sei mit einer entsprechenden Anfrage Griechenlands keinesfalls vor Mitte Mai zu rechnen. Damit wollte sie das heikle Thema aus dem nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf heraushalten.

Nun macht der Athener Hilferuf klar, dass Merkels Griechenland-Strategie komplett gescheitert ist. Das Euro-Drama um Staatsschulden und Spekulantengier hält sich nicht an nationale Terminpläne. Während die schwarz-gelbe Landesregierung in Düsseldorf um ihre Mehrheit bangt, stehen der Kanzlerin in Berlin unangenehme Debatten ins Haus.

Die Kritiker der europäischen Einheitswährung haben bereits deutlich gemacht, dass sie in den griechischen Nothilfen einen Verstoß gegen die europäischen Verträge sehen und eine erneute Klage vor dem Karlsruher Bundesverfassungsgericht anstrengen wollen. Abgeordnete der schwarz-gelben Koalition warnen vor dem Einstieg in jene „europäische Transferunion“, die Merkel doch unbedingt verhindern wollte.

Selbst in der eigenen Regierung wächst die Furcht vor einem finanzpolitischen Großunfall auf Kosten Deutschlands. Hohe Milliardenbeträge könnten in den nächsten Jahren wirkungslos im Athener Schuldensumpf versickern, so argwöhnen Fachbeamte aus dem Merkel-Kabinett, ohne das Schlimmste verhindern zu können: die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands und neue Spekulationswellen gegen den Euro.

Entsprechend aufgewühlt ist die Stimmung in der Berliner Koalition. Die CSU verlangt, Griechenland müsse im Zweifel aus der Währungsunion ausscheiden. Und die Kanzlerin ist entschlossen, den Kritikern im eigenen Lager zumindest rhetorisch entgegenzukommen.

Bevor die Griechen Geld bekämen, verlangte sie Ende vergangener Woche, müssten sie erst noch schärfer sparen. Aber geht das überhaupt? Oder würde das Land damit den Rest seiner Wirtschaft auch noch abwürgen? Können die Hellenen jemals den gewaltigen Schuldenberg von mittlerweile rund 300 Milliarden Euro abtragen?

Es geht – auch – um Merkels Ruf als „eiserne Kanzlerin“ („Bild“) und um die tiefsitzenden Ängste ihrer Landsleute. Die Sorge vor Inflation und Währungsschwund, so weiß Merkel, ist in kaum einem anderen europäischen Volk so verwurzelt wie bei den Deutschen. Welche Abwehrreflexe das Thema hierzulande auslöst, bekam vergangene Woche vor allem Finanzminister Schäuble zu spüren.

Am Dienstag warb der Ressortchef im geschäftsführenden Vorstand der Unionsbundestagsfraktion dafür, die europäische Hilfszusage im Eilverfahren durch das Parlament zu bringen. Das entsprechende Regelwerk sollte einfach an ein laufendes Gesetzgebungsverfahren angehängt werden, schlug Schäuble vor. So wollte er lästige Debatten im Bundestag vermeiden.

Dies traf allerdings auf den entschiedenen Widerspruch seiner eigenen Parteifreunde. CSU-Politiker fragten: „Wissen wir überhaupt, wie leistungsfähig die Griechen noch sind?“ Und auch in der CDU gab es Vorbehalte. Bundestagspräsident Norbert Lammert etwa warnte, die Nothilfe sei zu wichtig, als dass sie im Hauruckverfahren durch den Bundestag gepeitscht werden sollte. Ein anständiges Gesetz brauche eine zweite und dritte Lesung vor den Abgeordneten, argumentierte Lammert.

Jetzt, nachdem Griechenland offiziell um Hilfe gebeten hat, muss Schäuble einen neuen Anlauf versuchen. Am Montag dieser Woche will der Minister gemeinsam mit den Fraktionschefs der im Bundestag vertretenen Parteien ausloten, wie das Griechenland-Paket möglichst geräuschlos durch das Parlament gebracht werden kann.

Mit großer Unterstützung kann der Minister dabei kaum rechnen, die Vorbehalte in den anderen Parteien sind groß. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier etwa stellte in einem Brief an Merkel klar, dass „die Entscheidungen über mögliche Finanzhilfen für Griechenland von grundsätzlicher Bedeutung für die Zukunft der Europäischen Union“ seien. „Deshalb müssen sie im Parlament gründlich diskutiert und verantwortlich entschieden werden“, so heißt es in dem Schreiben. Schäuble solle das entsprechende Gesetz „sofort, am besten noch in dieser Woche auf den Weg“ bringen.

In der schwarz-gelben Koalition ist der Unwillen kaum geringer. Mehrere FDP-Abgeordnete stellten vergangene Woche klar, dass sie gegen die Griechenland-Stütze grundsätzliche Bedenken hegen. Und



WOLFGANG KUMM / DPA

Kanzlerin Merkel, Minister Schäuble: *Einstieg in die europäische Transferunion*





LOUISA GOULIAMAKI / AFP

Proteste in Athen am vergangenen Donnerstag: *„Notwendige Therapie"*

auch CSU-Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich gab seine Einwände zu Protokoll. „Griechenland hat nicht nur ein Liquiditätsproblem, sondern auch ein grundlegendes Wachstums- und Strukturproblem", sagt er. Deshalb solle das Land „ernsthaft erwägen, aus dem Euro-Raum auszutreten". Ein solcher Schritt, sagt Friedrich, dürfe nicht zum Tabu erklärt werden.

Was die Position des Landesgruppenchefs besonders brisant macht: Sie wird auch von konservativen Europapolitikern geteilt. Werner Langen etwa, Chef der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament, ist „äußerst skeptisch, ob das Hilfspaket mit dem EU-Recht und dem deutschen Verfassungsrecht konform ist". Die milliardenschwere Stütze brächte den Griechen auf Dauer nichts. „Die wirkliche Alternative" sei, dass „Griechenland aus der Währungsunion aussteigt und mit harten Strukturreformen wieder wettbewerbsfähig wird".

Mit ihrer Kritik haben die Euro-Skeptiker zudem große Teile der Fachwelt auf ihrer Seite. Kaum ein Wirtschaftswissenschaftler ist überzeugt, dass die geplante Milliardenspritze aus europäischen und deutschen Kassen die griechische Malaise heilen kann. Schlimmer noch, viele Experten bezweifeln, dass die bisher zugesagten Rettungsmittel ausreichen.

Denn die Bruttokreditaufnahme der Griechen beträgt bis Ende 2012, der Laufzeit des aktuell verabschiedeten EU-Pakets, rund 130 Milliarden Euro. Politiker sind bislang jedoch davon ausgegangen, dass der Finanzbedarf nur bis zu 80 Milliarden Euro beträgt. Das reicht maximal bis Ende 2011. Den Rest müsste sich Griechenland also über die Finanzmärkte besorgen.

Das wird schwierig. Führende Ökonomen glauben jedenfalls nicht, dass die Risikoprämien für Griechenland-Anleihen sinken werden, nur weil die EU jetzt Geld nach Athen pumpt. Entsprechend hoch bleiben die Zinsen und damit die Finanzlasten, die der griechische Staat zu schultern hat.

Die Europäische Union müsse das Land deshalb auf einen Konsolidierungs- und Reformpfad bringen, sagt der renommierte Ökonom Martin Hüfner, so dass es in einigen Jahren die Schulden wieder zurückzahlen könne. „Gelingt das nicht, werden die Renditen der ausstehenden Anleihen eher noch wachsen."

Diese Meinung teilt auch Michael Heise, Chefvolkswirt des Versicherungsmultis Allianz. „Das Geld der EU hilft den Griechen nur kurzfristig", sagt er, „und die entscheidende Frage ist, wie das Land den Ausstieg schafft."

Nicht einmal Schäubles eigene Fachbeamte vertrauen rückhaltlos dem europäischen Hilfspaket – und verweisen auf die noch immer hohen Risikoaufschläge an den Märkten. Die seien ein Beleg, dass die europäischen Maßnahmen bei den Anlegern keine Glaubwürdigkeit genießen, heißt es im Finanzministerium.

Zwei Risikoszenarien machen unter Ökonomen jetzt die Runde: Entweder kommt es doch noch zu einer Staatspleite Griechenlands, in deren Folge die Kredite des Landes ausgesetzt, gestreckt oder umgeschuldet würden. Oder das Land müsse die Euro-Zone verlassen und mit einer Währungsreform einen wirtschaftlichen Neustart wagen. In beiden Fällen wären große Teile der europäischen Hilfsgelder verloren.

Schon werden Parallelen gezogen zu einem anderen historischen Kräftemessen zwischen Regierungen und Spekulanten zu Beginn der neunziger Jahre. Damals zwang der Hedgefonds-Unternehmer George Soros die Bank von England in die Knie, das Pfund musste aus dem damaligen europäischen Währungssystem ausscheiden.

So könnte es auch diesmal wieder kommen, obwohl die Griechen nach ihrem spektakulären Hilferuf vom vergangenen Freitag nun erst einmal wieder Hoffnung verbreiten.

Der Athener Wirtschaftswissenschaftler Jannis Stounaras beispielsweise spricht von einer „richtigen und unvermeidlichen Entscheidung". Industriepräsident Dimitris Daskalopoulos hält das Programm für „Griechenlands letzte Chance". Das Land dürfe die europäischen Auflagen „nicht als Strafe" verstehen, sondern müsse sie „als notwendige Therapie" sehen.

Seit Mittwoch vergangener Woche sitzen nun Experten des IWF, der Europäischen Zentralbank und der EU-Kommission im Athener Finanzministerium, durchleuchten die Haushaltsbücher, rechnen Außenstände gegen offene Verpflichtungen auf und taxieren die Effekte des Sparprogramms der griechischen Regierung. Dass sie auf die eine oder andere Überraschung stoßen, gilt als sehr wahrscheinlich. Die Spitze des Schuldenbergs, sagen Insider, sei vermutlich immer noch nicht erreicht.

Dabei hatte erst vorige Woche die EU-Statistikbehörde Eurostat das griechische Staatsdefizit des vergangenen Jahres von bislang geschätzten 12,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 13,6 Prozent heraufgesetzt. Damit haben die Hellenen nun fast den europäischen Defizit-Rekordhalter Irland eingeholt. Und noch ist kein Ende der immer neuen Hiobsbotschaften in Sicht.

So hat Eurostat beim griechischen Finanzminister George Papaconstantinou schon weitere „Vorbehalte" gegen dessen Zahlenwerk angemeldet. Danach könnte das Defizit des vergangenen Jahres noch einmal um 0,3 bis 0,5 Prozentpunkte zunehmen. Dann wird es sehr schwer für die Griechen, den versprochenen Konsolidierungskurs einzuhalten.

Wenn zudem das Wirtschaftswachstum unter dem rigiden Sparkurs zu sehr leidet, was zu befürchten ist, dann geht die Rechnung gar nicht mehr auf. Das glaubt auch der Ökonom Hans-Werner Sinn.

„Griechenland ist praktisch bankrott", sagt der Chef des Münchner Ifo Instituts, und die Folgen würden über kurz oder lang auch die Retter „unter Druck" setzen, möglicherweise sogar die angeblich so solvente Bundesrepublik. „Wir haben heute schon eine Schuldenquote von 73 Prozent", warnt Sinn. „Wir sind auf der schiefen Bahn, und die wird nun noch schiefer."

Manfred Ertel, Alexander Jung, Christian Reiermann, Wolfgang Reuter, Michael Sauga, Hans-Jürgen Schlamp, Janko Tietz

KOMMENTAR

Die schmutzige Wahrheit

Von Barbara Supp



Kriegsinvaliden, Kriegerwitwen, Kriegerdenkmäler, Gefallene, was für ein Wort, all das gibt es jetzt wieder. Die Wörter sind zurückgekehrt und die Bedeutung auch, etwas lange überwunden Geglaubtes, und die Regierung wünscht sich, dass das Volk nicht nur zur Kenntnis nimmt, sondern richtig findet, was in Afghanistan geschieht. Dass die Heimatfront steht.

Kommunikationsproblem. So heißt das immer, wenn die Regierung etwas anderes will als das Volk.

Das Volk glaubt nicht, dass dieser Krieg mit den Toten und der Wut, die er schafft, die Welt sicherer macht. Die große Mehrheit der Deutschen ist gegen diesen Krieg.

Der Krieg ist fremd geworden, erfreulich fremd. Deutschland wurde zivil, nach zwei fürchterlichen Weltkriegen. Es ruft nicht mehr nach militärischen Helden, das ist das Beste, was man über dieses Land sagen kann.

Jetzt soll es seinen Pazifismus verlieren. Es soll lernen, Krieg normal zu finden, führbar, angemessen. Sich ans Töten zu gewöhnen und ans Sterben. Ein Umerziehungsprojekt, es läuft seit 20 Jahren, ernsthaft begonnen hat es unter Rot-Grün.

Als sei der Pazifismus lähmendes Gift, so arbeitete Regierung für Regierung an der „Enttabuisierung des Militärischen“, das sagte Gerhard Schröder. Schleichend begann es. 1991, im ersten Irak-Krieg, zahlten die Deutschen nur, das hieß „Scheckbuchdiplomatie“, man schämte sich ein bisschen dafür. Dann flogen deutsche Sanitäter nach Kambodscha, man nannte sie „die Engel von Pnom Penh“.

Und dann, 1998, wollten die Grünen mitregieren, und die Militärbeauftragte Angelika Beer zog durch ihre Partei der hartnäckigen Zivildienstleister und brachte ihnen bei: Das sind jetzt eure Panzer, das sind jetzt eure Soldaten. Und dann sprach Joschka Fischer von einem neuen Auschwitz, das der Serbe Milošević plane und das nur durch Krieg zu verhindern sei. Auschwitz – das äußerste Mittel. Der Kosovo-Krieg, obwohl das Völkerrecht dagegen sprach, sei also gerecht und ohne Alternative. Er hieß „humanitäre Intervention“. Wer dagegen war, würde Alliierter der serbischen Mörder sein.

Da war die Illusion, man könne sie zähmen, die Bestie Krieg, könne sich darauf verlassen, dass sie nur frisst, wen man will. Um das Recht zu haben, die Bestie von der Leine zu lassen, muss ein noch schlimmeres Monster benannt werden, mit dem sie fertig werden soll.

Die Deutschen lehnen den Krieg ab, er ist ihnen fremd geworden. Zu hoffen ist, dass es so bleibt.



REUTERS

Gedenkfeier für getötete Bundeswehrsoldaten

Auschwitz, so hieß das Monster bei Fischer im Kosovo.

Atombombe, so heißt es jetzt bei Angela Merkel in Afghanistan. Wer den Abzug will, müsse damit rechnen, dass Atomwaffen in die Hände von Islamisten fallen.

Sie muss so etwas sagen, weil es praktisch keine Erfolge gibt. Acht Jahre Krieg, 140 000 Mann aus 43 Nationen stehen in Afghanistan und werden nicht fertig mit 25 000 Taliban. Inzwischen sterben mehr als 2000 Zivilisten jährlich, die Zahl steigt.

Es ist Krieg, das ist die Wahrheit, die jetzt gesagt wird, aber die wirklich schmutzige Wahrheit über Kriege, die sagt man nicht. Kurz ist sie aufgeblitzt in jenem grauflimmernden Video aus dem Irak-Krieg, das Wikileaks kürzlich der Welt zu Gesicht brachte. Dass es im Krieg so weit kommen kann, dass Töten Spaß macht. Militärausbilder wissen es: dass der Krieg die Soldaten verändert und die Gesellschaft, in die sie zurückkehren, auch.

Der Wehrbeauftragte Reinhold Robbe verlangt, dass die deutsche Gesellschaft sich „mitnehmen“ lasse auf dem Weg in den Krieg.

Zu hoffen ist, dass sie das weiterhin nicht tut.

Zu wünschen ist nicht, dass sich diese Gesellschaft an den Krieg gewöhnt, dass sie womöglich den Heroismus wiederentdeckt, den Reiz der Trommeln und Gesänge, das Pathos, jenen Patriotismus, der manchmal seinem hässlichen Bruder, dem Nationalismus, so sehr gleicht.

Zu bedauern ist, dass jene Worte ausgestorben sind, die Lehren waren aus dem letzten Weltkrieg: Kultur der Zurückhaltung. So hieß das mal.

Zu wünschen ist Ehrlichkeit von einer Regierung, einer Parlamentsmehrheit, die gesteht: Das ist Krieg, aber auch: Der Krieg ist nicht sauber, auch gerecht ist er nicht. Er produziert Zerfetzte, Verstümmelte, es wird vergebens gestorben, es ist ein Krieg, der nichts erreicht, der militärisch nicht gewonnen werden kann. Wir dachten damals, er wäre eine gute Sache, aber das ist er nicht. Also gehen wir raus.

Das Volk ist klüger als seine Regenten. Es will nicht, was die Regierung will, ein Kommunikationsproblem, so wird es wohl weiter heißen.

Aber alle Kommunikation wird nichts daran ändern, dass die Toten tot sind und getrocknetes Blut nicht mehr fließt.



CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Ministerin Schröder*
„Ich will euch nicht weiter stören“

KOALITION

Das Krisenopfer

Familienministerin Kristina Schröder konnte bislang keine eigenen Akzente setzen. Sie schlägt sich vor allem mit dem Erbe ihrer Vorgängerin herum.

Am Donnerstag vergangener Woche sitzt Kristina Schröder auf einem Stühlchen, so klein, dass ihr die Knie beim Sitzen fast an die Ohren reichen. Die Familienministerin ist umringt von Drei- und Vierjährigen. Schröder besucht eine Kita in Berlin, auch Fotografen sind dabei. Sie weiß, was man jetzt von ihr erwartet. Es ist einer dieser Termine, bei denen es vor allem um Bilder geht. Der Pulk der Fotografen hat sich vor dem Kindertisch postiert.

Schröder soll etwas Lustiges machen, ein Lied anstimmen, in die Hände klatschen, irgendwas, das für Stimmung sorgt. Ihre Vorgängerin Ursula von der Leyen hat immer für Stimmung gesorgt.

„Ihr habt hier eine schöne Kita“, sagt sie in die Runde. „Vor allem die Außenanlagen.“ Die Kinder schauen ein wenig verdattert, das Wort „Außenanlagen“ kennen sie nicht. Die Ministerin weiß nicht, was sie noch sagen soll. Sie lächelt einfach. Die Kameras klicken. Sie weigert sich, die alte Von-der-Leyen-Show zu liefern.

Schröder ist seit fast einem halben Jahr Familienministerin, es ist kein leichtes Amt, das sie übernommen hat. Von der Leyen hat die Familienpolitik in die erste Reihe gerückt. Schröder muss das Erbe ihrer Vorgängerin nun erhalten, und das ist gerade eine sehr undankbare Aufgabe. Jedem Haushaltspolitiker, der dieser Tage ans Sparen denkt, fällt als Erstes Schröders Familienministerium ein.

Auf der anderen Seite wird von Kristina Schröder erwartet, dass sie sich von ihrer Vorgängerin abgrenzt, dass sie eigene Schwerpunkte setzt. Wohin will sie mit ihrer Familienpolitik? Wird sie weiter modernisieren? Oder kämpft sie doch lieber für das alte, konservative Familienidyll?

Bei Schröder selbst findet man keine Antworten auf diese Fragen. Bei ihren wenigen Auftritten hinterlässt sie immer den Eindruck, ein bisschen von allem zu wollen. Sie sagt, dass Krippen gebaut werden müssten. Aber auch, dass die Idee des Betreuungsgelds seinen Charme besitze. Sie sagt, dass man Mädchen nicht in Männerberufe zwingen solle, nur weil das ökonomisch gewünscht sei. Aber auch, dass man Jungs im Interesse der Wirtschaft dazu bringen müsse, in Frauenberufe zu gehen. Schröder ist mal konservativ, mal modern. Mal CDU-Politikerin, mal junge Frau.

Gemeinsam ist all diesen Posen nur, dass sie nicht Ursula von der Leyen sein will. In ihrem Umfeld heißt es, das falle ihr leicht, sie sei ohnehin ein ganz anderer Typ. Ruhiger, vorsichtiger, weniger waghalsig. Die Ministerin suche sich deswegen vor allem Themen, die zwar nicht besonders publikumswirksam seien, ihr aber dennoch am Herzen lägen. Sie will sich vor allem um die Pflege der Alten kümmern und plant, einen gesetzlichen Anspruch auf Teilzeitarbeit für pflegende Angehörige durchzusetzen.

Doch bevor sie sich eigenen Projekten widmen darf, muss sie die Erfolge ihrer Vorgängerin verteidigen.

„Alle familienpolitischen Leistungen müssen auf den Prüfstand“, sagt der Unions-Haushälter Norbert Barthle. Er zweifelt etwa, ob der Krippenausbau tatsächlich bis zum Jahr 2013 geschafft werden müsse. FDP-Finanzexperte Hermann Otto Solms kritisiert das Elterngeld sogar als „Sozialleistung für Leute, die es nicht nötig haben“. Und Finanzminister Wolfgang Schäuble stoppte das einzige Projekt, das Schröder in dieser Haushaltsrunde neu anstoßen wollte: die Verlängerung der Zahlung von Elterngeld um zwei Partnermonate und ein Modell, das Elterngeld bei Teilzeitarbeit stärker fördert.

Schröder brauchte jetzt den Wagemut der Ursula von der Leyen, um sich gegen diese Attacken zu wehren. Sie müsste kämpfen. Ein erster Schritt wäre es gewesen, sich gegen die Kritiker zu Wort zu melden. Doch Schröder hat bisher nur geschwiegen.

Sie hat sich offenbar in ihr Schicksal gefügt. Sie wird die Vorhaben, die Schäuble gestoppt hat, nun selbst gegenfinanzieren. Knapp 400 Millionen Euro müssen dafür in ihrem eigenen Haushalt eingespart werden. Gerade lässt sie Möglichkeiten durchrechnen, wie man die jetzige Version des Elterngelds verschlanken kann. 67 Prozent des letzten Nettogehalts, ein Spitzensatz von 1800 Euro, all das sind Variablen, die Schröder bereit wäre zu verändern.

Käme es so, hätte die Ministerin sich erstaunlich schnell den Wünschen ihrer Regierungskollegen ergeben. Auch damit würde sie sich wieder ein Stück von ihrer Vorgängerin absetzen. Die hat in ihrem neuen Amt als Arbeitsministerin gerade eine Haushaltssperre aufheben lassen. Während Schröder sparen muss, bekommt von der Leyen 900 Millionen Euro. Mit dem Geld sollen die Jobcenter Alleinerziehenden und jugendlichen Arbeitslosen eine bessere Unterstützung gewähren.

In der Berliner Kita steht Schröder von ihrem Stühlchen auf. Sie sagt zu den Kindern: „Ja, gut, ich will euch nicht weiter stören.“ Sie schaut auf die Uhr. „Es gibt ja jetzt auch Mittagessen.“ Schröder tritt auf den Hof hinaus und steigt in ihre Dienstlimousine. Ein Fotograf blickt ihr hinterher. Er sagt: „Jetzt hat sie doch tatsächlich keinen einzigen Kinderkopf getätschelt.“

KERSTIN KULLMANN

Familienpolitische Maßnahmen
Geplante Ausgaben der Bundesregierung, Beispiele

Betrag	Maßnahme
4,0 Mrd. €	**Ausbau von Krippenplätzen** 2008 bis 2013
4,5 Mrd. €	**Elterngeld** 2010
1,4 bis 1,9 Mrd. €*	**Betreuungsgeld** ab 2013

Quelle: BMFSJ, ZEW; * geschätzt pro Jahr

* Beim Besuch einer Kindertagesstätte am vergangenen Donnerstag in Berlin.



RALPH SONDERMANN

Wahlkämpferin Kraft: *„Ich mach nich Wolkenkuckucksheim!“*

KARRIEREN

„Sach mir dat!“

Hannelore Kraft wurde lange als chancenlos belächelt. Doch inzwischen macht die nordrhein-westfälische SPD-Spitzenkandidatin der darbenden Partei mit ihrer direkten Art Hoffnung.

Das geht jetzt nicht, das kann sie so nicht stehen lassen, sie ruft: „Dat is doch Wolkenkuckucksheim!“ Die beiden jungen Männer schauen etwas erschrocken.

Hannelore Kraft sitzt auf einer schmalen Holzbank im „Uerige“, im Herzen der Düsseldorfer Altbierseligkeit. Es ist halb zehn am Abend, sie hat vorhin zum ersten Mal seit Stunden etwas gegessen, und gerade, am Ende dieses Wahlkampftags, haben zwei Jusos gefragt, warum Kraft jetzt immer erkläre, dass sie die Studiengebühren bis Mitte der Legislaturperiode abschaffen wolle – und nicht sofort, wie Grüne und Linke das versprechen. Doch Hannelore Kraft will nichts versprechen, was sie nicht halten kann.

„Dann musst du mir sagen, wo ich die 260 Millionen herhol“, sagt Kraft, geboren und aufgewachsen in Mülheim, mitten im Ruhrgebiet. „Sach mir dat!“

Einer der Jusos murmelt etwas von Ausfallfonds, von Haushalt und davon, dass für alles andere auch Geld da sei.

„Wenn du regieren wills’ und wenn du ’n Land führen wills’, dann kannze dat nich machen!“

„Aber …“

„Nee, ich mach nich Wolkenkuckucksheim“, sagt Kraft. „Sorry, is mit mir nich zu machen. Dann solln die doch alle links wählen!“

„‚Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten‘, das hören wir ständig“, sagt einer der Jusos. „Das geht quer durch alle Gruppen.“

„Ja, aber die Linken, die schaffen die Gebühren ab oder wat? Na herzlichen Glückwunsch! Wir ham dat gemeinsam beschlossen, dafür müsst ihr stehen!“

Die Jusos nicken nachdenklich, dann streicht Hannelore Kraft dem einen über den Handrücken, dem anderen legt sie eine Hand auf den Oberschenkel. „Ich versteh doch, dat dat schwer für euch is. Ich versprech euch, alles dafür zu tun, dat dat so schnell wie möchlich geht.“

Sie hebt die rechte Hand, beide Jusos schlagen ein.

Auf Hannelore Kraft, 48, ruhen dieser Tage alle Hoffnungen der SPD. Das ist ein ziemliches Gewicht, denn so hingebungsvoll sich diese Partei in ihrem eigenen Leid wälzen kann, so schnell ist sie bereit, wieder an den nächsten Wahlsieg und die bessere Welt zu glauben.

Am übernächsten Sonntag wählt Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag, gut sieben Monate nach dem schwarz-gelben Sieg bei der Bundestagswahl und dem Absturz der Sozialdemokratie ins Bodenlose. Es ist so etwas wie eine kleine Bundestagswahl, und noch vor einigen Wochen hätten selbst begnadete sozialdemokratische Schönredner Kraft nicht den Hauch einer Chance eingeräumt.

Farblos, spröde, ohne Profil, so lauteten die Urteile. Inzwischen aber ist es wahrscheinlich, dass Jürgen Rüttgers seine schwarz-gelbe Mehrheit in Düsseldorf verlieren wird, auch darüber hinaus scheint inzwischen fast alles möglich zu sein. Krafts Popularitätswerte sind erstaunlich, sie hat enorm aufgeholt gegenüber dem Amtsinhaber.

Dortmund, Westfalenhalle, Ende Februar, SPD-Landesparteitag. Kraft steht am Rednerpult, sie müsste jetzt die Halle aufpeitschen, motivieren für die entscheidenden Wahlkampfwochen. Sie schaut oft auf das Blatt vor sich, sie spricht von „Inobhutnahmen“, sie ruft: „Über 90 Prozent der Kommunen werden in eine haushaltsschwierige Situation kommen!“

Es sind sperrige Sätze, die leidenschaftlich klingen sollen, es passt alles nicht so recht zusammen. Sie versucht es mit Pathos, doch das wirkt, als spiele sie da eine Rolle, die sie selbst nicht ganz ernst nimmt. Sie ist keine große Rednerin.

Hannelore Kraft ist nicht ganz einfach einzuordnen im Koordinatensystem der SPD. Die Agenda-Politik Gerhard Schröders hat sie für richtig gehalten, und für genauso richtig hält sie heute jene Kor-

rekturen an dieser Agenda, die das Parteipräsidium beschlossen hat, um ihr den Wahlkampf zu erleichtern. Sie agiert pragmatisch, nicht ideologisch, sie malt nicht die Art überhöhtes Gesellschaftsbild, wie Andrea Ypsilanti das getan hat. Sie denkt konkret, nicht in großen Entwürfen für Nordrhein-Westfalen.

Aus drei Kernthemen besteht ihr Wahlkampf: aus Bildung, Kommunalfinanzen und dem Kampf gegen die Kopfpauschale, die sie über den Bundesrat verhindern will, sollte sie es an die Macht schaffen. Die Sozialdemokraten wollen Kinder in einer Gemeinschaftsschule länger gemeinsam lernen lassen, sie wollen, dass Schüler das Abitur sowohl nach 12 als auch nach 13 Jahren ablegen können, dass die Klassen kleiner werden. Die klammen Gemeinden wollen sie von Zinszahlungen entlasten, ihnen keine weiteren Lasten aufbürden.

Es sind klassische landespolitische Themen, dazu als Reizthema die Kopfpauschale. Doch über allen Inhalten schwebt seit Wochen und Monaten die Frage, mit wem sie am Ende regieren würde.

Mit den Grünen, lautet die Antwort stoisch. Inzwischen ist tatsächlich nicht mehr ausgeschlossen, dass es reichen könnte für die Neuauflage von Rot-Grün, die allerdings deutlich weniger Aussichten hätte, sollte die Linke es in den Landtag schaffen.

Eine Koalition mit der Linken hat Kraft nicht ausgeschlossen, bis sie sich neulich bei der ZDF-Talkerin Maybrit Illner ein „Nein“ entlocken ließ, das dann medial ausgiebig hin und her gewendet und daraufhin hinterfragt wurde, ob dies nun die eindeutige Absage gewesen sei oder nicht. Ganz abgesehen davon hat sie sich schon vorher stets derart abfällig über die nicht vorhandene Regierungsfähigkeit der Linken geäußert, dass sie ohnehin ein großes Glaubwürdigkeitsproblem hätte, würde sie Rot-Rot-Grün wagen – ausgerechnet im bevölkerungsreichsten Bundesland und ausgerechnet mit einem als chaotisch verschrienen Linken-Landesverband.

Spätestens seit dem Ypsilanti-Desaster allerdings können Sozialdemokraten in dieser Frage ohnehin sagen, was sie wollen – es glaubt ihnen keiner mehr. Hannelore Kraft weiß das, sie hat sich deshalb bislang immer an ihr Diktum gehalten, wonach die Linke weder regierungswillig noch regierungsfähig sei. Alles Weitere wird bis nach der Wahl Stoff für Interpretationen bleiben.

Ein Frühlingsnachmittag in Düsseldorf, Stadtteil Flingern, Ortsbegehung mit SPD-Funktionären. Hannelore Kraft steht in einem Weingeschäft und zeigt auf einen Tisch, auf dem bunte Armbänder ausliegen, das Stück zu 170 Euro. „So wat würd ich schon deshalb nich tragen, weil man et grad trächt.“

Der Besitzer erklärt, dass er die Armbänder für eine Freundin ins Sortiment genommen habe, Kraft fixiert ihn: „Mit welcher Begründung is dat so teuer?“

„Alles echt Krokodil“, sagt der Weinhändler.

„Nee, dann schomma gar nich.“

„Die werden aber eigens gezüchtet, auf einer Farm.“

„Warn Se schomma auf sonner Krokodilfarm?“

„Nee.“

„Ja, ich schon. Dann wolln Se so wat nich mehr.“

Das Wort, das man von Krafts Leuten am häufigsten über sie hört, ist „authentisch“. Es ist das Schlüsselwort dieses Wahlkampfs, dem es ansonsten trotz Kopfpauschale und Schulpolitik an einem großen Thema fehlt. Das eigentliche Programm besteht in dieser letzten Wahlkampfphase aus einem Kontrast.

Lange Zeit schien Jürgen Rüttgers nicht greifbar zu sein für die SPD, der Ministerpräsident gerierte sich als oberster Sozialdemokrat des Landes. Damit ist es vorbei, spätestens seit er sich gegen den Vorwurf wehren musste, dass Einzelgespräche mit ihm gegen Geld angeboten wurden.

Jeder Wahlkämpfer ist so stark, wie sein Gegenspieler es erlaubt, und Rüttgers' Schwäche, die geschwundene Glaubwürdigkeit, ist Krafts größte Stärke. Es ist eine Mischung aus Fleiß und glücklichen Umständen. So ist es eigentlich immer gewesen in der politischen Karriere der Hannelore Kraft.

Politisch begann ihr Aufstieg vor mehr als elf Jahren in Mülheim an der Ruhr. „Ein historisches Ergebnis“, titelte die „Neue Ruhr Zeitung“ im Februar 1999, weil die örtliche SPD erstmals zwei Frauen als Landtagskandidatinnen nominiert hatte. Eine von ihnen war Hannelore Kraft, erst 1994 in die Partei eingetreten, Bankkauffrau, Wirtschaftswissenschaftlerin, beschäftigt bei Zenit, einer zum Teil landeseigenen Gesellschaft, die kleine und mittlere Unternehmen berät.

Sie wird in den Landtag gewählt und begehrt mit einer Gruppe jüngerer Abgeordneter gegen die festgefahrenen Strukturen auf. Sie ackert, sie fällt auf. Als der damalige Ministerpräsident Wolfgang Clement im April 2001 einen Nachfolger für seinen zurückgetretenen Europaminister sucht, fällt seine Wahl auf Kraft.

Im Herbst 2002 wechselt Clement als Minister nach Berlin, der neue Ministerpräsident Peer Steinbrück macht Kraft zur Wissenschaftsministerin. Dann, im Mai 2005, verliert die SPD ihre Festung Nordrhein-Westfalen, nach 39 Jahren. Kraft wird Fraktionschefin im Landtag, eineinhalb Jahre später zieht sich der Landesvorsitzende Jochen Dieckmann zurück, Kraft übernimmt auch sein Amt. Es ist jetzt kein anderer mehr da. Nach nur zwölf Jahren in der Partei ist sie die mächtigste Frau im mächtigsten sozialdemokratischen Landesverband.

Es ist alles sehr schnell gegangen, bisweilen merkt man das. Anfang März erscheint im SPIEGEL ein kurzes Interview mit ihr. Sie schlägt einen „gemeinwohlorientierten Arbeitsmarkt“ für Langzeitarbeitslose vor, die gegen einen „symbolischen Aufschlag auf die Hartz-IV-Sätze“ Senioren etwas vorlesen oder Straßen sauber halten könnten. Das ist seit langem ihr Thema, doch kurz zuvor hatte Guido Westerwelle erklärt, Hartz-IV-Empfänger sollten Schnee schippen. In der öffentlichen Wahrnehmung steht Kraft nun auf einer Stufe mit dem kalten Westerwelle.

Sie reagiert verwundert auf den Wirbel, den das Interview auslöst, was für eine Frau, die Ministerpräsidentin werden will, von erschreckender politischer Naivität zeugt. Als die Sache im kleinen Führungskreis debattiert wird, verweist sie darauf, dass es in den Umfragen bislang nicht geschadet habe. Spätestens hier schütteln auch Wohlmeinende den Kopf.

Wenn Menschen sehr schnell sehr hoch klettern, werden sie auf



RALPH SONDERMANN

Amtsinhaber Rüttgers: *Geschwundene Glaubwürdigkeit*

dem Weg bisweilen gefährlich selbstgerecht. Sie verlieren leicht den Blick dafür, dass Kritik auch berechtigt sein kann, schließlich haben sie bis hierher alles richtig gemacht. Kurt Beck war so ein Fall.

Hannelore Kraft hat sich in ihrem Leben alles selbst erarbeitet, für ein Arbeiterkind aus Mülheim-Dümpten ist es ein weiter Weg bis zur Spitzenkandidatur. Sie ist stolz auf diesen Aufstieg, sie beginnt viele Sätze mit „Ich".

Kraft will sehr gut sein, immer, und wenn sie mal nicht so gut war, fängt sie ungefragt an, sich vor Vertrauten zu rechtfertigen. Für Ratschläge oder Kritik von anderen aber ist sie nicht besonders offen, manche nennen sie beratungsresistent. Sie ist misstrauisch, ihr Zirkel echter Vertrauter ist sehr klein, hinter oder neben ihr gibt es in der NRW-SPD keine wahrnehmbaren Figuren. Erst kurz vor der Wahl hat sie begonnen, der Öffentlichkeit Schattenminister zu präsentieren.

Sie hat keine Netzwerke in der Partei, sie hat all die Sandkastenspiele nicht mitgemacht, mit denen so viele ihre Juso-Zeit verbracht haben. Das macht sie unabhängiger als andere, das könnte es aber irgendwann auch schwierig machen.

Ein Freitagabend in Lünen bei Dortmund, es ist zehn Uhr und die Veranstaltung beendet. „Von Mensch zu Mensch" heißt die Reihe, Kraft hat sich von einem Moderator interviewen lassen. Sie hat über ihren Sohn geredet und ihren Mann, von ihrer Herkunft erzählt, von Klassenkameraden, die in Markenjeans herumliefen, während sie die billigen Hosen der älteren Schwester auftrug. Sie hat erzählt, wie ihr Vater starb und darüber eine langjährige Beziehung zerbrach, wie sie mal eine Woche lang mit einer falschen Krebsdiagnose lebte und in dieser Zeit anfing zu planen, was ihr kleiner Sohn alles noch sehen sollte von der Welt. Es war Stoff, bei dem man zwischendurch mal durchatmen musste.

Jetzt sitzt sie im Nebenraum, vor sich eine Tasse Milchkaffee, der Haustechniker kommt vorbei. Er sagt: „Ich hab angespannt zugehört." Das sei mal nicht das „dumme Gelaber" gewesen, wie man es gewohnt sei, sondern „geradeaus". Kraft lächelt und sagt: „Ruhrgebiet halt."

Im Ruhrgebiet geht ein typischer Begrüßungsdialog so:

„Und, wie geht's?"

„Muss. Und selbst?"

„Muss."

„Na dann."

Man weiß danach nicht wirklich, wie es dem anderen geht, man gibt auch nichts von sich preis. Man kann hinter der Schnoddrigkeit verschwinden, klingt authentisch und behält trotzdem die Kontrolle. Ganz so, wie Hannelore Kraft es mag. CHRISTOPH HICKMANN

NORDRHEIN-WESTFALEN

Politische Querschläger

Die Linken haben gute Chancen, in den Landtag einzuziehen. Dabei ist der Landesverband tief zerstritten. Altkommunisten kämpfen gegen Gewerkschafter, Sektierer gegen Reformer.

Hubertus Zdebel greift zur Tasse und spült seinen Missmut mit einem Schluck Filterkaffee hinunter. Er ist einer von zwei Wahlkampfchefs der nordrhein-westfälischen Linken, aber es läuft nicht gut im Moment. Müde sitzt er in seinem Büro in der Bochumer Fußgängerzone.

Zurzeit sind es die Radikalen, die gegen ihn schießen. Sie wollen, dass ihre Partei gewählt wird, aber sie wollen nicht, dass sie in die Regierung geht. Auf keinen Fall. Auch dann nicht, wenn die Linke mit der SPD und den Grünen nach dem 9. Mai die Gelegenheit dazu hätte. Die Radikalen geben keine Ruhe. Zdebel und der Parteivorstand sollen Rot und Grün schärfer attackieren, fordern sie – und attackieren selbst. Ausgerechnet ihn, den Genossen Zdebel.

Als ob er nicht genug Probleme hätte. Er soll Werbung für die linken Landtagskandidaten machen, aber wer kennt die schon? Die prominentesten Linken des Landesverbands sitzen nun mal im Bundestag. Sahra Wagenknecht, die Kommunistin, die aus dem Osten stammt, Ulla Jelpke, die Antikapitalistin, Andrej Hunko, der sich soziale Unruhen wünschte.

Und mit wem hat er es zu tun? Mit unbekannten Kommunisten, Antikapitalisten, Gewerkschaftern und enttäuschten Sozialdemokraten, dem Soziotop der nordrhein-westfälischen Linken. Die Streitlust gehört zu dem wenigen, das sie eint. Und ausgerechnet diese chaotische Truppe sorgt kurz vor der Wahl bei den übrigen Parteien für Aufregung, allein durch die Möglichkeit, dass ihre Existenz das Gefüge der Parteien durcheinanderwirbeln könnte.

Denn in allen Umfragen liegen die Linken zwischen fünf und sieben Prozent. Die Wahrscheinlichkeit ist also groß, dass sie in den Landtag des größten Bundeslandes einziehen werden. Für die Partei wäre das ein Triumph. Gregor Gysi und Oskar Lafontaine hätten ihr Ziel erreicht, die Partei endgültig auch im Westen der Republik zu etablieren.

Hannelore Kraft, die Spitzenkandidatin der SPD, könnte sich womöglich mit den Stimmen der Linken zur Ministerpräsidentin wählen lassen. Sie schließt eine Koalition mit ihnen zwar nicht eindeutig aus, hält sie aber für „weder koalitions- noch regierungsfähig".

Dieses Urteil teilt sie mit führenden Linken in Berlin. Die Strategen im Karl-Liebknecht-Haus sehnen sich nach einem Wahlsieg, aber gleichzeitig rechnen sie nicht damit, dass ihre Genossen in Nordrhein-Westfalen an einer Regierung beteiligt sein werden, wenn Schwarz-Gelb scheitert. Sie hoffen noch nicht einmal darauf. „Man kann sich auch blamieren", sagt ein Mitglied des Parteivorstands in Berlin.

Anders als die Genossen in den ostdeutschen Bundesländern mussten die West-Linken ihre Utopien nie in parlamentarische Wirklichkeit umsetzen. „Es dominieren K-Gruppen-Leute, Sektierer und Verrückte", sagt ein führender SPD-Mann aus Düsseldorf.

Wolfgang Zimmermann, Landesvorsitzender und einer der beiden Spitzenkandidaten, gehört zu jener Fraktion seiner Partei, die mit der SPD über eine Koalition verhandeln würde. Gleichzeitig zählt er zur Antikapitalistischen Linken, der AKL, einer radikalen linken Strömung, deren Anhänger nicht einsehen, weshalb man sich in der Regierung unnötig aufreiben soll. Opposition, sagt ein Kandidat, sei „wesentlich wirkungsvoller, als wenn man gestalten muss".

Die Antikapitalisten ärgerten sich, dass Zimmermann plötzlich von Regierungsbeteiligung redete. Als die Partei ihr Personal zum Wahlkampf aufstellte und Zimmermann kandidierte, setzten sie ihn zwar auf Platz zwei, rächten sich aber mit einem miesen Ergebnis.



VOLKER HARTMANN / DDP

Linke Gysi, Zimmermann, Lafontaine: *Ein Euro pro Aktie*



Delegierte beim NRW-Landesparteitag der Linken in Duisburg: *Mehrere Kisten Bier in der Gartenlaube*

CHRISTIAN DITSCH / VERSION

Die Radikalen beäugen den Landesvorstand genau. Um jedes Risiko auszuschalten, dass Zimmermann und seine Freunde bei möglichen Koalitionsgesprächen mit der SPD und den Grünen zu große Kompromisse machen, verlangten die Genossen, dass jedes Parteimitglied vor, während und nach den Gesprächen informiert und um Erlaubnis gefragt wird.

Wollen SPD und Grüne mit den Linken regieren, muss die Partei erst Regionalkonferenzen einberufen. Später informiert ein außerordentlicher Parteitag die Mitglieder über den Stand der Koalitionsverhandlungen. Nach dem Ende der Gespräche folgt ein zweiter außerordentlicher Landesparteitag, der die Urabstimmung regelt. Dann dürfen alle 8624 Parteimitglieder in Nordrhein-Westfalen darüber befinden, was sie von dem Koalitionsvertrag halten. Was geschieht, wenn die Radikalen den Vertrag ablehnen, weiß Zimmermann auch nicht.

Er steht ohnehin oft ratlos da, wenn seine Genossen einen Einfall haben. So fand der Leverkusener Kreisverband die Plakate gegen Afghanistan und Hartz IV langweilig, die aus Düsseldorf an die Wahlkämpfer im Land verschickt wurden:

Zünglein an der Waage

Sonntagsfrage NRW: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre?“

Angaben in Prozent



Forsa-Umfrage vom 12. bis 17. April; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: Sonstige

„Da fehlt der Pfiff.“ Die Leverkusener haben sich deshalb selbst Sprüche überlegt. „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ Und: „Wer Grün wählt, wird sich schwarz ärgern.“ Zimmermann wollte nicht gegen mögliche Koalitionspartner kämpfen, war aber machtlos. Andere Kreisverbände fanden die Plakate aus Leverkusen auch lustig, über tausend Stück hängen jetzt im Land verteilt.

Guntram Schneider ist im Schattenkabinett von Hannelore Kraft der Arbeitsminister, er ist seit 40 Jahren SPD-Mitglied, DGB-Chef in Nordrhein-Westfalen, er kennt viele Linke aus der Gewerkschaft. Er hält sie für politische Leichtgewichte. Kürzlich fragte er Zimmermann, wie die Verstaatlichung von RWE und E.on eigentlich funktionieren soll, man müsse doch die Aktionäre entschädigen. Zimmermann habe geantwortet, er wolle jedem Aktionär einen Euro pro Aktie zahlen, er meinte das offenbar ernst.

Der größte Schaden droht der Linken durch die politischen Querschläger. Der Vorsitzende der Linksfraktion im Duisburger Stadtrat, der schon letztes Jahr einen Boykott israelischer Waren forderte, hat vor kurzem nachgelegt und das Existenzrecht Israels als „läppisch“ bezeichnet. Das ist mehr als ein dummer Fehler, und eigentlich wollte der Landesvorstand solche Ausfälle in den Griff bekommen, indem er die Kreisverbände überwacht.

Aber mitten im Wahlkampf müssen sich die Linken jetzt mit dem Vorwurf beschäftigen, sich gegenseitig zu bespitzeln. Ralf Michalowsky, einer der stellvertretenden Landesvorsitzenden der Linken, soll schon vor zwei Jahren Parteifreunde beobachtet haben.

In einer E-Mail vom 12. April 2008 meldete ein Genosse an Michalowsky: „Wie besprochen war ich um 11 Uhr bei Karstadt. (…) Um 11:15 Uhr traf ich auf der Rolltreppe: Klaus K. in Begleitung: Peter S., ein Parteimitglied, dessen Namen ich nicht kenne (…), grauhaarig, schlank und mit Spitzbart, sowie eine Frau (…). Peter trug offen Papiere bei sich.“

Michalowsky bestreitet zwar, den Auftrag zum Ausspionieren erteilt zu haben, bestätigt aber, dass er in dieser Zeit für die Betreuung des Kreisverbandes Bottrop zuständig war. Der Kreisverband sei damals „heillos zerstritten“ gewesen, sagt Michalowsky, eine „unglaubliche Truppe“. Er erzählt von Parteitreffen in der Gartenlaube, immer mit mehreren Kisten Bier, er erzählt auch von Großfamilien, die Mitgliederversammlungen belagerten, um einen Verwandten in den Vorstand zu wählen. In Bottrop habe man nur noch die Reißleine ziehen und den ganzen Laden auflösen können.

Bei dem Karstadt-Treffen hätten die damaligen Führungsleute des Kreisverbandes versucht, heimlich einen Querulanten in die Partei zurückzuholen. Er sei damals dankbar gewesen, sagt Michalowsky, wenn andere Mitglieder „aus eigenem Antrieb“ von solchen Treffen berichteten. Seit einem Jahr baut die Linke in Bottrop einen neuen Kreisverband auf, unter Kontrolle der Düsseldorfer Zentrale.

Gleichzeitig hat der Landesvorstand begonnen, Genossen aus der Partei zu werfen, die nur auf dem Papier Mitglieder sind. 1000 Mitglieder habe man gestrichen, Phantom-Mitglieder. Der Landesgeschäftsführer vermutet, dass einige Kreisverbände ihre Zahlen heimlich nach oben gejagt hätten, um mehr Macht zu bekommen.

Die Partei hat schon genug Probleme, die Wahlkämpfer sind deshalb froh, wenn die Genossen zur Abwechslung nicht gegeneinander kämpfen, sondern über Hartz IV reden oder Afghanistan. Über die großen Themen, da geht wenig schief.

ANDREA BRANDT, MARKUS DEGGERICH, CHRISTOPH SCHEUERMANN



ROBERT MICHAEL / MOMENTPHOTO.DE

Polizeieinsatz beim G-8-Gipfel in Rostock 2007
Beleidigt, bepöbelt, bespuckt

JUSTIZ

Sinkende Hemmschwelle

Die Bundesregierung will Polizeibeamte rechtlich besser gegen Übergriffe schützen – doch Justiz- und Innenministerium sind uneins über den richtigen Weg.

Es war eine Situation, wie sie jeden Tag vorkommt, überall in Deutschland. Doch an jenem Dienstag Ende März eskalierte die Lage in einer dramatischen Form. Carsten S., 30, saß im Regionalexpress Richtung Wesel, er war auf dem Weg nach Hause. Im Abteil wollten Jugendliche sich eine Zigarette anzünden. „Rauchen verboten", sagte S., dann gab ein Wort das andere, die Stimmung wurde aggressiv. Da zückte S. seinen Dienstausweis, er ist Bundespolizist. Er glaubte, das schrecke ab. Aber es war umgekehrt: Der Ausweis wirkte wie ein rotes Tuch.

Noch im Zug beschimpfte ein Jugendlicher den Beamten: „Fick die Bullen." Später, auf dem Bahnsteig, traktierte er den Bundespolizisten zusammen mit einem Kumpel mit Fäusten und Tritten so lange, bis Carsten S. zusammenbrach; er erlitt Verletzungen an Kopf, Unterleib und einer Hand. Die Angreifer sind 16 und 21 Jahre alt und polizeibekannt.

Bislang war es vor allem die Lobby der Polizeigewerkschaften, die von der Zunahme der Übergriffe auf Beamte berichtete. Ordnungshüter klagen, sie würden bei Kontrollen beleidigt, bepöbelt und bespuckt.

In Hamburg kam es im Dezember sogar zu einem gezielten Angriff, als Vermummte eine Polizeiwache attackierten und Streifenwagen in Brand setzten.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung will darauf reagieren – allerdings gibt es in der Koalition Krach um das Wie. Anfang April hat Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) einen Gesetzentwurf vorgelegt. Er sieht vor, dass künftig Angriffe auf Polizisten mit „gefährlichen Werkzeugen" wie Eisenstangen genauso verfolgt werden wie Gewalttaten mit echten Waffen. Die möglichen Strafen, heißt es in dem Entwurf, seien dagegen „ausreichend und angemessen; Erweiterungen und Verschärfungen bedarf es insoweit nicht".

Die zurückhaltende Linie der Justizministerin ärgert die Union, die schon bei den Koalitionsverhandlungen auf eine Verschärfung der Paragrafen gedrängt hatte. Der Entwurf regele nur einen „minimalen Teil" des Erforderlichen, „dies kann nicht mitgetragen werden", zürnten die Ministerialen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) in einer internen Stellungnahme. Die vorgeschlagenen Änderungen reichten „bei weitem nicht aus", monierten sie in einem Schreiben an das Justizministerium.

Der Innenminister, oberster Dienstherr von Bundespolizei und Verfassungsschutz, fordert Rückendeckung für sein Personal, er will ein klares Signal. Der „sinkenden Hemmschwelle der Gewalt" müsse deshalb mit einem eigenständigen neuen Tatbestand entgegengewirkt werden, heißt es in dem Schreiben an die Justizkollegen. Jede Attacke auf Ordnungshüter müsse automatisch als Körperverletzung gewertet und schärfer bestraft werden. Bislang drohen dafür bis zu zwei Jahre, für besonders schwere Fälle bis zu fünf Jahre Haft.

Geht es nach de Maizière, soll der besondere Schutz nicht nur wie bisher bei „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" gelten, etwa bei Festnahmen, sondern bei Einsätzen aller Art wie dem normalen Streifendienst. Außerdem möchte der Minister das Gesetz auch auf die Feuerwehr und Rettungssanitäter ausdehnen.

Rückendeckung bekommt de Maizière aus den Bundesländern. Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, der Hamburger Innensenator Christoph Ahlhaus (CDU), bezeichnet den Vorschlag der Justizministerin als „windelweiche Pro-Forma-Novelle". Die Länder seien sich einig, schnellstmöglich auf eine Erhöhung des Strafmaßes zu drängen, so Ahlhaus. „Es wäre nicht akzeptabel, wenn die Sicherheit unserer Beamten zum Gegenstand von Parteiengezänk wird."

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger warnt dagegen vor „hektischen Strafverschärfungen", die „nicht mehr Sicherheit" brächten. „Es ärgert mich, wenn der falsche Eindruck erweckt wird, als schütze das Strafrecht Polizisten nur durch den Widerstandsparagrafen." Wer einen Molotowcocktail auf Polizisten werfe, könne ohnehin wegen versuchten Mordes verfolgt werden, in solchen Fällen habe der Widerstandsparagraf kaum Bedeutung für die Strafhöhe.

Sie sehe zwar „mit Sorge, dass Übergriffe gegen Polizisten zunehmen", und wolle ihren Schutz verbessern, so Leutheusser-Schnarrenberger. Aber die abschreckende Wirkung der von der Union geforderten höheren Strafen sei zweifelhaft. „Ich frage mich, welcher Steinewerfer wirklich am 1. Mai zu Hause bleibt, nur weil im Strafgesetzbuch bei einem Paragrafen der Strafrahmen erhöht wurde – das geht an der Realität vorbei."

So sehen die streitenden Ministerien gespannt dem kommenden Wochenende entgegen. Die verbalen Rituale zwischen Demonstranten und Polizisten in Berlin gerieten in diesem Jahr besonders aufgeregt. Er habe Sorge, es könne Tote geben, orakelte düster der Chef der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg.

2009 hatten sich allein in der Hauptstadt nach dem 1.-Mai-Einsatz 479 Beamte verletzt gemeldet, die hohe Zahl sorgte bundesweit für Aufsehen. Schnell stellte sich damals indes heraus, dass es sich in 405 Fällen um Prellungen handelte, kein Polizist hatte stationär ins Krankenhaus gemusst.

MARCEL ROSENBACH

PARLAMENT

Verdacht der Befangenheit

Bundestagspräsident Lammert will die Parteifinanzen nicht mehr kontrollieren – zum Ärger des eigenen Lagers. Jetzt kommt ihm die Opposition zu Hilfe.



KAY HERSCHELMANN

Parlamentspräsident Lammert
„Hauptsache, ich werde die Aufgabe los“

Beifall und Heiterkeit unterbrachen mehrfach die Rede des gerade gewählten Bundestagspräsidenten Norbert Lammert. Doch plötzlich wurde es still im Plenarsaal. Er teile die Zweifel seines SPD-Amtsvorgängers „an der Weisheit“ des Parteiengesetzes, sagte Lammert. Es gebe da eine höchst unglückliche Regelung, die dringend geändert werden müsse.

Niemand applaudierte damals, am 18. Oktober 2005. Denn die deutschen Parlamentarier liegen seit Jahren mit ihren obersten Repräsentanten in einem bizarren Streit. Es geht um die Finanzen der Parteien, um Spenden und Sponsorengelder und um die nicht unerhebliche Frage, wer die Bilanzen von CDU, SPD und Co. überprüfen und Verstöße gegen die geltenden Gesetze ahnden soll.

Das politische Establishment hat die heikle Aufgabe dem Bundestagspräsidenten übertragen; doch der hält sich selbst für denkbar ungeeignet. Kürzlich beschwerte sich Lammert, dass ausgerechnet er als langjähriges Führungsmitglied der nordrhein-westfälischen CDU die umstrittenen Sponsorenverträge seines eigenen Landesverbands bewerten sollte. Wie er auch entscheide, schimpft Lammert, in jedem Fall setze er sich „dem Verdacht der Befangenheit aus“.

Jetzt bekommt Lammert Unterstützung, und zwar kurioserweise aus dem Lager der Opposition. SPD und Grüne wollen nach der NRW-Wahl in „interfraktionellen Gesprächen klären, wie künftig statt des Bundestagspräsidenten ein unabhängiges Gremium die Aufsicht über die Parteienfinanzierung ausüben kann“, sagt der Parlamentarische SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann. Die Grünen planen zudem eine öffentliche Anhörung im Juni.

Fachleute halten eine Reform schon lange für überfällig. Zuletzt bezweifelte eine Kommission des Europarats im vergangenen Jahr die „Angemessenheit der Kontrolle“ durch den Parlamentspräsidenten und die ihm unterstellte Behörde.

Entsetzt notierte das Expertenteam, dass „nur acht Mitarbeiter“ im Referat PM 3 der Bundestagsverwaltung die Aufsicht führen über Parteikonten, auf die jährlich rund eine halbe Milliarde Euro an Spenden, Beiträgen und staatlichen Zuschüssen fließen. Es fehle an Ressourcen und rechtlichen Befugnissen, urteilten die Experten und empfahlen, neben verschärften Regeln für Transparenz und Sanktionen „ein ausreichendes Maß an Unabhängigkeit“ sicherzustellen.

An Reformvorschlägen mangelt es nicht. Mal wollte die FDP die Finanzkontrolle einer Kommission beim Bundespräsidenten übertragen. Mal warb Bundestagspräsident Lammert für den Bundesrechnungshof. In der vergangenen Legislaturperiode unterbreitete er den Fraktionsvorsitzenden der Großen Koalition einen entsprechenden Vorschlag. Doch Volker Kauder (CDU/CSU) und Peter Struck (SPD) winkten ab.

„Offenbar leben die Parteien mit dem bestehenden System gut“, sagt der Düsseldorfer Verfassungsrechtler Martin Morlok. Schließlich würden Verdachtsfälle in einem „strikten Geheimverfahren“ (Oppermann) überprüft, dessen Ergebnisse öffentlich „nicht nachvollziehbar sind“, wie der Grüne Volker Beck kritisiert.

Nun plädieren SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks und ihr Parteigenosse Oppermann dafür, den Rechnungshof „als Kontrollgremium einzubinden“. Der Widerstand kommt ausgerechnet von Lammerts eigenen Parteifreunden. Ihm sei bisher „kein konkreter Vorschlag der SPD übermittelt worden“, wehrt Peter Altmaier ab, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion. Und auch FDP-Amtskollege Jörg van Essen meint: „Die jetzige Regelung ist nicht optimal, aber es drängt sich keine andere Lösung auf.“

Bleibt alles so, wie es ist, würde das wohl niemand so bedauern wie Lammert. In einem Anflug scherzhafter Verzweiflung sagte er einmal, ihm sei es egal, ob die Deutsche Bischofskonferenz oder der ADAC die Parteifinanzen überprüfe. „Hauptsache, ich werde die Aufgabe los.“

PETRA BORNHÖFT



PAUL LANGROCK / AGENTUR ZENIT

Braunkohlekraftwerk Niederaußem: *„Der Prozess*

KLIMAPOLITIK

Schlacht bergauf

Angela Merkel ändert ihre Umweltstrategie. Sie will das Zwei-Grad-Ziel nicht mehr vertraglich durchsetzen.

Ich habe drei Kinder“, sagte Umweltminister Norbert Röttgen vergangene Woche, als er bei einer Rede in Berlin erklären wollte, warum Klimapolitik auch nach dem gescheiterten Gipfel von Kopenhagen wichtig ist. Eine Erderwärmung um maximal zwei Grad Celsius sei „der Wert, den man höchstens noch tolerieren kann, weil jenseits davon ein Leben nicht mehr möglich wäre, wie wir es kennen“.

Derzeit sind die Aussichten für seine Kinder auf ein unverändertes Leben nicht so gut. Zwar unternimmt die Bundesregierung ab kommendem Wochenende auf dem Bonner Petersberg den Versuch, die internationale Klimarettungsmaschinerie wieder anzuwerfen. Doch ausgerechnet jetzt vollzieht Kanzlerin Angela Merkel eine Wende in der Klimapolitik.

Noch im Dezember sagte sie: „Wenn es uns nicht gelingt, die Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, dann werden die Kosten für die eintretenden Schäden um ein Vielfaches höher sein als das, was wir mit einer Änderung unserer Lebensweise jetzt erreichen können.“

Nun gilt: Merkel wird international nicht mehr versuchen, das Zwei-Grad-Ziel vertraglich durchzusetzen, also mit rechtlich verbindlichen Werten für die Reduktion von Treibhausgasen zu versehen. Sie will sich nicht wieder eine Ab-



stockt, es ist alles sehr schwierig“

Die Klimaheizer

Energiebedingte CO_2-Emissionen 2008 in Millionen Tonnen

China 6810
Asien und Ozeanien gesamt 12618
restliche Welt 3975
Welt 31511
Europa gesamt 7432
USA 6370
Nordamerika gesamt 7486
Frankreich 428
Großbritannien 582
Deutschland 857

Quelle: BMWi, BP

fuhr holen, weil sie erkannt hat, dass wichtige Länder auch beim nächsten Mal nicht mitziehen werden. Das wurde ihr vor zwei Wochen beim Nukleargipfel in Washington vom chinesischen Präsidenten Hu Jintao und vom indischen Premierminister Manmohan Singh bestätigt.

Deutschland muss nun die Grenzen seines Einflusses einsehen. Die Klimapolitik war ein Versuch, auf der großen Bühne eine Führungsrolle zu spielen. Doch die anderen sind nicht gefolgt. Auf dem Papier loben sie das Ziel, doch zu mehr als vagen Versprechungen sind sie nicht bereit. Nun geht es nur noch auf Nebenwegen weiter. Auch dort werden Chinesen oder Inder den Deutschen nicht einfach hinterhertrotten.

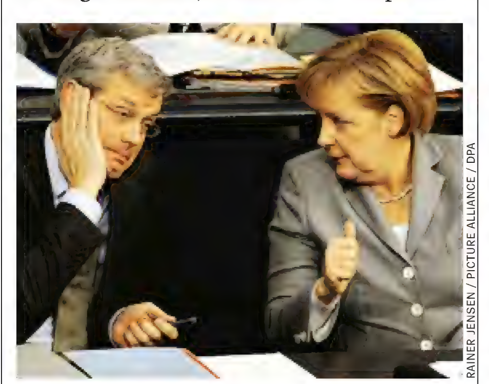
Im Inland droht damit künftig das große Symbol für Anstrengungen beim Umbau der Gesellschaft zu einer klimaschonenden Produktions- und Lebensweise auszufallen. Wenn Merkel international nicht mehr für das Zwei-Grad-Ziel kämpft, wie will sie den eigenen Landsleuten klarmachen, dass sie etwas ändern müssen? Ein nationales Temperaturziel wäre unsinnig.

In Kopenhagen hat die Kanzlerin global verbindliche Zielwerte noch gegen extreme Widerstände aus China und Indien verteidigt. Auf einer Sitzung der Staatschefs am Rande der Konferenz, die mit jeder weiteren Minute dem Kollaps zulief, ließ es Merkel sogar auf einen Showdown mit den beiden neuen Supermächten ankommen. „Der Bericht des Weltklimarats kommt auf das Zwei-Grad-Ziel. Und er sagt auch, dass wir den Kohlendioxidausstoß um 50 Prozent reduzieren müssen“, sagte Merkel.

So wollte sie dem chinesischen Delegationsleiter He Yafei und dem indischen Regierungschef Singh klarmachen, dass auch sie einen Beitrag leisten müssen, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen. „Selbst wenn wir einmal annehmen, dass die Industrieländer überhaupt kein Kohlendioxid mehr ausstoßen, selbst dann müssten die Schwellenländer für das Zwei-Grad-Ziel ihren eigenen CO_2-Ausstoß reduzieren“, sagte eine sichtlich gereizte Kanzlerin und fügte ungehalten an: „Das ist die Wahrheit!“

Als der Inder partout keine konkreten Ziele im Kopenhagener Protokoll akzeptieren wollte, ließ Merkel die diplomatische Etikette fallen. „Dann wollen Sie nichts rechtlich Verbindliches!“, schleuderte sie dem Oberhaupt des Milliardenvolks entgegen. Singh schrie förmlich zurück: „Das ist nicht fair!“ Sein chinesischer Mitstreiter, Vizeaußenminister He Yafei, ergänzte kühl und in geschliffenem Englisch: „Der momentanen Formulierung kann nicht zugestimmt werden.“

Der Kollaps von Kopenhagen hat Merkel nachhaltig verstört. Sie bot noch an, die Zusammenkunft auf dem Petersberg zu organisieren, damit der Gesprächsfaden nicht ganz abreißt. Dann reiste sie frustriert ab. So eine Demütigung hatte sie selten erlebt. Das passiert ihr nicht noch einmal, denkt sie seither. Auch Unregelmäßigkeiten beim Weltklimarat IPCC haben die Kanzlerin verärgert. Zwar ändern deren Fehler nichts an den großen und zentralen Botschaften. Doch die schlechte Pannenkommunikation des IPCC habe es schwerer gemacht, Klimaschutz zu vermitteln, zürnte sie unter Vertrauten.



RAINER JENSEN / PICTURE ALLIANCE / DPA

Politiker Röttgen, Merkel
Vom Kopenhagen-Gipfel verstört

Insgesamt ist die Stimmung der Klimaschützer in den Monaten seit Kopenhagen noch weiter gesunken. „Der Prozess stockt, es ist alles sehr schwierig“, sagt Röttgen.

In Bonn will er am Wochenende der Klimapolitik einen neuen Anstoß geben. Merkel kommt, zudem der mexikanische Präsident Felipe Caldéron sowie Umweltminister und Unterhändler aus knapp 50 Ländern. Sie wollen die Lehren aus dem Debakel von Kopenhagen ziehen und die nächste große Klimakonferenz in Cancún Ende des Jahres vorbereiten. Eine verbindliche Ausgestaltung des Zwei-Grad-Ziels wird auch dort nicht beschlossen werden.

Der Umweltminister gibt sich tapfer. Es gehe ihnen beiden „nicht darum, das Zwei-Grad-Ziel aufzugeben, sondern neue Wege zu finden, es zu erreichen“, sagt Röttgen. Aber das könnte dann auch wesentlich länger dauern. Würden die Beschlüsse, die Länder im Rahmen des „Kopenhagen-Akkord“ hinterlegt haben, umgesetzt, stiege die mittlere Erdtemperatur in diesem Jahrhundert voraussichtlich um mehr als drei Grad Celsius. Klimaforscher warnen vor einer gefährlichen Heißzeit.

Nach den Träumen vom großen Ziel, das alle vereint, kommt nun die Real-

politik. Merkel und Röttgen mussten einsehen, dass sich Staaten wie China und Indien nicht einem verbindlichen Ziel, das andere erfunden haben, beugen werden. Sie machen weiter mit der Klimapolitik, richten die aber streng national aus. Von ihrer Souveränität wollen sie nichts abgeben. Dem passt sich Deutschland nun an und will mit einzelnen Partnerländern konkrete Klimaschutzprojekte beginnen. Röttgen spricht von einem neuen Ansatz: „Wir wollen auf dem Petersberg eine neue Ebene schaffen, um nicht nur auf CO_2-Ziele von oben herab zuzuarbeiten, sondern von unten her Projekte zu starten, die messbare Erfolge bringen.“ Dazu gehörten Waldschutz und noch mehr konkrete Kooperationen beim Transfer umweltfreundlicher Technologien.

Doch ausgerechnet an den finanziellen Zusagen für solche Projekte hat es Merkel bisher mangeln lassen. Sie rückte nach Kopenhagen von dem Versprechen ab, bis 2012 rund 1,3 Milliarden Euro zusätzlich aus Deutschland zu investieren. Gerade einmal 210 Millionen Euro frisches Geld werden es nach derzeitigem Stand sein. „Wenn man sieht, wie viele Extra-Milliarden gerade aufs Geratewohl ins Gesundheitssystem gepumpt werden, kann einem schon anders werden“, sagt einer aus der Spitze von Röttgens Ministerium.

Hier tut sich ein Widerspruch auf: Einerseits will Deutschland das Zwei-Grad-Ziel nun vor allem über praktische Projekte erreichen. Andererseits gibt die Regierung deutlich weniger Geld für diese Projekte als versprochen. Das könnte darauf hinauslaufen, dass Deutschland auch faktisch von diesem Ziel Abstand nimmt.

Differenzen gibt es auch auf der Brüsseler Bühne. Der Umweltminister streitet im Kreis seiner Kollegen dafür, dass die EU ihr Klimaziel einseitig von 20 Prozent Kohlendioxidreduktion auf 30 Prozent erhöht. Merkel lässt im Kreis ihrer höherrangigen Kollegen erkennen, dass sie von europäischen Alleingängen nichts mehr hält.

Röttgen versucht sich bereits daran, andere Begründungen als das Zwei-Grad-Ziel hervorzuheben. Vor allem die ökonomische Vernunft. „Wir können jetzt noch 20 Jahre gut und billig auf Kosten der Kinder leben oder in langfristige Chancen investieren“, sagt er. Deutsche Umwelttechnologien seien ein Exportschlager, „eine der „wichtigsten Wohlstandsquellen überhaupt“. Und Erdöl werde, wie andere Rohstoffe, immer knapper. Doch mit seiner Botschaft, dass Klimaschutz kein Verzichts- und Verliererthema ist, sondern eine „Win-win-win-Chance“ für Wirtschaft, Umwelt und Nachkommen darstellt, ist der Minister in seiner Koalition bisher nicht wirklich durchgedrungen. Er führt auch hier eine Schlacht bergauf.

DIRK KURBJUWEIT, CHRISTIAN SCHWÄGERL, GERALD TRAUFETTER



ARTHUR THILL / ATP

Vertraute Kafitz, Beck, Tennisstar Becker: *Dilettantismus und Vetternwirtschaft*

AFFÄREN

Becks Welt

Durch Naivität und Inkompetenz hat sich die Mainzer Landesregierung in einem Netz windiger Geschäftemacher verstrickt. Selbst Warnungen des Landeskriminalamts wurden ignoriert.

Februartage sind kalt, einsam und ungemütlich in der Eifel. Schon das sprach dagegen, das große Ereignis am zugigen Nürburgring zu zelebrieren. Die Mainzer Staatskanzlei hingegen ist warm und repräsentativ. Zudem residiert Kurt Beck in dem roten Barockbau, und der wollte die frohe Botschaft schließlich selbst verkünden.

Also trat der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz an jenem 3. Februar 2004 in Mainz vor die Presse. Heute sei ein „großer Tag“, diktierte er den Reportern feierlich in die Blöcke. Für ihn personlich, „für Rheinland-Pfalz und für ganz Deutschland“.

Was war passiert? Bernie Ecclestone, der geschäftstüchtige Pate des Formel-1-Zirkus, hatte zugesagt, seine Autorennen noch einige Jahre länger in den Eifelbergen gastieren zu lassen. Zu Bedingungen, die man mit gutem Grund als generös (für Ecclestone) und ruinös (für den Nürburgring) bezeichnen könnte. Doch davon wollte an diesem Tag niemand reden.

Und so begann an jenem Dienstag vor sechs Jahren eine Geschichte, an deren Ende der Mainzer Regierungschef und sein früherer Finanzminister als blamierte und überforderte Provinzpolitiker dastehen, die sich voller Naivität mit ausgekochten Geschäftemachern einließen – und dabei prompt über den Tisch gezogen wurden.

Vordergründig geht es um ein 330 bis 350 Millionen Euro teures, offenkundig überdimensioniertes Großprojekt mit Hotels, Ferienhäusern, Indoor-Freizeitpark, Achterbahn, Veranstaltungshalle und einem Kneipendorf („Grüne Hölle“), das auf Wunsch des Ministerpräsidenten in die Eifellandschaft betoniert wurde. Tatsächlich handelt die Geschichte, die jetzt vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Mainz aufgearbeitet wird, vor allem von Blauäugigkeit, falschen Versprechungen, von Dilettantismus und Vetternwirtschaft.

Je länger der Ausschuss tagt, desto deutlicher wird, dass das Fiasko viel mit dem Regierungsstil des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten zu tun hat. Es ist eine Geschichte aus der Welt des Kurt Beck, in der gute Nachrichten und persönliche Beziehungen oft wichtiger sind als gesunde Skepsis und kritische Kontrolle. Und in der, wie vertrauliche Dokumente belegen, selbst eine deutliche Warnung des Landeskriminalamts folgenlos bleiben kann, wenn sie nicht in die Richtung passt, die vom Regierungschef vorgegeben ist.

Die Geschichte beginnt, lange bevor die Bagger am Nürburgring anrückten, mit einer grandiosen Fehleinschätzung: „Das Land“, behauptete Beck im Februar 2004, gehe mit dem Ecclestone-Vertrag „kein Risiko“ ein. Die überwiegend lan-


THOMAS FREY / FREY-PRESSEBILD

Großinvestition am Nürburgring: *Traumhaft klingende Renditeerwartungen*

deseigene Betreibergesellschaft der Strecke, die Nürburgring GmbH, werde den Kontrakt „ohne Zuschuss öffentlicher Mittel“ stemmen.

Für Insider des Unternehmens war das erkennbarer Unsinn. Nur einen Monat nach der Pressekonferenz warnte der kaufmännische Leiter in einem fünfseitigen Schreiben den Aufsichtsrat, die vorgelegten Prognosen und Berechnungen zu Zuschauerzahlen und Ticketpreisen seien „geschönt“. Das Land gehe mit dem Vertrag ein „hohes finanzielles Risiko“ ein und werde Millionen nachschießen müssen. Schuld daran sei Walter Kafitz, der Chef der Nürburgring GmbH. Entgegen seiner Darstellung habe der nämlich „kaum mit Herrn Ecclestone verhandelt“. Wie auch, wo er den Briten doch nur ein einziges Mal persönlich getroffen habe.

Kafitz wies das im Aufsichtsrat zurück und durfte weitermachen, sein Kritiker dagegen musste gehen. Doch schnell zeigte sich, dass die Warnungen berechtigt waren. Die Nürburgring GmbH landete durch die Formel-1-Veranstaltungen 2004 und 2005 jeweils mit über 9,5 Millionen Euro in den roten Zahlen. Jeder Formel-1-Besucher musste mit 133 Euro aus öffentlichen Mitteln subventioniert werden, rechnete der rheinland-pfälzische Rechnungshof später vor. Und in den Folgejahren, so die Prognose der Prüfer, werde durch fest vereinbarte Preissteigerungen zugunsten Ecclestones alles noch viel schlimmer.

Auch Beck merkte, dass früher oder später zusätzliches Geld hermusste, wenn die Nürburgring GmbH die teure Formel 1 auf Dauer halten wollte. Und so beschloss der Ministerpräsident die Flucht nach vorn. Kafitz war der Mann, der ihm dabei helfen sollte, denn ihm vertraute er. Kafitz war Parteifreund, ein früherer Juso-Bezirkschef in Becks pfälzischer Heimat und SPD-Stadtrat in Kaiserslautern. Seinen Job als Nürburgring-Geschäftsführer verdankte er seinem guten Draht zur Staatskanzlei.

Noch im Mai 2004 verkündeten Kafitz und Beck, sie wollten den Nürburgring finanziell unabhängiger machen. Dafür baue man nun eine „Erlebnis-Region“ mit „Ferien- und Business-Zentrum“ am Ring. Bis zu 200 Millionen Euro sollte das kosten. „Auf öffentliche Gelder“, tönte Kafitz, „können wir verzichten.“ Doch private Investoren waren nicht in Sicht. Niemand konnte sich vorstellen, dass eine solche Anlage in den langen Wintern der unwirtlichen Eifel genügend zahlungskräftige Kundschaft anziehen könnte.

Kafitz war nicht zu irritieren. Er ließ planen, er ließ umplanen, er ließ erweitern, und am Ende stiegen die Kosten auf weit über 300 Millionen Euro. Kafitz engagierte einen Berater nach dem anderen und ließ diese noch zusätzlich von weiteren Beratern beraten. Zudem ließ er viele Tochterfirmen gründen, bei denen er meist selbst als Geschäftsführer eingesetzt wurde. Es sei nicht sicher, ob in dem Firmengestrüpp noch irgendjemand durchgeblickt habe, meint der Mainzer SPD-Wirtschaftsminister Hendrik Hering, der das Chaos am Nürburgring jetzt ordnen muss.

Als die Bauarbeiten Ende 2007 begannen, schien plötzlich doch ein langersehnter „Investor“ aufzutauchen: der Düsseldorfer Unternehmer Kai Richter mit seiner Firma Mediinvest. Richter war smart, redegewandt und hatte eine Vorliebe für teure Jagdanzüge und großvolumige Geländewagen. Nur viel Geld konnte er nicht in das Projekt stecken, ihm seien, leider, gerade zwei Finanzierungsquellen weggebrochen. Immer wieder musste das Land ihm dann über ein Förderinstitut öffentliches Geld als Kapital zuschießen.

Mehr als 85 Millionen Euro schleuste die Beck-Regierung so nach und nach in Richters Firmengruppe, während der gleichzeitig – so steht es in vertraulichen Unterlagen – sich von einer seiner gepäppelten Firmen ein stattliches Honorar von etwa 50000 Euro im Monat auszahlen ließ. Er habe sich nie als Investor, sondern immer als „Projektentwickler“ verstanden, verteidigte sich Richter vergangene Woche.

Nachdem klar war, dass auch von Richter kaum privates Kapital zu erwarten war, übernahm Becks Finanzminister Ingolf Deubel als Aufsichtsratsvorsitzender der Nürburgring GmbH nun selbst die Investorensuche. Doch wer kontrollierte nun den Chefkontrolleur? Der Regierungschef jedenfalls nicht. Beck betonte immer, er habe volles Vertrauen zu seinem Freund, den er wegen seiner Uni-Lehrtätigkeit meist ehrfürchtig „Professor Deubel“ nannte.

Auch deshalb wagte wohl niemand zu protestieren, als sich der Professor immer mehr in einem Gestrüpp undurchsichtiger Finanzmodelle verhedderte. Dort hineingelotst hatten ihn zwei Männer: die Kreditvermittler Michael Merten und Norman Böhm. Ihre Firmen IPC und Pinebeck hatten Briefkastenadressen im hessischen Usingen.

Die beiden schlugen Deubel ein geradezu aberwitziges Modell vor. Zusammen mit anderen Geldgebern würden sie einen Milliardenbetrag in Geschäfte mit amerikanischen Lebensversicherungen stecken und hohe Renditen erzielen. Allerdings müsse dieses Geschäft durch eine öffentliche Immobilie abgesichert werden. Deshalb wolle man auch 200 Millionen Euro in den Nürburgring stecken.

Wozu diese Absicherung dienen sollte, kann bis heute niemand in der Beck-Regierung schlüssig erklären. Die Landespolitiker ließen sich lieber von traumhaft klingenden Renditeerwartungen beeindrucken, als die Details zu hinterfragen. Wenn der Deal

Fehlstart am Ring

Das Projekt „Nürburgring 2009“

Nürburgring

RHEINLAND-PFALZ

Mainz

ursprünglich geplante Kosten:

200 Millionen Euro

tatsächliche Baukosten:

330 bis 350 Millionen Euro

gelinge, versprachen Merten und Böhm, werde das Land ganz sicher mit 30 bis 50 Millionen Euro aus den Spekulationsgewinnen belohnt.

Merten und Böhm behaupten, ihr Modell, das an eine wundersame Geldvermehrung erinnerte, sei absolut sauber. Auch Deubel schien keine Zweifel an der Seriosität der beiden Männer zu haben. Die Taunus Sparkasse, bei der Merten ein Konto unterhielt, schon. Sie erstattete eine Geldwäsche-Verdachtsanzeige gegen den Vermittler, nachdem ihr hohe Bargeld-Transaktionen aufgefallen waren. „Äußerst merkwürdig" fanden die Sparkassen-Leute auch den „Gesamtauftritt" von Merten. So habe der Geschäftsmann stets von „Deviraten" statt „Derivaten" gesprochen, heißt es in der Anzeige. Die Geldwäsche-Ermittlungen wurden später eingestellt, weil die hohen Beträge auf dem Merten-Konto nachweislich aus einer seriösen Quelle stammten: von der Nürburgring GmbH.

Denn das Landesunternehmen, das inzwischen faktisch von Deubel mitgeführt wurde, sorgte gut für die beiden erfolglosen Vermittler. Von August 2006 bis Mitte Juni 2009 überwies das Landesunternehmen insgesamt 1,228 Millionen Euro an Honoraren und Aufwandsentschädigungen an die IPC/Pinebeck – obwohl die versprochene Finanzierung nie zustande kam. Selbst als der Aufsichtsrat beschloss, nur im Erfolgsfall zu zahlen, billigte Deubel noch drei als „Aufwandsentschädigung" deklarierte Überweisungen an Merten über insgesamt 300 000 Euro.

Zeitraubende Verhandlungen mit angeblichen Geldgebern fanden vorzugsweise in luxuriöser Umgebung wie dem Hotel The Dolder Grand am Rande des Zürichsees statt. Gezahlt wurde praktischerweise gleich mit einer Kreditkarte der Nürburgring GmbH. So beglich die hoch defizitäre Landesgesellschaft nach internen Abrechnungen ein „Geschäftsessen" der Vermittler im Restaurant „Scherrer's Höchi" mit reichlich Chateaubriand, Perlhuhnbrust, Gänseleberterrine, Jakobsmuscheln und Champagner für 1359 Franken oder unzählige Übernachtungen im „Dolder" zum Einzelpreis von 490 Franken. Selbst der „Room Service" und die Drinks an der Bar wurden mutig abgerechnet.

Der Regierungschef hatte bis zuletzt an dem ungewöhnlichen Gebaren der Kreditvermittler nichts auszusetzen. Noch am 24. Juni vergangenen Jahres erklärte Beck im Mainzer Landtag, ihm erscheine die Sache seriös, weil nach allem, was ihm berichtet worden sei, „es für mich keinen Anlass gibt, an der Seriosität dieser Finanzierung zu zweifeln".

Innenminister Karl Peter Bruch war nicht so gutgläubig und gab mehrfach seine „Bauchschmerzen" zu Protokoll. Im September 2008 ließ er die Angelegenheit dezent überprüfen. Die Lebensläufe der Vermittler erwiesen sich als teilweise nicht nachvollziehbar. Böhm wurde laut einem Auszug aus dem Bundeszentralregister bereits mehrfach rechtskräftig verurteilt – zuletzt 2007.

Schon am 19. Mai – einen Monat vor Becks Auftritt im Landtag – hielt das Landeskriminalamt in einem vertraulichen Bericht weitere alarmierende Ergebnisse fest. Weder das Pinebeck-Firmengeflecht noch ein weiterer eingesetzter Vermittler, der Schweizer Urs Barandun, hätten bislang Referenzen für ihre Finanzierungsmodelle vorlegen können. Die Firmengruppe von Merten und Böhm verfüge über „keine nachvollziehbare solide und sichere Finanzbasis". „Bei lebensnaher Betrachtung", so das LKA, seien „solche Firmengeflechte" geeignet, die Haftungsverantwortung intern „bis zur Nichtdurchsetzbarkeit von Schadensersatzforderungen" zu verschieben.

Ist es wirklich denkbar, dass Beck von diesem Befund nichts wusste? Aus den Unterlagen der Staatskanzlei geht hervor, dass die Nürburgring-Aktivitäten von September 2007 bis zu Deubels Rücktritt im Juli 2009 insgesamt neunmal Thema im Ministerrat waren. Laut Protokoll erstattete Deubel stets mündlich Bericht, Vermerke existieren angeblich nicht. Nur einmal hatte das Regierungsgremium beschlossen, eine schriftliche Vorlage einzufordern. Aber Beck selbst änderte die Tagesordnung sofort handschriftlich um. Ein mündlicher Bericht sei ausreichend.

Der Regierungschef handelte erst Anfang Juli vergangenen Jahres, als die Eröffnung des Mammutprojekts am Nürburgring unmittelbar bevorstand. Zuvor hatte ihm Deubel noch versichert, dass die private Finanzierung endgültig stehe. Investor sei nun der von Urs Barandun vermittelte Amerikaner Pierre S. Dupont aus der Chemie-Dynastie. „Ganz großer Milliardärsadel", raunte Beck damals in kleinem Kreise.

Als der SPIEGEL in den USA nachfragte, bestritt Dupont, jemals etwas von der Nürburgring GmbH gehört zu haben. In Mainz waren unterdessen Schecks der Firma Miracle Asset Management über 67 und 33 Millionen Dollar eingegangen. Die trugen aber nicht Duponts, sondern Baranduns Unterschrift und erwiesen sich als nicht einlösbar. Die kontoführende Bank in London teilte mit, das entsprechende Scheckbuch sei als verloren gemeldet worden. Barandun beteuerte, die Schecks seien in Ordnung.

Deubel trat daraufhin zurück, Kafitz durfte noch etwas länger Geld ausgeben – um beispielsweise den alternden Boris Becker für 450 000 Euro für acht Auftritte am Nürburgring zu engagieren. Inzwischen ist auch Kafitz gefeuert und arbeitet für eine Rennstrecke in Abu Dhabi.

Kurz nachdem die vermeintlichen Dupont-Schecks geplatzt waren, räumte Beck zerknirscht ein, er hätte wohl doch früher „die Reißleine ziehen" müssen. Sein ehemaliger Finanzminister ist noch nicht ganz so weit. „Als Privatperson", erklärte Deubel den verdutzten Abgeordneten unlängst im Untersuchungsausschuss, „hätte ich gewartet, ob der Scheck noch eingelöst wird oder nicht."

MATTHIAS BARTSCH

THOMAS FREY / IMAGO

Autorennen am Nürburgring: *Perlhuhnbrust und Jakobsmuscheln mutig abgerechnet*

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Es fehlt am Willen!“

Die früheren Spitzenpolitiker Friedrich Merz (CDU) und Wolfgang Clement (früher SPD) über die Führungsschwäche der Bundeskanzlerin, den Mut ihres Vorgängers Gerhard Schröder und die Aussichten für eine neue Reformpartei

SPIEGEL: Herr Clement, Herr Merz, die beiden stursten Politiker Deutschlands an einem Tisch. Herzlich willkommen!

Merz: Danke für das Kompliment.

SPIEGEL: Warum sind Sie eigentlich so stur?

Merz: Wir sind beide aus Westfalen, da bringt man gewisse positive Charaktereigenschaften einfach mit.

SPIEGEL: Jetzt haben Sie auch noch zusammen ein Buch geschrieben. Musste das sein?

Clement: Ja, musste sein. Wir finden, es ist Zeit, sich zu Wort zu melden. Höchste Zeit sogar. Wir sind ziemlich unruhig. Die deutsche Politik erscheint uns nicht auf der Höhe der Zeit.

Merz: Und das zu einer Zeit, wo wir es mit den massiven Folgen einer einzigartigen Finanzkrise zu tun haben. Die Antworten der deutschen Politik auf diese Herausforderungen genügen uns nicht. Das galt für die Große Koalition. Das gilt leider auch für die schwarz-gelbe Regierung.

SPIEGEL: Sie sind beide nicht mehr aktiv in der Politik. Kann es sein, dass Ihnen schlicht und einfach langweilig war?

Merz: Mir ist in meinem ganzen Leben noch nicht langweilig gewesen!

Clement: Mir auch nicht.

SPIEGEL: Der Titel Ihres Werks lautet: „Was jetzt zu tun ist“*. Warum fordern die Politiker immer erst dann den berühmten großen Wurf, wenn sie für nichts mehr verantwortlich sind?

Clement: Die Frage verwundert mich. Ich habe die Agenda 2010 für einen ziemlich großen Wurf gehalten. Aber ich gebe zu: Das war nicht hinreichend. Wir müssen erheblich weitergehen. Der nächste große Wurf ist fällig.

Merz: Ihren Schuh ziehe ich mir auch nicht an. Ich habe in der Politik immer auch nach den großen Linien gesucht und sie auf Parteitagen versucht durchzusetzen. Denken Sie an die Reformbeschlüsse der CDU von Leipzig 2003, und die halte ich immer noch für richtig.

SPIEGEL: Als eines der größten Probleme des Landes haben Sie jetzt unseren Föderalismus ausgemacht. Was stört Sie konkret?

Clement: Unsere föderalen Strukturen sind außer Funktion geraten. Der Föderalismus, wie wir ihn haben, versagt völlig. Er ist zu einem Ministerpräsidentenföderalismus verkommen.

SPIEGEL: Sie waren doch selbst einer.

Clement: Deshalb weiß ich ja, wovon ich rede. Das Amt ist unkontrolliert wie kein anderes. Das macht selbstherrlich und veränderungsresistent. Die Folgen sind in den meisten Landesbanken zu studieren.

Merz: Deutschland hat in Brüssel mittlerweile mehr Vertreter der Länder als Vertreter des Bundes. In Europa weiß vor lauter Landespolitikern niemand mehr, wer eigentlich für Deutschland spricht. Das hat Formen angenommen, die zur Entscheidungsunfähigkeit eines ganzen Landes beitragen.

Clement: An der Stelle muss ich ein Geständnis ablegen. Ich habe damals die Landesvertretung von Nordrhein-Westfalen in Brüssel aufgebaut. Das geschah aber ausschließlich, um den Bayern die Grenzen aufzuzeigen.

Merz: Ja, Sie sind daran maßgeblich beteiligt gewesen! Das schaukelt sich so hoch. Jedes Land will die größte und schönste Vertretung haben.

SPIEGEL: Wie sollte der Föderalismus konkret geändert werden?

Clement: Wir müssen die Zahl der Länder reduzieren. Acht Bundesländer genügen, und zwar solche, die untereinander wettbewerbsfähig sind. Auch die Mischsysteme zwischen Bund und Ländern müssen beseitigt werden. Wir brauchen klare Zuordnungen, insbesondere bei den Steuern.

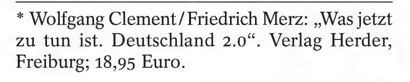
SPIEGEL: Sie beide sprechen sich in Ihrem Buch für die Kopfpauschale



MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

Wolfgang Clement
69, war von 2002 bis 2005 Bundeswirtschaftsminister und zuvor vier Jahre Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Der frühere stellvertretende SPD-Vorsitzende trat im November 2008 nach einem heftigen Streit aus der SPD aus.

Friedrich Merz
54, war von 2000 bis 2002 Unionsfraktionschef im Bundestag und der über Jahre profilierteste Wirtschaftspolitiker der CDU. Er schied 2009 nach vielen Querelen mit Angela Merkel aus der Politik aus. Heute arbeitet er als Anwalt.



* Wolfgang Clement/Friedrich Merz: „Was jetzt zu tun ist. Deutschland 2.0“. Verlag Herder, Freiburg; 18,95 Euro.

im Gesundheitswesen aus. Das hat uns gerade bei Ihnen gewundert, Herr Clement. Ihre alte Partei sammelt in Nordrhein-Westfalen Unterschriften gegen diese Pauschale.
Clement: Soll sie machen. Das ändert nichts an der Tatsache, dass wir zwei Dinge tun müssen: erstens die Gesundheitskosten von den Arbeitskosten lösen; und zweitens den Ausgleich von oben nach unten durch das Steuersystem herstellen. Beides geschieht durch die Gesundheitspauschale. Deshalb ist sie der Bürgerversicherung der SPD vorzuziehen.
SPIEGEL: Ihre Partei, Herr Merz, gehört auch nicht mehr zu den glühenden Befürwortern der Kopfpauschale.
Merz: Es gibt einen Parteitagsbeschluss aus dem Jahre 2003, der bis heute nicht aufgehoben wurde. Ich weiß, dass es mittlerweile eine weitverbreitete Meinung gibt, die die Dinge heute anders sieht. Aber ich kann meiner Partei nur dringend raten, sich dieser Debatte wieder von den Fakten her zu nähern und nicht von den Schlagworten. Im Gesundheitswesen tickt sozialpolitisch die größte Zeitbombe in unserem Land. Wir brauchen eine Fundamentalreform.
SPIEGEL: Sie, Herr Clement, provozieren Ihre alte Partei schon seit Jahren. Der Höhepunkt war, als der damalige Vorsitzende Müntefering in einem Parteiausschlussverfahren erfolgreich für Sie gekämpft hat und Sie am Tag nach dem Urteilsspruch selbst ausgetreten sind. Das erinnerte an das Verhalten eines trotzigen Kindes.
Clement: Nein, wahrhaftig nicht! Für mich hat dieses Verfahren deutlich gemacht, dass die Diskrepanz zwischen der Partei und mir sehr groß ist. Für mich zu groß. An dieser Einschätzung hat sich nichts geändert.
SPIEGEL: Herr Merz, warum haben Sie sich aus der Politik verabschiedet? Konnten Sie es nicht verkraften, die Nummer zwei hinter Angela Merkel zu sein?
Merz: Ich habe für mich bereits im Jahr 2004 die Konsequenz aus den fehlenden inhaltlichen Festlegungen meiner Partei gezogen und sehe mich in meiner Einschätzung mit den Wahlergebnissen der Jahre 2005 und 2009 leider bestätigt.
SPIEGEL: Immerhin hat es Frau Merkel geschafft, dass die Union die Bundesregierung führt.
Merz: Es kann nicht der einzige Sinn und Zweck einer politischen Partei sein, in jedem Falle in der Regierung zu sein, egal mit welchem Ergebnis, egal mit welcher Politik und egal mit welchem Koalitionspartner. Politische Parteien müssen auch im sogenannten postmodernen Zeitalter für Themen und gemeinsame Ziele stehen. Die Wahlenthaltung von fast einem Drittel der Wähler bei der letzten Bundestagswahl zeigt, dass hier ein großes Defizit gerade bei der Union gesehen wird.
SPIEGEL: Kann es sein, dass Sie einfach schlecht verlieren können?
Merz: Hören Sie, ich habe mich aus freien Stücken entschieden, nach 20 Jahren aus der aktiven Politik auszuscheiden. Ich habe immer gesagt, dass es für mich auch eine Phase der beruflichen Tätigkeit nach der Politik geben wird, bevor ich mit den Füßen zuerst aus dem Parlament getragen werde.
SPIEGEL: Ist Angela Merkel eine gute Kanzlerin?
Clement: Sie ist eine Kanzlerin, von der man zu Recht wie von jedem Kanzler Führung und Orientierung erwartet. Da sehe ich Defizite.

REUTERS

Bundeskanzlerin Merkel: *„Wofür steht sie?“*

SPIEGEL: Herr Merz?
Merz: Gemessen an den persönlichen Umfragewerten und an der Beliebtheitsskala im SPIEGEL ist sie eine gute Kanzlerin.
SPIEGEL: Und gemessen am Gestaltungswillen?
Merz: Ich frage mich wie viele andere in der Union: Wie wird diese Kanzlerschaft in die Geschichtsbücher eingehen? Alle Kanzler bis auf Kurt Georg Kiesinger hatten ja mindestens ein großes zentrales Thema, mit dem sie identifiziert wurden, ein Projekt, das geblieben ist. Was bleibt von Angela Merkel? Wofür steht sie so klar und ohne Einschränkungen, dass sie dafür ihr Amt bereit wäre zu riskieren? Bei Adenauer, Erhard, Brandt, Schmidt, Kohl und Schröder war das klar, wenn auch mit sehr unterschiedlichen Themen zu sehr unterschiedlichen Zeiten.
SPIEGEL: Vielleicht gibt es dieses eine große Thema heute nicht mehr, sondern viele kleine Themen?
Merz: Aber die großen Themen liegen doch auf der Straße. Den öffentlichen Haushalten droht der Kollaps, die demografischen Herausforderungen sind alle bekannt, und Europa ist ohne Richtung und ohne Führung. Es fehlt nicht an historischen Projekten. Es fehlt am Willen. Wo ist der Regierungschef, der sich hinstellt und sagt: Liebe Freunde, wir haben folgende Probleme, erstens, zweitens, drittens, und ich stelle mir die Lösung so vor: erstens, zweitens, drittens.
SPIEGEL: War Gerhard Schröder mutiger?
Merz: Schröder ist nicht der einsame Held der deutschen Geschichte nach der Einheit. Aber er war, wenn auch relativ spät, bereit, seine Kanzlerschaft für seine Überzeugungen aufs Spiel zu setzen. Das verbindet ihn mit Helmut Kohl. Auch für Kohl gab es Themen wie die deutsche Einheit und die Europapolitik, die nicht nach Umfragen gemacht wurden, sondern nach Überzeugungen. Wo ist heute die deutsche Europapolitik? Wo ist heute eine konzeptionell und langfristig angelegte deutsche Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik?
SPIEGEL: Herr Clement, diese Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik war Ihre Aufgabe. Wie ist es, zusehen zu müssen, wenn die SPD das eigene Werk demontiert?
Clement: Das ist ein Grund für meine inzwischen erhebliche Distanz zur SPD. Keine einzige Korrektur, die jetzt vorgeschlagen wird, ist richtig. Keine einzige dieser Korrekturen führt auch nur zu einem einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz.
SPIEGEL: Sie nicken, Herr Merz. Welche Schuld an der Demontage der Hartz-Gesetze trägt Ihre Partei? Hat nicht der Kollege Jürgen Rüttgers damit angefangen?
Merz: Die CDU hat mit dem Dresdner Parteitag 2006 versucht, eine reformbe-



STEFAN BONESS / IPON

Kanzler Schröder 2003: *„Er war bereit, sein Amt für Überzeugungen aufs Spiel zu setzen"*

reite SPD links zu überholen. Diesem Druck hat die SPD dann nur ein Jahr standgehalten, dann sind auch da die Dominosteine umgefallen. Dresden markiert für die CDU einen Wendepunkt, der der Partei nicht gutgetan hat.

SPIEGEL: Herr Clement, ist Sigmar Gabriel ein guter Parteivorsitzender?

Clement: Er hat ein ausgesprochen gutes Gefühl für aktuelle Stimmungslagen. Ich bin aber nicht sicher, ob es ihm damit gelingen wird, die SPD aus dem tiefen Tal herauszuführen und auf einen Kurs zu bringen, den ich sozial-liberal nenne. Das ist der Kurs des Erfolgs, er liegt in der Tradition von Brandt, Schiller und Helmut Schmidt. Davon ist die SPD im Moment weit entfernt. Klaus von Dohnanyi hat kürzlich gesagt, wenn sich die SPD auf ein Bündnis mit der PDS-Linken einlässt, in welcher Weise auch immer, dann ist das ihr Ende. Das ist auch meine Überzeugung.

SPIEGEL: Die nennen sich heute übrigens „Die Linke".

Clement: Was Sie nicht sagen. Für mich ist das die PDS-Linke.

SPIEGEL: Droht der CDU auch eine PDS von rechts, Herr Merz?

Merz: Gott sei Dank ist in Deutschland die Hemmschwelle zur Gründung einer rechten Partei sehr hoch, und alle bisherigen Versuche dazu waren nicht sehr erfolgreich. Die Frage ist, ob die Union noch bereit und in der Lage ist, zur politischen Mitte hin zu integrieren. Sie hat bisher in der Parteienlandschaft, übrigens auch im europäischen Vergleich, großes Glück gehabt. Aber es wenden sich immer mehr Stammwähler von der Union ab, die dort keine politische Heimat mehr haben. Und darin liegt eine große Gefahr für ihren Bestand als Volkspartei.

SPIEGEL: Merkel vergrault Stammwähler?

Merz: Um das zu erkennen, muss man keine Ausbildung als Parteiforscher haben. Ein Blick auf die Zahlen genügt.

SPIEGEL: Ist es an der Zeit für eine neue Partei, werteorientiert und reformfreudig? Ihr Buch könnte ja das Gründungsmanifest sein und Sie die Vorsitzenden.

Clement: Ja, genau, wir winken jetzt aus dem Fenster des SPIEGEL am Pariser Platz und rufen …

Merz: … auf zur Reform-Revolution!

SPIEGEL: Nur zu.

Clement: Im Ernst. Wir wollen zur Kehrtwende und zur entschlossenen Reform aufrufen und keine neue Partei oder neue Republik ausrufen.

SPIEGEL: Planen Sie kein Comeback?

Clement: Herr Merz ist jung, ich bin nicht mehr ganz so jung, für mich scheidet das aus. Aber ich habe 50 Jahre Erfahrung in und mit Politik. Aus dieser Erfahrung heraus melde ich mich weiter zu Wort.



MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

Clement, Merz, SPIEGEL-Redakteure*
„Uns ist nicht langweilig"

Merz: Ich habe immer wiederholt, dass ich nicht den Oskar Lafontaine auf der anderen Straßenseite spiele, dafür ist das Erbe der CDU zu wertvoll. Ich möchte, dass meine Partei die strukturelle Mehrheitsfähigkeit nicht verliert und dass sie die politische Heimat auch für die Wertkonservativen und für liberale Geister bleibt.

SPIEGEL: Es stehen Landtagswahlen in Ihrem Heimatland Nordrhein-Westfalen an. Herr Clement, Sie sind bekannt dafür, gelegentlich Orientierungshilfe zu geben. Wen sollte man am 9. Mai wählen?

Clement: Orientierung zu geben, das ist auch Ihre Aufgabe als Journalisten.

SPIEGEL: Dann haben Sie Ihre früheren Wahlempfehlungen gegen die SPD in Hessen und für die FDP im Bund in Ihrer Eigenschaft als Journalist gegeben?

Clement: Wie Sie wollen. Im Übrigen: Ich habe keine Wahlempfehlung für die FDP abgegeben. Ich habe Herrn Westerwelle in Bonn unterstützt, und ich hoffe, dass ich mich nicht geirrt habe. Allerdings bin ich schon der Meinung, dass auf den entscheidenden Feldern Wissenschaft, Bildung, Forschung und Gesundheit die FDP die einzige Partei ist, die noch anzutreiben versucht.

SPIEGEL: Ist Hannelore Kraft, die Spitzenkandidatin der SPD, für Sie wählbar?

Clement: Hannelore Kraft habe ich in NRW ins Kabinett geholt. Ihre kraftvolle Präsenz im Wahlkampf hat auch mich überrascht.

SPIEGEL: Sie ist nicht vergleichbar mit Andrea Ypsilanti?

Clement: Beileibe nein.

SPIEGEL: Die SPD setzt in NRW auf Rot-Grün. Sie haben Rot-Grün erlebt, im Land, im Bund. Was war Ihre Erfahrung?

Clement: Es war eine Qual. Es gab kein Verkehrsprojekt, kein Infrastrukturprojekt, kein Energieprojekt, über das wir nicht gestritten haben. Die Grünen sind für mich maßgeblich daran schuld, dass hierzulande Zukunftsängste, Innovations- und Risikoscheu grassieren.

SPIEGEL: Herr Merz, Ihr Parteifreund Rüttgers und viele andere in der Union können sich Koalitionen mit den Grünen inzwischen gut vorstellen. Sie auch?

Merz: Ich bin nicht so harsch im Urteil wie Herr Clement. Die Grünen von heute sind nicht mehr die Grünen von gestern. Dennoch trennt uns politisch viel mehr, als uns verbindet. Sie sind politische Gegner, mit denen es nur in Einzelfragen eine Übereinstimmung gibt.

SPIEGEL: Es ist doch nicht schlecht, wenn eine Partei mehrere Optionen hat.

Merz: Aber eine Partei ist eine Gemeinschaft von Mitgliedern, die Überzeugungen und politische Konzepte miteinander teilen, und nicht ein Verein von Mathematiklehrern.

SPIEGEL: Herr Merz, Herr Clement, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Christoph Schwennicke und Markus Feldenkirchen in Berlin.




BPK (L.); MARY EVANS / INTERFOTO (R.)

Landung der Alliierten*, deutsche Kriegsgefangene in der Normandie 1944: *„Wir konnten nicht anders, als sie zu töten“*

ZEITGESCHICHTE

Schreie in der Kraterlandschaft

Bestsellerautor Antony Beevor hat die Invasion in der Normandie von 1944 rekonstruiert – und stieß dabei auf zahlreiche Kriegsverbrechen, auch durch die Alliierten.

Für William E. Jones war es das erste Verbrechen, und vermutlich konnte er sich deshalb noch Jahre später gut daran erinnern. Er hatte mit anderen US-Soldaten der 4. Infanteriedivision einen kleinen Hügel erobert. Es sei „ziemlich hart zur Sache gegangen“, beschrieb Jones später das blutige Gefecht.

Und dann verloren die GIs alle Beherrschung. O-Ton Jones: „Wir spielten verrückt. Einige von ihnen saßen noch in den Schützenlöchern. Da sah ich, wie mehrere direkt in den Löchern erschossen wurden. Wir machten keine Gefangenen und konnten nicht anders, als sie zu töten. Das taten wir. Ich hatte noch nie einen auf diese Weise erschossen. Aber sogar unser Leutnant hat mitgemacht, und einige Unteroffiziere auch.“

Die Namen der Toten werden vermutlich nie geklärt, nur eines ist gewiss: Die Opfer des Kriegsverbrechens waren deutsche Soldaten, gestorben in der Normandie im Sommer 1944.

Im Morgengrauen des 6. Juni hatten die Angloamerikaner und ihre Verbündeten mit der Operation „Overlord“ begonnen, dem größten Landungsunternehmen aller Zeiten. Seitdem lieferten sich alliierte und deutsche Truppen zunächst an den Stränden, dann in der herben normannischen Landschaft eine der erbittertsten Schlachten des Zweiten Weltkriegs. Bilanz des Schreckens: mehr als 250 000 gefallene oder verwundete Soldaten und Zivilisten und eine verwüstete Normandie.

Viele Bücher sind darüber geschrieben, zahlreiche Filme gedreht worden. Steven Spielbergs preisgekrönter „Der Soldat James Ryan“ war ein Welterfolg. Ein scheinbar auserzähltes Thema also.

Doch zuletzt nahm sich der britische Historiker und Bestsellerautor Antony Beevor den Stoff vor. Und bei seinen Recherchen für „D-Day. Die Schlacht um die Normandie“ stieß er auf ein Thema, das unter Experten inzwischen offen diskutiert wird**. Alliierte Soldaten haben wohl in größerem Ausmaß als bislang bekannt in der Normandie Kriegsverbrechen begangen.

Beevor zitiert umfangreich aus Berichten und Erinnerungen Beteiligter, denen zufolge Amerikaner, Briten oder Kanadier deutsche Gefangene und Verwundete umbrachten. Auch benutzten sie Soldaten der Wehrmacht oder der Waffen-SS als menschliche Schutzschilde oder trieben sie durch Minenfelder.

Ein Soldat namens Smith von der 79. US-Infanteriedivision entdeckte in einer Befestigungsanlage einen Raum mit deutschen Verwundeten. Smith hatte sich vor einem Angriff mit Calvados vollaufen lassen und grölte, nur ein toter Deutscher sei ein guter Deutscher. Der offizielle Bericht vermerkte: „Er machte noch mehrere Verwundete zu guten Deutschen, bevor man ihm in den Arm fiel.“

Oberfeldwebel Lester Zick kam ein US-Soldat auf einem Schimmel entgegen, der elf Gefangene vor sich hertrieb. Er rief Zick und seinen Leuten zu, es seien alles Polen bis auf zwei, die seien Deutsche. Dann zog er seine Pistole, so Zick, „und schoss den beiden in den Hinterkopf. Wir standen dabei“.

Der Soldat John Troy erzählte von der Leiche eines US-Offiziers, den die Deutschen gefesselt und ermordet hatten, weil er eine erbeutete deutsche Pistole bei sich trug. Troy ergänzte: „Natürlich haben wir das Gleiche mit ihnen gemacht, wenn wir sie mit amerikanischen Zigaretten oder amerikanischen Uhren am Arm erwischten.“

Kriegsverbrechen sind ein heikles Thema, doch die Beleglage ist erdrückend.

Besonders die Fallschirmjägertruppen, die hohe Opferzahlen zu beklagen hatten, sannen auf blutige Vergeltung. Allein bei dem Dorf Audouville-la-Hubert massakrierten sie auf einen Schlag 30 festgesetzte Wehrmachtsoldaten.

Am Strand mussten US-Pioniere deutsche Gefangene vor aufgebrachten Männern der 101. Luftlandedivision schützen, die brüllten: „Überlasst die Gefangenen uns! Gebt sie uns! Wir wissen schon, was wir mit ihnen machen.“

Als ein Panzerlandungsschiff neben alliierten Verwundeten auch deutsche Gefangene aufnahm, wollten sich die Verletzten auf die Deutschen stürzen. Sanitäter konnten Schlimmeres verhindern.

Oft zitiert Beevor aus Erinnerungsberichten alliierter Soldaten, die seit Jahren vorliegen, aber bisher von anderen Historikern ignoriert wurden. Passten sie nicht zum Bild der „greatest generation“, zu der besonders die Amerikaner ihre Sieger von 1945 stilisierten? Kein Schatten sollte offenbar auf jenen Krieg fallen, mit dem sich vor allem die Amerikaner das moralische Recht – und die praktischen Voraussetzungen – erkämpften, Europas Schicksal nach 1945 mitzubestimmen.

Inzwischen hat ein Umdenken eingesetzt. 2007 schrieb Pulitzer-Preisträger Rick Atkinson in seinem Buch über den Krieg in Italien und über diverse Kriegsverbrechen der Alliierten. Und jetzt die Normandie.

Beevor erklärt die Verbrechen vor allem mit der unglaublichen Härte der

* Bei Hermanville-sur-Mer am 6. Juni 1944.
** Antony Beevor: „D-Day. Die Schlacht um die Normandie“. C. Bertelsmann, München; 640 Seiten; 28 Euro.

Kämpfe. Die Deutschen sprachen selbst vom „schmutzigen Buschkrieg“, in Anlehnung an die bis zu drei Meter hohen Hecken und Knicks, die in der Bocage-Landschaft der Normandie die Felder abgrenzen – ein ideales Gelände für Hinterhalte und Sprengfallen.

Deutsche Einheiten spannten Stahlseile in Kopfhöhe über die Straßen. Brauste ein US-Jeep heran, wurden Fahrer und Beifahrer enthauptet. Sie befestigten Handgranaten an den Erkennungsmarken toter GIs, die sie zurückließen. Versuchte jemand, die Marke abzunehmen, zerfetzte ihn die Granate. Gesichert ist, dass vor allem die Waffen-SS Gefangene erschoss.

Das Feuer der Artillerie beider Seiten und die Bombenangriffe der Alliierten verwandelten die Normandie in eine Mondlandschaft. Beevor berichtet von Soldaten, die heulend und schreiend in den Kratern hockten; andere pflückten wie in Trance Blumen zwischen explodierenden Geschossen. US-Mediziner registrierten allein bei ihren Truppen 30 000 Fälle von Kriegsneurosen.

Nie habe er so sehr gehasst, schrieb ein US-Infanterist an seine Familie in Minnesota und fügte hinzu: „Und es ist nicht deswegen, weil irgendwelche hohen Tiere hier wilde Reden gehalten haben.“

Allerdings hat es solche „wilden Reden“ durchaus gegeben. Nach Recherchen des deutschen Historikers Peter Lieb bekamen am D-Day viele Einheiten der Kanadier und Amerikaner Befehl, keine Gefangenen zu machen. War das der Grund, warum die Amerikaner am „Omaha Beach“ lediglich 130 Mann festsetzten, von denen wiederum nur 66 an den Sammelstellen am Strand eintrafen?

Und noch etwas fällt auf: Waffen-SS-Leute gingen den Alliierten selten ins Netz. Lag es daran, dass die Angehörigen des Totenkopfordens Hitler Treue bis in den Tod geschworen hatten und oft bis zum Letzten kämpften? Oder wirkte sich die alliierte Propaganda aus, die die eigenen Soldaten auf die SS eingeschworen hatte? „Viele von ihnen verdienen wahrscheinlich auf jeden Fall, erschossen zu werden, und wissen das auch“, heißt es lakonisch in einem Bericht des britischen XXX. Korps.

Für Ewiggestrige freilich geben die neuen Erkenntnisse keinen Grund zum Triumphieren. Mag auch der Umfang alliierter Kriegsverbrechen größer sein als bislang bekannt, sie sind nicht vergleichbar mit dem Ausmaß deutscher Vergehen an Zivilisten. Das Erschießen von unschuldigen Geiseln war Teil der deutschen Strategie, die französischen Partisanen zu bekämpfen, die nach dem D-Day losschlugen. Bis zu 16 000 Franzosen – Männer, Frauen, Kinder – fielen dem Terror von Wehrmacht und SS zum Opfer.

KLAUS WIEGREFE

Teil 1: Europas Energieversorgung steht am Beginn eines epochalen Wandels. Regenerative Kräfte wie Wind, Sonne oder Wasser gewinnen an Bedeutung und verdrängen allmählich die klassischen Klimakiller wie Öl, Gas und Kohle. Deutschland will in dieser Entwicklung eine Vorreiterrolle spielen. Mit Milliardensummen hat die Bundesregierung die Öko-Energien gefördert. Im Jahr 2020 sollen 30 Prozent des gesamten Stroms aus erneuerbaren Quellen stammen. Gleichzeitig begeistern europäische Großprojekte Politik und Industrie: Im Norden des Kontinents entstehen vor den Küsten gigantische Windparks, im Süden wollen die Anrainerstaaten des Mittelmeers ihr ungeheures Potential an Sonnenenergie nutzen. In einer dreiteiligen Serie beschreibt der SPIEGEL so den Umbruch in der Energieversorgung, die gigantischen technischen Herausforderungen – und die Folgen für die Verbraucher.



Watt aus dem Meer

Die Energieversorgung in Deutschland steht vor einer entscheidenden Wende. In den nächsten Monaten und Jahren werden vor den Küsten große Offshore-Windparks entstehen, mit denen gewaltige Mengen Ökostrom produziert werden sollen. Diese Woche fällt der Startschuss.

Es ist nass, kalt und unwirklich an diesem Morgen im ostfriesischen Städtchen Emden. Die Nebelschwaden beginnen nur langsam aufzureißen. Das Schlimmste aber ist die Windstille.

„Hoffentlich laufen sie überhaupt“, sagt Projektleiter Wilfried Hube mit einem besorgten Blick. Dann zieht er die Gurte seiner Schwimmweste fest und klettert in den Hubschrauber. Im Tiefflug geht es Richtung Küste, vorbei an den Inseln Juist und Borkum direkt auf die Nordsee.

Dort, mitten im Meer, liegt das Ziel des kurzen Flugs: Alpha Ventus, der erste und bislang einzige deutsche Offshore-Windpark. Winzig klein zunächst zeichnen sich die Konturen am Horizont ab. Doch mit jedem Kilometer, den man sich nähert, werden die gigantischen Ausmaße des Projekts deutlich.

Auf einer Fläche von etwa vier Quadratkilometern – das entspricht der Größe von ungefähr 500 Fußballfeldern – ragen insgesamt zwölf Windturbinen aus dem eisigen Wasser. Jede einzelne ist mit rund 150 Metern so hoch wie der Kölner Dom und mit 1000 Tonnen so schwer wie 25 vollbeladene Sattelschlepper.

Als der Hubschrauber sich langsam auf die nahe gelegene Versorgungsplattform senkt, drehen sich die Rotoren aller Anlagen langsam im aufgefrischten Wind.

Hube wirkt erleichtert. Und das nicht nur, weil ein Offshore-Park ohne Wind immer auch einen „trostlosen Eindruck bei Besuchern“ hinterlässt.

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit hat der Projektleiter vor wenigen Tagen mit Hilfe von Tauchertrupps die letzten Unterwasserkabel anschließen können. Seitdem fließt mit jeder Rotorenbewegung Strom aus der Nordsee Richtung Festland – und das in gewaltigen Mengen.

Mindestens 220 Gigawattstunden Energie wird Alpha Ventus Jahr für Jahr in das Stromnetz einspeisen. Das reicht aus, um 50 000 Haushalte zu versorgen.

Sollten keine unerwarteten Störungen mehr auftreten, wollen die drei Betreiber, die Stromversorger E.on, Vattenfall und EWE, in dieser Woche in den Normalbetrieb wechseln.

Dann soll die Anlage offiziell eingeweiht werden, mit einem Festakt auf der Versorgungsplattform, zu dem neben den Chefs der großen Energiekonzerne auch Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) eingeflogen werden soll.

Die Fertigstellung von Alpha Ventus markiert nicht nur einen Meilenstein für

die drei Betreiber. Die Inbetriebnahme des Parks läutet gleichzeitig eine völlig neue Ära der Energieversorgung ein.

In den kommenden Monaten und Jahren sollen vor den deutschen und europäischen Küsten weitere riesige Offshore-Anlagen entstehen und enorme Mengen Strom in die Netze auf dem Festland einspeisen.

Große Konzerne wie Siemens, General Electric und europäische Energieversorger wie E.on, RWE, Vattenfall oder die spanische Iberdrola stecken derzeit ihre Claims in den freigegebenen Gewässern ab. Kaum ein Monat vergeht, ohne dass neue milliardenschwere Investitionen auf den Weg gebracht werden.

Es herrscht Goldgräberstimmung. „In der Branche wird der Offshore-Windmarkt als der wesentliche Wachstumsbereich bei den erneuerbaren Energien in unseren Regionen angesehen", sagt Frank Mastiaux, der beim Stromriesen E.on für das Aufgabenfeld zuständig ist. Auch die Politik schöpft Hoffnung.

Mit den Offshore-Windparks scheint die Vision von einer umweltschonenderen Energieversorgung mit geringerer Abhängigkeit von Kohle, Gas und Öl endlich greifbar. Die lang beschworene Wende in der deutschen Energiepolitik rückt ein Stück näher. Der Ökostrom aus dem Meer nimmt in den ambitionierten Plänen der Bundesregierung zum Klimaschutz eine zentrale Rolle ein.

Bereits im Jahr 2007 hatte sich Deutschland gegenüber der EU zu weitreichenden CO_2-Senkungen verpflichtet. Eine „Vorreiterrolle" im europäischen und weltweiten Klimaschutz wolle Deutschland spielen, so hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) damals versprochen. Entsprechend ehrgeizig fielen die Ziele aus.

So will Deutschland den Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids bis 2020 um 30 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 senken. Und dabei geht die Bundesregierung in der EU eine Art Sonderweg.

Während europäische Nachbarländer bei der CO_2-Reduzierung auf einen Mix aus Energiesparmaßnahmen, dem Ausbau regenerativer Energien und der CO_2-armen Kernkraft setzen, hält Deutschland am Atomausstieg fest. Die schwarz-gelbe Koalition will die Laufzeiten der Meiler zwar verlängern, doch mehr als eine Brückentechnologie soll die Atomkraft auch in Zukunft nicht sein.

Um die Klimaschutzziele zu erreichen, bleibt neben Sparmaßnahmen somit nur ein massiver Ausbau der regenerativen Energien. Und tatsächlich soll deren Anteil an der Stromproduktion nach Planungen des Umweltministeriums bis zum Jahr 2020 von heute gut 16 auf dann über 30 Prozent steigen.

Zehn Jahre später könnten es sogar schon weit über 40 Prozent sein, hofft Röttgen.

Wie das im Idealfall gehen soll, hat die Bundesregierung in einem „Leitszenario" ausgerechnet. Danach wird die Photovoltaik trotz milliardenschwerer Förderung und hochsubventionierter Arbeitsplätze vergleichsweise wenig zur deutschen Stromproduktion beitragen. Und beim Ausbau von Wasserkraft und Biogasanlagen sind echte Wachstumssprünge bis zum Jahr 2020 nicht zu erwarten.



Offshore-Windpark Alpha Ventus vor Borkum

MATTHIAS IBELER / DDP

Die größte Hoffnung basiert auf einem weiteren Ausbau der Windenergie. „Schon in den vergangenen Jahren hat die Branche einen kaum für möglich gehaltenen Aufschwung hinter sich", sagt Verbandspräsident Hermann Albers stolz.

Rund 21 000 Windmühlen sind in Deutschland installiert. Mit den Anlagen werden zwischen sechs und sieben Prozent des deutschen Strombedarfs gedeckt. An stürmischen Tagen und geringer Nachfrage reicht der Ökostrom manchmal sogar für einige Stunden aus, den gesamten Bedarf der Haushaltskunden zu befriedigen.

Möglich wurde dies durch eine konsequent betriebene Förderung. So bekam der Windstrom eine Art Vorrangregelung im Stromnetz. Zudem erhielt die Branche über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) jahrelang milliardenschwere Zu-

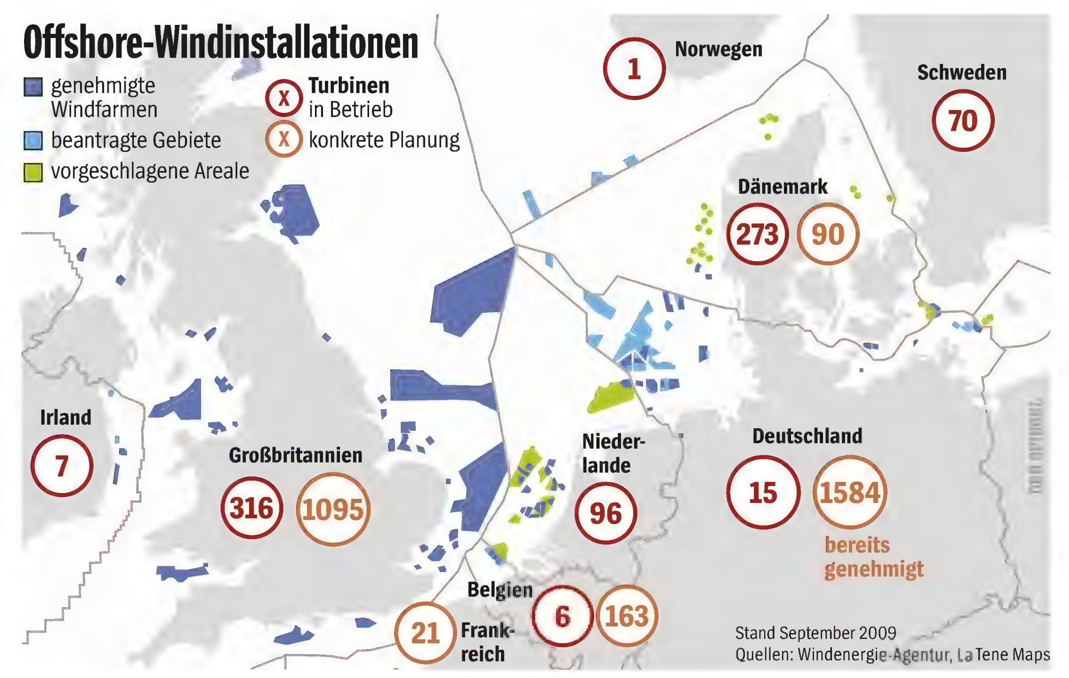
schüsse zum Betrieb ihrer Anlagen. Doch das System stößt langsam an seine Grenzen.

Trotz teurer Förderprogramme hat die Bundesregierung vernachlässigt, die Infrastruktur an die neuen Erfordernisse anzupassen. Nach wie vor fehlen intelligente Stromnetze und vor allem Speichermöglichkeiten, um windarme Perioden auszugleichen. Auch geografisch sind die Expansionsmöglichkeiten für die Windmüller begrenzt. Gute Standorte an Land sind rar geworden. Und das sogenannte Repowering, bei dem vorhandene Windanlagen durch wesentlich leistungsstärkere und größere Turbinen ersetzt werden, kommt erst langsam in Schwung. Gegen die teilweise doppelt so hohen Anlagen regt sich vielerorts Widerstand.

Weit vor den Küsten Europas gibt es solche Schwierigkeiten nicht, Standorte im Meer gibt es viele. Und auch der Wind bläst über der offenen See kräftiger und beständiger.

Daher wundert es wenig, dass Politiker – egal welcher Couleur – dem Ausbau der Projekte auch in der Vergangenheit schon einen sehr hohen Stellenwert beigemessen haben. So prognostizierte der ehemalige Grünen-Umweltminister Jürgen Trittin bereits im Jahr 2005, dass der Offshore-Windkraft eine „zentrale Rolle“ in der Stromversorgung zuwachsen werde.

Und auch sein SPD-Nachfolger Sigmar Gabriel plante für den Umbau des deutschen Energiesystems gewaltige Mengen Watt aus dem Meer mit ein: Im Jahr 2050, heißt es in der unter seiner Ägide verabschiedeten Analyse, sollen mehr als 140 Terawattstunden Strom von Windrädern in Nord- und Ostsee produziert werden. Das allein wären knapp 25 Prozent des geschätzten Stromverbrauchs.



Doch lange Zeit gingen die Hoffnungen der Politik nicht auf. Statt sauberen Meeresstrom in die Netze einzuspeisen, meldeten die angetretenen Konzerne E.on, RWE, Vattenfall und Co. in den vergangenen Jahren nichts als Rückschläge – aus unterschiedlichsten Gründen.

Um das sensible Wattenmeer zu schützen und Proteste der Tourismusbranche gegen große Propellertürme an den Stränden gar nicht erst aufkommen zu lassen, hatte die Bundesregierung die Offshore-Flächen äußerst weit vor die Küsten verlagert. Mindestens 30 Kilometer – deutlich mehr als in anderen EU-Staaten – muss der Abstand zu den Stränden betragen.

Das hat schwerwiegende Folgen. So ist der Logistikaufwand ungleich größer als in Nachbarländern, die ihre Windparks teilweise sogar weniger als fünf Kilometer ans Land heranlassen. Noch gravierender: So weit draußen vor den Küsten liegt der Meeresgrund teilweise mehr als 40 Meter unter der Wasseroberfläche.

„Und in solchen Tiefen auf rauer See hatte bis dahin noch niemand auf der Welt einen rund 150 Meter hohen und 1000 Tonnen schweren Turm aufgestellt, der zudem noch extreme Windbelastungen aushalten muss“, sagt Alpha-Ventus-Projektleiter Hube.

Die Hoffnung, Technik und die notwendigen Geräte aus der Öl- und Gasbranche verwenden zu können, entpuppte sich als Trugschluss. Die zum Aufbau schwerer Ölplattformen benötigten Kran- und Reparaturschiffe waren für die filigranen Arbeiten an Windtürmen ungeeignet. Selbst die beim Bau von Bohrinseln verwendeten Fundamente konnten die Offshore-Park-Entwickler nicht gebrauchen.

„Es war wie beim ersten Flug zum Mond“, erklärt der Ex-Chef des Windanlagenherstellers Repower, Fritz Vahrenholt, der jetzt beim Stromriesen RWE für den Aufbau der Erneuerbare-Energien-Sparte zuständig ist. „Fast alles musste neu konzipiert und entwickelt werden.“

Das reichte von extrem belastbaren Fundamenten für die hohen Türme über ferngewartete Technikräume bis hin zu teuren Kran- und Verlegeschiffen. Boote, die selbst bei mehreren Meter Wellenhöhe in der Lage sind, sensible Rotoren und tonnenschwere Gondeln in großer Höhe zentimetergenau zu justieren, hatte es bis dahin nicht gegeben.

„Die gesamte Phase war geprägt von Ernüchterung und Rückschlägen“, erinnert sich auch Verbandschef Albers. Und mit jedem weiteren Monat dämmerte den Großkonzernen, dass sie ihre Versprechen gegenüber der Politik nicht würden einhalten können. Denn nicht nur die aufwendige Technik hatten sie unterschätzt. Auch auf die Wetterverhältnisse der Nordsee waren sie unzureichend vorbereitet. Wegen Sturm und Kälte konnte an deutlich weniger Tagen gearbeitet werden als geplant.

Um die Verzögerungen zumindest teilweise aufzuholen, kam es auf der Wasserbaustelle zu grotesken Szenen. „In Gutwetterphasen“, so Hube, „tummelten sich auf dem Alpha-Ventus-Areal bis zu 23 riesige Schiffe mit bis zu 350 Arbeitern.“

Doch trotz aller Anstrengungen gingen die Zeitpläne nicht auf. Und auch die enggesteckten Kostenkalkulationen platzten. „Irgendwie merkten alle, dass es so nicht weitergehen konnte“, sagt E.on-Manager Mastiaux. Deutschland drohte bei der wichtigen Technik ins Abseits zu geraten.

Auch der Politik blieben die miese Stimmung in der Branche und die Verzögerungen nicht verborgen. Mehrfach lud der damalige Bundesumweltminister Gabriel die Konzernmanager zu Krisengesprächen. Außerdem besserte die Regierung die Offshore-Konditionen nach – und zwar kräftig.

Sollten die Unternehmen ursprünglich rund 9 Cent pro Kilowattstunde für ihren Offshore-Strom erhalten, wurden die Sätze im vergangenen Jahr auf 15 Cent für die ersten zwölf Jahre angehoben. Das ist etwa das Dreifache des derzeitigen Börsenpreises und auch deutlich mehr, als Windkraftbetreiber an Land erhalten.

Für Kritiker der Offshore-Strategie sind die neuen Sätze denn auch ein Beleg, dass der Strom aus dem Meer nicht konkurrenzfähig werden kann. Sie fürchten ein milliardenschweres Abenteuer, weil die Technik noch nicht ausgereift sei.

Windanlagenfundamente in Cuxhaven: *Geprägt von Ernüchterung und Rückschlägen*

Außerdem stört es die seit Jahren mittelständisch geprägte Windbranche, dass nun ausgerechnet ehemalige Strommonopolisten wie RWE oder Vattenfall in das Geschäft mit dem Ökostrom einsteigen. Das viele Geld, so ihr Credo, sollte schon deshalb lieber in neue, leistungsstärkere Windanlagen an Land investiert werden.

Zudem gibt es auch bei Offshore-Parks noch keine Lösung für das wohl größte Problem des Windstroms. Selbst auf dem Meer gibt es Tage und Wochen, da kaum Wind weht. Man dürfe sich nicht von den gewaltigen Zahlen blenden lassen, warnt etwa Stephan Kohler, Leiter der bundeseigenen Deutschen Energie Agentur (Dena). Von der hohen installierten Leistung seien gerade mal „sechs Prozent“ wirklich „verlässlich“ verfügbar.

Das bedeutet konkret, dass auch für die Windräder entsprechende Ersatzenergie etwa in Form von Kraftwerken zur Verfügung stehen muss. Und das ist aufwendig und teuer. Denn die Kosten dafür können die Energieversorger auf den allgemeinen Strompreis umlegen.

Befürworter der Offshore-Strategie halten all das für Horrorvisionen. Sie glauben fest daran, dass solche Probleme in den kommenden Jahren mit Hilfe von intelligenten Stromnetzen und mehr Speichermöglichkeiten gelöst werden können. Und auch die hohen Anfangskosten schrecken sie nicht. Die könnten, so behaupten die beteiligten Manager bei Siemens, RWE, E.on oder EnBW, in den nächsten Jahren bereits massiv heruntergefahren werden.

„Wir stehen erst am Anfang einer gewaltigen Veränderung“, schwärmt RWE-Manager Vahrenholt. Vor den Küsten Europas entstehe eine völlig neue, zukunftsweisende Industrie, die mit den Einzelfertigungen der Vergangenheit nichts mehr zu tun habe. „Da entsteht ein neuer Milliardenmarkt“, glaubt auch der bei Siemens für erneuerbare Energien zuständige René Umlauft.

Wie das funktionieren kann, zeigt der Weltkonzern heute schon im dänischen Brande. Dort hat Siemens eine Montagelinie zur industriellen Fertigung von Offshore-Windrädern in Betrieb genommen. Rund 30 der Maschinen verlassen Woche für Woche das Fabrikgelände. Eine weitere Fertigung soll in Großbritannien aufgebaut werden.

Auch die in Emden ansässige Firma Bard Engineering hat sich gewissenhaft auf das industrielle Offshore-Zeitalter vorbereitet. Mit seinem eigenwilligen Gründer, dem ehemaligen russischen Gasmanager Arngolt Bekker, gehört Bard heute zu den Pionieren der Offshore-Bewegung.



P. LANGROCK / ZENIT / LAIF (O.); D. HOPPE / NETZHAUT (U.)

Strommanager Vahrenholt
„Wie beim ersten Flug zum Mond“

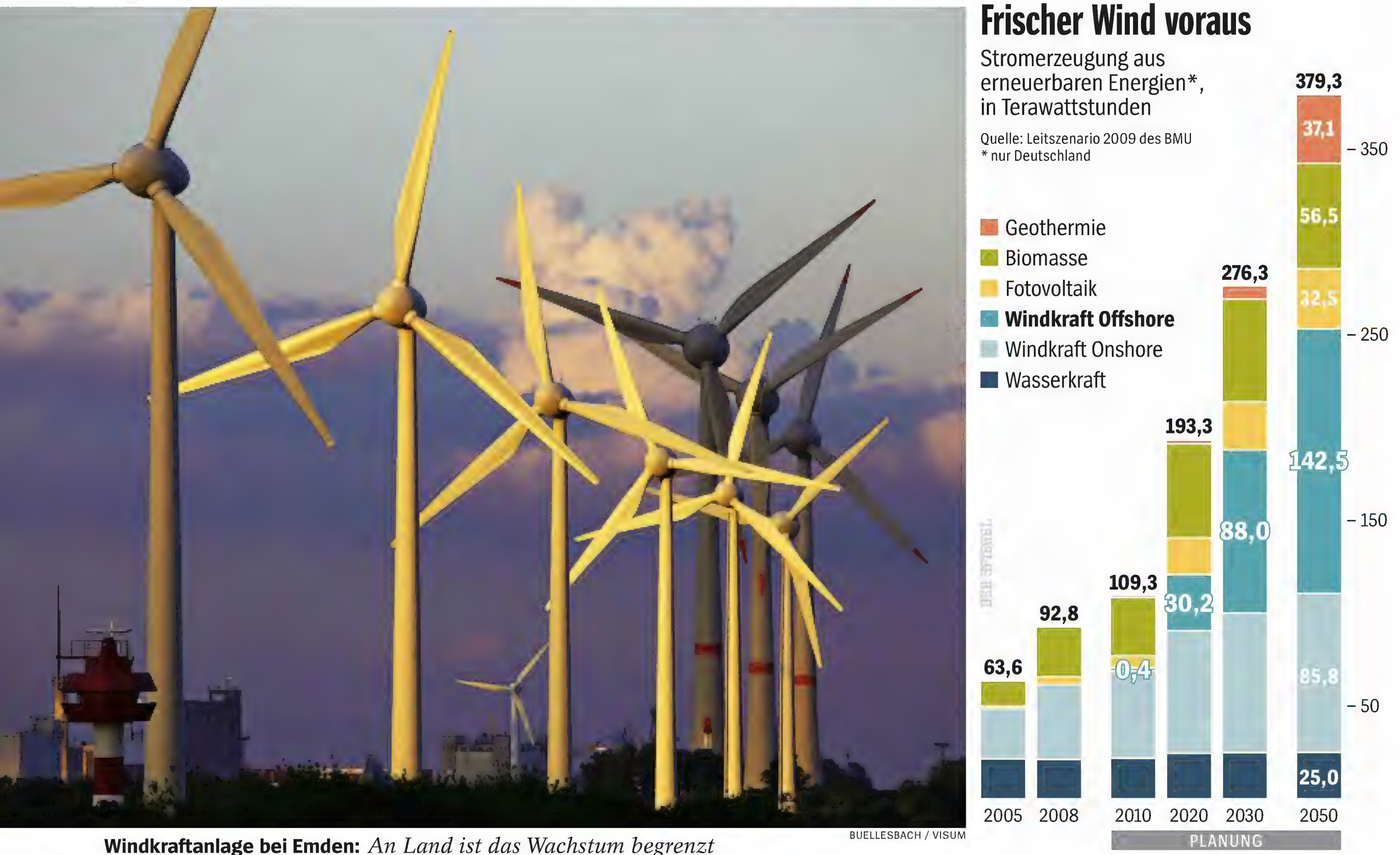
Bereits im Jahr 2003 hatte der Unternehmer die Idee, große Windparks vor den Küsten Deutschlands aufzubauen, um das Land von dort mit Strom zu versorgen. Auch einige Millionen Euro Startkapital hatte Bekker dazu mitgebracht.

Was fehlte, erinnert sich Bard-Geschäftsführer Heiko Roß, waren Firmen, die in der Lage waren, die für die Pläne notwendige Ausrüstung und Geräte zu liefern. „Nichts wirklich Einsetzbares war vorhanden“, sagt der Geschäftsführer.

Da Bekker jedoch nicht von seiner Idee ablassen wollte, begann Bard die Technik und Produktionsanlagen Stück für Stück selbst zu entwickeln. So baute das in Bremen, Cuxhaven und Emden ansässige Unternehmen für rund 60 Millionen Euro ein eigenes Schiff mit Namen „Wind Lift 1“, mit dem Windturbinen selbst unter schwierigsten Wetterverhältnissen auf dem Meeresboden verankert werden sollen.

„Aufbau- und Wartungsteams“, sagt Roß, „haben wir selber ausgebildet.“ Und auch die anspruchsvollen Offshore-Windräder erstellt das Unternehmen in Eigenregie. Dazu wurden im Hafen von Emden riesige Hallen gemietet. Dort baut nun ein Teil der mittlerweile rund tausendköpfigen Bard-Belegschaft in unzähligen Einzelschritten die mehr als 60 Meter langen Hightech-Rotorblätter zusammen.

In einem weiteren Trakt montieren Bard-Mitarbeiter das gesamte Innenleben der Windtürme. Und auch die sogenannten Gondeln, in denen der Stromgenerator und das Getriebe jedes Windrades un-



Windkraftanlage bei Emden: *An Land ist das Wachstum begrenzt*

BUELLESBACH / VISUM

tergebracht sind, werden in den Hunderte Meter langen Hallen in Serie gefertigt.

Genau 25 dieser Gondeln, jede fünfmal so schwer wie ein Kampfpanzer, lagern auf dem Gelände in Emden. Sie sollen in den nächsten Wochen ihre Reise Richtung Nordsee antreten. „Montiert werden sie dann knapp hundert Kilometer vor Borkum", erklärt Geschäftsführer Roß.

80 Anlagen mit einer Leistung von jeweils fünf Megawatt will Bard dort aufstellen. Das entspricht der Leistung eines mittleren Kohlekraftwerks. Dabei soll Bard Offshore 1 nur der Auftakt zu einer Reihe weiterer Kraftwerke im Meer sein, die in den kommenden Jahren entstehen sollen. Allein die Firma Bard plant die Errichtung von zwölf ähnlichen Parks. Jetzt, da man alle notwendigen Schiffe und Teile habe, „sollte der eigentliche Aufbau zur Routine werden", hofft Roß.

Auch bei Großkonzernen wie E.on, RWE, EnBW oder Vattenfall glaubt man, die „steile und teure Lernkurve" (Mastiaux) nach den Erfahrungen mit dem Forschungswindpark Alpha Ventus abgeschlossen zu haben. Nun werde von den derzeit rund 25 lizenzierten Windparks einer nach dem anderen zügig aufgebaut, versprechen die Konzernchefs.

Das Spiel der „wirklich großen Jungs" spiele sich noch weit jenseits der deutschen Küste ab, sagt Martin Skiba, Leiter des Geschäftsbereichs Offshore bei RWE und früherer Chefentwickler beim Turbinenhersteller Repower.

Vor den Küsten Belgiens, der Niederlande, Irlands und Großbritanniens stecken Großkonzerne wie die französische EDF, die spanische Iberdrola, Scottish and Southern Energy, General Electric oder deutsche Unternehmen wie Siemens, E.on und RWE gerade die Zukunft für die europäische Energieversorgung ab.

So hat RWE vor der Küste Belgiens zusammen mit Partnern den ersten Abschnitt eines Windparks mit rund 60 Anlagen errichtet. E.on ist in Dänemark und Großbritannien aktiv. Und fast im Monatsrhythmus kommen neue, immer größere und spektakulärere Projekte hinzu.

Erst vor wenigen Wochen hat etwa Großbritannien die Ausschreibung für das bisher gewaltigste Offshore-Projekt weltweit abgeschlossen. Neun Windparks von bisher nicht gekanntem Ausmaß sollen bis zum Jahr 2020 vor den Küsten des Königreichs entstehen. Rund 32 Gigawatt Leistung sollen sie haben. Die Investitionskosten dürften bei mehr als 110 Milliarden Euro liegen. Selbst wenn noch nicht völlig sicher ist, ob wirklich alle Teile des Projekts realisiert werden. Im ersten Zugriff wurden sämtliche Flächen an internationale Bieterkonsortien vergeben. Auch deutsche Konzerne wie Siemens, E.on und RWE kamen zum Zuge.

So will RWE mit Partnern zusammen sogar den größten britischen Windpark bauen. Das Prestigeobjekt liegt in der Doggerbank in der Nordsee. Rund zwölf Milliarden Euro, schätzt RWE-Manager Skiba, wird das Projekt den Essener Konzern und seine Partner kosten. Doch das, glaubt auch sein Chef Vahrenholt, sei sinnvoll investiert. Die in der Nordsee angetretenen Konzerne haben eine kühne Vision.

In einigen Jahren könnten die großen Offshore-Windparks vor den Küsten mit speziellen Kabeln untereinander verbunden werden. Zusammen mit Wasserkraftspeichern in Skandinavien würde so ein sauberer Kraftwerkspark von ungeahntem Ausmaß entstehen. Wegen der großen Entfernungen könnten regionale Wetterschwankungen besser ausgeglichen werden als bei einzelnen Windparks. Damit könnte ein guter Teil des europäischen Strombedarfs vielleicht aus dem Meer gedeckt werden. „Diese Zeit wird kommen", glaubt Wind-Pionier Vahrenholt. „Allerdings werden bis dahin noch 10 oder 20 Jahre vergehen." Und erst dann können konventionelle Kraftwerke in größerem Umfang wirklich stillgelegt werden.

FRANK DOHMEN

Im nächsten Heft:
Wohin mit dem Ökostrom? Die Netze werden intelligent.

Was war da los, Herr Murtagh?

Der britische Gestalter Sean Murtagh, 24, über eine verstaubte Hochzeit

„Wir waren auf dem Weg zu unserer Hochzeit in England, als wir von der Aschewolke hörten. Beim Zwischenstopp in Dubai haben wir noch gescherzt, wie es wäre, die Hochzeit zu verpassen. Drei Tage später war es so weit: Wir saßen fest, Flüge annuliert, keine Chance, es rechtzeitig zu schaffen. Wir waren am Boden zerstört. Meine Braut Natalie weinte. Unsere gesamte Hochzeitsgesellschaft wartete in London. Dann kam die Rettung: Hotelmitarbeiter richteten eine Skype-Verbindung ein. Der Koch zauberte eine dreistöckige Torte. Ich lieh mir Hemd, Manschettenknöpfe und Anzug von Hotelgästen. Und dann feierten wir mit 80 Gästen auf dem Bildschirm und 40 anderen aus dem Hotel. Weil wir keine Musik hatten, sangen sie den Hochzeitsmarsch. Ich weiß, das sagen alle Brautpaare, aber wir werden unsere Hochzeit niemals vergessen."


JEFF TOPPING / THE NATIONAL
Brautpaar Murtagh

PSYCHOLOGIE

„Meine Freunde mögen den Lügner lieber"

Der Journalist Jürgen Schmieder, 30, über seinen Selbstversuch, 40 Tage lang ehrlich zu sein

SPIEGEL: Herr Schmieder, Sie haben sich selbst für 40 Tage das Lügen verboten. Welche Wahrheit war am schmerzhaftesten?
Schmieder: Der Verrat an meinem besten Freund. Ich habe seiner Freundin erzählt, dass er mit anderen Frauen geschlafen hat. Ich hab das ganz locker erzählt.
SPIEGEL: Ehrlich?
Schmieder: Ja. Er hat mich dann auch zu Recht verprügelt und war richtig sauer. In diesem Moment hätte ich mir schon gewünscht, lügen zu dürfen.
SPIEGEL: War es das wert?
Schmieder: Auf jeden Fall. Denn ich habe während der Zeit viel gelernt. Auch über mich selbst.
SPIEGEL: Was hat Sie davon am meisten überrascht?
Schmieder: Dass der Mensch 200-mal am Tag lügen soll. Erst hab ich gestutzt und gedacht: Kann doch nicht sein. Aber dann habe ich mal mitgezählt und war schon nach allen „Guten Morgen", die ich nicht so gemeint habe, bei 20 Lügen. Und in dem Moment hab ich zum ersten Mal gedacht, vielleicht stimmt es doch.
SPIEGEL: Und was haben Sie über sich selbst gelernt?
Schmieder: Ich habe nicht nur erkannt, wie oft ich andere Menschen angelogen habe. Viel schlimmer war es zu erkennen, wie oft ich mich selbst angelogen habe. Wenn ich mir zum Beispiel eingeredet habe, wie gut ich auf der Arbeit bin oder dass meine Frisur ganz okay ist. Oder wie oft ich mir glauben wollte, ich könne noch einen Wochenenddienst übernehmen, wenn der Chef gefragt hat. Anstatt mir ehrlich einzugestehen, dass ich jetzt mal eine Pause brauche.
SPIEGEL: Mag Ihre Umwelt denn jetzt den ehrlichen Schmieder lieber als den Lügner?
Schmieder: Meine Freunde mögen den Lügner lieber, der ihnen Komplimente macht und taktvoll und diplomatisch ist. Meine Frau mag mittlerweile den Ehrlichen lieber. Sie ist jetzt auch genauso ehrlich mir gegenüber, wir haben einen neuen Weg gefunden, offen zueinander zu sein, ohne uns zu beleidigen. Ehrlichkeit bedeutet ja nicht nur Kritik, sondern auch aufrichtiges Lob. Unsere Beziehung ist besser als früher.
SPIEGEL: Welches war die erste Lüge, die Sie sich nach dem Selbstversuch wieder gegönnt haben?
Schmieder: Als ich bei Bekannten zum Essen eingeladen war, habe ich gesagt, dass es mir geschmeckt hätte.


Schmieder



JAZZARCHIV / PICTURE ALLIANCE / DPA

Jürgen Schmieder: „Du sollst nicht lügen! Von einem, der auszog, ehrlich zu sein". C. Bertelsmann, München; 336 Seiten; 14,95 Euro.

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Einfach Mensch

Warum ein Australier weder Mann noch Frau sein konnte

Als Norrie May-Welby an diesem warmen Februartag in Sydney an den Schalter trat, da sahen die Mitarbeiter der Postfiliale ein fremdartiges Wesen, Haare wie Federn, mit großem Adamsapfel und kleinen Brüsten.

Sie überreichten ihm oder ihr, das war nicht so recht zu erkennen, das Einschreiben, dessentwegen es gekommen war, einen Umschlag, das Standesamt New South Wales war der Absender. Das Wesen stieg auf sein Rad, fuhr davon. Wenige Tage später würde es berühmt sein.

Berühmt in New York, Tokio, Amsterdam – berühmt dafür, dass es einfach nur ein Mensch war, mit Stempel bestätigt, ganz offiziell.

Norrie May-Welby, 48, in Paisley, Schottland, mit einem Penis geboren, Sternzeichen Zwilling, eine freundliche Person mit warmer Stimme und Lachfältchen um die Augen, Liebhaber/in von Comics und Spaziergängen ohne Schuhe, hatte nie viel für Grenzen übrig gehabt im Leben.

Schon als Kind hatte er von Superhelden geträumt, die mal Frauen waren, mal Männer, manchmal verschmolzen sie auch zu einer einzigen Figur, einem neuen Geschlecht, und da begann auch schon Norries Problem; vielleicht auch das Problem der Gesellschaft, in der er lebte: Norrie fühlte die Grenze nicht zwischen Mann und Frau.

Er wollte beides sein. Wickelte sich Schlipse um den Kopf und tat, als wären es Zöpfe, die Stimme wurde nasaler, die Gefühle oszillierten zwischen den Geschlechtern hin und her, und mit den Jahren wurde er mehr und mehr zu jener Figur, die seiner Phantasie entsprungen war, einem Zwischenwesen, für das es keinen Namen gab.

Norrie, zurück von der Post, parkte nun das Fahrrad an seinem kleinen Terassenhäuschen im Sydneyer Stadtviertel The Block, in dem er zu Hause war. Zittrig fingerte er das Dokument aus dem Umschlag, es war der Moment, auf den Norrie lange gewartet hatte, fast ein Leben lang. Name: Norrie, stand dort, Geburtsort: Paisley, dazu ein Stempel. Norries Augen rasten über das Papier, das einer Geburtsurkunde gleich war, suchten nach jener Spalte, in der das Geschlecht stehen würde, jener Spalte, die, wenn es gut liefe, alles verändern könnte, so hatte Norrie sich das gedacht.

Vermutlich liegt es in der menschlichen Natur, in Schubladen stecken zu müssen, so funktioniert das Gehirn, es will einordnen, und die erste große Schublade, die aufgeht, wenn ein Mensch einem anderen gegenübersteht, ist die Unterscheidung zwischen Mann und Frau. Ob man einen Flug buchen, ein Bankkonto eröffnen, einen Facebook-Account anlegen möchte: Überall wird man nach dem Geschlecht gefragt. Was aber, wenn jemand nicht hineinpasst? Was, wenn kein Platz ist in den Kategorien, die die Gesellschaft anbietet?

Als Student, so erzählt es Norrie, hatte er sich zum ersten Mal freier gefühlt, hatte in Schwulenclubs getanzt, ein androgynes Zwitterwesen in engen Männerjeans und Damenblusen. Es waren die frühen achtziger Jahre, es gab David Bowie und Grace Jones, Androgynie war ein Schönheitsideal. Doch außerhalb dieser Szene, jenseits seines Kokons, behandelten ihn die Menschen wie einen Außerirdischen, verspotteten ihn wegen der Frauenkleider, des tuntenhaften Gangs, und Norrie litt darunter, so sehr, dass er einen Nervenzusammenbruch erlitt.

Er begriff: Solange er sich nicht für ein Geschlecht entscheiden würde, würde er ein Außerweltlicher bleiben. An einem Tag im April 1989 also, irgendwann zwischen zwei und vier Uhr nachmittags, ließ er sich umoperieren.

Von nun an war Norrie eine Sie.

Norrie versuchte, als Frau zu leben, angepasst, hetero. Doch es lief nicht gut: Wenn sie ihre Transsexualität verbarg, galt sie als verklemmt, stand sie dazu, fühlte sie sich wie eine Aussätzige; die Hormone manipulierten ihre Persönlichkeit, und ihre männliche Seite, sie war noch immer da.

Also traf Norrie eine Entscheidung. Sie würde keine Frau und kein Mann mehr sein, sondern nur noch Mensch.

Mal ging sie auf die Damentoilette, mal in die Herrenumkleide. Sie begann, für ihren Status als Person mit unbestimmtem Geschlecht zu kämpfen, sie demonstrierte, diskutierte, bloggte, jahrelang.

Und nun, an diesem Spätsommertag, war es so weit: Als erster Hermaphrodit der Erde hielt Norrie das Dokument in der Hand, auf dem es stand, Geschlecht: unbestimmt.

Norrie hatte es geschafft, Norrie war einfach nur noch Mensch. Es gab jetzt keine Grenzen mehr.

Sie tanzte die Nacht durch, es war Karneval in Sydney, Norrie trug ein rotes Netzhemd, man konnte die Brüste sehen, auf der Stirn glitzerte eine Sonne aus Strasssteinen. Zeitungen auf der ganzen Welt berichteten, im Kosmos der Intersexuellen bedeutete das Dokument eine Sensation. Norrie ging zur Bank und ließ ihr Geschlecht aktualisieren, sie war vollständig glücklich, seit langem zum ersten Mal.

Ein paar Wochen später bekam Norrie einen Anruf vom Amt. Die Urkunde sei leider ungültig. Es gebe keine rechtliche Grundlage für das Dokument, es sei ein Fehler, es tue den Beamten leid.

Sie fühle sich, als hätte man sie ermordet, sagt Norrie. DIALIKA KRAHE



MORGAN CARPENTER

May-Welby

Norrie May-Welby, 48, Australier, hat seinen Status als geschlechtsloses Wesen verloren. Das Standesamt von New South Wales hatte May-Welby ein geburtsurkun-

Aus der „Süddeutschen Zeitung“

KIRCHE

Wer hat Angst vorm Nikolaus?

Der Augsburger Bischof Walter Mixa hat sich über Jahre eine eigene Welt erschaffen. Nur unter Druck war er zum Rücktritt bereit. Seine Regentschaft zeigt, wie die katholische Kirche Menschen an sich bindet – das Muster von Schuld und Sühne funktioniert noch immer. *Von Alexander Osang*



Der Mann, der Bischof Mixa am Ende stürzen wird, trägt Badelatschen, Turnhosen der Chicago Bulls und ein kurzärmliges, orangefarbenes Jersey eines koreanischen Fußballvereins. Er sitzt in seiner Küche, auf dem Tisch ein Stoß der Zeitungsseiten, die vom Kampf gegen den Bischof berichten, den er und die anderen Heimkinder vor einem Monat angezettelt und nun gerade, wie es aussieht, gewonnen haben.

Manchmal nimmt der Mann eine Zeitungsseite und trägt daraus vor wie aus einem Theaterstück. Er ist kein besonders guter Vorleser, er würgt die fremden Wörter der Journalisten wie große Fische aus seinem Mund. Die Stellen, die ihm wichtig sind, liest er lauter, manchmal schreit er, was unheimlich klingt, denn es ist spät, und seine Familie schläft schon. Nach dem Lesen legt er das Blatt erschöpft auf den Tisch zu den anderen. Er starrt, lässt den Kopf in den Nacken fallen und wischt heftig mit dem Handballen über die Tischplatte, eine Angewohnheit, die er aus dem Heim mitgebracht habe, sagt er, wo er ständig beweisen musste, dass er, beziehungsweise der Teufel in ihm, keine Spuren hinterlassen habe. Deswegen habe er auch keine Teppiche im Haus, sagt der Mann, er zeigt auf den Fußboden, alles gefliest.

Eine der Heimschwestern habe ihm auf dem Teppich in der Klausur, die sie nur zu Feiertagen betreten durften und wenn der Stadtpfarrer kam, einmal die Spuren gezeigt, die der Teufel hinterlassen hat, als der eine verstorbene Nonne holen wollte. Auf dem Teppich war ein Pferdefußabdruck zu sehen. Wenn er einen Teppich sieht, muss er automatisch mit dem Fuß drüberstreifen, immer wieder, bis alles glatt ist. Deswegen hat er keine Teppiche im Haus. Nur Fliesen, es ist einfacher so.

Der Mann reibt sich die Hände, als wüsche er sie mit Kernseife. Die trockenen Handflächen raspeln leise.

Zehn Jahre lang war er im Heim in Schrobenhausen. Er war vier, als er dorthin kam, im Jahr 1972, an die Zeit davor hat er keine Erinnerungen. Er kennt sie nur aus den Akten und aus den Erzählungen seiner älteren Geschwister. Er war das jüngste von elf Kindern, die Eltern waren wohl überfordert. Die Kinder sprangen bis kurz vor Mitternacht auf der Straße herum. Die Nachbarn haben sie beim Jugendamt angeschwärzt, sagt der Mann. Angeschwärzt, sagt er, und wahrscheinlich hat die Wut, die man da hört, eher mit dem zu tun, was nun folgte. Die Kinder wurden aufgeteilt, die meisten landeten im katholischen Kinderheim St. Josef in Schrobenhausen. Er wusste schon, dass es seine Geschwister waren, sagt er, aber er wusste nicht, was eine Familie ist, und so konnten sie einander nicht trösten.

Er war ein schwieriges Kind, sagt er, ein Bettnässer, ein Schlafwandler. Die Schwestern, die das Heim führten, wussten oft nicht weiter. Sie schlugen ihn mit Hausschuhen, sagt er, schickten ihn ohne Essen ins Bett oder sperrten ihn in eine fensterlose Kammer. Sie drohten mit Satan und Fegefeuer – und ab 1975 auch mit dem Stadtpfarrer. Warte, bis der Stadtpfarrer kommt, riefen sie. Der neue Stadtpfarrer hieß Walter Mixa und ist in der Erinnerung des Mannes riesengroß, er trug einen Hut, bis heute könne er diese Kirchenhüte nicht sehen, sagt der Mann und stößt mit dem Zeigefinger auf ein Zeitungsfoto aus seiner Presseschau, das Mixa als Bischof zeigt. Ein rundliches Gesicht, mit randloser Brille und schmalen Lippen.

Im Text heißt es, dass Bischof Mixa nicht zu halten sein wird, die Stimmung im Bistum hat sich gegen ihn gewendet, in ein paar Stunden wird er dem Papst seinen Rücktritt anbieten, aber der Zeigefinger des Mannes stößt weiter zu.

Mixa habe sie an den Ohren in die Klausur gezogen, sagt er, immer einzeln, und dann wurde die Tür geschlossen. Der Junge habe auf die Knie fallen müssen, ein reuiger Sünder, und dann krempelte der Pfarrer die Ärmel hoch. Er habe mit der bloßen Hand, aber auch mit dem Stock geschlagen. Der Mann wühlt in der Aktentasche nach der eidesstattlichen Versicherung, die er abgegeben hat, als müsste er sich daran festhalten. Zwei Blatt Papier. Er liest sie vor, stockend. Die Schläge, die Einsamkeit, die ständige Angst. An den Sonntagen musste er nach dem Gottesdienst in seiner Festtagskleidung stundenlang im Besucherraum des Heimes auf seine Eltern warten, die nicht kamen. Anschließend sagten ihm die Schwestern: Siehst du, dein Vater ist ein Taugenichts.

Es klingt alles wie aus einem Dickens-Roman, aber es spielt in den siebziger und achtziger Jahren, in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist kaum zu glauben, und auch dem Mann fällt das manchmal schwer. Er hat versucht, es zu vergessen in den vergangenen 30 Jahren.

Sie haben ihn vom Heim auf die Sonderschule geschickt, weil er zu dumm zum Lernen war, wie sie ihm sagten, immer wieder. Mit 13 kam er ins SOS-Kinderdorf nach Augsburg, das hat ihn gerettet, sagt er. Er hat einen Beruf gelernt, er hat angefangen Sport zu treiben, er war so gut, dass er es in seiner Disziplin bis in die Nationalmannschaft schaffte. Er war mehrfacher deutscher Meister, machte verschiedene Trainerlizenzen und begriff, dass er lernen konnte. Er war nicht dumm. Er fing an zu studieren, lernte seine Frau auf der Universität kennen, er zog mit ihr an das andere Ende des Landes, weit weg von jenem Kinderheim, sie haben zwei Kinder und ein neues Leben, aber irgendwann sah er den Stadtpfarrer im Fernsehen, wie er in einer Talkshow von Erziehung redete. Er telefonierte mit seiner Schwester, und sie beschlossen, ihre Geschichte zu erzählen. Er war erstaunt über die gewaltige Resonanz, die sicher damit zu tun hatte, dass die Nachrichten aus seiner Vergangenheit in die tiefe Krise fielen, die die katholische Kirche zurzeit durchlebt.

Der Mann freute sich über das Echo, und er wäre jederzeit bereit gewesen, bei



PETER SCHINZLER

Bischof Mixa in seinem Amtszimmer
Wie ein Dickens-Roman

Anne Will auf der Couch zu sitzen, sagt er, oder bei Johannes B. Kerner, aber leider sei er in einer kirchlichen Einrichtung beschäftigt, einer katholischen zudem, und so muss er anonym bleiben, auch jetzt, wo Mixa so gut wie nicht mehr da ist. Er wollte ja auch nur, dass die Geschichte bekannt wird, nicht er, sagt er. Er gab seine eidesstattliche Versicherung ab und dachte, dass es damit vorbei sei und er in sein neues Leben zurückschlüpfen könne. Der Mann hatte nicht geahnt, wie mächtig er inzwischen geworden war, wie gefährlich.

Die Heimkinder aus St. Josef sind zu einem Beleg dafür geworden, wie die katholische Kirche ihre Schützlinge in manchen Gebieten, bis in die jüngste Vergangenheit, trotz vieler Reformbemühungen, mit altbewährten Mustern aus Schuld und Sühne an sich band. Die Fälle aus Schrobenhausen machten ein System deutlich, in dem Angst die entscheidende Triebkraft ist. Und je länger der Skandal um Mixa dauerte, desto mehr wurde klar, dass dieses System immer weiter arbeitet.

Eine Woche nachdem die „Süddeutsche Zeitung“ („SZ“) zum ersten Mal von den Schlägen Mixas berichtet hatte, stellte sich der Sprecher des Bischofs, Dirk Hermann Voß, vor die Kameras und erklärte, die Geschichten der Schrobenhausener Heimkinder stimmten nicht. Es sei überdies schwer für den Bischof, auf „Anwürfe aus dem Halbdunkeln“ zu reagieren.

„Als ich den Voß da im Fernsehen sah, wie der, ohne mit der Wimper zu zucken, erklärte, der Bischof habe nie ein Kind geschlagen, da dachte ich für einen Moment, ich verliere den Verstand“, sagt der Mann. Sein Kopf liegt im Nacken, seine Hand wischt über den Tisch, der Mund steht offen. Man sieht den Jungen in seinem Gesicht. Vielleicht waren sie doch stärker als er, dachte er, weiser, vielleicht hatten sie ja doch recht.

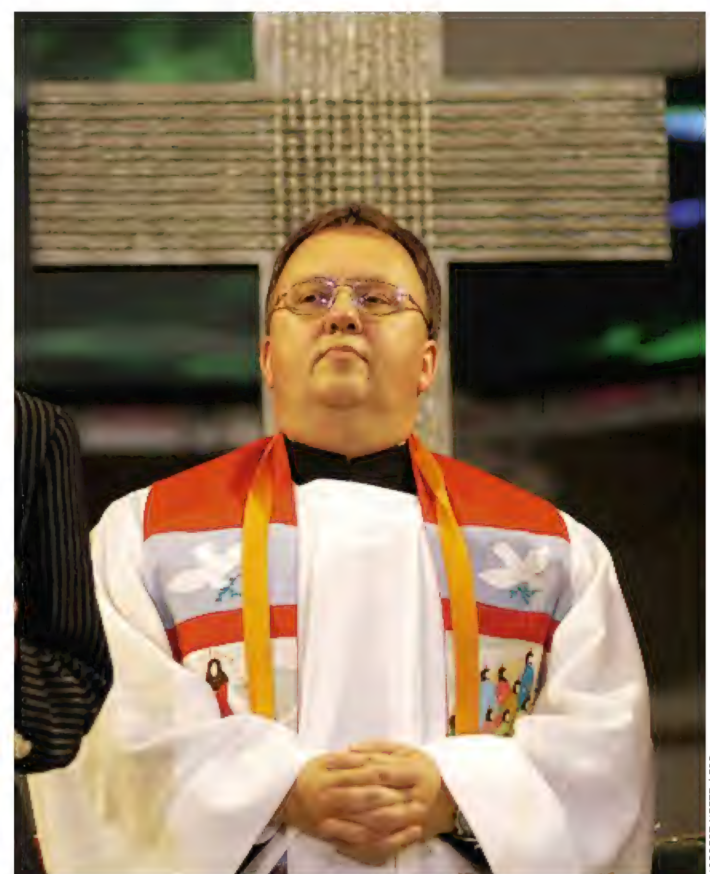
So hat das System von Mixa funktioniert. Bis vor zwei Wochen, etwa. Damals trat Dr. Voß, der Geschäftsführer eines großen Kirchenverlags ist, noch relativ gut gelaunt aus dem Bischöflichen Ordinariat von Augsburg. Das Wort des Bischofs wog noch schwer. Die Dinge waren so, wie er sie sah. Die Welt passte sich dem Wort des Hirten an und nicht umgekehrt. Wo der Bischof ist, ist die Kirche.

Wie kann denn ein Mensch ausschließen, dass er vor 30 Jahren ein paar Backpfeifen verteilt hat, wie es damals durchaus üblich war?

„Der Bischof taktiert nicht“, sagte Voß. „Er gibt keine Taten zu, die er nicht begangen hat.“

Dann verschwand er lächelnd hinterm Dom wie ein Geist. Der Augsburger Dom ist ein gewaltiges Gebäude. Es drückt einem die Schultern zusammen, wenn man es zur Abendstunde umkreist. Der Herr hatte gesprochen. Die Heimkinder saßen in ihren Wohnungen, verstreut im Land, im Halbdunkel. Die meisten haben nicht so einen beeindruckenden Lebenslauf hinlegen können wie der Mann in der Turnhose der Chicago Bulls. Einige seiner Gefährten aus dem St.-Josef-Heim haben nach ihrer Entlassung ins Leben Probleme mit dem Gesetz bekommen, einige mit dem Alkohol, viele mit beidem. Die wenigsten haben eine Ausbildung absolviert, nachdem das Heim sie entließ. Auch die Schwester des Mannes nicht, Hildegard, die sich fotografieren ließ. Man sieht ihr auf dem Foto an, dass sie ein schweres Leben hinter sich hat. Das Kind in ihrem Gesicht ist tot. Es gibt Menschen in der Diözese Augsburg, die haben dem Bischof schon allein deshalb geglaubt, weil die Frau auf dem Foto so abgekämpft aussieht. In Zeiten wie diesen klammert man sich an alles.

Der Bischof zog sich hinter dicke Kirchenmauern zurück, wie er es immer tat, wenn es Probleme gab. Wie damals, nachdem er mit einer Aktentasche voller Geld auf dem Flughafen Skopje aufgegriffen wurde, oder auch, als sie ihn nicht zum Erzbischof von München machen wollten. Man stellt sich vor, dass er in seinen leise raschelnden Gewändern die Gänge abschreitet, nachdenklich, die Hände auf dem Rücken, bis sich die Wolken verzo-





NORBERT NEETZ / EPD; BETHEL FATH

Von Mixa suspendierter Priester Kroll, Pfarrkirche in Schrobenhausen: *„Die Welle wird uns alle wegspülen“*

gen haben und sein Wort in die Köpfe der Gläubigen gesunken ist wie Kaffeesatz.

Dirk Hermann Voß aber erklärte sich zu einem Gespräch bereit. Doktor Voß ist der Spindoctor des Bischofs. Einen Moment lang kann man die Welt sehen, wie Mixa sie sieht.

Es ist eine Welt, die sich seinen Bedürfnissen unterordnet. So etwa sieht sie aus: Draußen im Lande herrscht eine Kulturkampfstimmung, aus der die wirklichen Gläubigen gestärkt hervorgehen werden. Die Kirche ist immer in ruhigen Zeiten liberaler geworden, nie in Zeiten wie diesen, in denen Journalisten mit bestimmten Interessen die Messer wetzten. Er, der Bischof, ist natürlich eine herausragende Persönlichkeit in der Kirche, auch in der römisch-katholischen Kirche. An so jemandem reibt man sich gern. Die werden schon sehen, was sie davon haben. Man muss sich doch nur ansehen, welche Journalistenschulen die besucht haben und in welchem Teil Deutschlands sie leben. Die stecken doch alle unter einer Decke. Es gibt nicht wenige Leute, die behaupten, dies ist kein Kirchenskandal, sondern ein Medienskandal. Dieser Stefan Mayr von der „Süddeutschen“, dem sich die Opfer anvertrauten, ist ihm bislang allerdings auch noch nicht durch überragenden Journalismus aufgefallen. Das ist ein Sportjournalist aus der Provinz. Davon abgesehen: Er, der Bischof, ist doch ein sensibler Mensch, weich, kulturbeflissen, der schlägt doch nicht. Dass er nach dem Essen ins Heim kam, um die Kinder zu schlagen, das ist doch das reine Filmklischee. Der Prälat haut sich am Sonntag den Bauch voll, und dann geht er Waisenkinder verprügeln. Es ist doch so: Das waren keine einfachen Kinder, die kamen aus zerstörten Familien, die Schwestern haben versucht, die wieder zu integrieren. Sicher auch mit Mitteln, die damals üblich waren. Seitdem sind 30 Jahre vergangen. Und da gibt es ein kollektives Gedächtnis, wie bei Kriegsveteranen. Da sagt einer: Der Stadtpfarrer hat doch auch geschlagen. So was setzt sich dann fest. Das war ja 'ne Autorität, der Stadtpfarrer. So eine Art Nikolaus. Nüchtern betrachtet haben wir es hier mit einer doppelten Nichtrelevanz zu tun. Erstens: Die Vorwürfe waren nicht strafbar. Zweitens: Selbst wenn sie das wären – sie sind verjährt. Es gibt ja auch die Briefe der ehemaligen Ministranten, die bezeugen, dass der Stadtpfarrer nie geschlagen hat. Mehr muss man nicht dazu sagen. Ein Bischof sitzt nicht im Chatroom mit dem Volk. Wir können nicht mit den Weltlichen tanzen. Deutschland ist jetzt schon das entchristlichste Land der Welt, abgesehen von den Muslimen, klar. Viele der deutschen Katholiken und Protestanten sind sogenannte Kulturchristen geworden, am Ende bleiben 15 bis 20 Prozent, die wirklich noch glauben. Wir sind eine Minderheit, aber die rückt zusammen, am Ende der Debatte wird es eine Kirche geben, in der der Pfarrer wieder in Soutane herumläuft.

„Dies ist kein Kirchenskandal, sondern ein Medienskandal. Die stecken doch alle unter einer Decke.“

„Die Kirche hat einen Erfahrungshorizont von 2000 Jahren“, sagt Dirk Hermann Voß. „Die geht da durch.“

Das in etwa ist der Hintergrund. Ein Gemisch aus Einschüchterungen und Andeutungen, Unterstellungen und Verleumdungen, ein Mittel, mit dem auch die amerikanische Tabakindustrie ihre Macht zu verteidigen versucht hat. Sie mag in den Städten und an den Journalistenschulen nicht funktionieren, aber hier auf dem Land, das der Bischof regiert, zeigt sie Wirkung. Den Bauern schauen die Kruzifixe bei der Spargelernte über die Schulter, das kleinste Dorf wird von einem Kirchturm bewacht, hier kann er jederzeit um die Ecke biegen, der Nikolaus.

Stefan Mayr, der „SZ“-Journalist, der mit den Opfern sprach, hat die Rückendeckung einer starken Zeitung. Er traute den Heimkindern, und er schützte sie bis zum Schluss. Aber er ist Augsburger. Er lebt auf dem Dorf. Die Geschichte, die er in die Hände bekam, wurde jeden Tag größer. Es ist eine ganze Menge Druck, und er ist bewundernswert damit umge-

gangen. Er hat das Buch auf dem Wohnzimmertisch liegen, das ihm eine der Frauen gab, die sich ihm anvertrauten. Es ist das Neue Testament. Vorn ist eine Widmung von Mixa drin: „Dir, liebe Jutta, mit allen guten Segenswünschen für die Zukunft, gewidmet von Deinem Stadtpfarrer Dr. Walter Mixa“. Ab und zu schaut Mayr da hinein. Es ist die Geschichte auf einer Seite, all die Heuchelei in einem Satz.

In Schrobenhausen, da, wo Mixas Absturz vor vielen Jahren begann, gingen die Türen in den vergangenen Wochen immer nur einen Spalt auf, um den Sonderermittler hineinhuschen zu lassen und wieder hinaus. Eine Schwester steckte den Kopf aus dem Kinderheim, rote Flecken auf den Wangen. Noch könne man nichts sagen. Stundenlang saßen sie zusammen, der Heimleiter Herbert Reim, der Stadtpfarrer Josef Beyrer und der Sonderermittler Sebastian Knott, ein junger Anwalt aus Ingolstadt. Alle drei Katholiken, für die es sicher nicht einfach war, aus dem Schatten des Bischofs zu treten. Knott war Ministrant, Beyrer war Kaplan unter Mixa, und Heimleiter Reim hatte vor nicht allzu langer Zeit einen Schlaganfall, der ihn halbseitig lähmte. Er hat sich aufgerieben in dem Kinderheim, das er von seinem Vorgänger übernommen hatte, einem trinklustigen Ex-Soldaten, der sich prächtig mit Mixa verstand, hieß es im Ort. Man wusste noch nicht, was man den Männern zutrauen konnte.

Ein paar Tage lang funktionierte es wie immer.

Der Bischof schwieg, sein Medienberater zog jeden Tag ein paar neue Ministranten aus dem Ärmel, die nur gute Erinnerungen an den Stadtpfarrer hatten. Die Luft stand still. Es gab neue Nachrichten im Land, die Spargelernte begann, und der polnische Staatspräsident stürzte über den Gräbern von Katyn vom Himmel. Die drei Heimkinder, die Mixa unter ihrem vollen Namen angeklagt hatten, verschwanden aus der Öffentlichkeit. Die „Schrobenhausener Zeitung“ druckte auf der dritten Seite ein Porträt von Mixa, in dem man von den Imageproblemen des Bischofs erfuhr, aber auch, wie er mit seinem alten Dackel Waldi auf den Altmühlwiesen spazieren geht. Der Bischof nennt ihn „Waldimaus“. Die Leute mögen ihn, weil er immer ein offenes Ohr für sie hat, las man, ein Mann mit Ecken und Kanten. Ein Weinhändler aus Schrobenhausen organisierte eine Unterschriftenliste der ehemaligen Ministranten von Mixa. Er sagte, dass die Jahre als Ministrant unter Mixa die glücklichste Zeit seines Lebens gewesen seien. Der Stadtpfarrer habe sie begeistert. Er habe die Gemeinschaft gespürt, etwas, das größer war als er selbst, und lange Zeit darüber nachgedacht, auch Pfarrer zu werden wie viele von Mixas Ministranten, sagt der Weinhändler.


DONAUKURIER

Stadtpfarrer Mixa (r.) in Schrobenhausen, um 1980: *In der Erinnerung riesengroß*

Zwei Wochen nach den ersten Enthüllungen spürte Mathias Petry von der „Schrobenhausener Zeitung“ bereits, wie der Boden unter den Füßen des Bischofs langsam wieder fest wurde. Petry ist seit bald 20 Jahren Lokalredakteur in Schrobenhausen, er kennt die hässlichen Gerüchte, die es um Mixa gibt, in- und auswendig. Er hat die Quittungen für die Kunstgegenstände, die Mixa mit Mitteln aus der Waisenhausstiftung kaufte, schon

Man erfuhr, wo der Bischof mit seinem alten Dackel spazieren ging. Der Bischof nennt ihn „Waldimaus“.

seit Wochen im Schreibtisch. Er kennt Leute, die bezeugen, das Mixa geschlagen hat. Aber er glaubt auch, dass Mixa damals den Heimkindern ihren Vater ersetzen wollte.

Der Pfarrer hat einmal gesagt, er selbst habe als Kind eine harte Hand gebraucht. Es waren schwierige Kinder, sagt Petry. Und Mixa ist kein Schöngeist. Petry hat früher als Radioredakteur versucht, aus der wabernden Rede des Bischofs einminütige O-Töne zu basteln, und dabei festgestellt, dass Mixa keine Hauptsätze benutzt. Er fängt irgendwo an und lässt sich irgendwohin treiben. Er hat keine Gedanken, er verlässt sich auf seine Wirkung. Aber die Leute mögen ihn so. Sie haben das Gefühl, sich an ihm festhalten zu können.

Lokalredakteur Petry hat es gespürt, als er über die Frau schrieb, die erklärte, schon von Mixa geschlagen worden zu sein, bevor der nach Schrobenhausen kam. Sie hatte ihm erzählt, dass sie dem Pfarrer nach den Schlägen die Hand küssen musste. Petry schrieb Ring statt Hand. Er hatte zwölf Stunden gearbeitet, die Dinge hatten sich überschlagen. Es war ein kleiner Fehler, und er hat ihn am nächsten Tag korrigiert, aber die Leute dort draußen hielten sich an dem Fehler fest. Sie beschimpften die Frau als Lügnerin, weil ein Pfarrer doch keinen Bischofsring trägt. Wenn sie log, sagte der Bischof die Wahrheit. Die Frau, die einmal im Leben ihren Mut zusammengenommen hatte, war jetzt wieder allein dort draußen auf ihrem Dorf. Als Sünderin.

„Die Leute klammern sich an jeden Strohhalm“, sagte Petry und blätterte die Leserbriefseite seiner Zeitung auf, auf der deutliche Stimmen ein Ende der Kampagne gegen den Bischof forderten. Man sollte langsam mal die Kirche im Dorf lassen. Nur einer stellte fest, dass es wirklich an der Zeit sei, dem bigotten Bischof an den Kragen zu gehen.

Aber auch der Mut dieses Leserbriefschreibers ließ schnell nach. Er bekam noch am selben Tag einen Anruf von seinen Eltern, die ihn unter Tränen baten, sich bitte nie wieder so respektlos zu äußern. Sie müssten schließlich weiter im Ort leben. Der Mann ist jetzt Arzt in einer anderen Stadt. Er war Ministrant unter dem Schrobenhausener Stadtpfarrer Mixa, aber er hatte andere Erinnerungen an die Zeit als der Weinhändler.

„Der Mann hat eine narzisstische Persönlichkeitsstörung“, sagt der Arzt. „Der ist schon damals den ganzen Tag mit Soutane und diesem Hütchen rumgelaufen. Der wollte schon als Stadtpfarrer Bischof sein. Es musste immer pompös sein und volkstümlich. Die Mischung kommt bei vielen gut an. Der hatte ein gutes soziales Gedächtnis. Wie geht's dem Fuß? Was machen die Kinder? Er merkte sich jeden Namen. Und auch die Ministrantenfahrten waren ja immer sehr ausgelassen. Wir waren regelrecht mit Wein abgefüllt. Ich war zum ersten Mal in meinem Leben richtig betrunken, als ich mit Mixa unterwegs war. Und dann am Lagerfeuer hat er uns erzählt, dass Selbstbefriedigung millionenfacher Mord sei. Diese Mischung aus Verklemmtheit und Ausgelassenheit fand ich unerträglich, aber er hat damit jede Menge Leute begeistert. Ich glaube, es gab nirgendwo so viele Ministranten, die später Priester geworden sind, wie unter Mixa. Das kam natürlich in Rom gut an. Und darum ging's dem Mixa. Um Rom.“

Seinen Namen möchte er lieber nicht im Zusammenhang mit diesen Sätzen sehen. Wegen der Eltern und auch, weil er nicht weiß, was sein Chef im Krankenhaus über den Bischof denkt, sagt der Arzt und zieht sich wieder ins Halbdunkel seiner Anonymität zurück.

Auf dem Weg durch Mixas Reich trifft man jede Menge Menschen, die seinen Weg kreuzten. Pfarrer Matthias Blaha aus der St.-Anton-Gemeinde in Ingolstadt fiel in Ungnade, nachdem er sich für einen Regenten des Priesterseminars einsetzte, der Bischof Mixa nicht passte. Mixa soll dafür gesorgt haben, dass Blaha die Dissertation abbrechen musste, die er gerade begonnen hatte.

Nur ein paar Straßen weiter findet man Bernhard Kroll, der heute als Jugendseelsorger in Ingolstadt untergekommen ist, nachdem Mixa ihm beinahe sein Leben zerstört hatte. Kroll hatte nichts weiter getan, als 2003 auf dem Ökumenischen Kirchentag in Berlin die Predigt bei einem evangelischen Gottesdienst zu halten. Er war ein junger Pfarrer in einer Diaspora-Gemeinde im Norden der Diözese. Er war den ständigen Umgang mit Protestanten gewohnt, und so nahm er die Einladung an. Er las in der Berliner Gethsemanekirche aus dem Johannesevangelium, er sprach über Gemeinsam-

keit und Einheit und beteiligte sich anschließend am Abendmahl.

Als Bischof Mixa davon erfuhr, lud er Kroll vor. Den Pfarrer, den der junge Priester als Beistand zum Kadergespräch mitbrachte, zerrte Mixa brüllend am Arm aus seinem Büro. Anschließend suspendierte er Kroll. Er teilte ihm per Fax mit, dass er in seiner Diözese weder Gottesdienste halten noch seelsorgerisch tätig werden dürfe. Kroll saß ein paar Monate lang in seiner Pfarrwohnung herum, dann gab er auf und begann ein Volkswirtschaftsstudium. Als er damit fertig war, hatte Mixa glücklicherweise das Bistum gewechselt, und Kroll wurde vom neuen Bischof wieder aufgenommen. Eine Zeitlang hat er eine Therapie für Geistliche besucht, weil er sich immer noch wackelig fühlte, sagt Kroll.

Der Therapeut hörte sich seine Geschichte an und sagte dann, dass nicht er in seine Sprechstunde kommen solle, sondern der Bischof.

„Die Persönlichkeitsprobleme des Bischofs haben mit der Kirche nichts zu tun“, sagt Kroll. „Das hoffe ich zumindest. Aber ich fürchte, die Welle, die ihn jetzt trifft, wird uns alle wegspülen.“



FRED SCHÖLLHORN

Bischof Mixa, Sprecher Voß: *„Die Kirche geht da durch“*

Womöglich ist das der Grund, warum niemand, nicht mal die erbitterten Widersacher des Bischofs, offen reden will.

Auch Karl Graml, ein Pfarrer ohne Amt aus einem Ingolstädter Vorort, möchte nicht mehr. Er war ein Leben lang Priester. Der Zölibat war eine Riesenherausforderung, sagt er, er hat sie kämpferisch angenommen. Aber am Ende hat er sich doch verliebt. Er wollte kein Geheimnis daraus machen und auch keinen Skandal. Deswegen ist er in den Ruhestand gegangen und hat dann erst die Frau geheiratet, die er liebte. Graml bekam einen Brief von einem Domkapitular aus Mixas Bistum, in dem ihm nahegelegt wurde, lieber ohne die Frau in den Himmel zu gehen als mit ihr in die Hölle. Leute aus der Gemeinde wechselten die Straßenseite, wenn sie ihn sahen.

Er ist jetzt 75, er habe keine Lust mehr auf einen offenen Kampf, sagt er. Sie hätten damals wegziehen sollen, sagt er. Jetzt ist es zu spät. Seine Frau ist sich sicher, dass Mixa wieder den Kopf aus der Schlinge ziehen wird. Er ist der Bischof, und wo der Bischof ist, ist die Kirche. So ist das Recht. So jemand lässt sich nicht von ein paar Heimkindern vertreiben. Doch ein paar Tage später steht Mixa vor dem Aus.

Graml lässt die Korken knallen, sagt er. Es ist eine Revolution. Ein alter Militärpfarrer, der Mixa schon aus dem Priesterseminar kennt, geht früh in die Kirche, als er die Nachricht vom Rücktritt hört, und singt: „Großer Gott, wir loben Dich.“

Er macht sich Sorgen um den Bischof, aber er ist auch erleichtert. Er glaubt, dass Mixa an seiner Eitelkeit zugrunde ging, an seinem absolutistischen Katholizismus und auch ein wenig am Alkohol. Der Militärpfarrer hat ein paar der rauschhaften Bundeswehrveranstaltungen mit dem Bischof erlebt. Die Soldaten liebten ihn, aber die Generalität fand ihn befremdlich. Bei der jährlichen Wallfahrt der Bundeswehr nach Lourdes hat Mixa das „Bischofsbier“ eingeführt. Eine Veranstaltung, bei der getrunken wurde, bis man umfiel. Und gesungen wurde. Kirchenlieder, sicher, aber, wenn er richtig in Stimmung war, hat der Bischof auch mal „Lustig ist das Zigeunerleben“ angestimmt, sagt der Militärpfarrer. Im vollen Ornat.

Man kann sich vorstellen, wie sich der Militärbischof auf den Weg macht, um endlich Osama Bin Laden zu finden.

Wenn man all die Geschichten hört, kann man sich irgendwann vorstellen, wie sich der deutsche Militärbischof bei einem Afghanistan-Besuch mit ein paar Feldwebeln der Bundeswehr auf den Weg macht, um endlich Osama Bin Laden zu finden.

Man fragt sich wirklich, wie Mixa das alles so lange überleben konnte, wenn er nun über eine einzige Lüge fällt. Wahrscheinlich wussten die Menschen irgendwann nicht mehr, ob sie ihn angriffen oder Gott. Es war der Moment der Schwäche, der ihn stolpern ließ. Als er die Backpfeifen zugab, fiel alles Göttliche von ihm ab. Wie jedem besseren Politiker wurde Mixa nicht der Skandal zum Verhängnis, sondern die Art, wie er damit umging.

Man fragt sich, was der Papst so denken wird, wenn er nun die Mappe von Mixa auf den Tisch bekommt. Mixa war der erste deutsche Bischof, den Papst Benedikt ernannte.

Wenn es überhaupt einen Trost gibt, dann den, dass der Mixa, der schon als Stadtpfarrer mit der Soutane durch Schrobenhausen strich, von einem Mann in kurzen Hosen bezwungen wurde. Das Heimkind hat sich gegen den Nikolaus durchgesetzt.

Ist er frei?

„Frei?“, sagt der Mann und legt den Kopf in den Nacken. Frei?

Er erzählt, dass nicht einmal seine Kinder wissen, unter welchen Bedingungen er groß wurde. Er erzählt seinen Kollegen und Verwandten, er sei in einer intakten Familie groß geworden. Er hat sich verleugnet, bis heute. Er hat sich seiner Frau anvertraut, natürlich. Aber seine Frau ist Heidin. Sie glaubt nur an das Gute im Menschen.

Sein Gesicht entspannt sich für einen Moment. Seine Kinder sind glücklich, sie sind gute Schüler. Sie sind ohne Schläge groß geworden, ohne Angst. Aber sie waren nicht getauft. Es ließ ihm keine Ruhe. Sie sollten selbst entscheiden, das hatte er beschlossen. Er dachte oft daran, was passieren würde, wenn sie einen Autounfall hätten. Wenn sie sterben müssten, ohne das letzte Sakrament zu empfangen, sagt er. Er dachte auch an den Teufel.

Vor zwei Wochen war es so weit. Sie wurden getauft, der Junge ist 13, das Mädchen 10. Die Kirche war gut gefüllt. Es war die Osternacht. Seine Geschichte war in der Welt. Wenige Stunden zuvor hatte der Bischof behauptet, sie sei gelogen. Der Mann stand neben dem Taufbecken. Niemand hier wusste, wer er war und woher er kam.

War er bereit, seine Kinder im katholischen Glauben zu erziehen? Das war die Frage.

„Ich habe einen Moment gezögert“, sagt der Mann. Sein Kopf liegt im Nacken, der Mund steht offen, die Handfläche reibt über den Küchentisch. Immer wieder.

Dann sagte er ja. ◆



Deutschland im Mai

Ortstermin: In Berlin erklärt eine Stadtführung ausländischen Besuchern den Sinn der jährlichen Randale.

Sein Name soll Bill sein, sagt er, ein Tarnname, klar, und noch was: Keine Fotos von seinem Gesicht. Er ist schließlich ein Linksradikaler.

Er steht am Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg, auf dem vermüllten Platz unter den U-Bahn-Gleisen. Dort, wo in ein paar Tagen wieder Steine und Flaschen fliegen werden, wenn alles so läuft, wie es Bill und der Rest der Stadt erwarten. In ein paar Tagen ist wieder der 1. Mai.

Bill trägt eine Cargohose und ein T-Shirt, auf dem in etwa steht, dass die verdammten Yuppies sterben sollen. Das T-Shirt ist das Erkennungszeichen für die Gruppe, mit der er unter den Gleisen verabredet ist. Zwei Dutzend Leute warten schon auf ihn.

Geht gleich los, sagt Bill. Das Geld kassiere er übrigens vorab.

Bill ist ein Linksradikaler, der eine Geschäftsidee hatte. Er bietet Stadtführungen an die Orte der „famous may riots“ an, der berühmten Mai-Randale. Auf Englisch, manchmal auch auf Deutsch. Die englische Tour fällt Bill, der Amerikaner ist, leichter und ist viel besser besucht.

„Revolutionary Berlin“ steht auf den Flyern, die er verteilt, neben der Schrift ist ein Fernsehturm mit einem roten Stern. Es gibt auch eine Seite bei Facebook.

An diesem Tag sind Leute aus Neuseeland, Irland, Russland und Italien gekommen, sie sind zwischen Anfang zwanzig und Anfang dreißig, viele sind vor kurzem nach Berlin gezogen. Sie tragen bunte Tücher und große Sonnenbrillen, aber nicht zur Tarnung, niemand hat etwas dagegen, fotografiert zu werden.

Der 1. Mai in Kreuzberg ist eine weitere, aufregende Seite ihrer neuen Heimat, die sie besser kennenlernen wollen. Außerdem scheint es das Ereignis des Frühjahrs zu sein, überall hängen Plakate, jeden Tag steht was in den Zeitungen. Es sind auch ziemlich viele Deutsche da.

Fünf Euro pro Person, sagt Bill, das sei so das Übliche, aber er sei flexibel. Es handle sich um Spenden, die er an ein linkes Projekt weiterleiten werde, die Stadtführung an sich sei kostenlos. Bill ist auch Marxist, also Antikapitalist.

Vor acht Jahren ist er nach Berlin gekommen, um hier zu studieren, vor sieben Jahren war er zum ersten Mal am 1. Mai in Kreuzberg, seitdem jedes Jahr. Beim letzten Mal riefen einen Tag später seine Eltern an, sie hatten in den Nachrichten Bilder aus Kreuzberg gesehen und machten sich Sorgen. Eine Anekdote, die Bill gleich zu Anfang der Tour erzählt.

Hausbesetzer, Rudi Dutschke, Studentenbewegung, mit der Vorgeschichte ist Bill am Oranienplatz durch. Am Büro von Hans-Christian Ströbele hat er kurz auf den Politiker von den Grünen geschimpft, mit dem sei es wie mit ganz Kreuzberg: alles nicht mehr so radikal wie früher.

Zwei türkische Jungs rufen: „Hallo, liebe Touristen!“ Bill raucht erst mal eine.

Es geht nun darum, was am 1. Mai 1987 geschah. Bill erzählt von einem friedlichen Straßenfest und einem plötzlichen Tränengasangriff der Polizei. Es sei zu einem spontanen „Kiezaufstand“, ein deutsches Wort, das man sich merken könne, gekommen, ein Supermarkt wurde von wütenden Bürgern geplündert und niedergebrannt. „Das ist die Version, die ich glaube“, sagt Bill. Seit 1988 werde jedenfalls jedes Jahr demonstriert.

„Wofür jetzt genau?“, fragt jemand.

„Das hängt immer so’n bisschen vom politischen Kontext ab“, sagt Bill.

Es gebe alle möglichen revolutionären Anlässe. Repression, Ausbeutung, Krieg und so weiter. Oder, einfacher gesagt: „Es geht darum, dass Kapitalismus scheiße ist und wir gegen das System sind.“

Die Teilnehmer schauen ihn an, niemand sagt etwas. Marxismus gegen Kapitalismus, Bürger gegen Polizisten. Ost gegen West gibt es nicht mehr, aber sonst scheint Deutschland plötzlich ein Land zu sein, in dem die Welt noch so einfach zu erklären ist wie vor einem Vierteljahrhundert. Gut gegen Böse.

Die Stadtführungen hat sich Bill in einem Gründerwettbewerb an der Uni ausgedacht, zusammen mit anderen Studenten. Er hat bei dem Wettbewerb mitgemacht, um ihn zu kritisieren. Weil an den Universitäten gespart wird, aber Geld dafür da ist, Studenten zu Unternehmern zu machen.

Auch die Touren selbst sieht Bill vor allem als politisches Projekt, als Aufklärung über und Werbung für den revolutionären 1. Mai. In der linken Szene hätten einige Leute begeistert reagiert. Andere fragten, was der Mist soll, noch mehr Touristen nach Kreuzberg zu bringen.

Bill sieht die Sache pragmatisch. Die Touristen kommen sowieso, ist doch besser, wenn sie mit ihm kommen.

Mit der 1.-Mai-Geschichte ist er hinter dem Mariannenplatz durch. In seiner Version ist im Prinzip auch jedes Jahr das Gleiche passiert, Demo, Angriff der Polizei auf die Demo, Randale. Seit ein paar Jahren versuche der Staat auch, die Linksradikalen mit einem großen Straßenfest, das als Anti-Gewalt-Aktion getarnt sei, von der politischen Arbeit abzuhalten.

Sie haben die Moschee gesehen, die da steht, wo einst der Supermarkt abbrannte, und ein altes, linkes Café, das vor kurzem wegen Mieterhöhung schließen musste.

Bleibt die Frage, wie der 1. Mai diesmal wird. Er lade alle zur Demo ein, sagt Bill. Und für danach gelte: Cool bleiben, den Kopf benutzen.

Zwei Au-pair-Mädchen aus Großbritannien fangen gleich an zu planen. Sie wohnen bei Familien im bürgerlichen Südwesten, sie sind keine Linken. Aber das muss man wohl mal gesehen haben, Kreuzberg am 1. Mai, sagen sie. Wiebke Hollersen

Besuchergruppe in Berlin: *Was soll der Mist?*

FOTOS: ANNETTE HAUSCHILD

SIEMENS

IT-Mitarbeiter planen Großaufstand

Bei den Beschäftigten des Münchner Siemens-Konzerns wächst der Zorn gegen den geplanten Abbau von rund 2000 Jobs bei der IT-Dienstleistungstochter SIS. Seit der Ankündigung durch den Vorstand im März finden an vielen Standorten regelmäßig Protestaktionen statt. Bei einer Mitarbeiterversammlung am Donnerstag vergangener Woche in Berlin trugen 130 Teilnehmer eigens angefertigte Masken mit einem Kreuz auf der Stirn – als Symbol für den Niedergang der Hightech-Sparte. Am Mittwoch dieser Woche dürfte der Konflikt weiter eskalieren. Während in der Zentrale am Wittelsbacherplatz in München der Aufsichtsrat tagt, wollen draußen mehrere tausend Beschäftigte gegen das avisierte Sparpaket protestieren, da es ihrer Ansicht nach gegen die „Anforderungen solider Geschäftsplanung" und den „verantwortungsvollen Umgang mit Mitarbeitern" verstößt.



TIMM SCHAMBERGER / DDP

Demonstration gegen Jobabbau



ZUMA PRESS / ACTION PRESS

Pommes frites bei McDonald's

LEBENSMITTEL

Konzerne gegen Gen-Kartoffel

Die großen Hersteller von Chips und Pommes frites haben sich mehrheitlich gegen den Einsatz einer neuen, gentechnisch veränderten Kartoffel ausgesprochen, die für die Herstellung von Lebensmitteln eingesetzt werden soll. Das zeigt eine Umfrage von Greenpeace unter Europas größten kartoffelverarbeitenden Unternehmen, darunter Burger King, McDonald's, Lorenz Snack-World und Nordsee. Anfang März hatte die EU-Kommission den Anbau der umstrittenen Gen-Kartoffel Amflora bewilligt, die nur industriell verarbeitet wird. Hersteller BASF hatte daraufhin angekündigt, in diesem Jahr die Zulassung für zwei weitere Sorten Gen-Kartoffeln zu beantragen. Aus einer, der Fortuna, sollen auch Lebensmittel wie Chips und Pommes hergestellt werden. Die große Mehrheit der befragten Unternehmen gibt nun allerdings an, diese Kartoffel nicht nutzen zu wollen. Viele Firmen würden es sogar begrüßen, wenn die EU den Anbau gentechnisch veränderter Kartoffeln gar nicht erst zulassen würde. Gründe dafür sind die Sorge vor einem Imageschaden für Kartoffelprodukte, die Verunsicherung der Verbraucher und die zusätzlichen Kosten in der Qualitätssicherung. Auch der Verband der kartoffelverarbeitenden Industrie, BOGK, sieht keine Notwendigkeit für eine Zulassung, weil der Verbraucher nicht bereit sei, „gentechnisch veränderte Produkte in der Lebensmittel- und Futtermittelkette zu akzeptieren".

GESUNDHEIT

Teurere Arzneimittel für Privatversicherte?

Von den privaten Krankenversicherungen (PKV) wird ein drastischer Anstieg ihrer Arzneimittelausgaben befürchtet. Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler hat zwar ein umfassendes Sparpaket im Pharmabereich angekündigt – dieses soll jedoch nur für die gesetzlichen Krankenkassen (GKV) gelten. So will die Regierung den Arzneimittelherstellern per Gesetz einen Zwangsrabatt verordnen und zudem ein Preismoratorium verhängen, das rückwirkend zum 1. August 2009 gelten soll. Dadurch will das FDP-geführte Ministerium den gesetzlich Versicherten billigere Medikamente verschaffen und mehr als eine Milliarde Euro jährlich sparen. „Es wäre absurd, wenn Kranke für dasselbe Medikament unterschiedlich viel zahlen müssten", sagt Volker Leienbach, Chef des PKV-Spitzenverbands. „Genau das passiert aber, wenn der Staat einseitig nur für die gesetzlichen Krankenkassen die Preise senkt." Preisstopp und Rabatte müssten daher auch für die privaten Krankenversicherungen gelten. Bei der GKV sind die Kosten für Arznei- und Verbandsmittel von 1998 bis 2008 pro Versicherten um 68 Prozent gestiegen, bei der PKV waren es sogar 86 Prozent. Leienbach fürchtet, „dass sich diese Dynamik in der PKV künftig noch verschärfen wird, falls Rösler nicht auch die Privaten einbezieht". Rund neun Millionen Menschen sind in Deutschland privat krankenversichert.

BANKEN

Finanzindustrie für Lenkungsabgabe



Die von der Bundesregierung geplante Bankensteuer findet in der Finanzindustrie zunehmend Akzeptanz, wenn das Projekt die Größe und Vernetzung des jeweiligen Finanzinstituts berücksichtigt.

BUNDESVERMÖGEN

Offene Forderungen

Auch 20 Jahre nach der deutschen Einheit beschäftigen finanzielle Altlasten der DDR-Wirtschaft das Bundesfinanzministerium. Allein aus fehlgeschlagenen Privatisierungen ehemals volkseigener Betriebe hat der Bund noch offene Forderungen von weit über 200 Millionen Euro gegen Investoren und Insolvenzverwalter. Die genaue Summe lässt sich noch nicht beziffern. Grund: Der Jahresabschluss 2009 der mit der Abwicklung von Privatisierungsverträgen betrauten Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben liegt noch nicht vor. Bis Ende 2008 betrugen die Forderungen 232 Millionen Euro. Von 6000 Forderungstiteln sind immer noch 1800 in Bearbeitung. Dabei geht es unter anderem um nicht gezahlte Kaufpreise oder Vertragsstrafen, etwa wegen nicht eingehaltener Arbeitsplatzgarantien. Doch selten gelingt es dem Bund, die Forderungen auch einzutreiben: Seit 1998 flossen daraus lediglich 36 Millionen Euro in die Bundeskasse.

KOALITION

Steueranreiz für Forschung

Mit Steuerentlastungen in Höhe von jährlich 1,5 Milliarden Euro sollen die deutschen Unternehmen für ihre Forschung belohnt werden. Das sieht ein Konzept vor, das die Forschungspolitiker der Regierungsfraktionen von Union und FDP im Bundestag erarbeitet und mit Finanzpolitikern abgestimmt haben. Das Ziel sei, Deutschland für forschende Firmen attraktiver zu machen und Start-up-Unternehmen zu unterstützen. Junge, kleine Betriebe sollten eine Steuergutschrift bekommen, selbst wenn sie noch gar keine Steuern zahlten. Die 1,5 Milliarden Euro müssten zusätzlich zur bisherigen Forschungsförderung fließen und dürften nicht aus bestehenden Projekten abgezogen werden. Dagegen fordern Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP), eine steuerliche Forschungsförderung müsse an anderer Stelle eingespart werden. Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) unterstützt das Konzept der Fraktionen, andere Länder seien bislang attraktiver für forschende Firmen, weil sie stärkere steuerliche Anreize böten.



HANS-RUDOLF SCHULZ / KEYSTONE

Biotechnik-Labor



HANS-GÜNTHER OED

Finanzplatz Frankfurt am Main

Viele Institute wären sogar bereit, bei hohen systemischen Risiken eine deutlich höhere Abgabe als die 1,2 Milliarden Euro im Jahr zu akzeptieren, wie sie bisher von der Regierung für die gesamte Branche geplant ist. Zu diesem überraschenden Ergebnis zumindest kommt eine aktuelle Umfrage des Center for Financial Studies (CFS) aus Frankfurt unter 500 Führungskräften der Branche. Auch die Versicherer und Fondsgesellschaften sollten zahlen, meinten viele Finanzinstitute. Überraschend ist zudem, dass sogar ein Viertel der befragten Versicherer eine solche Beteiligung befürworten. „Die Finanzinstitute sind sehr realistisch“, sagt Jan Pieter Krahnen, Leiter des CFS. Er hält es für notwendig, dass die Bundesregierung auf längere Sicht eine höhere Abgabe durchsetzt, um die systemischen Risiken in der Finanzbranche besser beschränken zu können.



Apple-Chef
Steve Jobs

Der Philosoph des 21. Jahrhunderts

Es gibt weltweit wohl keine zweite Firma, die so lässig und gleichzeitig so mächtig ist wie der Unterhaltungskonzern Apple. Dessen Gründer und Chef Steve Jobs, despotisch und mehrmals schwer erkrankt, bestimmt nicht mehr nur, was wir kaufen – er will bestimmen, wie wir leben.

Es war heiß, kein Schatten im Stadion von Stanford, die Studenten hatten gesoffen, sie grinsten und kicherten, und darum dauerte es, bis sie verstanden, dass dort vorn ein Herrscher der westlichen Welt zum Geständnis schritt.

Seine Produkte, zu erkennen am angebissenen Apfel, sind Produkte, die die Menschheit verlangt, weil die Menschheit offenbar glaubt, dass diese Produkte das moderne Leben erleichtern, mehr noch: dass modernes Leben aus dem Besitz dieser Produkte besteht. Der Herrscher aber redet nicht über sich, normalerweise.

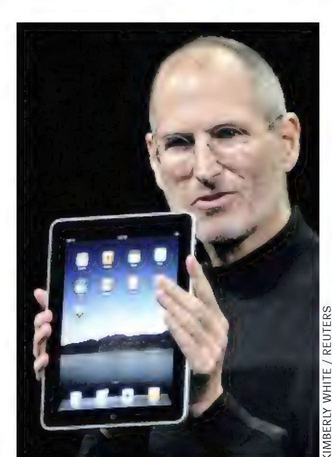
Er sei schüchtern, sagen manche, die ihn gut kennen. Er sagt nur dann etwas, gütig lächelnd, wenn er etwas zu verkaufen hat, ein neues Telefon (iPhone), ein flaches Wunderding (iPad) oder eine neue Werbeplattform (iAd), oder wenn er, wie vergangene Woche, einen neuen Rekordgewinn verkünden will: 3,07 Milliarden Dollar im jüngsten Quartal, 90 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Ansonsten schweigt er, und er fordert Schweigen von allen, die er in seine Nähe lässt, und es lässt sich nicht sagen, warum er an jenem Juni-Tag von Stanford gestand, was ihn treibt, was er fürchtet, was er denkt, nur dort, dieses Mal und nie wieder.

Drei Geschichten wolle er erzählen, nicht mehr, „no big deal“, sagte Steven P. Jobs, Bart- und Brillenträger, die Stirn hoch, er trug eine schwarze Robe, ein dünner Mann schon damals, vor der Transplantation. Er zitterte ein wenig, hob die Stimme, atmete schnell.

Drei Geschichten, keine große Sache.

Die erste Geschichte solle vom Verbinden der Punkte handeln, sagte Jobs und erzählte, wie seine Mutter ihn aufgab, wie er adoptiert wurde, wie er sein Studium abbrach, wie er meilenweit für eine Suppe gehen musste, bis er einen Freund fand und eine Idee hatte. Die Punkte eines Lebens, sagte Jobs, seien immer erst im Rückblick zu verbinden, wir müssten vertrauen. Wir alle. Darauf, dass die Punkte sich zu einem Bild fügen werden, irgendwann, auf unseren Instinkt, das Schicksal.



KIMBERLY WHITE / REUTERS

Jobs bei iPad-Präsentation
Wahnwitz und Design

Steve Jobs wippte nun nicht mehr auf und ab. Und die Studenten von Stanford blickten zur Bühne und hörten zu.

Die zweite Geschichte handelte von Liebe und Verlust. Steve Jobs sagte, dass er als 20-Jähriger gefunden habe, was er liebe, Apple, sein Lebenswerk, und dass er als 30-Jähriger entlassen wurde, doch weitermachte in der Computer-Welt, weil er sie liebte. „Manchmal trifft euch das Leben mit einem Stein“, sagte er den Studenten, „verliert euren Glauben nicht. Die einzige Weise, wie ihr eine großartige Leistung vollbringen könnt, ist, dass ihr liebt, was ihr tut.“

War das Poesie? Ethik gar? Küchenpsychologie? Und die dritte Geschichte? Die dritte Geschichte handelt von Leben und Tod, dazu später mehr.

Es gibt eine Menge Begriffe, mit denen Steve Jobs umschrieben wird, „Guru“, „Genie“, „Messias“, solche Begriffe, auch „Diktator“ und „Menschenschinder“.

Denn Steve Jobs gilt als diabolisch, als Soziopath, und er hat diesen Ruf zu Recht, das wird schnell klar, wenn man seine Welt betritt; Apple, einst Computer-Firma und heute Weltmacht der Un-

JOHN G. MABANGLO / DPA

XINHUA / ACTION PRESS

iPhone-Käufer in New York 2007: *Dinge, die man nicht braucht, aber brauchen will*

terhaltungselektronik, ist ein Unternehmen, das stark ist wie wenige andere und zugleich Schwächen hat, die angesichts seiner Stärke bizarr sind.

Dieser Steve Jobs hat eine Marke erschaffen und entwickelt, die zugleich cool und Mainstream ist, das ist der Traum aller Werber. Apple beherrscht den weltweiten Online-Musikmarkt, und den für Abspielgeräte und den für Hightech-Telefone erobert Apple gerade: 8,75 Millionen iPhones verkaufte Apple im letzten Quartal. Das iPad, zwischen Telefon und Laptop angesiedelt, wurde in den USA hysterisch begrüßt und wird in Europa hysterisch erwartet, da es Medien- und Buchmarkt im Sturm nehmen könnte; es hat einen Touchscreen, weshalb die Nutzer mit archaischen Bewegungen, Fingerdruck und Fingerkreisen, die vielleicht raffinierteste Technologie des Computer-Zeitalters steuern werden.

Apple, scheinbar lässige Massenmarke, ist wahrscheinlich das einzige Unternehmen der Welt, das seit Jahrzehnten eine fanatische Anhängerschaft hat, nicht ein paar Verrückte, sondern Millionen von Menschen, für die Apple eine Haltung ist. Das „New York Magazine“ hob Jobs mit der Zeile „iGod“ auf den Titel. Und als Apple das iPad ankündigte, zeigte der „Economist“ Jobs als Jesus-Ikone. Ironisch? Ein wenig. Scheindistanz.

Der ganze Wahnwitz hat viel mit Design zu tun. Apple-Produkte sind karg, schlicht, sie sind kompromisslos.

Es hat mit Mut zu tun. So groß, so maßlos wie Apple denken wenige Firmen, und vermutlich hat keine andere die eigenen Prinzipien derart oft und derart rundweg erneuert.

Jobs betritt gern Arenen, in denen ungeschlagene Gegner zu Hause sind, und hin und wieder erfindet er eine Branche, um sie im selben Moment zu monopolisieren.

Nun bringt Apple das iPad auch in Deutschland auf den Markt, einen knapp DIN-A4-großen, fingerdicken Computer in Form eines Tabletts. Seit über einem Jahrzehnt versuchen Apples Konkurrenten so einen Computer zu etablieren, sie alle sind gescheitert. Aber natürlich ist das iPad schick und cool und schnell, es ist der bekannte Ansatz: eine vorhandene Idee zu nehmen und sie so zu verpacken, dass Massen sie kaufen.

Manche sagen, es sei ein gedoptes iPhone, bloß größer, damit man Bücher, Magazine, Zeitungen darauf lesen kann, Filme sehen, im Internet surfen.

Andere sagen, es sei eben deswegen das elektronische Gerät für die Zukunft, das Ding, das jeder haben will.

Es ist ein Fühlgerät. Es schmiegt sich an, ein Kuschelcomputer, kein Knopf zu

Der lange Marsch

Apples Börsenwert, in Milliarden Dollar



viel. Es ist ein Fenster in die Welt der Medien, ein Fenster, mit dem wir reisen können, ein Fenster, das wir mit ins Bett nehmen wollen, auf die Couch, ein Buch zum Einschalten, und es verzaubert die Kunden: Auf Flughäfen, bei Sicherheitskontrollen, war in den vergangenen Wochen ein Star, wer ein iPad auspackte.

Das Ding hat Schwächen: Weil Steve Jobs das Programm Flash nicht mag, werden viele Web-Seiten zur Hälfte geladen, Flash-Filme bleiben leere Flächen. Und wer dicke Finger hat, vertippt sich leicht. Und bei Sonnenlicht sieht man nicht viel. Das iPad ist ein passiver Computer, dessen Sinn es ist zu konsumieren.

Das alles hat viel mit unserer Zeit zu tun und der Art, wie wir leben wollen. Ein iMac im Büro, ein MacBook für unterwegs, einen iPod zum Joggen, ein iPad für die Bildung und ein iPhone für die Verbindung zu all den anderen ewig Jugendlichen: So will sich der Mensch des 21. Jahrhunderts offenbar sehen, so will er gesehen werden, und in New York, Tokio, London, Berlin oder Hamburg lebt er längst so. Das macht Steve Jobs, 55, zum Philosophen des 21. Jahrhunderts.

Denn Jobs, Verführer in schwarzem Rolli und blauen Jeans, mit hoher Stirn, Bart und Nickelbrille, ist der Mann, der bestimmt, wie wir leben wollen: Er legt fest, was wir haben können, und redet uns ein, dass es das sei, was wir haben möchten. Er hat das Kaufverhalten von Massen verändert und damit Lebensweisen, also Kultur. Aus dem Erfolg seiner Firma leitet er Ideologien ab und das Recht, Inhalte zu zensieren, die auf seine Computer gespielt werden. Ist Apple dabei, die einflussreichste Firma der Welt zu werden? Die iMächtigen?

Wer Apple verstehen will, muss diesen Jobs verstehen – Apple ist sein Lebenswerk, die Firma funktioniert, wie er sie haben will.

Es ist nicht ganz einfach, sich Jobs zu nähern, weil Apple so gut wie nie mit Reportern spricht, falls diese nicht zuerst Apples Produkte gelobt haben. Der deutsche Firmensprecher Georg Albrecht schrieb: Apple „gibt leider keine Einblicke in sein Innenleben … So gerne ich so eine Story unterstützen würde, weiß ich, dass wir hier Ihnen keine Gesprächspartner anbieten können“. Wenig später fielen die Antworten der Amerikaner ähnlich aus: kein Kommentar, zu gar nichts.

Aber es gibt Leute, die Apple verlassen haben, darunter jene, die Jobs dankbar sind, weil sie an seiner Seite reich wurden, und andere, die ihn hassen und wirken, als seien sie traumatisiert. Und auch Leute, die heute für Apple arbeiten, reden über Apple, wenngleich unter falschem Namen, denn Jobs ist kein netter Mensch.

Es gibt nur Sieger und Versager für ihn, genial oder dumm, er hasst Fleischesser, und Produkte sind entweder „wahnsinnig großartig“ oder „Scheiße“. Angestellte können heute Genies sein und morgen „bozos“, Volltrottel, heute unverzichtbar und morgen gefeuert. Die „Helden-Arschloch-Achterbahn“ nennen Apple-Leute das Herrschaftsprinzip des Steve Jobs: „the hero-shithead roller coaster“.

Die Apple-Story, die eine Jobs-Story ist, lässt sich in sechs Kapiteln beschreiben, erzählt von sechs Zeitzeugen, von denen jeder seine Zeit hat, von den Anfängen einer Klitsche bis in die Zukunft einer der mächtigsten Firmen der Welt.

I. Der Gründer

Die Apple-Geschichte beginnt, wie könnte es anders sein, in einer Garage in Los Altos, südlich von San Francisco. Es ist die Garage der Familie Jobs, es ist 1976, und Jobs schraubt mit seinem Freund Steve Wozniak an einem Computer-Prototypen herum.

Zwei Jünglinge in T-Shirts und abgeschnittenen Jeans. Unkalifornisch bleich. Jobs hat schulterlange Haare, links gescheitelt, braune Augen, dünne Arme. Sie reden nicht viel, nicht über Mädchen oder Sport, wenn sie reden, reden sie über Musik oder ihre Idee.

Kennengelernt haben sie sich fünf Jahre zuvor, sie sind beide Elektronik-Fans, Studienabbrecher, Außenseiter. „Nerds“ wird man Typen wie sie später nennen, vielleicht sind die zwei aus der Garage die ersten Nerds. Sie hören zusammen die Beatles und Dylan, bauen illegale Geräte für kostenlose Telefonate, und sie entwickeln Videospiele. Eines heißt „Breakout“, es wird einer der ersten Erfolge einer der neuen Firmen der neuen Zeit: Atari. Und sie träumen von Größerem, einem Computer für jedermann, einer Maschine, die sich jeder leisten kann.

Es gibt zwei Variationen ihres Traums. Wozniak träumt davon, diese Maschine zu bauen, Jobs will sie verkaufen.

Damals sind Computer vor allem etwas für reiche Unternehmen und die CIA, riesige Maschinen, die 100 000 Dollar kosten, mindestens. Wozniak aber hat mit 13 Jahren an seinem ersten Computer gebastelt, er weiß, dass er Talent hat, ein Gespür für Technik, er versteht, wie Schaltkreise funktionieren, und er hat keine Ahnung davon, wie revolutionär sein Talent sein wird. Zum ersten Mal war dieses Talent schon an einem Sonntag-



Umsatz ...... 42,9 Mrd. $
Gewinn .... 8,2 Mrd. $
Geschäftsjahr 2009 (endet am 30. September)

2003
Mit dem iTunes Store steigt Apple ins Musikgeschäft ein. Es folgen Hörbücher, Podcasts, Filme, Fernsehserien, iPod-Spiele und iPhone-Apps.

2006
Ab der vierten Generation des iMac setzt Apple auf die Prozessoren von Intel.

2007
Apples Smartphone wird durch Antippen, Wischen und Fingerspreizen gesteuert. Tausende von Apps machen das iPhone zum Multifunktionswerkzeug, zu einem Schweizer Taschenmesser des 21. Jahrhunderts.

2010
Am 27. Januar präsentiert Jobs das iPad. Ende Mai kommt es in Europa auf den Markt.

HO / REUTERS

Chart: Thomson Reuters Datastream

DER SPIEGEL


JUSTIN SULLIVAN / AFP

Apple-Gründer Wozniak, Jobs 1976: *Der eine hat revolutionäres Talent, der andere ist revolutionärer Verkäufer*

abend im Juni 1975 revolutionär, als er zwei Kabel nahm und einen seiner Prototypen mit einem Bildschirm und einer Tastatur verband.

„Ich habe nicht realisiert, wie bedeutend das war", sagt Wozniak. Er lacht. „Es war das erste Mal, dass jemand einen Buchstaben auf einer Tastatur tippte und den Buchstaben im selben Moment vor sich auf seinem Computer-Monitor sah", schreibt er in seiner Autobiografie.

Im Frühjahr 1976 zeigt der eine Steve (Wozniak) dem anderen Steve (Jobs) den Bauplan für einen Personal Computer, kaum größer als eine Schreibmaschine, für wenig Geld zu bauen und für viel mehr Geld zu verkaufen. Jobs klatscht Wozniak ab, rechnet, und wenn Wozniaks Erinnerungen stimmen, dann sieht Steve Jobs in diesem Moment vor sich, was möglich ist. Es ist der Moment der Geburt von Apple. Jobs verkauft seinen VW-Bus für 1500 Dollar, um Bauteile für den neuen Computer kaufen zu können. Dann überredet er Wozniak, seine Stelle bei Hewlett-Packard aufzugeben.

Der Apple I ist nicht viel mehr als eine Holzbox mit einer Platine und einigen Dutzend Chips, es ist der erste Schritt in eine andere Welt, und Jobs erkennt es. „Steve hat nicht einen Schaltkreis gebaut und keine Zeile eines Codes geschrieben", sagt Wozniak, „aber ich wäre niemals auf die Idee gekommen, Computer zu verkaufen, das war Steves Wirken."

Am 1. April 1976 gründen die beiden Freunde die Firma Apple Computer. Jobs ist 21 Jahre alt, Wozniak 25. Es gibt zwei Geschichten dazu, wie der Name entsteht: Möglich, dass Jobs den Namen bei den Beatles klaut, deren Platten bei Apple Records erscheinen; möglich, dass der Name dem Genialen unter einem Apfelbaum einfällt, jedenfalls kommt Jobs von jener Farm in Oregon zurück, wo er gern aushilft, und schlägt dem Kumpel „Apple Computer" vor. Jobs hört die zweite Geschichte lieber, sie ist sehr romantisch, doch Wozniak sagt, er habe Jobs nie gefragt.

Es kommen, damals, die Wochen ohne Schlaf, es geht darum, den Apple I massenmarktfähig zu machen. Wozniak kümmert sich um die Technik, Jobs stellt Mitarbeiter ein, sparsam, es müsse immer mehr Arbeit geben als Mitarbeiter, sagt er. Er treibt einen Investor auf und organisiert den Vertrieb für ein Produkt, für das es noch keinen Markt gibt.

Im Juni 1977 kommt der Apple II auf den Markt. Preis: 1298 Dollar, Tastatur inklusive, Monitor exklusive. Es ist der erste Bürger-Computer und eine Weltsensation, die über zwei Millionen Mal verkauft wird. Ein Anfang – und noch lange kein Ende. Denn Wozniak produziert seine Erfindungen nun in Serie, er entwirft eine erschwingliche Floppy Disc, die Farbgrafik, und Jobs macht weiter mit dem Verkauf der Revolution. 1980 geht Apple an die Börse, Wozniak und Jobs sind Multimillionäre und Popstars.

Es ist das Unternehmen „von zwei besten Freunden, die sich so ähnlich waren in ihrem Denken über Philosophie, die Zukunft, die Gegenkulturbewegung", so sagt es Wozniak im Januar 2010. Er sieht immer noch aus wie damals in den Gründerjahren, Haare und Vollbart zottelig, der Körper füllig, und immer noch spricht er mit Hingabe über Apple.

„Alles, was wir machten, verwandelte sich in Gold, es gab ja nichts, alles wurde das erste Mal in die Welt gebracht", sagt Wozniak. Aber er verlässt Apple 1985. „Steve sah es als die Zukunft einer Firma, ich sah es als mein ganzes Leben", sagt er, „ich wollte nicht mehr im Rampenlicht stehen." Will er nicht so werden wie Jobs? Solche Fragen mag er nicht, er ist ein höflicher Mann.

In den Jahren danach organisiert Wozniak Rockkonzerte, stattet Schulen mit Computern aus, immer wieder mal gründet er ein Unternehmen, nichts Weltbewegendes. Fehlt ihm das Diabolische? Die Gnadenlosigkeit? Fehlt ihm die schlechtere Hälfte?

Steve & Steve sehen sich selten. Zum ersten Riss kam es schon 1984, denn damals erfuhr Wozniak, dass Jobs einst angeblich 5000 Dollar für das erste gemeinsame Projekt erhalten hatte, das Atari-Spiel; Jobs hatte ihm erzählt, es seien 700 Dollar, und diese 700 hatten die besten Freunde geteilt.

War es Betrug? Verrat?

Was soll es sonst gewesen sein? Ein Rechenfehler?

Wozniak fühlt sich 25 Jahre später weniger Jobs, aber Apple verbunden, er wird noch als Mitarbeiter geführt, er wohnt in Los Gatos im Silicon Valley. „Steve arbeitet genauso wie damals", sagt er, „er schaut sich eine existierende Tech-



APPLE / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

Macintosh-Gerät 1984: *Der Traum – ein Computer für jeden*

nologie an und fragt, was die Menschen am Ende wollen – und wie Apple den kürzesten Weg dorthin bereiten kann.“

II. Der Zauberer

In einer Welt der hochauflösenden Oberflächen und sinnlichen Touchscreens vergisst man leicht, wie ein PC Anfang der achtziger Jahre aussah. Es gab grüne Schrift auf schwarzem Grund, Befehle wurden per Tastatur eingegeben. Es war etwas für Technik-Fans und nur für die.

1979 hatte Apple begonnen, an einem neuen Computer zu arbeiten. Steve Jobs übernahm bald die Führung der Entwicklungsabteilung, er wünschte etwas nie Dagewesenes. Der Mac sollte so sein, wie seine Entwickler die Welt sahen. „Wir verachteten Hierarchien und Strukturen“, sagt Andy Hertzfeld. „In den siebziger Jahren waren Computer Instrumente der Autorität gewesen, wir wollten aus dem Computer ein Instrument der Befreiung machen, zugänglich für jeden.“

Hertzfeld ist einer der Entwickler des Mac, er kam 1979 als einer der ersten Angestellten zu Apple; auf seiner Visitenkarte stand „Software-Zauberer“. Hertzfeld mag die Firma, er weiß, es waren die besten Jahre seines Lebens. Was für ein Trip. Er weiß auch, dass es da noch andere Seiten gibt.

„Er ist extrem rachsüchtig.“ Das sagt Hertzfeld über Jobs. „Alle haben Angst vor Steve, insbesondere die Angestellten. Wenn ich Steve in einem Wort beschreiben müsste: Das Wort wäre ‚kontrollierend‘“, sagt Hertzfeld, „und seine Weltsicht ist, dass seine Regeln für alle gelten außer für ihn.“

Andy Hertzfeld lebt nicht wie ein Revolutionär, er hat ein großes Haus in einer ruhigen, von Bäumen überwucherten Straße in Palo Alto, er ist klein und untersetzt, er trägt ein schlabbriges T-Shirt und Shorts. „Wir wollten die Welt verändern“, sagt Hertzfeld. Die Geburt des Mac war nicht einfach der Start einer neuen Produktreihe, es sei „wie ein Orgasmus“ gewesen. Der Mac war der erste Massen-PC mit einer grafischen Oberfläche, mit Symbolen, mit Fenstern, die sich übereinander öffnen konnten. Und er hatte eine Maus.

„Uns war klar, dass in der Zukunft jeder Computer in der Welt so sein würde“, das sagte Steve Jobs Jahre später. Und Andy Hertzfeld sagt: „Apple will nicht das finanziell einträglichste Produkt machen oder das technisch beeindruckendste. Es soll die großartigste Sache an und für sich sein, einfach Perfektion.“

Der Mac wurde am 22. Januar 1984 vorgestellt, in einem 30-sekündigen Werbespot während der Super Bowl; der Spot war von Hollywood-Regisseur Ridley Scott gedreht worden. Zu sehen sind endlose Reihen von Arbeitern, eine lustfreie Armee, und ein Wesen wie „Big Brother“ aus George Orwells Endzeitroman „1984“ peitscht sie voran; die Armee ist IBM, damals noch ein Gegner für Apple. Eine junge Frau stürmt ins Bild, verfolgt wird sie von bewaffneten Polizisten, sie zerschmettert Big Brother und befreit die versklavte Menge. Die Frau ist Apple. Eine Stimme verkündet: „Am 24. Januar stellt Apple Computer den Macintosh vor. Und Sie werden sehen, warum 1984 nicht wie ‚1984‘ sein wird.“

Fast 80 Millionen Fernsehzuschauer sind fasziniert, und sie sind verwirrt. Dieser Spot gilt unter Werbeexperten als vielleicht bester aller Zeiten, er macht so gut wie alle Werber zu Apple-Jüngern, was sie bleiben werden, durch all die Jahre.

Apple ist gelungen, was die meisten großen Unternehmen immer nur versuchen: Produkte aufzuladen mit Emotionen, sie zu überhöhen mit Werten, bis die Produkte zu Werten werden – Apple verführt. Wer einen Mac kauft, ist jung und kreativ und revolutionär, also cool. „Think different“, das wird später der Apple-Slogan, und wer will das nicht: anders denken?

Dies unterscheidet Apple von anderen Weltmarken, von Coca-Cola etwa oder von Adidas. Ein Turnschuh mag Mode werden, dann hat er für eine Weile Erfolg, aber ein Turnschuh bleibt er doch. „Apple ist angetrieben von künstlerischen Werten, das ist die Essenz des Unternehmens“, sagt Hertzfeld. „Bei welcher anderen Firma ist das noch so?“

III. Der Künstler

Es ist ein Haus wie ein Apple-Computer. Weiß, weit, warm. Draußen gibt es Olivenbäume und Palmen, drinnen weiße Wände und Chrom, einen Flügel, chinesische Teegedecke, Meissener Porzellan.

Ins Haus führt ein Mann, der weiß, wie man sich kleidet und bewegt, auch wenn er inzwischen erhöht sitzen muss, wegen der neuen Hüfte. Der Mann trägt Jeans, ein blaues, besticktes Hemd, Bart trägt er, die grauen Haare strubbelig. Er macht Insalata Caprese, Pesto-Spaghetti, „erst essen, dann reden“, sagt er. Schließlich, beim Espresso: „Und jetzt? What do you want to know?“

Hartmut Esslinger mischt deutsche mit englischen Sätzen, er lebt seit Jahrzehnten in Kalifornien. Auch Esslinger ist der Größte seiner Welt, er ist Designer. Esslinger gründete 1969 Frog Design, in einer Garage, in Altensteig, Schwarzwald.

„Design ist nicht Verpackung. Design ist eine Art zu denken, Design macht sich Gedanken um das ganze Produkt“, sagte einst Hartmut Esslinger. „Design ist nicht nur, wie etwas aussieht und wie es sich anfühlt. Design ist, wie etwas funktioniert“, sagte ein paar Tage später Steve Jobs. „Manchmal hört Steve sich etwas an, dann präsentiert er es als seine These“, sagt heute Hartmut Esslinger, er lacht, er schätzt Jobs, vor allem seine Kühnheit.

In den Siebzigern verpackte Esslinger die TV-Apparate der deutschen Firma Wega in spektakuläre Kunststoffgehäuse. Sony kaufte Wega, und dann kaufte Sony Hartmut Esslinger. In den Jahrzehnten danach hat er für Sony Fernseher gestal-

tet, das Lufthansa-Design überarbeitet, das fliegende Windows-Fenster gestaltet, und in all den Jahren fragte er sich, warum Computer so hässlich waren.

Computer sahen aus wie Feinde. Wie Werkzeuge, für Männer, ausschließlich, Esslinger sagt: „Alle dachten über neue Prozessoren nach, immer kleinere Chips, niemand über Design. Niemand fragte sich, warum Büros wie Gefängnisse wirkten, warum kein Mensch diese grauen Dinger zu Hause haben wollte. All die Kabel. Den Lärm. Alle Manager taten, was eben alle Manager taten. Mut ist, Neues zu wagen. Mut ist, sich den kindlichen Glauben an die Möglichkeit von Perfektion zu bewahren."

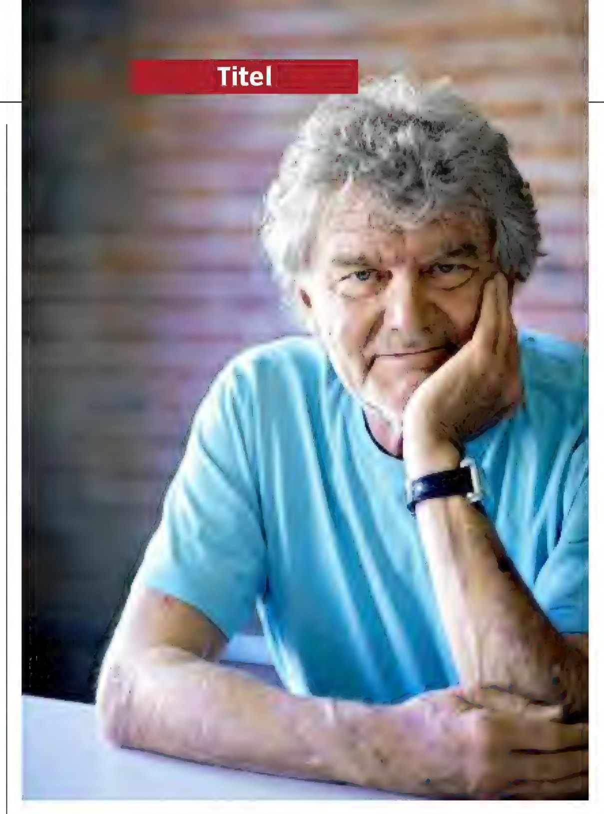
Jobs rief Esslinger an, weil er ein Design für eine grafische Benutzeroberfläche haben wollte, aber Esslinger glaubt, „dass Menschen manchmal noch nicht wissen, was sie wollen". Er glaubt auch, dass „gutes Design die exakte Balance zwischen Provokation und Vertrautheit oder zwischen absurd und langweilig" finden müsse. Darum schlug er Jobs etwas anderes vor: weiße Computer. „Kalifornisch weiß", so nannte er es. „Die Computer-Industrie hat nie begriffen, dass Menschen eine emotionale Beziehung zu Dingen entwickeln", sagte er. Diesen Satz sagte dann natürlich auch Jobs, wörtlich, in einer Konferenz, Tage später.

„Be insanely great" – „Seid wahnsinnig großartig", das war Jobs' Befehl. Und die Frog-Leute bauten Prototypen, Künstler und Ingenieure im ständigen Austausch, und Jobs ließ sie bauen. 200 000 Dollar bekam Frog pro Monat, viel Geld für etwas, das niemand ernst nahm im konservativen Silicon Valley.

25 Jahre später preisen Designer und Werber keine andere Kooperation so sehr wie jene zwischen Esslinger und Jobs. „Verstehen, was Menschen brauchen. Dinge entwickeln, die das Leben einfacher und zusätzlich Freude machen. Das ist das Apple-Geheimnis", so nennt es Suze Barrett, Kreativ-Direktorin der Werbeagentur Scholz & Friends in Hamburg. Während die anderen Computer-Unternehmen technisch getrieben waren, „setzte Apple auf das für Menschen Nachvollziehbare und Nützliche. So wurden Apple-Produkte Symbol eines neuen Lebensstils, des ‚digital lifestyle', in dem Design die wesentliche Rolle spielt", sagt Barrett.

Einfach und funktional sahen die Geräte aus. Das war durchaus geklaut, von Braun-Taschenrechnern beispielsweise, aber Apple-Produkte wurden, was Werber „Must-have-Produkte" nennen.

Das „i", das die wesentlichen Apple-Produkte ziert, stand einst für „Internet" und steht heute für „ich". Es geht um Selbstverwirklichung oder die Illusion derselben. „Muss etwas unbrauchbar sein, wenn es Kunst ist? Kann keine Kunst sein, was benutzbar ist?", fragt Esslinger, der





Ex-Apple-Designer Esslinger, Apple Mac mini
Das kalifornische Weiß erfunden

jetzt Professor in Wien ist und Bücher verfasst, „Sehen ist Glauben, Glauben ist Sehen", solche Sätze schreibt er hinein.

Esslinger legt nun ein iPhone und ein BlackBerry auf den Tisch. Er sagt: „Sehen Sie, was ich meine? Die Kurven, all die Knöpfe, das eine fügt sich nicht zum anderen, hier ist eine Biegung, dort eine Gerade, das ist schlampig, was soll das?" Er schiebt das BlackBerry weg, angeekelt.

Das iPhone streichelt er wortlos.

2007 brachte Apple sein Mobiltelefon auf den Markt, wieder war es ein fremder Markt für eine in ihren Märkten längst etablierte Firma. Das iPhone folgt den gleichen Ideen wie der iPod, es ist schlank und simpler als alle sogenannten Smart-Phones, die zuvor auf dem Markt waren. Es liegt gut in der Hand. Es soll ein Produkt sein, das wir nicht brauchen. Wir sollen es begehren. Also doch brauchen. Brauchen wollen.

Das iPhone hat wenige Tasten, es hat einen berührungsempfindlichen Bildschirm, man kann damit im Internet surfen wie auf einem PC. 185 000 verschiedene Applikationen, kurz „Apps", gibt es, erfunden von Software-Entwicklern rund um die Welt und verkauft über den Apple iTunes Store, demnächst mit Werbung bespielt über Apples Plattform iAd.

Den ersten Esslinger-Rechner, den Apple IIc, präsentierten sie damals in Jobs' Büro in Cupertino. 25 Modelle, alle weiß. Jobs sah nicht beglückt aus. „O Hilfe, ich hoffe, dass es funktioniert", sagte er, „ich bin nicht überzeugt." Am ersten Tag verkaufte Apple 50 000 Exemplare, es war der 24. April 1984. Heute steht der Apple IIc im Whitney Museum of American Art in New York City.

IV. Der Feind

Aber Jobs war nie der Unfehlbare, als der er verehrt wird. Er war auch nicht immer der „beste Vorstandsvorsitzende der Welt", wie ihn Google-Chef Eric Schmidt nennt. Er war für eine Weile nicht einmal Vorstandsvorsitzender.

Nach dem Börsengang von 1980 und dem Beginn der Expansion will der Apple-Verwaltungsrat einen erfahrenen Manager als Chef installieren, einen, der den schwierigen Jobs beaufsichtigen soll, ihm vormachen soll, wie man ein globales Unternehmen auch führen kann: seriös.

Jobs wehrt sich nicht, aber er möchte bei der Auswahl mitreden, und er will nur einen Mann: John Sculley, Chef von Pepsi-Cola, Marketing-Experte und ahnungslos, was Computer angeht. 18 Monate lang umwirbt er Sculley, schließlich sagt Jobs: „Willst du den Rest deines Lebens Zuckerwasser verkaufen, oder willst du eine Chance, die Welt zu verändern?"

Sculley sagt zu. Und Jobs mag Sculley, sie gehen wandern in den Hügeln Nordkaliforniens. Die Presse nennt sie „das dynamische Duo". Aber nach zwei Jahren überwerfen sich Sculley und Jobs, weil es zum Showdown kommt: Wer hat die Macht, Gründer oder Manager, der Visionär oder der Solide? Der Verwaltungsrat entscheidet sich für Sculley. Im Herbst 1985 verlässt Jobs Apple, sein Baby, sein Leben.

Sculley bleibt. Für acht Jahre noch.

„Ich glaube, es war ein riesiger Fehler, mich als Vorstandschef einzustellen", sagt Sculley Anfang 2010. Er sitzt an einem schweren Konferenztisch in New York City, hinter ihm die Fenster zum Central Park. „Der Verwaltungsrat hätte Steve zum Chef machen sollen", sagt Sculley.

Warum sagt er so was? Welcher Vorstandsvorsitzende redet die eigenen Leistungen klein? Müsste er nicht darüber reden, wie das Unternehmen unter ihm

wuchs, von 600 Millionen Dollar Umsatz auf acht Milliarden? „Man hätte mich einfach das Marketing machen lassen sollen, einen Vorstandsposten oder so", sagt Sculley, „dann wären Steve und ich niemals auseinandergegangen."

Jobs hat nie wieder mit Sculley geredet. „Ich glaube, er wird mir nie vergeben, und ich verstehe ihn", sagt Sculley. Er sieht müde aus, wie er da über den Straßen Manhattans sitzt, er ist 71, Partner einer Private-Equity-Firma, hat ein Anwesen in Palm Beach, aber nach all den Jahren leidet er unter dem Liebesentzug durch Steve Jobs.

Er selbst sei leider nicht talentiert genug gewesen, „um so wie Steve Produkte bauen oder in die Zukunft sehen zu können", sagt Sculley. 1993 muss auch er Apple verlassen. Das Unternehmen ist in einer Sackgasse, ideenlos und führungslos und darum chancenlos gegen den neuen Star der Computer-Welt: Microsoft.

„Zum Glück ist Steve wieder da", sagt Sculley schließlich, Anfang 2010.

Was ein Genie ausmache, sagt Sculley, sei die Fähigkeit, 20 Jahre vor allen anderen zu erkennen, was in ferner Zukunft Standard sein werde. „Und genau das kann Steve, er hat es mit dem iPod bewiesen, er hat es mit dem iPhone bewiesen, warum sollte er es jetzt nicht auch mit anderen Branchen machen?"

Und es stimmt ja, die wahre Kunst des Steve Jobs ist es, Bedürfnisse zu erkennen oder das Potential unausgereifter Ideen und daraus perfekte Produkte zu formen.

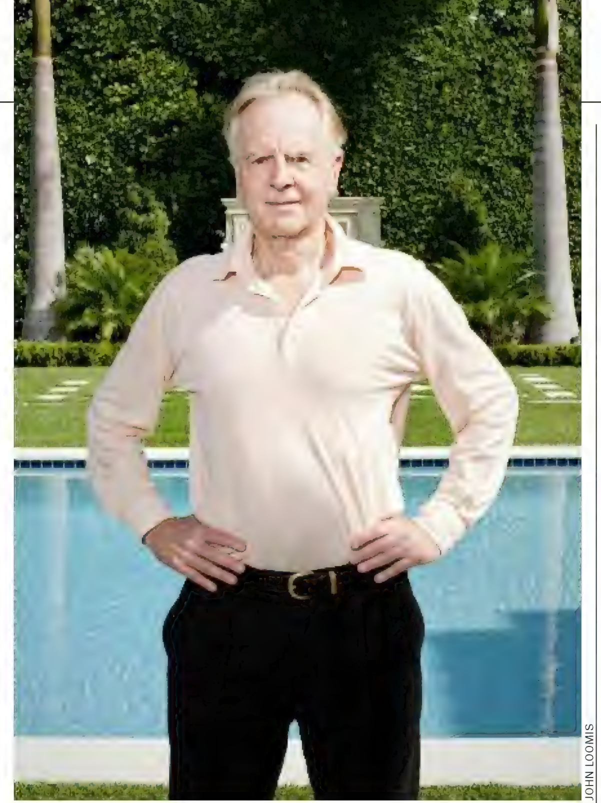
Das war so, als er Wozniaks Prototypen eines Personal Computers sah. Apple wurde zum einflussreichsten Computer-Hersteller der Welt.

Das war wieder so, als die Musikindustrie keine Mittel fand gegen illegale Tauschbörsen; Apple wurde zum größten Online-Musikhändler der Welt.

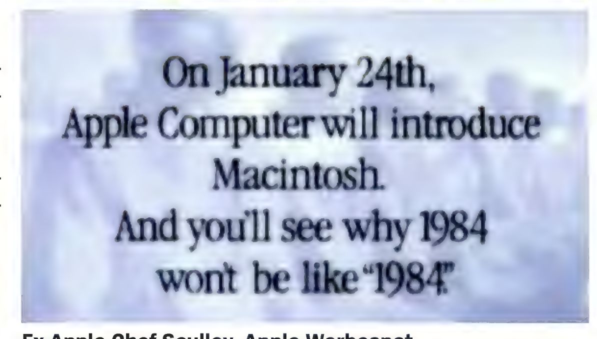
Und als die Mobilfunkbranche es nicht schaffte, ihre Kunden im großen Stil dazu zu bringen, mit dem Handy im Internet zu surfen, kam das iPhone auf den Markt, und längst ist der Einfluss von Apple groß, so groß, dass Konzerne wie die Deutsche Telekom oder AT&T sich die Preise diktieren lassen, große Teile ihrer Einnahmen abtreten müssen und schüchtern erklären, auf keinen Fall etwas Böses über Apple sagen zu können.

Derart groß ist der Einfluss, dass bei der Präsentation des iPhone in Deutschland nur Jobs die Bühne gehören durfte und Telekom-Chef René Obermann nur zusah.

Auch die Musikindustrie ist wütend, aber nur inoffiziell. Die Plattenkonzerne fühlen sich nicht wohl, aber wehrlos im Würgegriff eines Konzerns, der bestimmt, wie viel ihr Produkt, ihre Musik kosten darf. Die Aufgabe aller Kontrolle ist der Preis, der für eine Rettung durch Steve Jobs zu zahlen ist.



JOHN LOOMIS



Ex-Apple-Chef Sculley, Apple Werbespot
„Ich glaube, es war ein Fehler, mich einzustellen"

V. Die Männerversteherin

„Steve ist wie alle Genies", sagt Pam Kerwin, „wer sagt denn, dass Mozart ein guter Mensch war?" Sie lacht. Und dann sagt sie: „Ja, er kann rau oder geringschätzig sein, aber er ist ein Visionär. Und andere Manager wollen Geld, Macht, aber er wird von der großen Idee getrieben. Er hat die Fähigkeit, herausragende Technologie zu gebären, und es geht ihm nie um kleine Schritte – er will, dass das, was er macht, einen massiven Einfluss auf die ganze Welt hat."

Als Pamela Kerwin und Steve Jobs sich zum ersten Mal begegneten, 1989, war sie Vizepräsidentin bei Pixar und Jobs ein Mann ohne Ziel, ein trauriger Mann? „Ja. Er ist ein Hardware-Typ, wir waren der falsche Laden für ihn."

Ein Aufgeber? „Machen Sie Witze?"

Dann erzählt sie: „Vielleicht ist er als Kleinkind auf den Kopf gefallen, und dadurch wurden Gegenden seines Gehirns aktiviert, die bei uns anderen schlafen. Er fühlt, was Leute wollen. Er fühlt nicht, was cool ist, er fühlt, was cool sein wird. Dann hetzt er Leute, motiviert Leute, und manche gehen, aber die Besten bleiben. Er bringt die Besten dazu, das Bestmögliche zu leisten, weniger würde er nicht annehmen. Und er ist gnadenlos kompromisslos. Sehen Sie sich das iPhone an: Wie viele Leute sagten, es braucht mehr Knöpfe, es braucht eine Batterie, die man wechseln kann? Alle sagten das. Aber er denkt: Nein, das ist nicht verbraucherfreundlich. Und natürlich hatte er all diese Klarheit auch damals."

Pamela Kerwin ist eine der wenigen Frauen aus dem Zentrum der Jobs-Welt. Sie ist auch eine der wenigen Figuren, die in dieser Welt fähig sind, Jobs reflektiert zu betrachten. Und sagen, was sie über Jobs denken. Ohne in Schockstarre zu verfallen. Ohne diese Angst vor dem Entzug von Wärme, die selbst jene noch treibt, die seit Jahrzehnten bestenfalls Missachtung durch den erlebt haben, auf den sie ihr Denken ausrichten.

Viele der Gestürzten sind noch Jahre später demütig. Vielleicht wollten sie nie viel mehr vom Leben, als von Jobs beim Vornamen genannt zu werden. Oder von Jobs angeschrien zu werden.

Dass er dich anhört, dir „face time" gibt, ist Zeichen der Bedeutung deiner Aufgabe. Die iTunes-Store-Leute, jene, die den interaktiven Laden für Musik und Filme aufbauten, bekamen vor rund fünf Jahren eine Menge „face time". Im Moment sind die iPad-Jungs und -Mädchen modern.

Dass er dich anschreit, bedeutet, dass er sich ernsthaft sorgt.

Dass er dich beim Vornamen anspricht, dass du „Steve" zu Mister Jobs sagen darfst, ist Ausdruck deiner Bedeutung.

Es geht ganz schön infantil zu im Apfelreich. Eine Frau wie Pam Kerwin wirkt da bisweilen wie die einzige Erwachsene.

Vielleicht liegt das daran, dass sie nie bei Apple war, Kerwin ist eine Pixar-Frau, Jobs hat ihren Laden 1986 übernommen und dann umgekrempelt. Vielleicht liegt es daran, dass sie Lehrerin an der Ostküste war, Spezialistin für digitales Lernen, Computer-Labore, ehe sie 1989 ins Silicon Valley kam. Sie ist blond, trägt Brille und einen schwarzen Pullover, sie sitzt im Kellerbüro ihres Hauses in Mill Valley, Kalifornien, weiß sind die Wände.

Pixar, Ende der siebziger Jahre als Sparte von George Lucas' Filmimperium gegründet, war noch nicht eines der erfolgreichsten Studios der Filmgeschichte, sondern eine von vielen hundert Start-up-Firmen in Kalifornien. Es gab eine

Idee, eine Handvoll begabter Leute, Partys, Bierfässer, Affären und viel Arbeit. The grand old times. Es gab diese Unsicherheit: Schaffen wir es zu überleben?

Es ist nicht einfach, dreidimensionale Bilder zu gestalten. Pixar konnte das, Jobs sah es. „Das ganze Silicon Valley sagte damals, dass er bei Pixar sein Geld versenken würde, er sah etwas, was niemand sonst sah. Ich denke, man könnte das Mut nennen“, sagt Kerwin. Jobs gab George Lucas fünf Millionen Dollar, fünf weitere steckte er in die Firma, und für die jungen Leute von Pixar begann eine Reise.

Jobs stellte Kreative ein, vor allem aber Leute „mit ausgeprägter linker Hirnhälfte“ (Kerwin), Strategen. Jobs verstand nicht wirklich, wie die Software funktionierte, „letztlich begriff er nicht, was wir taten“, sagt Kerwin, „wahrscheinlich schützte uns das vor ihm“. Klar, er schrie. Ja, er strafte. Er war launisch. Aber er ließ John Lasseter, den Mann für die Phantasie bei Pixar, machen und kümmerte sich um das, was er konnte.

Er verkaufte Pixar-Dienste an Disney. „Er konnte mit den Haien schwimmen, wir konnten es nicht“, sagt Kerwin, „für alles, was er zu verkaufen hatte, wollte Steve zehn Millionen Dollar, immer zehn Millionen, auch wenn es keine zehn Millionen wert war.“ Er zerstörte die Arbeit von Monaten. Es geschah bei Verhandlungen mit Leuten von Intel, kurz vor der Unterschrift, dass Jobs schlechte Laune hatte; Jobs pöbelte, die Intel-Leute gingen gekränkt.

Pam Kerwin sagt: „Er ist nicht besonders gut darin, Geschäfte mit anderen bedeutenden Managern zu machen, weil dann Ego gegen Ego steht, und Steve geht niemals auch nur einen Schritt zurück. Doch wenn er in Jeans und schwarzem Pullover Produkte an Kunden verkauft, wie ein Messias bei diesen Präsentationen, dann ist er ein brillanter Mann der Show. Dann stört ein großes Ego nicht. Ein Showmaster braucht ein großes Ego.“

Er veränderte die Richtung der Firma Pixar: Bewegte Bilder wurden zu Kurzfilmen wurden zu Kinofilmen. Das Drehbuch zu „Toy Story“ entstand, Jobs bereitete den Börsengang vor. „Das ganze Silicon Valley sagte damals, dass das nicht funktionieren könne, dass eine Firma, die noch keinen Dollar Gewinn gemacht habe, an die Börse geht“, sagt Kerwin. Es ging. „Toy Story“ kam heraus. Viele Jahre später folgte „Findet Nemo“. Der Kindergarten Pixar ist ein Konzern geworden, und die, die mit Jobs auf die Reise gingen, wurden Millionäre.

Und Jobs lernte. Er saugte auf, zerlegte, setzte neu zusammen, dachte weiter. Es waren die Pixar-Ideen, mit denen er zu Apple zurückkehrte. Bewegte Bilder. Vernetzung von Kommunikationsformen. Massenmedien.

Ein Musikliebhaber und Ingenieur namens Tony Fadell, kein Apple-Mann, trug später Jobs die Idee an, aus der iPod und iTunes werden sollten – und die den Wendepunkt bringen würde; bei Pixar aber verstand Jobs, was möglich war. In seinem Kopf entstand ein virtueller Laden, in dem man Filme und Musik kaufen kann, in seinem Kopf entwickelten sich intelligente Telefone und Computerchen, mit denen Musik und Filme zu nutzen sein würden. Das alles würde klar und gerade aussehen und simpel zu bedienen sein. Pixar-Leute sagen, dass etwas Seltenes geschah: Jobs lächelte, als er in seinen Porsche stieg und wieder hinüber zu Apple fuhr.

Denn 1996 wurde er mitsamt seiner Firma NeXT eingekauft und zurückgeholt. Apple war ein Konzern ohne Richtung geworden und zeigte das öffentlich: Viele Leute sagten viele widersprüchliche Sätze, Apple hatte viele Stimmen und darum keine mehr; Jobs registrierte es, dies war der Ursprung einer mittlerweile sagenumwobenen Geheimnistuerei.

„Steve wollte die Stimmen so lange reduzieren, bis nur noch einer für Apple sprach: Steve“, sagt einer, der iTunes mitentwickelt hat. Jeder Apfelmann unterschreibt Schweigeklauseln, sie gelten

auch Jahre nach einer Kündigung noch; und dass Jobs es ernst meint, hat er bewiesen, Prozesse hat Apple gewonnen. Sogar Publikationen sind den Apple-Leuten verboten. Ihren Freundinnen dürfen sie nicht sagen, woran sie arbeiten, was dadurch erleichtert wird, dass sie es selbst nicht wissen: Jedes Produkt und jeder Bereich eines Produkts haben einen Code, Zahlen und Buchstaben, selbst die wichtigsten Ingenieure kennen nur den Code, und selbst wenn das Produkt fertig ist, kennen die, die es gebaut haben, zwar den Bauplan, aber nicht das Design.

Der Campus in Cupertino: ein Hochsicherheitstrakt. Alle hier haben nur die Code-Karte für jenen Bau, in dem sie gerade arbeiten, schon das nächste Gebäude ist unerreichbar für alle, nur für Steve Jobs nicht, der nie eine Karte bei sich trägt, und wenn ihn ein Pförtner nicht durchlässt, dann fliegt der Pförtner raus.

Die Medienpolitik: purer Kontrollwahn. Apple spricht mit wenigen, die nicht auf einer Liste von erwiesenermaßen freundlichen Kritikern stehen. Mag sein, dass dies den Mythos vergrößert, wie Jobs glaubt, den „Buzz“, diese weltweite Gier nach Gerüchten, das Flüstern und Rauschen, das beginnt, wenn nur ein Ingenieur ein neues iPhone in einer Kneipe liegen lässt. Möglich auch, dass Apple-Jünger die manische Verschlossenheit für Stärke halten, aber kann das wirklich klug sein, Anfragen von Kunden, Lieferanten, Politikern und Medien der Welt nicht mal mit Formbriefen zu beantworten?

Es gibt Tausende Firmen auf der Welt, die mobile Applikationen entwickeln wollen – und wenn Apple mal eben beschließt, dass nur noch eine bestimmte Software dafür benutzt werden darf, dann entzieht Jobs Dutzenden der Nerds von heute die Grundlagen. Ist Apple nicht längst, was einst IBM war? Wer wird in der nächsten Krise an der Seite einer Firma wie dieser stehen? Trifft Selbstherrlichkeit nicht immer den Selbstherrlichen, irgendwann?

Und wäre ein Konzern wie dieser nicht noch stärker, wenn er im Innern wie nach außen halbwegs reif kommunizierte, so richtig erwachsen, mit Zuhören und Antworten? Oder wenn er die Kunden ernst nehmen würde?

Zu Weihnachten 2008 gingen Rund-Mails in die Welt, in denen Apple darum bat, „ganz schnell zu bestellen, damit alle Lieferungen pünktlich zur Bescherung ankommen“; dabei war klar, dass, etwa bei deutschen Kindern, die Lieferungen nicht mehr pünktlich ankommen konnten, die Lagerarbeiter wussten das, so gut wie alle bei Apple wussten das. Nach Weihnachten gab es Tausende Kundenproteste, niemand antwortete.

Und wer, beispielsweise, ein älteres Mac-Modell besitzt und aus digitalen Fotos gedruckte Alben machen möchte, landet in einer Falle, von der die Firma natürlich ebenfalls weiß. Die Falle bringt Geld: Der Rechner erstellt das Album, was 20 Minuten dauern kann; dann sagt der Rechner, dass er eine neue Programmversion benötige, iLife, 80 Dollar teuer; und wer nun iLife bestellt und erhält und schließlich installieren will, erfährt nach dem letzten Klick: iLife kann auf diesem Rechner leider nicht installiert werden.“

Der Umtausch ist ausgeschlossen.

Aber ist so etwas noch wichtig für einen wie Jobs?

Als er wieder anfing bei Apple, heuerte er Ken Segall an, Kreativ-Direktor der Werbeagentur TBWA, er erzählte Segall, „wie die Welt Apple vergessen hat und wie es jetzt als Erstes darum geht, den Geist des Unternehmens wieder unter die Menschen zu bringen“, so erzählt es Segall im Frühjahr 2010.

Drei Monate später laufen die Fernsehspots, sie zeigen Albert Einstein und Martin Luther King, die angeblich das Gleiche verkörpern wie Apple. Dazu der Slogan: „Think different“.

„Steve sagte nur: ‚Wir müssen die alten Fesseln abwerfen‘, und war sich so sicher,

dass er darauf das ganze Unternehmen verwettet hätte“, sagt Segall. „Wenn Steve etwas wirklich will, ist er gnadenlos, absolut unnachgiebig.“

Im August 1998 kommt der iMac auf den Markt, das Echo ist riesig, die Verkaufszahlen sind gut, aber viel wichtiger: Die Fan-Gemeinde lässt sich hinreißen. Der Apple-Kult lebt wieder, die Kommunikationsidee „Think different“ macht die Kunden zu Verbündeten, zu Rebellen gegen den Mainstream, gegen Microsoft und für die eigene Individualität.

Das ist das Image, und es ist gelogen. Steve Jobs ist kein Rebell mehr: Es geht um Monopole, Marktbeherrschung, nach der Revolution kommt immer der nächste Herrscher.

Er ist auch nicht wirklich ein milder Mensch, nach allem, was zu erfahren ist. Er hasst Bill Gates. Er war krank, vielleicht ist er es noch, und er hasst die eigenen jungen, gesunden Angestellten, das jedenfalls erzählen junge, gesunde Apple-Leute.

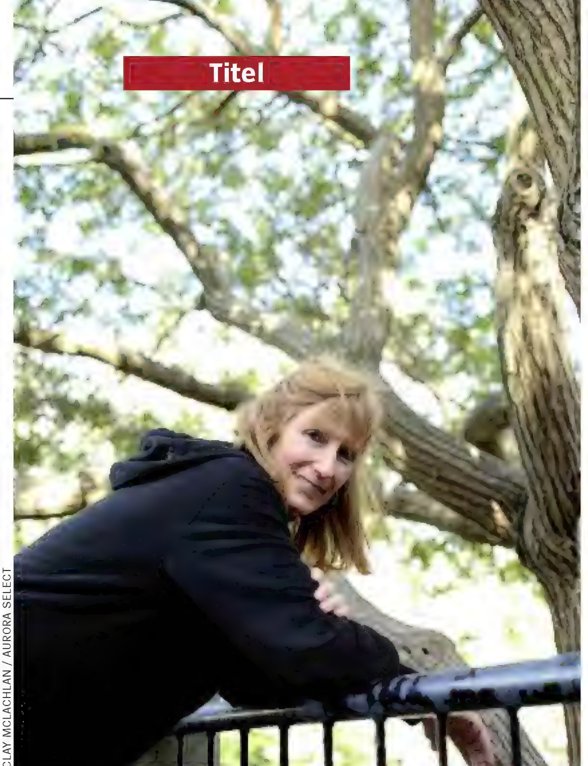
Seine leiblichen Eltern sind der syrische Politologe Abdulfattah Jandali und die Amerikanerin Joanne Schieble; Paul und Clara Jobs adoptierten ihn, in Mountain View und Los Altos an der Pazifikküste wuchs er auf. Steven Paul Jobs war etwa 30 Jahre alt, als er die Wahrheit erfuhr. Er begann, seine leibliche Schwester Mona zu suchen, fand sie, sie wurden Freunde. Dann schrieb Mona einen Roman, „A Regular Guy“, sie erzählt von einem Multimillionär, der „zu beschäftigt war, die Toilette zu spülen“, der seinen Ex-Freundinnen Häuser schenkte, damit sie schwiegen, ein Narziss, der verlangte, dass seine Geliebten Jungfrauen zu sein hatten. Steve? Es wurde nie dementiert.

Der wahre Jobs war der Liebhaber der Folksängerin Joan Baez. Er erzählte, dass er „junge, superintelligente, künstlerische Frauen“ schätze. 1977 zeugte Jobs eine Tochter, Lisa, mit seiner damaligen Freundin Chris-Ann, aber von Chris-Ann trennte er sich, und dann verweigerte er die Anerkennung der Vaterschaft. Chris-Ann und Lisa lebten von Sozialhilfe, bis Jobs vom Staat auf Anerkennung der Vaterschaft verklagt wurde. In einem unterschriebenen Dokument gab Jobs an, er sei steril und unfruchtbar und deswegen physisch nicht in der Lage, ein Kind zu zeugen. Das Gericht zwang ihn zu einem Bluttest, der ihn als Vater bestimmte; lange verweigerte er Unterhaltszahlungen, schließlich schickte er 385 Dollar im Monat.

1991 heiratete er Laurene Powell, die beiden haben drei Kinder.

Ein ausgeglichenes Leben? Kann ein Mann, der diese Karriere hinter sich hat, noch zweifeln? An sich?

Vor etwa zehn Jahren war Apple 5 Milliarden Dollar wert, heute sind es über 240 Milliarden. Jobs trifft sich mit Bono, dem Sänger, und 2006 bezahlte Disney 7,4 Milliarden Dollar in Aktien für Pixar, Pamela Kerwins einstige Klitsche.



CLAY MCLACHLAN / AURORA SELECT



Ehemalige Jobs-Geschäftspartnerin Kerwin, Szene aus Pixar-Animationsfilm „Findet Nemo“, Werber

VI. Die Soldaten

Die Apple-Kultur ist konfrontativ und direkt, laut und schroff ist der Umgang, „a yelling culture“, so sagt es ein junger Programmierer, ein Star der Firma.

Es gibt zwei wesentliche Stränge bei Apple, Programmierer und Ingenieure hier und dort das Management. Man trägt Jeans und T-Shirt, und organisiert ist das Reich der 34 000 Angestellten in Teams, Gruppen von manchmal 4 und manchmal 25 Leuten, und über die Teams herrschen die Team-Leiter. Dann kommen die Direktoren, die Vizepräsidenten, die Executive Vice Presidents, und in einem kleinen Paralleluniversum gibt es den Verwaltungsrat und die wenigen Kunden und Vertragspartner, die stark genug sind, Wünsche äußern zu dürfen. Und über allen thront Jobs.

Es ist viele Jahre her, da machte Steve Jobs ein Wort populär: „awesome“. Es heißt „erstaunlich“ oder „grandios“. Heute sagt jeder amerikanische Teenager „awesome“, es ist ein Massenwort geworden, billig, ein bisschen eklig. Kann so etwas auch mit den Apple-Produkten geschehen?

„Natürlich kann es“, sagt der junge Programmierer Michael More *(Name geändert)*, „in Jahren des Rausches scheint es unvorstellbar, aber wenn wir zwei Misserfolge haben und wenn Steve stirbt, kann es ganz schnell gehen.“

Michael More weiß, wie der iPod entstand, iTunes, das iPhone. Apple-Leute verlassen die Firma nicht; sie wechseln vertikal, von Team zu Team. More ist noch jung, aber schon eine Weile dabei, ein bisschen dick, ein bisschen blass, ein bisschen langhaarig und sehr, sehr gut.

Er sitzt in einem Café in San Francisco. Er sagt, dass auf gar keinen Fall klar werden würde, dass er über Apple gesprochen habe: „Wer die Schweigeklausel bricht, fliegt raus. Kommt auf die schwarze Liste. Wird nie wieder eingestellt werden. Und gegen die Apple-Anwälte kannst du nicht gewinnen.“ Die Firma, die der junge Programmierer beschreibt, ist ungerecht, brutal, manchmal ziellos, dann wieder scharfsinnig, straff, zugleich kreativ und phantasiegetrieben.

Nie sprach Steve Jobs mit dem Programmierer, nie auch mit dessen Chef. Was niemand bei Apple will, ist eine Begegnung mit Jobs im Fahrstuhl, denn dort stellt Jobs Fragen: Wer bist du, woran arbeitest du, warum brauchen wir das? Und beim Aussteigen sagt er: „Nein, das brauchen wir nicht mehr.“

Immer arbeiten einige Teams im Scheinwerferlicht, also unter Jobs' Augen, diese Teams bekommen alle Mittel, alles Geld, alle Zugänge der Welt. Aber die Scheinwerfer wandern über den Campus. Das bedeutet eine rege Hauspolitik, viel Gerede, jeder will die Aufmerksamkeit von irgendwem, und alle wollen seine, Jobs', Aufmerksamkeit, aber Jobs will Ergebnisse, nichts als das Ergebnis interessiert ihn wirklich. Als beste Manager, reine Helden gelten bei Apple jene, die Jobs besonders oft anbrüllt – und die ihre Untergebenen trotzdem ruhig ansprechen.

Einer, der lange dabei war, so lange, bis er gefeuert wurde, ist David Sobotta, und der sagt, dass die Unsicherheit „systemimmanent“ sei. Sobotta verkaufte, was in Cupertino entworfen wurde, die Armee, die Nasa und die Universitäten waren seine Kunden. Heute lebt er in




AFP (M.); JÜRGEN FRANK (R.)

Segall: *„Wenn Steve etwas wirklich will, ist er gnadenlos, absolut unnachgiebig“*

Roanoke, Virginia, hoch oben auf dem Berg, weit der Blick. „Es zieht sich durch die Firma“, sagt Sobotta: „Keiner will etwas entscheiden, weil eine Entscheidung bedeutet, dass Steve sauer werden kann. Es gibt viel totes Fleisch bei Apple.“

„Dead meat“, das ist amerikanischer Zynismus, Leute sind gemeint, die genauso gut arbeitslos sein könnten, niemand würde es bemerken.

Sobotta hat die grauen Haare über den Schädel gelegt, er hat enorme Ohrläppchen, er sagt, dass es mal anders war, das waren die Jahre ohne Jobs: „Es gab die Golden Apple Sales Trips“, Reisen nach Paris, Sydney, Wien, für die oberen zehn Prozent, die erfolgreichsten Verkäufer. Mit dem neuen Chef wurde alles anders, besser einerseits, aber andererseits hieß der neue Chef wieder Steve Jobs. David Sobotta flog mit Generälen und Professoren nach Cupertino, und niemals gab es einen Termin, nie das Versprechen, dass Jobs wirklich zu sprechen sei, immer nur eine Andeutung. „Aber die Generäle flogen hin, jeder wollte Steve nahe sein“, so Sobotta. Und manchmal erschien Jobs, „in Shorts und Birkenstocks, unrasiert, und nie beantwortete er Fragen. Er redete immer über das Thema, über das er gerade reden wollte. Aber der Raum gehörte ihm. Immer“, sagt Sobotta.

Apple ist eine Meeting-Firma, ständig tagen sie dort, doch es wird nicht entschieden, denn dann geht Steve Jobs nach Hause. Er geht denken. Er hat gelernt, seinen Instinkten zu vertrauen, er hat seit Jahren nichts anderes gehört, als dass er ein Genie sei. Darum mag er heute Morgen duschen und ein Projekt beerdigen, das er gestern erst beschlossen hat. „Keiner weiß, was geschehen wird, bis zu dem Moment, wenn Steve die Bühne betritt und die Gläubigen anspricht“, sagt David Sobotta.

Dies sind die Momente des Ruhmes für die Apple-Armee. Um diese Momente geht es, denn die Soldaten verdienen natürlich gut, aber nicht überragend; sie bekommen ihren Sold plus Boni plus Aktien; sie sagen, dass das, was zähle, die Augenblicke in seinem Licht seien.

Steve Jobs nennt selten Namen, er sagt: „Dies ist das Team, das das iPhone entwickelt hat, eine Runde Applaus bitte.“

Sie stehen auf. Sie drehen sich. Jobs nickt und klatscht. Das ist alles, was sie wollen, diese fünf Sekunden, dafür haben sie ja seit drei Monaten 20 Stunden pro Tag gearbeitet.

Könnte Apple erfolgreicher sein, wenn anders geführt würde? Respektvoll, kommunikativ, modern gar?

Seit Steve Jobs 1997 zu Apple zurückkehrte, schraubte sich der jährliche Umsatz von gut 7 auf knapp 43 Milliarden Dollar hoch. Der Aktienkurs stieg von rund 5 auf über 260 Dollar. 2009 machte Apple einen Gewinn von 8,2 Milliarden Dollar, das sind bei 34 000 Angestellten gut 240 000 Dollar Gewinn pro Mitarbeiter.

34 Jahre nach seiner Gründung ist Apple kein Computer-Hersteller mehr. Es ist nicht so einfach zu sagen, was Apple ist, und noch etwas schwieriger zu erahnen, was Apple künftig sein will: ein Elektronikriese? Erfinder von Lifestyle-Produkten für das digitale Zeitalter?

Wie Musik konsumiert, produziert und verkauft wird, all das ist heute anders als vor zehn Jahren. Zehntausende Musiktitel passen auf einen iPod, die komplette Musiksammlung, hosentaschengroß, immer abspielbereit. Konzerne gingen deswegen in die Knie, iTunes übernahm die Macht, also Apple, nirgendwo wird mehr Musik verkauft als in diesem Online-Laden.

Der iPod wurde zu einem Phänomen, zur „lebensverändernden kulturellen Ikone“, wie „Newsweek“ drei Jahre nach dem Erscheinen schrieb; da hatte Apple erst gut drei Millionen iPods verkauft. In den vergangenen drei Geschäftsjahren waren es 160 Millionen.

Auf so etwas bauen nun, in Erwartung des iPads, Verlage und Medienunternehmen, die sich längst ein Wettrennen liefern, weil sie ihre Bücher und Magazine in elektronischer Form auf dem Gerät anbieten wollen, das Jobs natürlich „magisch“ und „revolutionär“ nennt.

Auch das iPad wird nicht einfach ein Geschenk werden für Zeitschriftenkonzerne, Zeitungshäuser und Fernsehkonzerne. Sie versprechen sich neue Leser und neue Zuschauer und vor allem endlich neue Einnahmen. Sie alle hoffen, dass sich auch im digitalen Zeitalter mit den alten Produkten Geld verdienen lässt. Zeitungen und Magazine bieten Apps für ihre Print-Ausgaben auf dem iPad an, mit Zusätzen wie auf ihren Online-Seiten: Videos, interaktive Grafiken. Es soll die Leser locken, endlich für die digitalen Ausgaben zu bezahlen, vielleicht mehr als für die Print-Ausgabe.

Die Anzeigenkunden lockt das alles schon, denn für sie bieten sich Möglichkeiten, Werbung lebendiger zu machen, interaktiv, mit eingebauten Videos etwa. 200 000 Dollar für eine Anzeige nimmt „Time“ für seine ersten iPad-Ausgaben.

Aber natürlich weiß Jobs das alles, es ist der Grund, warum er das iPad entwickelt hat, es ist der Versuch, diesmal gleich mehrere Branchen zugleich zu transformieren und an Apple zu binden. Apple wird mitbestimmen, wie ein Ma-



PAUL SAKUMA / AP

Patriarch Jobs im Apple-Hauptquartier 2008: *Der Kaiser war krank, alle wollten die Macht*

gazin aussehen muss, damit es auf dem iPad gelesen werden kann, und wie viel Geld die Verlage dafür nehmen.

Ist ein neuer Markt, der von Apple dominiert wird, nicht besser als kein Markt?

Es könnte sein, Jobs' Konkurrenten jedenfalls sagen das, dass mit dem iPad der Schlusspunkt der Apple-Dominanz kommt, weil der Markt dann gesättigt sein wird; damit ginge das Apple-Jahrzehnt zu Ende, aber wahrscheinlich ist das nicht. Wahrscheinlicher ist, dass das kommende Apple-Jahrzehnt noch wuchtiger wird als das vergangene, weil die Firma den Unterhaltungsmarkt im Griff hat, wie niemand sonst, und sich ständig vermehrt, da sie sich ausbreitet in immer andere, neue Bereiche modernen Lebens.

Möglich ist auch, dass es noch eine Weile weiter nach oben geht und dann, ganz abrupt, die iWelt zusammenbricht. Wenn Steve Jobs zusammenbricht, endgültig. Und wenn klar wird, dass sein Laden nicht vorbereitet ist auf die Zeit nach Jobs.

Zum ersten Mal fehlte Jobs 2004, es war der Bauchspeicheldrüsenkrebs. Die Operation würde ihn retten, sagten die Ärzte, mindestens zehn Jahre würde er noch leben. Aber Jobs zögerte. Der Technikpapst traute der technischen Medizin nicht, Jobs, Zen-Buddhist und Vegetarier, bevorzugte alternative Methoden. Eine Diät. Die Kügelchen, zu denen seine Heilpraktiker rieten. Neun Monate lang verweigerte Jobs die Operation, und während dieser neun Monate diskutierte der Verwaltungsrat darüber, ob er die Aktionäre über die Krankheit und auch über die Behandlungsmethoden informieren müsse.

Aber der Verwaltungsrat besteht aus Leuten, die Steve Jobs verehren. Sie sagten nichts.

Am 31. Juli 2004 wurde Jobs operiert, am nächsten Tag schrieb er eine E-Mail an die Mitarbeiter: Er sei lebensbedrohlich krank gewesen, nun sei er geheilt.

Fünf Jahre später fehlte er wieder. Er brauchte eine neue Leber, und natürlich bekam er sie schnell. Von „einem jungen Mann in den Zwanzigern, der bei einem Autounfall gestorben war", wie Jobs sagt. Mitte 2009 kehrte der Herrscher zurück in sein Reich, tat, als sei alles wie vorher; aber das stimmte nicht.

„Es hatte sich wie das späte Rom angefühlt", sagt einer, der in jenen Phasen dabei war. Kaum war Jobs fort, wurde klar, dass es keine stabilen Strukturen oder Regeln gab: nicht für die Produktentwicklung, nicht für die Kommunikation. Senkt Steve den Daumen, oder hebt er ihn? Das war das Einzige gewesen, was gezählt hatte.

Nun aber: „Der Kaiser war krank, und alle Senatoren bewaffneten ihre Privatarmeen und wollten die Macht", sagt der Mann, der es wissen muss. Es gab Racheakte: Jene Leute, die von Jobs bei seinem Wiedereinstieg mitgebracht worden waren, waren nun, ohne Jobs, Freiwild und ausgeschlossen von allen Gesprächen, die wichtig waren. „Produkte wurden angekündigt und zurückgeholt, andere wurden vorschnell entwickelt und wieder abgeschossen, alles war Hauspolitik."

Jobs fehlte, und Apple war eine verunsicherte Ansammlung junger Menschen.

Wenn die Firma ohne ihn weitermachen muss, so sagt es Andy Hertzfeld, der Software-Zauberer, dann werde sie zunächst besser werden, weil sie weniger launisch, daher geplanter handeln würde. Wünsche der Kunden würden berücksichtigt werden, Apple könnte womöglich wieder so etwas wie Demut lernen. Nach einer Weile aber, auch das sagt Hertzfeld, „wird dieser Antrieb fehlen, das bestmögliche Ding zu erschaffen". Und Apple könnte eine Firma wie tausend andere Firmen sein.

Der Boss redet nicht gern über sich, normalerweise, von Schwächen sagt er sowieso nichts. Damals in Stanford aber, im heißen Juni 2005, als er im Stadion zu den Studenten sprach und eine Rede hielt, die wie ein Geständnis war, erzählte er schließlich seine dritte Geschichte, die Geschichte von Leben und Tod.

Als junger Mann habe er ein Zitat gelesen, sagte Jobs: „Wenn du jeden Tag lebst, als sei er dein letzter, wirst du irgendwann recht haben." Seither frage er sich, ob er tue, was er tun wollte, falls heute sein letzter Tag sei, und falls die Antwort „nein" sei, ändere er den Plan.

Er schluckte. Dann sagte Steve Jobs, dass er vor einem Jahr um 7.30 Uhr beim Arzt gewesen sei; die Diagnose: Bauchspeicheldrüsenkrebs, unheilbar, drei bis sechs Monate habe er noch, „bringen Sie Ihre persönliche Dinge in Ordnung", hätten die Ärzte gesagt. „Ich lebte mit der Diagnose. Am selben Abend hatte ich noch eine Biopsie."

Die Ärzte führten die Schläuche ein, entnahmen Tumorzellen, untersuchten sie, dann weinten die Ärzte. Eine Operation könne ihn wohl doch heilen, er sei eine seltene Ausnahme, sagten sie.

Gib es eine Moral? Es gibt immer eine Moral. „Eure Zeit ist begrenzt. Vergeudet sie nicht damit, das Leben eines anderen zu leben. Lasst euch nicht von Dogmen einengen – dem Resultat des Denkens anderer. Lasst den Lärm der Stimmen anderer nicht eure innere Stimme ersticken. Das Wichtigste: Folgt eurem Herzen und eurer Intuition, sie wissen bereits, was ihr wirklich werden wollt."

Und schließlich sprach er ein Schlusswort: „Bleibt hungrig. Bleibt tollkühn."

Klaus Brinkbäumer, Thomas Schulz

AUTOMOBILINDUSTRIE

Die große E-llusion

Die Bundesregierung will im großen Stil die Entwicklung von Elektrofahrzeugen unterstützen. Doch welche Chance haben die Autos eigentlich?



REVIERFOTO / ACTION PRESS

Werbung für den Elektro-Smart: *„Nationale Aufgabe“*

Wenn BMW-Chef Norbert Reithofer nächste Woche zu Bundeskanzlerin Angela Merkel fährt, wird er nicht wie gewohnt hinten rechts im Fond des Wagens sitzen können. In dem Elektro-Mini, mit dem Reithofer kommen will, ist die komplette Rückbank von einer bis zu 300 Kilogramm schweren Batterie belegt. Reithofer reist freilich immer noch komfortabler an als Daimler-Chef Dieter Zetsche. In dessen Auto, einem zum Elektromobil umgebauten Smart, geht es noch enger zu.

Die Bosse nehmen derlei Beschwernisse gern auf sich. Es gilt, ihre neuesten Spitzenerzeugnisse vorzuführen: Autos mit Steckdose statt Benzintank.

Mehr als zwei Dutzend Top-Manager auch von Energieversorgern und Technologiekonzernen hat die Bundeskanzlerin für Montag kommender Woche geladen, um sich von ihnen die Fortschritte bei der Elektrifizierung des Autos präsentieren zu lassen. Thema der Veranstaltung: Was muss getan werden, um dem Strommobil endlich zum Durchbruch zu verhelfen?

Die Sorge, dass die wichtigste deutsche Industriebranche bei dieser Technik international den Anschluss verliert, ist groß. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle nennt das Elektroauto eine „Schlüsseltechnologie für den Standort Deutschland“. Verkehrsminister Peter Ramsauer erklärt das Thema vorab zu einem „der wichtigsten Projekte dieser Legislaturperiode“. Und die Kanzlerin spricht von einer „nationalen Aufgabe“.

Seit Jahren basteln Daimler, BMW und Volkswagen an batteriegetriebenen Fahrzeugen, doch tatsächlich ist die Weltspitze von anderen besetzt. Die leistungsstärksten Akkus werden nicht in Deutschland gefertigt, sondern in China und Japan. Asiatische Autobauer sind bereits in die Serienfertigung von Elektromobilen eingestiegen.

Hierzulande soll es erst in zwei Jahren so weit sein. Und während die Bundesregierung zuletzt Milliardenbeträge für die Abwrackprämie bewilligte, legten Washington und Peking milliardenschwere Programme zur Förderung von Elektromobilität auf.

Nun jedoch, so lautet der Merkel-Plan, soll Deutschland umso schwungvoller aufholen. Und die Autobosse Reithofer (BMW), Zetsche (Daimler) und Martin Winterkorn (VW) wissen auch schon, wie: Der Staat soll helfen und für einheitliche Standards bei den Batterieladestationen sorgen sowie die Entwicklung mit Staatsgeld fördern. Zunächst soll die Forschung mit Milliarden unterstützt werden. Später können auch die Käufer der E-Kisten Zuschüsse erhalten.

Mit ihren Forderungen provozieren die Autobosse zwei Fragen: Haben sie, wie schon beim Hybridantrieb, mal wieder eine wichtige Entwicklung verschlafen? Und warum sollte der Staat ihnen eigentlich nun die Aufholjagd finanzieren?

Die Entwicklung wäre besorgniserregend, wenn das Elektroauto tatsächlich leisten könnte, was die Politiker sich von ihm versprechen. In den Regierungspapieren zum Autogipfel ist davon die Rede, wie das Elektromobil auf einen Streich die Absatzkrise der Autoindustrie beenden, die Umwelt von schädlichen Abgasen befreien, die Mobilität in den Städten sichern und ganz nebenbei auch die Speicherprobleme bei der Erzeugung alternativer Energien lösen werde.

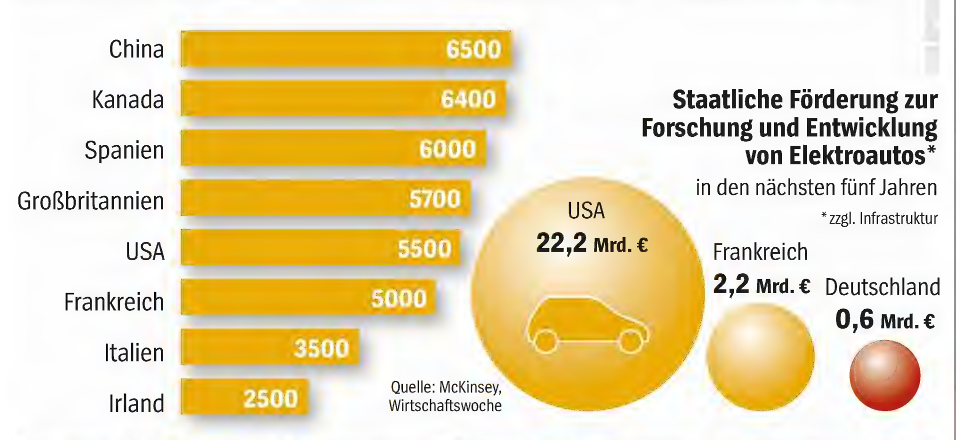
Nicht nur in Deutschland werden dem Elektroauto wundersame Eigenschaften nachgesagt: In den USA wird es ganz offiziell als „Zero Emission Vehicle“, als Fahrzeug völlig ohne Emissionen bezeichnet. Ein Traum – viel zu schön, um wahr zu sein. Denn das Elektroauto emittiert beim Fahren zwar keine Abgase, doch irgendwie muss der Strom zum Laden der Batterien erzeugt werden: durch Solar-, Wind- oder Wasserenergie, durch Atomkraft oder in Kohlekraftwerken. Und je nachdem, wie sich die Energieversorgung eines Landes zusammensetzt, ist ein Elektroauto mal mehr, mal weniger umweltfreundlich.

„Wir haben ein Wahrnehmungsproblem“, sagt Bosch-Chef Franz Fehrenbach. Wenn die Industrie sage, in wenigen Jahren werde ein Mittelklasseauto nur drei Liter Diesel verbrauchen, wecke dies wenig Begeisterung. Für ein Elektroauto „bekommen Sie den vollen Applaus“, obwohl die CO_2-Bilanz des Drei-Liter-Autos mit Verbrennungsmotor „besser ist als die eines Elektrofahrzeugs“.

Der ADAC hat ermittelt, dass ein Smart mit Dieselmotor 86 Gramm Kohlendioxid pro gefahrenem Kilometer ausstößt. Ein Elektro-Smart, dessen Batterie mit Strom aus Kohlekraftwerken geladen wird, ist für CO_2-Emissionen von 107 Gramm verantwortlich. Seine CO_2-Bilanz wäre also schlechter – zumindest in China, wo über 80 Prozent des Stroms in Kohlekraftwerken erzeugt wird. Wenn die Batterien mit Strom entsprechend dem deutschen Energiemix geladen würden, läge der Ausstoß dagegen bei nur 71 Gramm.

Doch selbst in diesem Fall ist der Fortschritt des Elektro-Smarts gegenüber dem Dieselmodell überschaubar. Die Kosten, mit denen er erreicht wird, sind dagegen gewaltig. Ein Fahrzeug der unteren Mittelklasse ist mit Elektroantrieb zwischen 10 000 und 15 000 Euro teurer als ein Auto mit Benzinmotor.

Ohne staatliche Zuschüsse sind Elektrofahrzeuge kaum verkäuflich. Frankreich bietet den Kunden eine Prämie von





MARIJAN MURAT / PICTURE-ALLIANCE / DPA

VW-Chef Winterkorn (r.), Auto-Studie E-Up!: *„Den Leuten reinen Wein einschenken"*

5000 Euro, China 6500 und die USA 5500 Euro (siehe Grafik).

Dennoch haben die großen Autohersteller keine Wahl: Sie müssen Elektroautos auf den Markt bringen. Zum einen sind die Ölvorräte begrenzt. Deshalb müssen Alternativen zum Verbrennungsmotor entwickelt werden. Zum anderen können viele Hersteller die Abgasgrenzwerte, die in der EU für 2020 vorgesehen sind, ohne Elektroautos kaum erreichen. „Es sei denn, wir bauen ausschließlich kleine Autos mit Dreizylindermotor", sagt BMW-Chef Reithofer, aber dies sei für sein Unternehmen „keine Option".

Die deutschen Autokonzerne sind spät dran beim Elektroauto. Aber deshalb droht VW, Daimler und BMW nicht der Niedergang. Denn das E-Mobil wird auf absehbare Zeit ein Nischenmodell bleiben. Dafür sorgt nicht nur der hohe Preis, sondern auch die begrenzte Reichweite.

144 Kilometer mit einer Batterieladung verspricht Mitsubishi für seinen i-MiEV, der in Japan derzeit für umgerechnet 34 000 Euro verkauft wird. 135 Kilometer weit soll ein Elektro-Smart fahren.

Bei einem Test von „Auto Motor und Sport" schaffte der Smart nur 106 Kilometer. Und der Mitsubishi blieb schon nach 77 Kilometern Fahrt mit leerem Akku stehen, obwohl sich bereits zehn Kilometer zuvor die Heizung automatisch ausgeschaltet hatte, um Strom zu sparen.

Für den Weg zur Arbeit und zurück reichen solche Fahrleistungen meist. Für längere Strecken aber benötigt man einen Zweitwagen mit Verbrennungsmotor oder Hybridantrieb. Dies begrenzt die Verbreitung von Elektromobilen.

Die Deutsche Bank rechnet in einer Studie vor, dass im Jahr 2020 in der EU rund fünf Millionen Elektroautos zugelassen sein könnten. Dies entspräche gerade mal zwei Prozent des gesamten Pkw-Bestands. „Allerdings kann selbst dieser Anteil nur erreicht werden", heißt es in der Studie, „wenn die Kosten für Elektrofahrzeuge in den nächsten Jahren dramatisch sinken."

Die große E-llusion erweckt den Eindruck, dieser Antriebstechnik gehöre die Zukunft und die Zukunft habe längst begonnen. Dies erinnert an die Euphorie um den Biosprit, der schon als saubere Alternative zum Öl gefeiert wurde. Doch spätestens als die Tortilla-Preise in Mexiko stiegen, weil Ackerflächen nicht mehr für den Anbau von Getreide und Mais, sondern für Energiepflanzen genutzt wurden, setzte die große Ernüchterung ein.

In der Branche ist längst klar: Es wird nicht die eine Antriebsquelle geben, die individuelle Mobilität kostengünstig und umweltschonend sicherstellt. Stattdessen werden Autos weiterhin mit den klassischen Verbrennungsmotoren, aber auch mit Hybridantrieben, mit Erdgas, Biosprit und vielleicht auch mal mit Wasserstoff fahren. Und mit Strom natürlich.

„Wir wollen die Batterietechnik, wir arbeiten mit Hochdruck daran", sagt VW-Chef Winterkorn, „aber man sollte den Leuten reinen Wein einschenken." Die Kosten sind noch zu hoch, die Reichweiten zu gering, die Ladezeiten für die Batterien zu lang, und die Sicherheit ist zumindest bei Litium-Ionen-Batterien umstritten. Laptop- und Handy-Hersteller mussten bereits ihre Geräte zurückrufen, weil die Gefahr bestand, dass die Batterien in Brand geraten und explodieren.

Noch ist viel Forschungsarbeit nötig. In ihrem Entwurf für das Abschlusspapier des Spitzengesprächs am 3. Mai hat die Regierung aber schon mal festgeschrieben, wie sie das Elektroauto zu fördern gedenkt.

Sie will sich unter anderem dafür einsetzen, dass Autos mit einem CO_2-Ausstoß von weniger als 50 Gramm mehrfach angerechnet werden, wenn der Flottenverbrauch eines Herstellers ermittelt wird. Ein Elektroauto könnte dann als Ausgleich für mehrere Spritschlucker dienen.

Außerdem will die Regierung für ihre eigenen Fuhrparks eine „Beschaffungsoffensive" für Autos mit einem derart niedrigen CO_2-Ausstoß starten. Ob sie zusätzliche Mittel zur Forschungsförderung bereitstellt, ist noch offen.

Einige der geladenen Top-Manager dagegen kümmern sich erst mal ums Wesentliche: prestigeträchtige Posten im Debattierzirkel der Bundesregierung.

Seit Wochen rangelten sie beispielsweise um die Sprecherrolle zum Thema Infrastruktur. Eigentlich war der Job einem Spitzenmanager von E.on zugedacht. Doch auch Siemens beanspruchte den Vorsitz und drohte, die Sache platzen zu lassen. Am Ende schlichtete das Kanzleramt: Es gibt jetzt eine Doppelspitze. Beide Manager, so der salomonische Plan, dürfen sich an der Seite der Kanzlerin fotografieren lassen. DIETMAR HAWRANEK, ALEXANDER NEUBACHER

ARMUT

Soziales Nullsummenspiel

Nach dem Hartz-IV-Urteil plant Sozialministerin von der Leyen Bildungsgutscheine. Das würde wohl mehr den Kommunen als den Kindern helfen.

Wie viel Spaß das Musizieren machen kann, weiß Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen schon seit Kindertagen. Ihr Vater Ernst Albrecht, einst Ministerpräsident von Niedersachsen, nahm regelmäßig die Gitarre zur Hand und forderte seinen Nachwuchs zum Mitsingen auf.

So idyllisch sollen es nach den Vorstellungen der CDU-Politikerin künftig auch möglichst viele Kinder aus sozial schwachen Familien haben. Anfang Februar verpflichtete das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber in seinem Urteil zu den Hartz-IV-Regelsätzen, bis zum Ende des Jahres in einem „sachgerechten Verfahren" genau zu prüfen, welche staatlichen Hilfen Kinder fürs Leben brauchen. Die Ministerin und siebenfache Mutter musste nicht lange nachdenken: Neben Geld brauchten die Kleinen vor allem Kultur, Sport und musische Bildung. Ginge es nach Ursula von der Leyen, sollen Hartz-IV-Kinder zum Beispiel mit ermäßigten Klavierkursen, Mitgliedschaften im Fußballverein oder kostenlosen Museumsbesuchen beglückt werden.

Doch vieles spricht dafür, dass davon weniger die Kinder profitieren als vielmehr die Kämmerer von Städten und Gemeinden. Denn die investieren – trotz schwieriger Haushaltslage – vielerorts schon seit Jahren beträchtliche Summen, um ärmeren Kindern zum Beispiel den Besuch der Musikschule zu ermöglichen.

Macht der Bund demnächst die gleichen Angebote, hätten die Kommunen einen Anlass, ihre Leistungen massiv einzuschränken. Für die meisten der derzeit 1,7 Millionen Hartz-IV-Kinder wäre es daher wohl ein soziales Nullsummenspiel, wenn sich von der Leyen durchsetzt. Was als Förderprogramm benachteiligter Kinder verkauft wird, könnte so zum Konjunkturprogramm für Städte und Gemeinden werden.

Städte wie Berlin könnten Millionen Euro sparen, wenn der Bund demnächst die Sonderleistungen finanziert. In Deutschlands Hauptstadt zum Beispiel wird der „Berlin-Pass" ausgegeben, und der wird schon jetzt von einem großen Teil der etwa 580 000 Hartz-IV-Empfänger genutzt. Mit dem Pass im Scheckkartenformat kann man nicht nur vergünstigt an Volkshochschulkursen teilnehmen oder Angebote der Musikschule nutzen. Auch der Eintritt in Kinos, den Tierpark und renommierte städtische Kultureinrichtungen wird ermäßigt. Für 5,50 Euro dürfen Kinder und Erwachsene sogar bei Heimspielen des (Noch-)Fußball-Bundesligisten Hertha BSC dabei sein.


DARMER / DAVIDS

Ministerin von der Leyen
„Große Offenheit"

Kein Wunder, dass von der Leyen in den Kommunen immer eine „große Offenheit und Aufmerksamkeit" verspürte, wenn sie über Sachleistungen und Gutscheine für Hartz-IV-Kinder redete. „Vor dem Hintergrund wegbrechender kommunaler Einnahmepositionen" könnte sich die Stadt dann auf „punktuelle Unterstützungsleistungen" für Hartz-IV-Empfänger beschränken, sagt Helma Orosz, CDU-Oberbürgermeisterin von Dresden. Auch Gerd Landsberg, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, bestärkt von der Leyen, ihren Kurs weiterzuverfolgen. Sachleistungen seien „deutlich zielführender als die Erhöhung der Regelsätze", sagt er.

Fachleute zweifeln allerdings, ob sich die Zukunftschancen der Kinder durch derartige Angebote tatsächlich verbessern lassen. Die Bemühungen der Kommunen haben auch nichts daran geändert, dass die schulischen Leistungen von Unterschichtskindern seit Jahren unter dem Durchschnitt liegen.

Nach einer Studie der OECD wird vielen von ihnen wohl der soziale Aufstieg unmöglich sein. So droht auch ihnen ein Leben als Transferempfänger. Warum das anders werden soll, nur weil der Besuch von Musikschule, Museum oder Schwimmbad demnächst vom Bund finanziert wird, ist die Frage.

Dazu kommt, dass längst nicht alle Bildungsangebote angenommen werden. In Dortmund wurde der Sozialpass zum Beispiel in erster Linie für den Eintritt in die Schwimmbäder genutzt, Theater-Ermäßigungen floppten dagegen. Vergleichbare Erfahrungen machte die Stadt Bremen. Dort kommt das neue Angebot, Theater, Museen oder Konzerte zu besuchen, bisher noch nicht so gut an bei Erwachsenen und Kindern. Bei den Aufführungen der erfolgreichen Bremer Shakespeare Company wurde das „Kulturticket" seit Anfang Februar nur 18-mal in Anspruch genommen.

Viele Experten halten es ohnehin für sinnvoller, statt in Gutscheine unmittelbar in die Schulen zu investieren. Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zeigen, dass bedürftigen Kindern kaum etwas mehr hilft, als zusätzliche Förderangebote nach dem Unterricht. Doch dem steht der bundesrepublikanische Föderalismus entgegen – weil Schulpolitik Ländersache ist, darf der Bund nicht ohne weiteres zusätzliches Personal bezahlen.

Selbst die von einigen Politikern geforderten Gutscheine für Nachhilfeunterricht wird es daher womöglich nie geben. In Ursula von der Leyens Ministerium hat man da wenig Hoffnung: Schließlich müsste in jedem einzelnen Fall geprüft werden, ob die Hilfestellung auch wirklich nötig sei.

GUIDO KLEINHUBBERT


RALF GERARD / JOKER

Kinder in der Musikschule: *Zukunftschancen durch ermäßigte Klavierkurse?*



SAUL LOEB / AFP

Goldman-Sachs-Chef Blankfein (M.), US-Präsident Obama bei seiner Grundsatzrede in New York*: *Wer sich mit den Herren der Wall Street anlegt,*

BANKEN

„Moralischer Bankrott“

Die Klage gegen Goldman Sachs kommt der US-Regierung gerade recht: Die Vorwürfe belegen den Sittenverfall der Investmentbanken – und die Notwendigkeit, die Finanzbranche stärker zu regulieren. Der Machtkampf zwischen Washington und der Wall Street eskaliert.

Das neue Hauptquartier von Goldman Sachs türmt sich direkt gegenüber von Ground Zero über 43 Stockwerke in die Höhe, ein über zwei Milliarden Dollar teurer, wuchtiger Wolkenkratzer mit Opernhaus-hohen Decken, riesigen Wandgemälden und einem 5000 Quadratmeter großen Fitnessstudio. Seit wenigen Wochen erst bezugsfertig, sollte es das weithin sichtbare Symbol sein für die mächtigste Firma der Wall Street, das Zentrum der Weltfinanz.

Aber in diesen Tagen wirkt es eher wie ein Relikt aus vergangener Zeit. Und wie eine belagerte Festung. Am Donnerstag dieser Woche werden die Banker von ihren Bürofenstern aus beobachten können, wie sich ein Demonstrationszug der Gewerkschaften durch den Finanzdistrikt von Manhattan schlängelt, die Menschen werden Anti-Goldman-Plakate vor sich hertragen und Parolen gegen die Machenschaften der Wall-Street-Banker skandieren.

Goldman Sachs ist zum Feindbild geworden. Einst stand die Investmentbank für den Glanz der Wall Street, für Wohlstand und wirtschaftliche Stärke. Jetzt sehen viele in ihr ein Symbol der Gier, angeführt von Menschen, denen es allein um den eigenen Wohlstand geht.

Nur wenige Häuserblöcke von der neuen Goldman-Zentrale entfernt hielt US-Präsident Barack Obama am Donnerstag vergangener Woche eine Grundsatzrede. Er prangerte „das mangelnde Verantwortungsbewusstsein der Wall Street“ an, das letztlich zur Finanzkrise geführt habe. „Wenn wir nichts unternehmen, werden wir weiterhin das überdrehte, kaum überwachte Gezocke in unserem Finanzsystem sehen“, mahnte der Präsident.

Lloyd Blankfein, der Chef von Goldman Sachs, saß im Publikum. Viele sehen in ihm den Mann, der aus der traditionellen Investmentbank ein Zockerhaus gemacht hat. Blankfein, 55, gab sich entspannt, er scherzte und schäkerte. Obama sprach ihn nicht direkt an, aber jeder wusste, dass vor allem Goldman Sachs gemeint war, als der US-Präsident gegen Geschäftsmodelle wetterte, „die darauf beruhen, andere Leute zu prellen“. Die Einzigen, die vor seinen Regulierungsplänen und mehr Transparenz Angst haben müssten, seien die, „deren eigenes Fehlverhalten dadurch aufgedeckt wird“.

Obama will die Branche zähmen, die die Welt an den Rand des Abgrunds geführt hat, er will verhindern, dass sich solch eine Katastrophe wiederholen kann.

Doch die Finanzbranche weist jede Verantwortung für die Krise von sich, sie will weitermachen wie bisher und wehrt sich gegen eine strenge Regulierung.

Der Ausgang ist offen, die Wall Street noch immer ein mächtiger Gegner. Doch nun scheint sich das Blatt zugunsten Obamas zu wenden: Goldman Sachs, die Ikone der Wall Street, ist angeschlagen, die Reputation der Bank hat in den vergangenen Monaten schwer gelitten. Immer wieder wurden Vorwürfe laut, die Bank habe auf dem Höhepunkt der Krise gegen ihre eige-

* Am vergangenen Donnerstag.

erhielt Goldman Sachs den Auftrag, einen Korb mit verschiedenen Ramschhypotheken-Paketen zusammenzustellen, auf deren Wertverfall Paulson mit Hilfe von Kreditausfallversicherungen (CDS) spekulieren konnte. Das Endprodukt war eine sogenannte synthetische CDO namens Abacus. Darin waren nicht die Hypotheken direkt verpackt, sondern nur die auf sie lautenden CDS.

Heute weiß man, dass auch viele Banker solche komplexen Produkte nicht verstanden.

Die Finanzbranche argumentiert, dass mit Hilfe solcher Produkte die Risiken der Kreditwirtschaft breit gestreut werden. Dass ohne solche Produkte das Wachstum der Wirtschaft viel geringer wäre.

Heute weiß man, dass die Risiken nur versteckt wurden. Dass diese Produkte vor allem ein Ziel hatten: einer kleinen Gruppe von Investmentbankern und Hedgefonds-Managern zu unvorstellbarem Reichtum zu verhelfen – und das auf Kosten der Allgemeinheit, die jetzt für die Exzesse der Banken bezahlen muss.

Der Hedgefonds-Manager Paulson profitierte davon wie kaum ein anderer. Er verdiente im Jahr 2007, als der Markt zusammenbrach, persönlich 3,7 Milliarden Dollar. Damit Paulsons Rechnung bei Abacus aufging, brauchte es eine Auswahl möglichst ausfallgefährderter Hypothekenpapiere und Investoren, die an einen weiteren Anstieg der Immobilienpreise glaubten.

Die Hedgefonds-Manager überließen nichts dem Zufall. Sie schlugen Goldman über 100 Hypothekenpapiere vor, die in ihren Augen bald ausfallen würden. Eine richtige Giftmüllhalde kam da zusammen. Schon damals schaffte kaum ein Papier eine Ratingnote im A-Bereich, die meisten lagen bei BBB oder gar der letzten Stufe vor dem Ramschstatus: BBB-.

Mit dem Management des CDO-Pakets beauftragte Goldman die Finanzfirma ACA. Diese habe weniger als die Hälfte der Paulson-Vorschläge als Basis für den Abacus-Korb ausgewählt, sagt die Bank in einer Stellungnahme zu den Vorwürfen der Börsenaufsicht.

Doch glaubte ACA, dass Paulson auf eine Wertsteigerung des Produkts setzte? Das behauptet die SEC. Oder wusste die Finanzfirma, dass der Hedgefonds-Manager vorhatte, gegen das Produkt zu spekulieren? Das behauptet ein ehemaliger Mitarbeiter Paulsons.

Die Käufer der Produkte wussten es jedenfalls nicht: Von Paulsons Mitarbeit und seiner Wette auf den Immobiliencrash fehlte in den offiziellen Dokumenten jede Spur.

Die Rhineland Funding der IKB kaufte ahnungslos und saß fortan in der Falle. Wenige Monate später korrigierten die Rating-Agenturen die Noten für über



NATALIE BEHRING / REUTERS

der meint es wirklich ernst

nen Kunden gewettet, dann kam heraus, dass sie Griechenland geholfen hatte, seine Schulden zu verstecken – und nun muss sie sich sogar gegen den Vorwurf wehren, die eigenen Kunden betrogen zu haben.

Am Freitag vorvergangener Woche gab die amerikanische Börsenaufsicht SEC bekannt, eine Klage gegen Goldman Sachs eingereicht zu haben. Sie wirft der Bank vor, ihren Kunden eine auf zweitklassigen US-Hypothekenkrediten basierende komplexe Anleihe verkauft zu haben – ohne ihnen zu sagen, dass diese Papiere im Auftrag von und teilweise zusammen mit dem Hedgefonds-Manager John Paulson ausgewählt worden waren, der gegen das Produkt – und damit gegen dessen Käufer – wetten wollte.

Dass die Klage für Goldman Sachs ohne Vorwarnung kam, dass sie mitten in die Börsensitzung platzte und den Kurs um 13 Prozent abstürzen ließ, war ebenso wenig Zufall wie die Wahl des Gegners – es war eine Demonstration: Wer sich mit den Herren der Wall Street anlegt, der meint es wirklich ernst.

Die SEC gegen Goldman Sachs, Washington gegen die Wall Street: Es geht darum, wer künftig die Macht hat im Land, ob der Staat oder die Finanzwirtschaft die Regeln setzt.

Im Zentrum der jüngsten Affäre steht der 31-jährige Jungstar Fabrice Tourre. Der Goldman-Sachs-Banker soll die deutsche Mittelstandsbank IKB beim Verkauf des Hypothekenprodukts Abacus 2007-AC1 betrogen haben.

Laut SEC verschwieg Tourre seinem europäischen Kunden, dass Paulsons Hedgefonds auf einen Wertverfall der in Abacus verpackten Ramschhypotheken wettete. Paulson soll zuvor die Giftpapiere selbst mit ausgewählt haben.

Die IKB hätte „nicht in die Transaktion investiert, wenn sie gewusst hätte, dass Paulson im Auswahlprozess eine signifikante Rolle gespielt hat“, schreibt die SEC. Allein die Deutschen verloren am Ende 150 Millionen Euro. Paulson trug dagegen einen Milliardengewinn aus dem Finanzcasino.

Der Krimi begann im Januar 2007. Damals häuften sich die Anzeichen, dass in den USA die Hypothekenblase bald platzen könnte. Die Ausfälle bei Krediten an klamme US-Hausbesitzer zogen an.

Der „fabelhafte Fab“, wie er sich selbst nennt, schrieb am 23. Januar in einer Mail an einen Freund: „Das ganze Gebilde kann jetzt jederzeit kollabieren.“ Das Geschäft sei tot, „wir haben nur noch wenig Zeit“, warnte wenige Tage später ein Goldman-Sachs-Manager in einer internen Mitteilung an Tourre.

Auch die Experten von Paulson glaubten Anfang 2007 nicht mehr länger an eine Fortsetzung des Booms. „Die Preise spiegeln nicht das Szenario eines Zusammenbruchs des Subprime-Marktes wider“, schrieb ein Analyst des Fonds.

Die Paulson-Truppe erkannte schnell die einmalige Chance für eine Jahrhundertwette auf den totalen Zusammenbruch des US-Immobilienmarktes. Also

Last-Minute-Helfer

Schiere Angst ums Geld treibt die Deutschland-Filiale von Goldman dazu, sich als Retter von Karstadt zu gerieren.

Es gibt wohl nur zwei Menschen, die wissen, wie es um Karstadt wirklich bestellt ist. Insolvenzverwalter Klaus Hubert Görg und Alexander Dibelius, Deutschland-Chef von Goldman Sachs. Die Investmentbank ist über den Immobilienfonds Highstreet einer der größten Gläubiger des Kaufhauskonzerns.

Görgs Interesse an Karstadt ist jobbedingt, das von Dibelius wird vor allem von der Angst getrieben, viel Geld zu verlieren. Er hat sich deshalb jetzt selbst in den Verkaufsprozess eingeschaltet, weil Görg trotz monatelangen Hickhacks bislang nur den US-Investor Triton aufbieten kann.


TIM WEGNER

Goldman-Sachs-Chef Dibelius
Zwei Szenarien diskutiert

Triton aber will die insolvente Warenhauskette nur, wenn zwei Punkte neu verhandelt werden: Das Unternehmen sei einst „quasi an die Gewerkschaften verkauft" worden, heißt es aus dem Umfeld des Investors, die Tarifverträge seien so nicht haltbar. Außerdem verlangt Triton, die Mieten der Kaufhäuser weiter zu reduzieren – sonst droht das Aus.

Eine Liquidierung von Karstadt aber würde nicht nur das Image von Dibelius und seiner Bank beschädigen, sondern auch viel Geld kosten: Dem Immobilienfonds Highstreet gehört ein Großteil der Karstadt-Häuser, bei einer Liquidierung fielen Mieteinnahmen in Millionenhöhe weg. Sollte die Investorenlösung platzen, wird Goldman in letzter Minute für Karstadt in die Bresche springen – müssen.

Zwei Szenarien werden dabei diskutiert: Die Bank selbst steigt bei Karstadt ein, saniert das Unternehmen und fusioniert es nach zwei bis vier Jahren mit Kaufhof, der Warenhauskette des Handelskonzerns Metro, zur Deutschen Warenhaus AG. Dibelius ist ein enger Vertrauter von Metro-Boss Eckhard Cordes. Ende der neunziger Jahre schon hatten sie gemeinsam die Fusion von Chrysler und Daimler vorbereitet, in dessen Vorstand Cordes damals noch saß. Auch in Sachen Karstadt soll es bereits Gespräche über das gemeinsame Vorgehen geben.

Das zweite Szenario, das man in der Bank durchspielt, ist eine Vereinbarung mit Metro, Kaufhof und Karstadt sofort zu verschmelzen. Dafür müsste Kaufhof seine Immobilien an Highstreet übertragen, im Anschluss würden beide Warenhausketten zusammengehen.

Bei einem solchen Deal blieben allerdings 20 bis 40 Geschäfte auf der Strecke, auch die Zentrale in Essen würde wohl dichtgemacht. Diese Einschnitte würde man allerdings gern noch Insolvenzverwalter Görg überlassen. Bisher gibt es bei Goldman für keines der Szenarien eine Entscheidung.

Metro-Chef Cordes käme vor allem das zweite Szenario gelegen: Die Warenhauskette passt schon lange nicht mehr in das Portfolio des Konzerns, den kolportierten Wunschverkaufspreis von zwei bis drei Milliarden Euro wollte bisher aber niemand zahlen.

Solange Metro mit Kaufhof nur eine Minderheitsbeteiligung an der neuen Warenhaus AG hätte, bekäme Cordes auch keine Probleme mit seinem Aufsichtsrat, der Kaufhof aus der eigenen Bilanz getilgt sehen will. Allerdings rechnen Fachleute im Fall einer Verschmelzung mit notwendigen Investitionen von rund 500 Millionen Euro.

Vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai wird es wohl zu keiner Entscheidung mehr kommen – mit ein Grund, weshalb sich die Beteiligten gelassen geben. Bei Karstadt heißt es, man habe Liquidität in Höhe von 150 Millionen Euro, keine der Filialen mache derzeit ein Minus. Allerdings sind die Umsätze in den vergangenen Monaten im Vergleich zum Vorjahr um rund zehn Prozent eingebrochen. Kaufhof dagegen verbuchte ein leichtes Plus. SUSANNE AMANN, JÖRG SCHMITT

80 Prozent des Abacus-Portfolios krass nach unten, Anfang 2008 sogar 99 Prozent. Die Investoren verloren „über eine Milliarde Dollar", schreibt die SEC. Auf der anderen Seite des CDS-Geschäfts kassierte Paulson „rund eine Milliarde Dollar".

Goldman hat bei dem Geschäft nach eigenen Angaben selbst 75 Millionen Dollar verloren und bestreitet den Vorwurf des Betrugs. Es sei gängige Praxis, die Gegenseite eines Geschäfts nicht bekanntzugeben. Außerdem seien die Käufer erfahrene Banker gewesen.

Doch warum fanden sich dann solche Schrottpapiere ausgerechnet bei der IKB und bei den deutschen Landesbanken überproportional in den Büchern? Es sei „völlig absurd zu glauben, dass die Mitarbeiter der IKB kompetente Geschäftspartner von Goldman oder der Deutschen Bank waren", versichert ein hochrangiger Bankmanager in Frankfurt, „und jeder weiß das".

Der politische Schaden für Goldman ist jetzt schon enorm, der finanzielle dürfte folgen. Weltweit gehen Politiker auf Distanz zu der Investmentbank. Der britische Premierminister Gordon Brown spricht schon vom „moralischen Bankrott" der Branche. „Die Bundesregierung sollte bis zur endgültigen Klärung der Vorwürfe ihre Geschäfte mit Goldman Sachs auf Eis legen", fordert der Fraktionsvize der Grünen, Fritz Kuhn. Die Regierung sollte zudem „die Beziehungen zu anderen Geschäftspartnern nach den gleichen Kriterien überprüfen".

Eine Investmentbank kann sich einiges leisten, Milliardengewinne mitten in der von ihr mitverursachten Krise, horrende Boni, vielleicht auch manches fragwürdige Geschäft – aber nicht den Ruf, ihre Kunden zu betrügen. Schon halten sich viele Geschäftspartner mit Aufträgen zurück, bis die Vorwürfe geklärt sind. Die BayernLB hat sogar schon ein Beratungsmandat mit der Bank gekappt.

Aber werden sich die Vorwürfe jemals beweisen lassen? Ist der Abacus-Fall tatsächlich jene „smoking gun", der noch rauchende Colt in der Hand des Killers, auf den alle gewartet haben, die die Banker wegen der Finanzkrise vor Gericht bringen wollen? Oder ist sie nur eine „Wasserpistole", wie das „Wall Street Journal" spottet?

Auf jeden Fall ist er ein Beleg für den Sittenverfall der Bankenbranche in den Zeiten der Gier, in der mit Schrottpapieren Milliardengewinne erzielt wurden, in denen Banken sich mit Hedgefonds einließen und selbst wie Hedgefonds agierten.

Viele Kunden fühlen sich deshalb als Opfer der Investmentbanker. Stefan Ortseifen zum Beispiel, der frühere Chef der Düsseldorfer Mittelstandsbank IKB, die mit globalen Zockerpapieren hoch hinauswollte und am Ende Milliarden



MAX WHITTAKER / REUTERS

Obdachlosenlager in Seattle: *Milliardengewinne mit besonders schlechten Schuldnern*

verbrannte. Abacus und Goldman Sachs spielen dabei eine Rolle, aber auch die Deutsche Bank mischte mit.

Seit Mitte März steht Ortseifen vor Gericht. Die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft wirft ihm Untreue und Kursmanipulation vor, weil er wenige Tage vor der Fastpleite der Bank im Juli 2007 deren Probleme kleingeredet hatte. Seit den SEC-Ermittlungen gegen die Investmentbanken spüren seine Anwälte Rückenwind und wollen unter anderem Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann als Zeugen vorladen.

Die IKB und die von ihr abhängige Zweckgesellschaft Rhineland Funding gehörten zu den besten Kunden von Investmentbanken, die amerikanische Hypothekenpapiere verbrieften. IKB und Rhineland Funding hatten solche strukturierten Wertpapiere von rund 20 Milliarden Euro angesammelt.

Am 19. Juli 2007 warnte US-Notenbankpräsident Ben Bernanke eindringlich vor den Ausfallrisiken auf dem amerikanischen Immobilienmarkt, einen Tag später ließ Ortseifen in einer Pressemitteilung verbreiten, alles sei in Ordnung.

Die Banken, die ihnen die Papiere verkauft, selbst aber bereits seit vielen Monaten auf einen Zusammenbruch des Marktes gewettet hatten, wussten es besser. Als Erstes zog, so Ortseifen in dem Prozess, Goldman die Konsequenzen.

Am 25. Juli meldete sich ein aufgeregter Leiter der IKB-Finanzabteilung bei Ortseifen am Autotelefon. Goldman wolle für die Bank keine Kurzfristanleihen mehr am Markt platzieren. Damit hatte die IKB, die viele ihrer langfristig laufenden Immobilienspekulationen kurzfristig finanziert hatte, ein Riesenproblem.

Doch da war ja noch die Deutsche Bank. „Wir haben große Teile des Kapitalmarktgeschäfts über sie abgewickelt. Bei der Verbriefung war die Deutsche Bank in die Mehrzahl der Emissionen eingeschaltet", schildert Ortseifen die Abhängigkeiten vor Gericht. Er hoffte darauf, dass die Bank die IKB schon nicht hängenlassen würde.

Das war ein Irrtum. Am 27. Juli, gegen 10.45 Uhr, wollte ein IKB-Händler bei seinem Pendant bei der Deutschen Bank den aktuellen Preis für ein Geschäft erfragen. „Die Deutsche Bank hat alle Handelslinien mit der IKB gestrichen", sagte der lapidar.

Nach „diesem Fanal", so Ortseifen, hatte die IKB keine Chance mehr. Zwei Stunden später musste er bei der Bankaufsicht BaFin anrufen, um die Schieflage seiner Bank mitzuteilen. BaFin-Präsident Jochen Sanio sagte ihm, dass sich kurz zuvor Deutsche-Bank-Chef Ackermann mit der gleichen Botschaft an ihn gewandt habe. Am Wochenende darauf trat Ortseifen zurück, der Staatsfinanzierer und IKB-Großaktionär KfW musste mit mehreren Milliarden Euro beispringen, um die Düsseldorfer Bank zu retten.

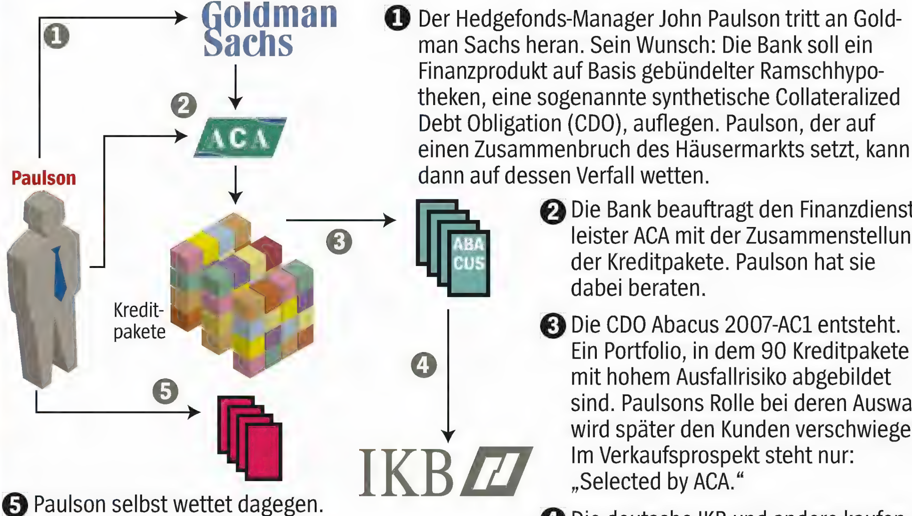
Am liebsten würde Ortseifen die ganze Schuld an seinem Untergang vor allem der Deutschen Bank in die Schuhe schieben. Das ist weit hergeholt. Schließlich waren es die IKB-Manager unter seiner Führung, die in immer neue Verbriefungen von Hypothekenpapieren investier-



JOHN MADERE

Spekulant Paulson
Ramschpapiere selbst ausgesucht

Unfairer Deal
Was die amerikanische Börsenaufsicht SEC Goldman Sachs vorwirft



1. Der Hedgefonds-Manager John Paulson tritt an Goldman Sachs heran. Sein Wunsch: Die Bank soll ein Finanzprodukt auf Basis gebündelter Ramschhypotheken, eine sogenannte synthetische Collateralized Debt Obligation (CDO), auflegen. Paulson, der auf einen Zusammenbruch des Häusermarkts setzt, kann dann auf dessen Verfall wetten.
2. Die Bank beauftragt den Finanzdienstleister ACA mit der Zusammenstellung der Kreditpakete. Paulson hat sie dabei beraten.
3. Die CDO Abacus 2007-AC1 entsteht. Ein Portfolio, in dem 90 Kreditpakete mit hohem Ausfallrisiko abgebildet sind. Paulsons Rolle bei deren Auswahl wird später den Kunden verschwiegen. Im Verkaufsprospekt steht nur: „Selected by ACA."
4. Die deutsche IKB und andere kaufen die Abacus-Papiere. Bleiben die Kredite werthaltig, machen die Käufer Gewinn.
5. Paulson selbst wettet dagegen. Er kauft Versicherungspapiere, sogenannte Credit Default Swaps (CDS), die bei Ausfällen dieser Kreditpakete Geld abwerfen.



Die Kreditblase platzt, Abacus 2007-AC1 wird wertlos. Paulson profitiert. Er hat die Wette gewonnen und kassierte rund 1 Milliarde Dollar.

DER SPIEGEL

ten. Und sie waren es auch, die die langfristigen Kreditpakete mit einer abenteuerlich kurzfristigen Finanzierung verknüpften.

Doch neue Unterlagen belegen, wie sehr Investmentbanken ihren Informationsvorsprung zu Lasten ihrer Kunden ausnutzten – nicht nur im Fall Abacus. Wann sie wessen Interessen vertraten, machten sie Kunden wie der IKB nicht transparent.

Ähnlich wie Goldman arbeitete auch die Deutsche Bank mit genau dem Paulson zusammen, der auf einen Zusammenbruch des amerikanischen Immobilienmarktes wettete. Dieser konnte Immobilienrisiken, die er für besonders konkursreif hielt, für die Portefeuilles der Deutschen Bank vorschlagen. Zuweilen investierte er in den Fonds, dann wettete er darauf, dass der in Schwierigkeiten geraten würde. Auch die Deutsche Bank brachte US-Immobilienrisiken in die Finanzkonstrukte ein, die ihnen selbst zu riskant waren.

Zur Rechtfertigung heißt es bei der Deutschen Bank, dass sie wie bei einem Aktiengeschäft nur einen Käufer und einen Verkäufer gesucht hat. Ein ganz normales Geschäft, so wird suggeriert. Mit dem kleinen Unterschied, dass die Bank diese neuartigen Finanzkonstrukte mit Hilfe von Hedgefonds gebaut hatte, die auf hohe Ausfälle in diesen sogenannten CDOs setzten.

Musste die Deutsche Bank ihren Kunden in Deutschland sagen, auf welch mächtigen Gegenspieler sie in den USA trafen? Das sei nicht üblich gewesen, wird Kritikern dieser Praxis entgegengehalten. Die Kunden seien auch nicht getäuscht worden, sagt die Deutsche Bank. Die Aufseher in den USA und in Deutschland hätten die Deals untersucht und bisher nichts beanstandet.

Seit die SEC Goldman genau einen solchen Betrug vorwirft, werden auch bei der Deutschen Bank noch einmal alle E-Mails und Bankunterlagen durchsucht. Es gibt wie auch bei vielen anderen Investmentbanken, etwa der UBS oder Merrill Lynch, eine Menge Klärungsbedarf.

Bei über einem Dutzend CDOs der Deutschen Bank waren Hedgefonds als Investoren beteiligt. Neben Paulson hatte die Deutsche Bank eine Reihe anderer Partner aus der Branche.

Einer davon war der besonders aggressive US-Hedgefonds Magnetar, der 2005 gegründet wurde und bis 2007 insgesamt etwa 30 Kreditpakete mit verschiedenen Investmentbanken zusammenstellte. Wie Paulson übernahm der Fonds scheinbar selbstlos die größten Ausfallrisiken, wettete dann aber mit einem größeren Teil seiner Gelder auf eine Pleite der CDOs.

Mit durchschlagendem Erfolg: Ende 2008 waren fast alle Magnetar-Deals illiquide. Der Hedgefonds selbst wies 2007 eine Rendite von 25 Prozent aus, weil seine Wetten großteils aufgingen.

Die erste Magnetar-CDO trug den Namen des Sternbildes Orion, sie wurde von der französischen Bank Calyon aufgelegt. Offiziell taucht die Deutsche Bank gar nicht auf, doch im Hintergrund haben Mitglieder eines internen Hedgefonds der Bank zusammen mit Magnetar besonders riskante Immobilienpapiere zusammengestellt und dann gemeinsam auf hohe Ausfälle bei Orion spekuliert.

Einer der Investoren, die mit einer stabilen Zinszahlung von Orion und nicht mit deren baldiger Pleite rechneten, war die Düsseldorfer IKB. Die Deutsche Bank wollte dazu nicht Stellung nehmen.

Unbestritten ist, dass einer der Manager der Deutschen Bank bald nach dem erfolgreichen Geschäft bei Magnetar anheuerte. Solche Wechsel waren und sind durchaus üblich. Vergangene Woche wurde bekannt, dass Greg Lippmann, der US-Chef des strukturierten Wertpapiergeschäfts bei der Deutschen Bank, zu einem Hedgefonds geht. Deutsche-Bank-Chef Ackermann hat die Spekulation seiner Händler mit dem Geld der Bank nach der Finanzkrise deutlich eingeschränkt.

Unbestritten ist auch, dass die Deutsche Bank allein in den ersten drei Monaten des Jahres 2007 rund 100 Millionen Euro damit verdiente, dass sie in den USA mit Hilfe von Derivaten auf den Zusammenbruch des Marktes für besonders riskante Immobilienkredite spekulierte. Also genau zu dem Zeitpunkt, als manche Landesbank und auch die IKB noch in den USA mit Hilfe der Deutschen Bank auf einen Aufschwung des US-Immobilienmarktes setzte.

War dies ein Verrat am Kunden? Die Deutsche Bank kann belegen, dass ihr Analyst Eugene Xu bereits im August 2005 öffentlich vor Problemen des US-Marktes für wenig besicherte Hypotheken gewarnt hatte. Sie habe auch gegenüber ihren Kunden kein Geheimnis daraus gemacht, dass sie den Immobilienmarkt in den USA ab dem Jahr 2006 sehr kritisch sah.



RAINER UNKEL

Deutsche-Bank-Chef Ackermann: *Informationsvorsprung zu Lasten der Kunden?*

Dass die hartgesottenen Verkäufer der CDOs auf alle Risiken hingewiesen haben, ist allerdings wenig wahrscheinlich. Immerhin: Dass für die Finanzprodukte mit Hilfe der Hedgefonds oft besonders riskante Papiere ausgesucht wurden, konnten die Kunden in den Prospekten nachlesen.

Was Greg Lippmann, damals noch als CDO-Händler bei der Deutschen Bank beschäftigt, über die Käufer der Papiere dachte, beschreibt der US-Finanzjournalist Michael Lewis in seinem neuesten Buch „The Big Short“. Der Autor schildert einen Dialog zwischen Lippmann, der schon lange vor der Finanzkrise an einen Zusammenbruch des Marktes glaubte, und zwei Hedgefonds-Managern. Die beiden fragen nach seinen Kunden.

„Wer ist auf der anderen Seite?“, wollen sie wissen. „Wer ist der Idiot?“

Und Lippmann antwortet: „Düsseldorf. Blöde Deutsche. Sie nehmen die Rating-Agenturen ernst. Sie glauben an die Regeln.“

So ging es zu in der Branche, die für die größte Wirtschaftskrise seit der Großen Depression im vorigen Jahrhundert verantwortlich ist. Und so etwas soll es nie wieder geben – wenn es nach dem Willen vieler Politiker geht.

Vergangenen Donnerstag begannen die Diskussionen im US-Senat über einen Gesetzesentwurf, der unter anderem den Handel mit Derivaten wie CDOs erheblich einschränken und unter Aufsicht durch Regulierungsbehörden stellen soll. Zudem sollen Finanzinstitutionen, die hochkomplexe Wertpapiere verkaufen, künftig einen Teil selbst behalten, um somit ein Eigeninteresse an deren Qualität zu haben.

„Mit unserem Gesetz wäre so etwas verhindert worden“, betonte der demokratische Vorsitzende des Bankenausschusses im Senat, Chris Dodd, mit Bezug auf die Vorwürfe gegen Goldman.

Republikaner und Demokraten streiten schon seit Monaten über neue Finanzmarktgesetze, heftig bedrängt dabei von zahllosen Wall-Street-Lobbyisten, die schärfere Regeln mit allen Mitteln verhindern wollen. Um bis zu mehrere Milliarden Dollar würde das Wertpapiergeschäft seiner Bank einbrechen, falls die Reform so kommt, klagte etwa Jamie Dimon, Chef von JPMorgan Chase, vergangene Woche.

Lange sah es so aus, als würde die Wall Street den Machtkampf mit Washington gewinnen, als hätte die Lobby-Offensive den in der US-Politik längst gewohnten Effekt: Gesetzesentwürfe werden insbesondere in den letzten Wochen vor der Verabschiedung erheblich aufgeweicht.

Doch dieses Mal scheint zur Verwunderung vieler Beobachter und zum Entsetzen der Wall Street das Gegenteil der Fall: Die Vorschläge werden immer schärfer.

Auch die traditionell Wall-Street-nahen Republikaner geben angesichts des Wirbels um die Goldman-Klage ihren bisher heftigen Widerstand gegen die Finanzmarktreform offenbar auf. Bislang hatten sie sich fast geschlossen gegen die Reformbemühungen der Demokraten und des Präsidenten gestemmt. Nun aber soll es doch einen „überparteilichen Gesetzesentwurf“ geben, verkündete der republikanische Senator Richard Shelby.

Falls es so kommt, hat die SEC ihren Kampf gegen Goldman schon gewonnen – auch wenn sie vor Gericht unterliegen sollte.

Beat Balzli, Armin Mahler, Christoph Pauly, Wolfgang Reuter, Thomas Schulz

RUANDA

Afrikanischer Wahlkampf

Dreieinhalb Monate vor den Wahlen geht Präsident Paul Kagame, 52, immer rabiater gegen politische Gegner vor. In der vergangenen Woche ließ er seine gefährlichste Konkurrentin, Victoire Ingabire, vorübergehend verhaften. „Leugnung des Völkermords“ wird ihr vorgeworfen. Möglich machen das umstrittene Paragrafen des ruandischen Strafrechts, die erlauben, fast jede kritische Äußerung als gefährliche ethnische Hetze zu diffamieren. Zu Beginn der Woche waren bereits zwei Generäle, darunter der ehemalige Luftwaffenchef, festgenommen worden. Ihnen werden Korruption und Missbrauch im Amt zur Last gelegt. Mitte April hatte die staatlich kontrollierte Medienaufsicht zwei kritische Wochenzeitungen für die kommenden sechs Monate verboten. Die wiederum waren einer „falschen und aufhetzenden Berichterstattung“ bezichtigt worden.

16 Jahre nach Ende des Bürgerkriegs scheint der Rückhalt Kagames im Staatsapparat zu schwinden. 1994 war er an der Spitze seiner Rebellenarmee in Kigali eingezogen und hatte damit den Völkermord beendet. Nun spricht man in der Hauptstadt schon von einem möglichen Putsch. Ruanda ist wegen seiner hohen Wachstumsraten eines der Vorzeigeländer der internationalen Gebergemeinschaft. Der Global Fund will gerade wieder 389 Millionen Dollar für die HIV-Bekämpfung geben, die Weltbank gewährte 122 Millionen Dollar für den Staatshaushalt.


JEAN REVILLARD / REZO

Kagame


BARBARA WALTON / DPA

Barrikade in Bangkok

THAILAND

Bürgerkrieg in Bangkok?

Regierungsgegner und die Polizei liefern sich in den Straßen Bangkoks immer heftigere Auseinandersetzungen. Bis zum Freitagabend wurden 86 Menschen verletzt, mindestens einer starb nach Granatenexplosionen. Die Regierung machte „Terroristen“ für die Anschläge verantwortlich. Die Demonstranten forderten, den Vorfall genau zu untersuchen und sagten, sie seien zu Gesprächen bereit. Eine ihrer Bedingungen: Die Regierung soll die Opposition nicht weiter schikanieren und behindern. Vor allem im Internet versucht Premierminister Abhisit derzeit massiv die Meinungsfreiheit zu beschneiden. Auf Weisung des staatlichen „Zentrums zur Lösung der Notstandssituation“ wurden schon 190 kritische Websites geschlossen. Selbst Seiten von BBC und CNN waren in Thailand zeitweise nicht mehr abrufbar. Häufigster Vorwurf: Aufwiegelung, Pornografie, Majestätsbe-

ARABISCHE EMIRATE

Strenge Bettenkontrolle

Vergangenen Montag begann die Kampagne: Seither durchkämmen Polizeikräfte Schlafzimmer für Schlafzimmer, Wohnung für Wohnung, um im Emirat Schardscha wilde Ehen auszuheben. „Wir haben ein Pärchen gefunden, einen Araber und eine Asiatin“, meldete Polizeichef Jussuf Mussa al-Nakbi, „sie lebten widerrechtlich zusammen und hatten zwei Kinder.“ Beides sei nach den Gesetzen der Vereinigten Arabischen Emirate und der Scharia verboten. Ertappte Familien ohne Trauschein werden dem Staatsanwalt angezeigt, die wilden Paare könnten zu hundert Peitschenhieben verurteilt werden. Anwälte allerdings gehen davon aus, dass es bei einer Gefängnisstrafe von bis zu einem Jahr bleiben könnte, gefolgt von einer Ausweisung, falls es sich um Ausländer handelt. Schardscha ist der kleine Nachbar von Dubai, und was dem Emirat an



Chiranuch

NICK NOSTITZ / AGENTUR FOCUS

leidigung. Der Publizistin Chiranuch Premchaiporn, 43, drohen sogar 50 Jahre Gefängnis, weil auf ihrer Nachrichtenseite Prachatai.com angeblich königskritische Leserkommentare veröffentlicht worden seien. „In Thailand werden die Medien mundtot gemacht“, sagt Chiranuch, „diese Regierung ist undemokratisch, sie wird vom Militär kontrolliert.“ Sollte die Regierung nicht einlenken, könne die Lage außer Kontrolle geraten. Im schlimmsten Fall drohe dem zerrissenen Land dann ein Bürgerkrieg.

Ressourcenreichtum abgeht, macht es durch moralische Strenge wett. Wer sich die Mieten in Dubai nicht leisten kann, lebt oft in Schardscha und muss jetzt Denunziationen und Verfolgung fürchten. „Ich habe Angst, meinen Partner in seiner Wohnung zu besuchen. Wer weiß, ob die Polizei nicht auch Liebespaaren nachstellt“, wird eine philippinische Verkäuferin in der Zeitung „The National“ zitiert. Die Organisation Islamischer Staaten hat Schardscha zur Kulturhauptstadt 2014 ernannt.

TÜRKEI

Unbegrenzte Macht

Seit seinem Amtsantritt als Ministerpräsident spricht Recep Tayyip Erdogan gern öffentlich über sein politisches Lieblingsprojekt: die Einführung einer Präsidialdemokratie nach amerikanischem Vorbild. Nun stellte der Premier in einem Fernsehinterview sogar eine Volksabstimmung darüber in Aussicht – vorausgesetzt, seine Regierungspartei, die islamisch-konservative AKP, gewinnt im kommenden Jahr die Parlamentswahl. Kritiker vermuten hinter dem Vorstoß reinen Eigennutz: In einem Präsidialsystem würden die Ämter des Minister- und des Staatspräsidenten in einer Position gebündelt. Sollte sich Erdogan noch seinen politischen Lebenstraum erfüllen und vom Volk als Staatspräsident gewählt werden, würde er nahezu unbeschränkte Machtbefugnisse genießen. „In einem Land wie der Türkei, wo die Demokratie noch nicht vollständig verwurzelt ist, können daraus sehr bedenkliche Ereignisse entstehen“, befürchtet der kurdische Oppositionspolitiker Bengi Yildiz. Für den türkischen Staatsrechtler Necmi Yüzbaşioglu bedeutet ein Präsidialsystem gar, der Diktatur die Türen zu öffnen: „Erdogan wäre wie ein gewählter König.“ Erdogan hingegen verteidigt seinen Vorschlag: In Bezug auf Rechte und Freiheiten seien die USA der Türkei weit voraus.



DPA

Erdogan vor Atatürk-Porträt

FINNLAND

„Bruder Matti“

Neue Enthüllungen zur Wahlspendenaffäre bringen Ministerpräsident Matti Vanhanen und seine Zentrumspartei zunehmend in Bedrängnis. Vanhanen könnte daher noch vor seinem ohnehin geplanten Rücktritt als Parteichef am 12. Juni gezwungen sein abzudanken. Der Ministerpräsident und andere Regierungspolitiker vom Zentrum und den Konservativen hatten 2007 von diversen Firmen widerrechtlich Wahlkampfhilfe erhalten. In der Parteizentrale des Zentrums fand sich sogar eigens eine Unternehmergruppe zusammen – allein um Spenden zu beschaffen. Bislang bestritt der Premier die dubiosen Kontakte. Nun aber wird öffentlich, dass er darüber informiert sein musste. So schrieb der Unternehmer Arto Merisalo, einer der Geldgeber, in einer jetzt bekanntgewordenen Mail nach der Wahl an Vanhanen: „Bester Bruder Matti, unter deiner Leitung hat Finnlands Zentrum einen fabelhaften Abwehrsieg erreicht … die Sozis haben bekommen, was sie verdienten.“ Der Regierungschef antwortete artig: „Danke für alle Hilfe, Gruß Matti. PS: Das Fest müssen wir organisieren.“ Das fand dann im Mai 2007, wenige Wochen nach der Wahl, mit den wichtigsten Finanziers des Wahlkampfs in Vanhanens Residenz statt. Im selben Monat griff Vanhanen bei der Grundsteinlegung eines Einkaufszentrums zum Spaten. Bauherr war einer seiner wichtigsten Sponsoren.

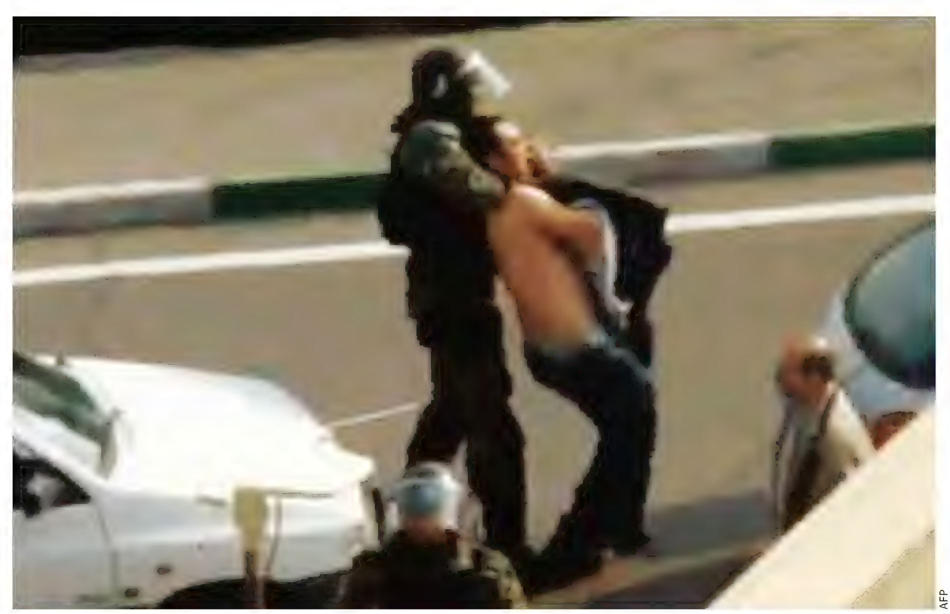
LEHTIKUVA OY / ACTION PRESS

Vanhanen

IRAN

Republik der Angst

Knapp ein Jahr nach der offensichtlich manipulierten Präsidentenwahl zeigt die brutale Unterdrückungspolitik des Regimes Wirkung: Es ist still geworden um die Opposition. Der führende Reformkleriker Mahdi Karrubi gibt sich ungebrochen und kündigt neue Proteste an.



AFP

Festnahme eines Regimekritikers*: *„Die Bevölkerung wartet nur auf einen Funken“*

Um ihn kaltzustellen, haben sie ihm fast alles genommen: Sie haben seine Partei „Etemad-e Melli“ (Nationales Vertrauen) verboten, seine gleichnamige Zeitung geschlossen und 50 seiner Vertrauten und Mitstreiter verhaftet.

Selbst vor Gewalt gegen seine drei Söhne sind sie nicht zurückgeschreckt. Hossein, 44, haben sie den Pass eingezogen, oft die letzte Stufe vor einer Anklage. Taghi, 42, der im Krieg gegen den irakischen Diktator Saddam Hussein zum Krüppel geschossen wurde, haben sie die Ausreise zur medizinischen Behandlung in London verweigert. Und Ali, 37, seinen Jüngsten, haben sie verschleppt, verhört und schwer misshandelt.

Wann es Mahdi Karrubi, 72, selbst erwischt, ist wohl nur noch eine Frage der Zeit. Die Fenster seines Hauses haben sie schon eingeworfen, Todesdrohungen an die Wand geschmiert. Als sich der Geistliche Anfang des Jahres auf eine kurze Reise in die Provinz begab, schossen Unbekannte auf ihn. Reines Glück, dass er nicht getroffen wurde.

Und dennoch zeigt sich der Religionsgelehrte ungebrochen. Er strahlt seine Besucher an und macht sich lustig über seinen gefährlichsten Gegner, den „hochgeschätzten Dr. Ahmadinedschad“. Präsident würde er den eifernden Staatschef niemals nennen. „Ein Unglück für das Volk“ sei „dieser Mann“, den es zu bekämpfen gelte, „ohne Gewalt, aber mit aller Kraft“.

Es ist kurz vor Mitternacht, und in Karrubis Haus in der Nurianstraße im Norden Teherans ist der für viele mutigste Mann Irans noch immer hellwach. Seine Augen blitzen hinter der randlosen Brille, seine Füße, die er auf einen kleinen Hocker gestützt hat, wippen vor Anspannung auf und ab. Ob er den Zeigefinger empört in die Luft stößt oder die geballte Faust auf die Lehne seines alten Holzstuhls schlägt – jede Geste zeigt, dass Mahdi Karrubi fast ein Jahr nach seiner Niederlage im Kampf um das Präsidentenamt die Schlacht nicht verloren gibt.

Zu dritt waren sie am 12. Juni angetreten, um die Wiederwahl Mahmud Ahmadinedschads zu verhindern: der Geistliche Karrubi, der Ex-Premier Hossein Mussawi, 68, und Mohsen Resai, 55, der langjährige Chef der Pasdaran, der gefürchteten Revolutionswächter. Karrubi und Mussawi vertraten das Reformlager; Resai war der Kandidat der pragmatischen Konservativen. Dass Ahmadinedschad über 60 Prozent der Stimmen erhalten haben soll, wollten alle drei nicht hinnehmen.

Während Resai seinen Protest schnell zurückzog, nachdem der nahezu allmächtige Revolutionsführer Ajatollah Ali Chamenei die Wahl für rechtens erklärt hatte, stiegen Karrubi und der vermutlich wahre Sieger Mussawi zu Volkstribunen auf. Drei Tage nach der Wahl gelang es ihnen, etwa drei Millionen Anhänger zu mobilisieren. „Wo ist meine Stimme?“, skandierten die Reformanhänger auf den Straßen Teherans – und das Regime antwortete mit brutaler Gewalt.

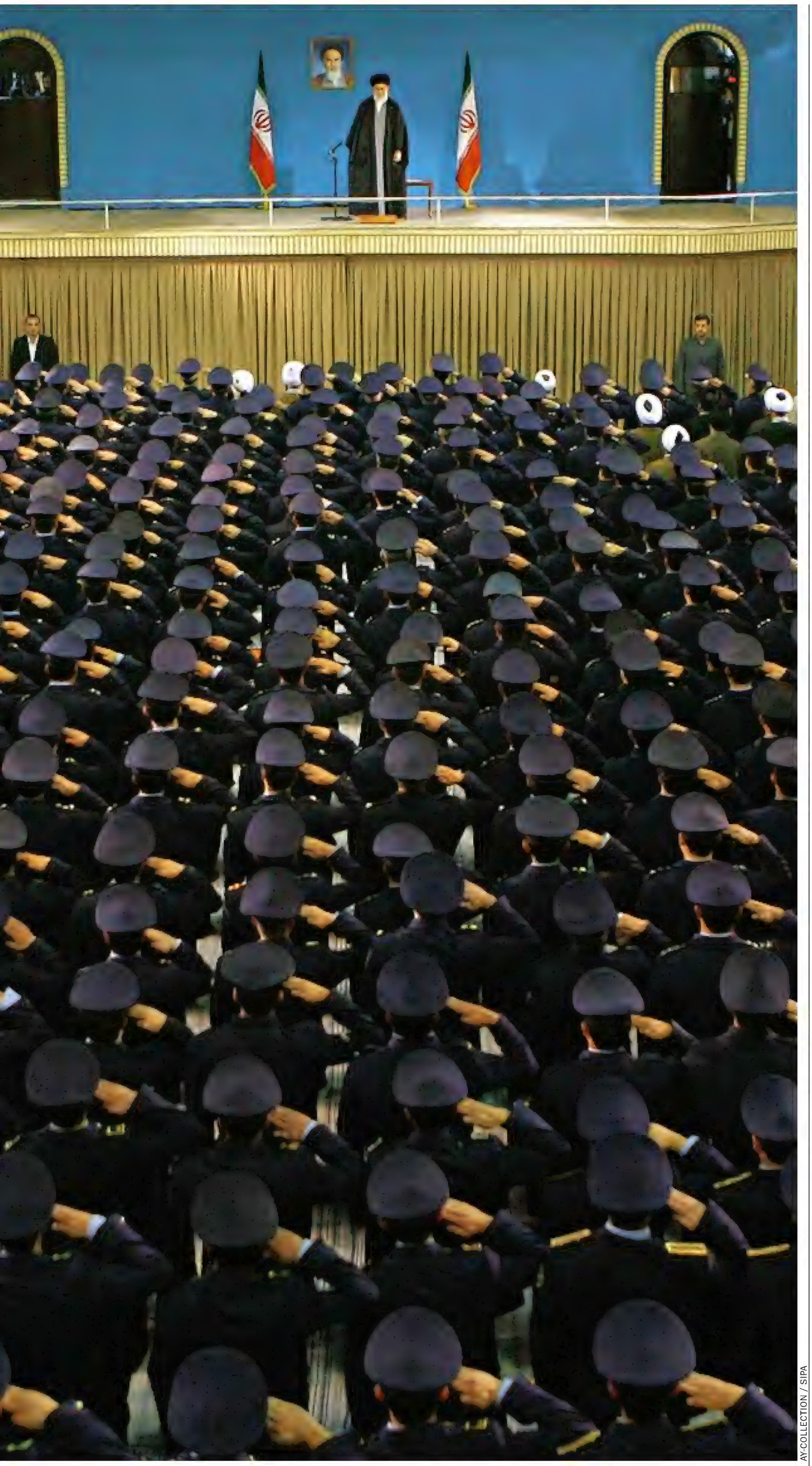
Der Blutzoll für die sogenannte grüne Rebellion war hoch: Über 100 „nachweisliche Todesfälle“ unter den Demonstranten führt die Liga zur Verteidigung der Menschenrechte in Iran auf. Mindestens 2000 Oppositionelle wurden verhaftet, etliche von ihnen inzwischen unter Auflagen wieder freigelassen.

Doch seit den Demonstrationen zum 31. Jahrestag der Revolution im Februar, die von Ahmadinedschads Anhängern und nicht von der Opposition geprägt wurden, ist in Teheran Friedhofsruhe eingekehrt, die Stimmung unter Regimekritikern erinnert fast schon an das Bagdad unter Saddam Hussein. Republik der Angst wurde der Irak genannt. Der Despot vom Tigris hatte überall seine Spitzel, Kritik wurde unbarmherzig abgestraft. Auch Ahmadinedschad, heißt es in Teheran, dulde nicht mehr den geringsten Widerspruch. Die Gefängnisse sollen wieder so voll sein mit „Politischen“ wie seit den Revolutionstagen von 1979 nicht mehr.

Trotz aller Drohungen hält Karrubi im Gespräch mit dem SPIEGEL seine vom Regime heftig bestrittene Behauptung aufrecht, dass verhaftete Demonstranten zu Tode gefoltert wurden. Vier Fälle seien ihm bekannt. Auch den Vorwurf der Vergewaltigung von Verhafteten nimmt er nicht zurück. Er kenne fünf Opfer, darunter auch zwei junge Männer.

Dass die Menschenrechtsverletzungen allmählich ein Ausmaß annehmen wie zu den Zeiten des Schahs, mag selbst ein scharfer Kritiker wie Karrubi nicht sagen. Aber mit einem sarkastischen Lächeln beharrt er darauf, dass dessen Folterknechte zumindest „Experten“ waren,

* Bei den Revolutionsfeiern am 11. Februar.


AY-COLLECTION / SIPA

Revolutionsführer Chamenei, Militärs: *„Alles ist möglich in dieser Islamischen Republik“*

die wussten, wem sie warum Gewalt antaten. Heute dagegen herrsche in den Gefängnissen „reine Willkür“. Obwohl er Ahmadinedschad „nicht als Präsidenten akzeptiert“, verlangt Karrubi, dass er „für das Geschehen zur Verantwortung gezogen wird“.

Es ist eine unauffällige, aber wirksame Diktatur, die der Präsident errichtet hat. Im Straßenbild fallen die Schergen, die Pasdaran und Bassidsch, nicht sonderlich auf. Aber die Angst, beobachtet, abgehört und bei unerwünschter Kritik verhaftet und verurteilt zu werden, hat das vergleichsweise liberale politische Leben unter Ahmadinedschads Vorgänger Mohammed Chatami längst erstickt.

So ist es um die Anführer der grünen Rebellen still geworden. Sie werden vom Regime abgeschirmt, auch wenn Karrubi das Wort Hausarrest scheut. Vor seinem Haus stehen bis spät am Abend zwei Wachen, die jeden Besucher registrieren. „Wer zu mir kommt“, sagt Karrubi, „muss mit Konsequenzen rechnen.“ Eine Vorladung beim Geheimdienst zählt noch zu den geringsten.

Wenn Karrubi das Haus verlässt, begleitet ihn ein Tross von Sicherheitsbeamten des Regimes, um ihn „vor Terroristen zu schützen“, wie ihm mitgeteilt wurde – eine lächerliche Begründung. Den „Terror“, so der Geistliche, übten ja gerade jene aus, die ihm seine sogenannten Bewacher aufgezwungen haben.

Der Versuch, die Opposition massiv zu unterdrücken und ihre Anführer zu isolieren, ist im ganzen Land spürbar. Internet und Handydienste kontrolliert das Regime, kappt die Verbindungen nach Belieben. Westliche Journalisten dürfen nur einreisen, wenn Teheran mit einem positiven Presseecho rechnet, etwa zum sogenannten Abrüstungsgipfel am vorvergangenen Wochenende. „Nukleare Energie für alle – Atomwaffen für niemanden“ lautete das Motto, zu dem die Regierung „über 70 Länder“ gebeten hatte.

Doch viele Iraner interessierte mehr, ob ihr Landsmann im Exil Mehrzad Marashi bei „Deutschland sucht den Superstar“ gewinnt. Schöner Zufall: An diesem Abend war der Empfang von westlichen Satellitenprogrammen mal nicht gestört.

Die Konferenz geriet allerdings eher zu einem Beleg für die Dreistigkeit der Regierungspropagandisten. „Bei uns gibt es keine Zensur“, behauptete Mohammed Ali Ramin, der Vizeminister des Erschad, des Ministeriums für „Weisung“. Doch jede auch nur in Ansätzen kritische Berichterstattung wird nach Kräften unterbunden, und ohne Erlaubnis des Erschad wagt kaum ein Politiker zu reden.

Auch Mohsen Resai, der noch vor einem Jahr zu den schärfsten Gegnern Ahmadinedschads zählte und der als einstiger Chef der Revolutionswächter eigent-

lich unangreifbar ist, hat seine Lust an deutlicher Kritik verloren. Im Wahlkampf hatte er noch Korruption und Misswirtschaft gegeißelt, die aggressive Außenpolitik des Präsidenten verurteilt. Jetzt sitzt er in dem Appartement eines Freundes, hoch oben im reichen Norden Teherans. Er braucht keine Erlaubnis für ein Gespräch.

Angst ist ein Wort, das nicht zu einem Pasdaran passt, der im achtjährigen Krieg mit dem Irak vielfach sein Leben riskiert hat. Doch als Generalsekretär des Schlichtungsrates, der bei Streitigkeiten um Gesetze und Regierungspolitik vermittelt, bekleidet Resai noch immer ein hohes Amt, das er jederzeit verlieren kann. Er weiß, dass ihn in der Republik Ahmadinedschads auch seine sechs Leibwächter nicht schützen, wenn er sich zu sehr aus der Deckung wagt.

Noch genießt der ehemalige Militär die Gunst des Revolutionsführers. Manche halten den Mann mit dem schwarzen Kinnbart und dem oft finsteren Blick sogar für einen potentiellen Nachfolger des Präsidenten, sollten Ahmadinedschads Provokationen selbst dessen Mentor Chamenei zu weit gehen. Sieht er sich selbst als Alternative zu Ahmadinedschad? Resais Mundwinkel verziehen sich zu einem leichten Lächeln: „Ich werde meinem Volk dienen, wo ich kann."

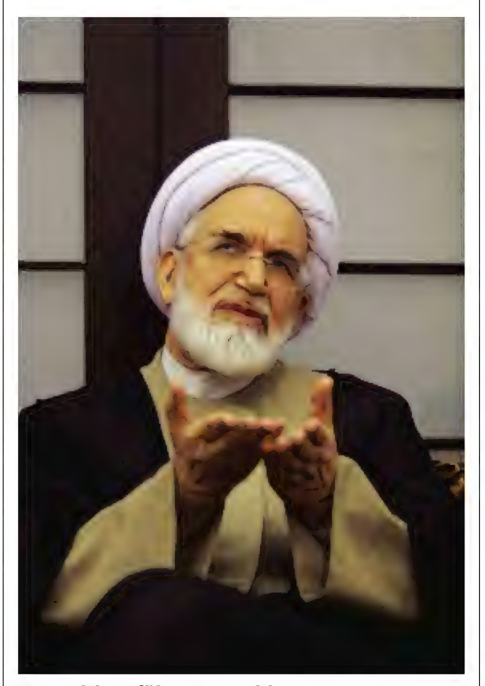
Kritischen Fragen weicht der General a. D. lieber aus und rührt in seinem Teeglas, als würden sich mit dem Zucker auch seine Loyalitätsprobleme auflösen. Wie Karrubi meidet Resai das Wort Präsident, spricht von „Herrn Dr. Ahmadinedschad". Und wie der Reformer sagt der Konservative: „So kann es nicht weitergehen."

Einen Ausweg aus der Krise vermag niemand aufzuzeigen. Selbst Männer mit größtem Gottvertrauen wie Ajatollah Mohammed Mussawi Bodschnurdi, 66, sind verzweifelt, wissen nicht, wie es mit der Islamischen Republik weitergehen soll. Der Religionsgelehrte gehört eigentlich zu den Unantastbaren. Er ist Stellvertreter von Hassan Chomeini, dem Enkel des Revolutionsführers und Chef der Teheraner Stiftung, die nach dem Begründer der Mullah-Herrschaft benannt ist.

Tief bedrückt berichtet Bodschnurdi vom jüngsten Schlag des Regimes. Soeben hat er erfahren, dass seinem „Freund seit mehr als 30 Jahren", Ex-Präsident Chatami, „nahegelegt" wurde, nicht zu einem Seminar nach Japan zu reisen. „Ist das nicht unvorstellbar?", fragt der Ajatollah und sagt, mehr zu sich selbst: „Alles ist möglich in dieser Islamischen Republik." Die gerade erst gegründete Zeitung „Bahar", die sich Zweifel am Regime erlaubt hatte, wird prompt geschlossen; die Chatami nahestehende Partei „Islamische Beteiligungsfront" verboten, ebenso wie Mussawis „Kämpfer für eine Islamische Revolution".

Dennoch gibt Oppositionsführer Karrubi den Kampf um die Zukunft des Gottesstaates nicht verloren. „Die Bevölkerung wartet nur auf einen Funken." Und den will er schlagen.

Für den Jahrestag des Massenprotests ruft Karrubi zu einem neuen Aufmarsch auf, ein Antrag auf Genehmigung liegt den Behörden bereits vor. Dass die Führung, die gleich nach der Wahl ein Demonstrationsverbot erlassen hat, die Straße freigibt, glaubt er wohl selbst nicht. Aber es sei „wichtig, ein Zeichen zu setzen, dass wir weiter kämpfen, nicht gegen diese Republik, sondern für die Einhaltung unserer Verfassung, in der Meinungsfreiheit und Demokratie festgeschrieben sind".



Oppositionsführer Karrubi
„Bereit, alle Konsequenzen zu tragen"

Differenzen mit Mussawi, dem anderen Reformführer, verneint Karrubi. Regelmäßig tausche er sich mit dessen engsten Beratern aus, schriftlich, über Vertraute, und mindestens einmal im Monat treffen sich die Oppositionschefs zur Besprechung unter vier Augen. Karrubi: „In allen Bereichen sind wir weitgehend einer Meinung."

Wie lange der mutige Mullah, dessen Unerschrockenheit selbst Konservative bewundern, noch zum Widerstand ermuntern kann, ist ungewiss. Einknicken will er nicht. Als Schüler von Imam Chomeini fühle er sich „verpflichtet, die Wahrheit zu sagen, um welchen Preis auch immer".

Einer Verhaftung sieht Karrubi gelassen entgegen. „Ich bin bereit, alle Konsequenzen zu tragen." Was können sie ihm noch nehmen, außer seinem Leben.

DIETER BEDNARZ

ISRAEL

Im Land der Affären

Ex-Premier Ehud Olmert könnte demnächst wegen Bestechlichkeit ins Gefängnis kommen. Sind israelische Politiker korrupter als andere?

Schimon Dana erinnert sich noch genau an den Tag, an dem zwei Polizisten sein Geschäft in der Dizengoff-Straße 74 in Tel Aviv betraten. Dana ist Experte für seltene Füllfederhalter. In seinem Laden lagern Raritäten von Traditionsfirmen wie Montblanc und Sheaffer, mit Federn aus Gold oder Platin und Haltern, verziert mit Juwelen oder aufwendigen Intarsien. Einige von ihnen kosten über 10 000 Euro.

Die Ermittler fragten Dana nach dem Wert ganz bestimmter Exemplare, von denen sie wussten, dass sie im Besitz eines prominenten Sammlers waren: Der damalige Premierminister Ehud Olmert hatte viele davon auf Auslandsreisen geschenkt bekommen. Oder er kaufte sie, wenn er in New York war, in einem Geschäft in der 46. Straße, dessen jüdische Besitzer ihm großzügige Rabatte gewährten. Nach ihrem Besuch bei Dana kamen die Fahnder zu dem Schluss, dass Olmert den Wert seiner Sammlung offiziell als viel zu niedrig angegeben hatte.

Die Füller des Ex-Premiers spielen eine wichtige Rolle bei der Anklage im Korruptionsprozess, in dem sich der Politiker nun verantworten muss. Es geht dabei um seine Zeit als Bürgermeister von Jerusalem (1993 bis 2003) sowie als Industrie- und Handelsminister (2003 bis 2006). „Betrug und Untreue" in vier Fällen wirft die Staatsanwaltschaft Olmert vor.

In der sogenannten Briefumschlag-Affäre wird er beschuldigt, über einen Zeitraum von 15 Jahren illegal 150 000 Dollar von dem amerikanischen Geschäftsmann Morris Talansky angenommen zu haben. Auch in eine „Reisebüro-Affäre" ist Olmert verwickelt: Er soll 85 000 Dollar kassiert haben, indem er Reisen sowohl bei staatlichen Stellen als auch bei Einrichtungen wie der Holocaust-Gedenkstätte Jad Vaschem doppelt abrechnete.

Doch damit nicht genug: Seit zwei Wochen gehört Olmert auch zu den Hauptverdächtigen in der sogenannten Holyland-Affäre. Es geht um das wohl hässlichste Bauprojekt Jerusalems: fünf Türme mit Luxuswohnungen, die auf einem der höchsten Hügel der Stadt zum Himmel ragen. Olmert soll fast eine Million Dollar







SEBASTIAN SCHEINER / AP (L.); LIRON ALMOG / FLASH90 (O.); YOSSI ZELIGER / FLASH90 (U.)

Protestplakate gegen Olmert, verurteilte Ex-Minister Ben-Isri (o.), Hirschson: *„So verdrehen sie das Recht“*

für die Erteilung der Baugenehmigungen erhalten haben.

Mehr als ein halbes Dutzend Mitarbeiter der Stadtverwaltung und Geschäftsleute sind derzeit in Untersuchungshaft oder unter Hausarrest, darunter auch Olmerts Amtsnachfolger als Jerusalemer Bürgermeister, Uri Lupolianski. Sowohl Olmert als auch Lupolianski dementieren alle Vorwürfe. Der Haftrichter allerdings spricht von „einem der schlimmsten Korruptionsfälle in der Geschichte des Landes“.

Einen solchen Rekord aufzustellen ist in Israel nicht einfach. Diverse Spitzenpolitiker gerieten in den vergangenen Jahren ins Visier der Fahnder. Bereits gegen Olmerts Vorgänger als Premier, Ariel Scharon, wurde ermittelt. Der ehemalige Finanzminister Avraham Hirschson wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil er gemeinnützige Gelder in Höhe von fast einer halben Million Dollar für sich abgezweigt hatte.

Auch gegen Mitglieder des amtierenden Kabinetts von Premier Benjamin Netanjahu laufen zurzeit Ermittlungen: Außenminister Avigdor Lieberman muss sich wegen des Verdachts auf Betrug, Geldwäsche und Untreue verantworten. Auch er bestreitet die Vorwürfe.

Auf dem Korruptionsindex von Transparency International steht Israel auf Platz 32, weit hinter den meisten westlichen Ländern. Unter den Verdächtigen und Verurteilten sind auffallend viele fromme Politiker, wie der frühere Gesundheitsminister Schlomo Ben-Isri und mehrere ehemalige Abgeordnete der ultraorthodoxen Schas-Partei. Schon der Prophet Micha beklagte im Alten Testament die Vetternwirtschaft: „Die hohen Beamten fordern Geschenke, die Richter sind für Geld zu haben, und die Großen entscheiden nach ihrer Habgier – so verdrehen sie das Recht.“

Sind also israelische Politiker korrupter als andere? Oder sind israelische Fahnder einfach hartnäckiger als ihre europäischen Kollegen? Beides, sagt Mordechai Kremnitzer, Jura-Professor am Israelischen Institut für Demokratie. Lange Zeit habe Bestechlichkeit als notwendiges Übel beim Aufbau des jüdischen Staates gegolten. Nach der Staatsgründung regierte fast 30 Jahre lang eine Partei, die Arbeitspartei. Als Ministerpräsident Jizchak Rabin 1977 wegen eines illegalen Dollar-Kontos seiner Frau zurücktrat, war Korruption in Verwaltung und politischen Ämtern längst verbreitet.

Erst in den neunziger Jahren sagte die Staatsanwaltschaft dem öffentlichen Gekungel den Kampf an. Die Gesetze seien heute teilweise schärfer als in Europa, so Kremnitzer. Dennoch meint er: „Die moralische Qualität der israelischen Politiker gibt keinen Anlass zur Begeisterung.“

Befördert wird die Vetternwirtschaft auch dadurch, dass Israel mit siebeneinhalb Millionen Einwohnern ein sehr kleines Land ist. Die politische Elite ist überschaubar, alle kennen sich irgendwie, viele noch aus der gemeinsamen Armeezeit. Als vor kurzem der Jurist Jehuda Weinstein zum neuen Generalstaatsanwalt ernannt wurde, musste sogar er einen „Interessenkonflikt“ einräumen – er hatte als Anwalt Olmert in den Korruptionsfällen verteidigt.

Auch das Wahlsystem macht die Mandatsträger anfällig für Bestechungen: Alle 120 Abgeordneten der Knesset werden über Listen gewählt und müssen sich in keinem Wahlkreis direkt verantworten. Das Unrechtsbewusstsein israelischer Politiker ist auch deswegen unterentwickelt, sie fühlen sich den Wählern nur bedingt zur Rechenschaft verpflichtet. Der ehemalige Chefrechnungsprüfer Jaron Selicha sagt, die Netzwerke korrupter Politiker und Spitzenbeamter seien inzwischen so mächtig, dass staatliche Kontrollen nicht mehr griffen.

„Die öffentliche Korruption erschüttert die Grundfesten unseres Rechtsstaats“, warnte vorige Woche auch Polizeichef Dudi Cohen. Die Strafverfolger gehen mittlerweile unerbittlich dem kleinsten Verdacht nach und arbeiten mit unkonventionellen Methoden.

In der „Holyland“-Affäre um die Jerusalemer Wohntürme gewährte die Staatsanwaltschaft deshalb einem Kronzeugen eine äußerst großzügige Behandlung: Sie übernahm seine Schulden und versprach ihm ein Monatsgehalt von umgerechnet 3000 Euro.

Bislang wurden Wahlen in Israel stets vom Konflikt mit den Arabern dominiert. Das könnte sich nun ändern. Immer mehr Israelis glauben, dass ihre Existenz nicht nur von außen gefährdet wird. „Die Korruption“, sagte selbst der jetzige Vizepremier Mosche Jaalon, „bereitet mir mehr Sorgen als die Bedrohung durch Iran.“

CHRISTOPH SCHULT

GROSSBRITANNIEN

Der furchtlose Mr. Clegg

Nach 13 Jahren Labour kündigt sich ein historischer Wandel an: Erstmals könnten die Liberaldemokraten bei der Wahl am 6. Mai das Zweiparteiensystem sprengen.

Zu den härtesten Prüfungen im Leben britischer Politiker zählt die Vorladung zu Jeremy Paxman, dem Moderator der BBC-Sendung „Newsnight“. Paxman ist der Großinquisitor des britischen Journalismus, gestandene Parteiführer hat er im Fernsehen schon ganz klein gemacht, seine Fragen sind wie Faustschläge. Kommt ihm eine Antwort vor wie eine Ausflucht, wiederholt er stur die Ausgangsfrage – gern auch ein Dutzend Mal.

Ein Auftritt bei Paxman mitten im Wahlkampf gilt als so riskant, dass Labour-Premier Gordon Brown, 59, die Einladung zunächst ausschlug. Auch sein konservativer Herausforderer David Cameron, 43, wollte lieber kneifen. Beide glaubten, sie könnten sich das leisten. Beide irrten.

Denn Nick Clegg, 43, der jungenhafte Chef der kleinen Partei der Liberaldemokraten, stieg furchtlos zu Paxman in den Ring. 30 Minuten lang hielt er allen Anwürfen stand – und sah gut aus dabei: telegen, gelassen, schlagfertig. Im Vergleich zum mürrischen Brown und dem oft schnöseligen Cameron wirkte der Außenseiter ungemein erfrischend.



PAUL HACKETT / REUTERS

Liberaldemokrat Clegg: *Der Triumph des dritten Mannes*

Dies war vor zwei Wochen der erste Sensationserfolg von Clegg, er hat ihm und seinen Fans Mut gemacht. Etliche Interviews und zwei 90-minütige Fernsehdebatten später ist Clegg zum Polit-Superstar aufgestiegen.

Der Triumph des dritten Mannes könnte Großbritanniens Politik von Grund auf verändern – ein historischer Umschwung kündigt sich an, manche meinen sogar: eine Krise der ungeschriebenen Verfassung.

Eben noch trug Clegg den Spitznamen „Nick Wer?“, da er nur wenigen Wählern bekannt war. Jetzt aber wird er schon mit Barack Obama verglichen, weil er so eine magische Gabe habe, mit Wählern im Fernsehen anzubandeln. Die wohl erstaunlichste Umfrage attestierte Clegg nach seinem ersten TV-Duell die höchsten Sympathiewerte seit Winston Churchill nach dem Sieg über Hitler.

Die Strategen der Tories waren bis vor kurzem siegessicher, nun sind sie verzweifelt: Die Labour-Partei ist nach 13 Jahren an der Macht am Ende, ihr Premierminister Gordon Brown verbraucht und unpopulär. Und nun könnten ausgerechnet die Linksliberalen David Camerons Wahlsieg verhindern – eine Partei, die seit Jahrzehnten das unglückliche Dasein einer dritten Partei in einem Zweiparteiensystem fristet. Das britische Mehrheitswahlrecht hat es ihr stets schwergemacht, denn es zählt nicht der Anteil einer Partei an den Stimmen insgesamt, sondern ausschließlich die Zahl der eroberten Wahlkreise.

Das kann gemein sein. 2005 kamen die Liberaldemokraten zwar landesweit auf mehr als 22 Prozent. Im Parlament mussten sie sich dennoch mit knapp 10 Prozent der Sitze bescheiden.

Koalitionen sind unüblich in Westminster, zumindest in Friedenszeiten. Das natürliche Schicksal eines jeden „Lib Dem“ war es daher, dauerhaft machtlos zu sein und an den Rand gedrängt zu werden.

Bis jetzt.

Dass Cleggs Partei eine Mehrheit im Parlament erreichen könnte, galt beim Londoner Buchmacher William Hill noch Anfang April als so wahrscheinlich wie eine Sichtung von Nessie, dem Monster von Loch Ness. Cleggs Chancen wuchsen auch nicht gerade, als seine Behauptung bekannt wurde, „mit nicht mehr als 30 Frauen“ geschlafen zu haben.

Nun aber, seit Clegg das Wahlvolk vor den Fernsehern hypnotisiert, sehen einige Umfragen seine Partei schon mit rund 33 Prozent Zuspruch auf dem ersten Platz, knapp gefolgt von den Tories. Browns Labour-Partei fand sich abgeschlagen auf Platz drei. Alle Umfragen belegen: Nie zuvor ist eine kleine britische Partei so schnell so weit gekommen. Die konservative Murdoch-Presse („Sun“, „Times“) müht sich seither, der Nation den Liebling zu vermiesen, doch ohne Erfolg. Millionen Briten sind verliebt.

Daran konnten auch von der „Sun“ veröffentlichte, angeblich in einem Taxi gefundene Notizen für Clegg nichts ändern. Handschriftlich verfasste Handlungsanweisungen für das erste TV-Interview sollen darauf gestanden haben: „Langsamer sprechen, entspannter gucken, mehr Leidenschaft zeigen“. Die „Daily Mail“ kramte sogar alte Spesenabrechnungen des Abgeordneten Clegg hervor, auch das blieb ohne Folgen.

Ist also die „Cleggophilie“ der dümmlichste Anfall von Medienhysterie seit dem Begräbnis von Diana, wie Londons

konservativer Bürgermeister Boris Johnson spottet? Oder markiert der Siegeszug des Liberaldemokraten den Beginn einer neuen politischen Zeitrechnung?

Der Blitzerfolg von Clegg war nur möglich, weil Labour- und Tory-Partei im Urteil vieler Wähler längst diskreditiert sind, und das nicht erst seit dem Spesenskandal vom vergangenen Jahr, der zeigte, dass sich fast 200 Abgeordnete auf Kosten der Allgemeinheit bereichert hatten. Diese Wähler hassen Brown und verachten Cameron gleichermaßen, nicht zuletzt, weil beide Parteien dem verhängnisvollen Angriff auf den Irak zugestimmt hatten.

Das ist die Lücke, in die der Überraschungskandidat sprang. Clegg umwirbt die Frustrierten und die Jungwähler mit der Idee eines Neuanfangs außerhalb des Establishments. „Lassen Sie sich nicht einreden, dass es dieses Mal nicht anders ausgehen kann – es kann“, sagte er den Zuschauern zum Schluss der TV-Debatte am vergangenen Donnerstag.

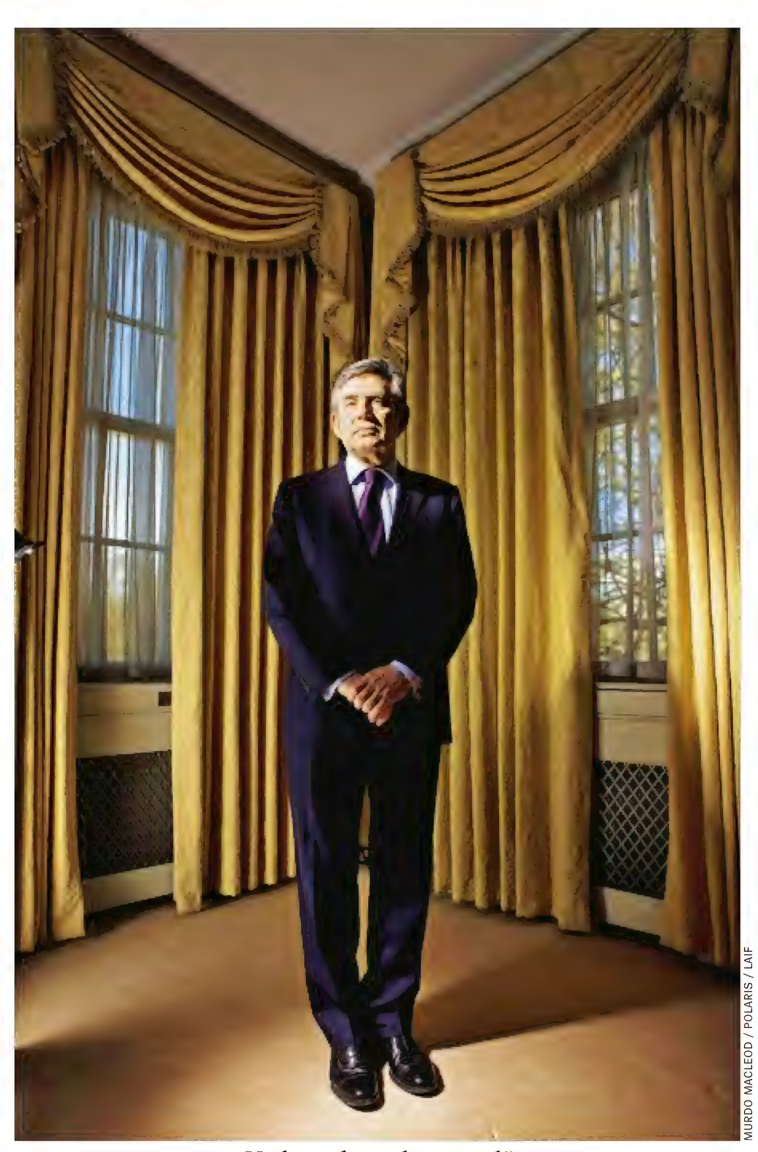
Überdies hat Clegg einen Schatten-Finanzminister mit Starqualitäten an der Hand. Vince Cable ist ein Politiker, der in Fernsehdiskussionen regelmäßig als Sieger vom Platz geht, vor allem verglichen mit dem unerfahrenen Finanzsprecher der Tories.

In anderen Ländern wurden Protestwähler gern von Populisten aufgesammelt: Geert Wilders in den Niederlanden, Jörg Haider in Österreich, Sarah Palin in den USA. Im zivilisierten Großbritannien ist das anders. Clegg ist kein Wirrkopf, aber dennoch eine Ausnahmeerscheinung für einen britischen Politiker.

Er ist Sohn eines halbrussischen Vaters und einer in Indonesien geborenen Holländerin. Verheiratet mit einer Spanierin. Er spricht Deutsch, Niederländisch, Französisch und Spanisch. Seine Söhne heißen nicht James und Henry, sondern Antonio, Alberto und Miguel.

Clegg hat für die EU-Kommission in Brüssel und in Zentralasien gearbeitet. Er bewundert das Projekt der Europäischen Union und hält den Euro für eine großartige Idee. Beides gab er trotz politischer Ambitionen auf der Insel der EU-Feinde freimütig zu.

Wie Cameron kommt Clegg aus reicher Familie, er hat eine überaus privilegierte Ausbildung genossen in einer teuren Privatschule und an der Elite-Uni Cambridge studiert, aber anders als sein konservativer Konkurrent profitiert Clegg vom Charme des Underdogs. Cameron gilt als „toff“, als Oberklasse-Zögling, Clegg hingegen verkauft sich als politischer Straßenkämpfer. Erst seit 2005 gehört er dem Parlament an, als erster Liberaler seit 1922 steht er nun vielleicht sogar kurz vor der Macht.



MURDO MACLEOD / POLARIS / LAIF

Labour-Premier Brown: *Verbraucht und unpopulär*

Peter Kellner, Chef des Meinungsumfrage-Instituts YouGov, hält das Undenkbare mittlerweile für nicht mehr völlig ausgeschlossen. Wenn Cleggs Beliebtheit bis zum Wahltag am 6. Mai weiter zunimmt, wenn er auch die letzte Fernsehdebatte am Donnerstag mit Bravour übersteht und in den Wahlkreisen noch mehr Köpfe verdreht, könnte er trotz der Widrigkeiten des britischen Wahlrechts sogar Premierminister werden.

Viel wahrscheinlicher aber ist ein anderes Ergebnis: Keine Partei wird im Parlament die absolute Mehrheit erringen. Ein solches „hung parliament“ hat es seit Februar 1974 nicht mehr gegeben. Die Clegg-Mannschaft könnte zum Königsmacher werden und dafür von den Tories oder von Labour Konzessionen einfordern. Vor allem das unfaire Wahlsystem werden die Liberalen ändern wollen und so den Zweiparteienstaat vielleicht dauerhaft zerstören.

Die Tories warnen nun vor den Gefahren eines parlamentarischen Patts. Wenn es keine Mehrheit gebe, so Kenneth Clarke, ehemals Finanzminister unter dem Konservativen John Major, werde es zu „einer Tragödie“ kommen. Das Pfund werde leiden, die Finanzmärkte würden Großbritannien abstrafen, am Ende werde nur der Weltwährungsfonds das Land retten können, so wie 1976. Clarke fleht seine Landsleute an, nicht „Lib Dem“ zu wählen.

Die Ratingagentur Moody’s teilt diese Ängste nicht. Ein Parlament ohne eindeutige Mehrheit für eine Partei werde eher in eine klassische Koalition führen und so eine breite Basis schaffen für die anstehenden Sparmaßnahmen. Immerhin, und das wird in diesem Wahlkampf oft vergessen, ist das britische Haushaltsdefizit prozentual nur wenig geringer als das griechische.

Die Frage ist nur: Mit wem werden die Liberaldemokraten kooperieren? Clegg hält sich alle Optionen offen. Im Augenblick ist nicht unwahrscheinlich, dass am Ende der Wahl ein Ergebnis stehen könnte, das zwar demokratisch zustande kam, aber dennoch undemokratisch anmuten würde: Die Labour-Partei könnte zwar unter den drei großen Parteien die geringste Zahl der Stimmen verbuchen, aber dennoch im Parlament die höchste Zahl der Sitze bekommen.

Das wäre eine Blamage für das Land, das für sich in Anspruch nimmt, der Welt die Demokratie geschenkt zu haben. Ausgerechnet der Wahlverlierer Brown könnte dann aufgerufen sein, die nächste Regierung zu bilden, mit oder ohne Beteiligung der Liberaldemokraten.

Dies, so mahnen viele, werde direkt in eine Verfassungskrise münden, denn eine solche Regierung, gestützt nur von einem Bruchteil der Bevölkerung, hätte zu wenig Legitimität.

In dem Fall würde nur eines helfen: Neuwahlen.

MARCO EVERS

SPIONAGE

Weißer Ritter

Mehrere Jahre lang verriet der Este Herman Simm hochsensible Militärinterna an den russischen Auslandsgeheimdienst. In einem geheimen Schadensgutachten kommt die Nato nun zu dem Ergebnis, der frühere KGB-Oberst sei der „schädlichste Spion in der Geschichte der Allianz“.





Russischer Nato-Spion Simm*: *Kämpfer für die Unabhängigkeit Estlands*

Ein Ehrenmann, dieser Herman Simm. Es ist Montag, der 6. Februar 2006, und er hat sich feingemacht. Trägt zur Feier des Tages seinen besten Anzug. Der estnische Staatspräsident hat ihn in seinen Palast geladen. Simm soll den „Orden des weißen Sterns“ empfangen. Für seine „Verdienste um den estnischen Staat“. Ausgerechnet er.

Es ist nicht der einzige Orden, mit dem Simm für seine Leistungen in diesem Jahr ausgezeichnet wird. Die andere Medaille sieht er nur auf dem Computerbildschirm, angeblich um seine Sicherheit nicht zu gefährden. Sergej Jakowlew zeigt sie ihm, sein Führungsoffizier beim russischen Geheimdienst SWR. Er ist es auch, der ihm verkündet, er sei zum Generalmajor befördert worden, weil er die Namen aller enttarnten und verdächtigten russischen Nato-Spione an Moskau geliefert habe. Wladimir Putin sei begeistert gewesen, lobt Jakowlew seinen besten Mann.

Vier Jahre später hat Simm die Spätphase seiner Karriere erreicht. In der Branche ist es durchaus üblich, seine alten Tage auf den wenigen Quadratmetern einer Gefängniszelle zu verbringen. Simms liegt in einem postsowjetischen Zweckbau aus Stahlbeton im estnischen Tartu. Dort trägt er schlichte Anstaltskleidung und sucht Trost in der Bibel. Fotos zeigen einen alt gewordenen Grauhaarigen mit traurigem Blick.

So also sieht der Mann aus, dem die Nato in einem geheimen 141-Seiten-Bericht bescheinigt, er sei der „schädlichste Spion in der Geschichte der Allianz“. Als Chef der Nationalen Sicherheitsbehörde habe Simm seit dem Nato-Beitritt Estlands im Frühjahr 2004 Zugang zu den meisten Geheimdokumenten des Bündnisses gehabt, die das Land bekam. Bis zu seiner Verhaftung im September 2008 habe er Tausende davon an die Russen weitergegeben, darunter hochsensible Informationen über die Geheimschutzpolitik der Nato, „inklusive der Installation, Wartung, Beschaffung und dem Gebrauch kryptografischer Systeme“.

Zudem habe der Meisterspion eine „große Bandbreite von Nato-Geheimdienstberichten und -analysen kompromittiert“, ob es nun um Terrorismusbekämpfung ging, um geheime Militärpläne

* Links: nach seiner Verhaftung 2008; rechts: bei seiner Pensionierung 2006.

oder um Gegenspionage. Nie zuvor habe ein Spion über so lange Zeit eine solche Menge an Militärgeheimnissen verraten.

Nato-Spione gab es auch schon früher. Der Deutsche Rainer Rupp lieferte unter dem Decknamen „Topas“ über Jahre Geheimnisse an die Stasi, der französische Offizier Pierre-Henri Bunel während der Kosovo-Krise Bombardierungspläne an Jugoslawien und der britische Übersetzer Daniel James sensible Details des Afghanistan-Einsatzes an Iran.

Der Fall Simm aber zeigt, welches Risiko das Bündnis einging, als es sich nach dem Ende des Kalten Krieges schrittweise nach Osten ausdehnte. Jedes der mittlerweile 28 Mitgliedsländer hat nun Zugang zu fast allen Geheiminformationen der Allianz. Das allein ist für Experten schon beunruhigend genug. Noch besorgniserregender allerdings ist, dass in den Sicherheitsapparaten einiger Beitrittsländer nach wie vor Angehörige der alten Elite arbeiten, deren Loyalität zuvor einem völlig anderen politischen System gehörte. Leute wie Herman Simm.

Im Mai 1947 kommt er im estnischen Städtchen Suure-Jaani als nichteheliches Kind zur Welt. Als er zwei Jahre alt ist, entgeht seine Mutter nur knapp den stalinistischen Säuberungen und der Verschleppung nach Sibirien. Als sie kurz darauf heiratet, bleibt der Junge bei der Großmutter und einer Tante zurück. In der Schule gilt er als ehrgeizig, fleißig und anpassungsfähig.

1966, Simm studiert in Tallinn Chemie, wird er vor einem Kino am Stadtrand Zeuge einer Schlägerei zwischen einer Jugendgang und der Polizei. Er greift ein. Mit seiner Hilfe gelingt es, die Bande zu überwältigen. Die Beamten sind überrascht, dass ausgerechnet ein Student ihnen geholfen hat. Sie bieten ihm Arbeit an. „Es ist der Beginn seiner Karriere beim sowjetischen Geheimdienst KGB“, sagt der Journalist Mihkel Kärnas, der den Fall Simm für das estnische Fernsehen dokumentiert hat.

Simm hält den neuen Job vor seiner Familie geheim. Die Tante, die unter Stalin verfolgt wurde, ist entsetzt, als sie davon erfährt. Wenig später lässt sich ihr Neffe in der Kirche von Suuri-Jaani konfirmieren. Auch darüber spricht er nicht.

Er macht schnell Karriere bei der Polizei. 1975 absolviert er die Akademie des Moskauer Innenministeriums mit Auszeichnung. Er wird Mitglied der Kommunistischen Partei. Simm begleitet Delegationen ins Ausland, und das darf nur, wer als politisch zuverlässig gilt. Nach einer Affäre mit einer Stewardess wird 1974 seine Tochter geboren, die heute als Computerspezialistin für die europäische Polizeibehörde Europol arbeitet.

Als der Zerfall der Sowjetunion beginnt, ist Simm Oberst und Träger von 44 Auszeichnungen, darunter alle drei Medaillen für tadelloses Verhalten. Doch seine alte Welt gibt es nicht mehr. Die frühere Sowjetrepublik Estland wird 1991 unabhängig, das KGB muss seine Zentrale in Tallinn aufgeben und kappt alle Verbindungen zu Simm.

Er wird nun plötzlich zum Kämpfer für die Unabhängigkeit Estlands. Als kommunistische Hardliner im Mai 1990 auf dem Domberg den Sitz von Regierung und Parlament angreifen, organisiert er die Verteidigung und wird als Held gefeiert. Gerüchte, er habe den Russen heimlich ein Tor geöffnet, verstummen bald.

Und wieder macht Simm Karriere. Er wird Polizeichef im Kreis Harju, zu dem auch Tallinn gehört, er überwacht den Abmarsch der Roten Armee, er sichert den Abtransport sowjetischer Atomraketen. 1994 steigt er zum Polizeichef der Baltenrepublik auf. Nach kaum einem halben Jahr ist Simm den Posten wieder los. Ihm wird Korruption vorgeworfen, was er bestreitet.

Das Angebot, sich degradieren zu lassen, lehnt er enttäuscht ab und lässt sich pensionieren. Als zudem noch die Beziehung zu seiner zwei Jahrzehnte jüngeren Geliebten zerbricht, fliegt er im Juli 1995 spontan nach Tunesien. Das zumindest ist die Version, die er später erzählen wird. In den Suks der Medina habe ihn ein alter Bekannter aus KGB-Zeiten angesprochen: „Ich bin es, Valentin.“

Walerij Senzow, geboren 1946 in Berlin, Deckname Valentin, studierte wie Simm an der Universität in Tallinn und begann schon früh seine Karriere beim sowjetischen Geheimdienst. Offiziell geht er 1991 in Russland in den Ruhestand, doch in dem geheimen Nato-Bericht heißt es, er habe ein Agentennetz im Baltikum aufgebaut.

Simm will Senzows Werben abgewehrt haben. Er sei doch gerade gefeuert worden und daher ohne Wert. „Mach dir darüber keine Gedanken“, habe Senzow geantwortet und ihn dann mit seiner KGB-Vergangenheit unter Druck gesetzt. Vier Bier später besteht Simm nur noch darauf, wieder als Oberst eingestuft zu werden und schlägt ein. Von nun an ist er Agent des russischen Auslandsnachrichtendienstes SWR, eines Nachfolgers des KGB.

Sagt Simm. Doch die Nato-Ermittler halten es auch für denkbar, dass er in Wirklichkeit nie aufhörte, Agent zu sein, und als „Schläfer“ in Estland blieb, um seine spätere Karriere vorzubereiten.

Wundersamerweise wird Simm kurz nach seiner Rückkehr aus Tunesien ins estnische Verteidigungsministerium berufen. Er wird Leiter der Analyseabteilung, baut Kontakte zu EU und Nato auf und bereitet den Beitritt seines Landes zum westlichen Verteidigungsbündnis vor.

Gleichzeitig liefert er alles, was ihm in die Hände kommt, an die Russen. Mal kopiert er die Unterlagen, mal fotografiert er sie. Senzow gibt ihm präzise Anweisungen. Simm muss die Filme in einen leeren Getränkekarton – rot oder orange – packen, wie Müll zusammenknüllen und in Parks deponieren. Jeder dieser „toten Briefkästen“ wird nur einmal benutzt. Zudem treffen sich Agent und Agentenführer 16-mal, in zehn verschiedenen Ländern.

Zu dieser Zeit wird Simm auch vom Bundesnachrichtendienst als Quelle geführt, nachdem er sich offenbar selbst angedient hat. Er informiert die Deutschen über russische Aktivitäten im Baltikum und kriminelle Strukturen. Dafür wird er gut bezahlt.

Im Juli 2001 heiratet Simm die frühere Sowjet-Polizistin Heete, die ebenfalls



UPI PHOTO / IMAGO

US-Marines bei Nato-Manöver*: *„Unsere wunden Punkte sind nun bekannt“*

* 1998 auf einem Flugzeugträger.



PHOTO PRESS SERVICE VIENNA

Russischer Präsident Putin (r.)*: *In Moskau „einen Sturm“ ausgelöst*

eine erstaunliche Nachwendekarriere gemacht hat und nun die Rechtsabteilung der Polizei leitet. Sie begleitet ihn oft auf seinen Reisen. Bei einer Verabredung in Helsinki im November 2001 nimmt Senzow Abschied. Er gehe nun in den Ruhestand. Der neue Kontaktmann heiße Antonio Amurett de Jesus Graf.

Hinter der falschen portugiesischen Identität verbirgt sich der SWR-Offizier Sergej Jakowlew, der an keiner Botschaft registriert ist. Nach Erkenntnissen der Nato führt der Mann vermutlich ein ganzes Netz russischer Agenten im Baltikum. Simm und Jakowlew begegnen sich zum ersten Mal auf einem Bahnhof am Stadtrand von Tallinn. Simm trägt eine Tasche über der linken Schulter, als Zeichen dafür, dass die Luft rein ist.

Das Verhältnis zum neuen Mann ist kühl, aber professionell. Simm bekommt einen regelmäßigen Agentenlohn, etwa 1000 Euro plus 200 Euro für die Gesundheitsvorsorge. Jakowlew stattet ihn mit einer digitalen Kamera und einem Laptop aus, mit USB-Sticks und einer Pillendose mit doppeltem Boden als Versteck für Speicherkarten. Simm fotografiert, kopiert und speichert Tausende Dokumente. Sein Material übergibt er bei 14 Treffen in ganz Europa, außer in Großbritannien („zu viele Kameras“), in Norwegen („zu teuer“) und in Deutschland („zu viele Polizeikontakte“).

Jedes Mal muss er vorher einen Zahlencode von einem öffentlichen Kartentelefon auf Jakowlews Pager schicken. Erst seine Identifizierungsnummer 242, später eine 55, wenn das Treffen wie verabredet stattfinden kann. Dann muss er warten, bis Jakowlew ihn anspricht. Im Fall eines Problems hätte Simm die 77 eintippen müssen, doch es gibt nie Probleme.

Am 29. März 2004 wird Estland Mitglied der Nato. Simm baut die Nationale Sicherheitsbehörde auf. Er entscheidet, wer welche Dokumente zu sehen bekommt, er ist zuständig für den Schutz geheimer Unterlagen, für den sicheren Datenverkehr mit Nato und EU, für die Sicherheitsüberprüfung der Beamten.

Seine Auftraggeber sind besonders an Verschlüsselungstechnik interessiert, und er liefert so viel, dass die Nato in ihrem geheimen Gutachten später zu dem Ergebnis kommt, Simms Aktivitäten hätten das Bündnis „anfälliger gegen Cyberattacken“ gemacht, da „unsere wunden Punkte nun bekannt sind“. Das elektronische Sperrfeuer, mit dem Estland 2007 drei Wochen lang praktisch lahmgelegt wurde, war ein erschreckender Beweis dafür.

Zu dem Zeitpunkt wird Simm überwiegend mit der Suche nach potentiellen Agenten beauftragt. Bis zu 60 Fragen soll er über Kandidaten beantworten, vor allem über Hobbys und mögliche Schwächen für Autos, Frauen oder Alkohol.

Als „besonders beunruhigend“ wertet die Nato Simms Teilnahme an den jährlichen Sicherheitskonferenzen im militärischen Nato-Hauptquartier im belgischen Mons sowie an zwei Konferenzen zur Spionageabwehr 2006 und 2007.

Dabei wird 2006 im niederländischen Brunssum unter anderem eine CD verteilt, auf der die Namen von sämtlichen erkannten und verdächtigten russischen Nato-Spionen gespeichert sind, ebenso wie detaillierte Angaben über Doppelagenten. Die CD sei „direkt bei Putin auf dem Schreibtisch gelandet“ und habe in Moskau einen „Sturm ausgelöst“, lobt Jakowlew den Meisterspion. Simm erhält 5000 Euro Prämie und wird angeblich zum Generalmajor befördert.

Dieser Verrat, so der geheime Nato-Bericht, schädige die Allianz in hohem Maße bis in unbestimmte Zeit. Doch kurz darauf gerät Simm in das Visier der westlichen Spionageabwehr. Wie genau, ist unklar. Die Ermittlungen, an denen der BND und das FBI beteiligt sind, beginnen am 26. Mai 2008 unter dem Decknamen „Weißer Ritter“. Simm, mittlerweile Berater des estnischen Verteidigungsministers, steht unter Beobachtung.

Am 16. September 2008 ruft sein Agentenführer auf dem Handy an und verstößt damit eklatant gegen die Sicherheitsvorschriften. Niemals zuvor hatte er so offen Kontakt aufgenommen. Jakowlew sagt das Treffen ab. „Ich bin krank“, entschuldigt er sich in dem Telefonat, das die estnische Sicherheitspolizei Kapo mithört.

Drei Tage später zieht sich der Ring um Simm zusammen. Seit Tagen schon ist er lückenlos observiert worden. An diesem Nachmittag fährt er in das Einkaufszentrum Röömu (Vergnügen) nach Keila, einer Kleinstadt unweit seines Reihenhauses in Saue. Zusammen mit seiner Ehefrau Heete kauft er Kuchen für die Schwiegermutter. Als er zurück zu seinem Auto geht, wird er festgenommen. Ein Notarztwagen steht um die Ecke bereit, aber Simm leistet keinen Widerstand.

In seinem Landhaus findet die Polizei seine Spionageausrüstung, Stapel an Geheimpapieren, zwei Pistolen, zwei Gewehre und Zettel mit Anweisungen von Jakowlew samt dessen DNA. Von dem Agenten selbst gibt es keine Spur. Später heißt es, er sei in die USA übergelaufen.

Am 25. Februar 2009 wird Simm zu zwölfeinhalb Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Außerdem muss er umgerechnet rund 1,3 Millionen Euro Schadensersatz zahlen und Einkommen in Höhe von rund 85 000 Euro erstatten.

Zur Sicherung der Ansprüche werden mehrere Häuser und Grundstücke beschlagnahmt, darunter die Hälfte seines Landhauses und sein Anteil eines Reihenhauses in Saue bei Tallinn, ein Dutzend Aquarelle und Ölgemälde und eine Sammlung von 44 Münzen.

Ein Jahr vor seiner Festnahme hatte Simm der Kirche in seinem Geburtsort Suuri-Jaani einen Kandelaber gespendet. Glück hat ihm das nicht gebracht. Selbst die Hoffnung, seinen Lebensabend als pensionierter General in Russland zu verbringen, erweist sich als Illusion. Rang und Medaillen, sagt ihm sein Führungsoffizier Jakowlew bei ihrem letzten Treffen, habe es in Wahrheit nie gegeben. Er sei nichts anderes als ein bezahlter Verräter.

FIDELIUS SCHMID, ANDREAS ULRICH

* Beim Besuch der Grenztruppen in der Krasnodar-Region 2006.

CHINA

Labor der Zukunft

Die Volksrepublik feiert sich mit der spektakulären Expo in Shanghai. Doch gerade die Weltausstellung zeigt die Widersprüche, denen sich die Supermacht gegenübersieht – selbst in ihrer Vorzeigemetropole, die wieder zur Weltstadt wurde.
Von Erich Follath und Wieland Wagner

Präzise der Stechschritt, schnittig die beigegrünen Tarnuniformen, die Fäuste entschlossen gen Himmel gereckt. Ein Kampfschrei aus 800 Kehlen: „Wir sind angetreten, unsere Mission zu erfüllen! Wir sind entschlossen, den Kampf zu gewinnen!“ Die Männer, die zu einer Spezialeinheit der Staatssicherheit gehören, leisten ihren Schwur vor abschussbereiten Maschinengewehren, die auf mobilen Rampen befestigt sind.

Es ist kein Krieg in Shanghai, es geht um die Expo, eine riesige Wirtschafts-Show. Die zum Drill angetretenen Truppen sollen nur üben, wie man Besucher beschützen kann. Aber wenn es sich um eine Großveranstaltung handelt und um nationales Prestige, dann kann es in der Volksrepublik nicht martialisch genug sein. Wirtschaft ist hier immer auch Kampf, die Ökonomie eine andere Form des Kriegs. Und dabei müssen Rekorde gebrochen, Superlative in den Schatten gestellt werden: China als Nummer eins.

Am 1. Mai wird die Weltausstellung mit einem spektakulären Feuerwerk eröffnet und soll dann sechs Monate lang Gäste in die chinesische Vorzeigemetropole locken. 70 Millionen mindestens, das ist das Planziel für die teuerste und aufwendigste Expo aller Zeiten, die mit ihrem geschätzten Gesamtetat von drei Milliarden Euro selbst die Ausgaben für die Olympischen Spiele in Peking übertrifft.

Über 240 Nationen und internationale Organisationen sind beteiligt, auf einem 5,3-Quadratkilometer-Gelände links und rechts des Huangpu-Flusses hämmern Arbeiter noch bis in die letzten Stunden zur Eröffnung. Über 100 Pavillons entstehen,





SHANGHAI DAILY/ IMAGINECHINA (L.); AP (R.)

Chinesischer, britischer Expo-Pavillon: *„Wir sind entschlossen, den Kampf zu gewinnen“*



GETTY IMAGES

die das vorgegebene Thema variieren: „Bessere Stadt, besseres Leben“. Der größte Pavillon gehört dem Gastgeber, kein anderer darf mehr als halb so hoch sein wie das chinesische Schaustück, das sich „Krone des Ostens“ nennt. Die Deutschen setzen in ihrem verschachtelten Gebäude auf innovative Stadtplanung mit grünen Technologien, die Japaner zeigen violinspielende Roboter.

Dabei sein ist alles – und wer nicht willig war, wurde mit sanfter Gewalt zum Mitmachen gezwungen. Etwa die USA. Erst hatten sie sich die Ausstellung schenken wollen, dann machte Außenministerin Hillary Clinton nach einer dringenden Pekinger Demarche bei der Industrie Druck; schließlich entstand ein US-Pavillon mit dem eher bescheidenen Aufwand von 61 Millionen Dollar – die Saudi-Araber etwa ließen für ihren Pavillon mehr als das Doppelte springen.

„Alle Nationen müssen begreifen, dass ihre Zurückhaltung sie um Geschäftschancen bringt“, sagt Shen Dingli, Professor für internationale Beziehungen an der Shanghaier Fudan-Universität. Die Expo stehe im Zentrum der chinesischen Diplomatie, betonte Außenminister Yang Jiechi. Mancher fühlte sich da an frühere Zeiten erinnert – an die Ära der Ming- und Qing-Dynastien vom 14. bis Anfang des 20. Jahrhunderts, in der die Kaiser fremde Völker als tributpflichtig erachteten und Geschenke für die Gunst einforderten, mit China Handel treiben zu dürfen.

Fast bis zu der Zeit um 1820, als die Briten begannen, das Reich der Mitte durch Opium zu schwächen, und so ein Zeitalter der Demütigung einläuteten, war China die stärkste Wirtschaftsmacht der Erde – heute ist das Land auf dem Weg, diese Rolle zurückzuerobern. Exportnation Nummer eins sind die Chinesen schon, seit sie vergangenes Jahr Deutschland überholten; und Experten erwarten um das Jahr 2030 dann auch die Überrundung der USA.

Keine der alten ökonomischen Schwergewichtsnationen hat die jüngste Krise so eindrucksvoll überstanden. Während die EU und die USA 2009 Rückgänge der Wirtschaftsleistung um drei bis vier Prozent beklagten, verzeichnete die Volksrepublik ein Plus von fast neun – und im ersten Quartal dieses Jahres meldete Peking sogar einen Zuwachs von 11,9 Prozent. Die mit Abstand größten Devisenreserven besitzt Peking ohnehin und lässt inzwischen auch sehr selbstbewusst und ohne Rücksicht auf westliche Wünsche die politischen Muskeln spielen – bei der Klimakonferenz in Kopenhagen, den Sanktionsverhandlungen gegen Iran, der Aufwertung der künstlich niedrig gehaltenen eigenen Währung. Peking kennt nur eigene Interessen.

In den vergangenen Monaten hat China wieder viele Reformjournalisten entlassen und Bürgerrechtler inhaftiert oder unter Hausarrest gestellt, wie erst vorige Woche wieder den Shanghaier Dissidenten Feng Zhenghu. China hat den US-Präsidenten gedemütigt, als es in Kopenhagen nur einen Vizeminister zu einer mit Obama anberaumten Besprechung schickte. China hat verschärft das Internet zensiert und ganz offensichtlich Cyber-Attacken gegen ausländische Firmen und sogar Staaten initiiert. Die neue Hybris bekamen auch europäische Diplomaten zu spüren. Wenn die EU nicht bald ihr Waffenembargo gegenüber China aufhebe, werde sie, drohten Pekings Emissäre, „später nicht in der Lage sein, Waffen in der Volksrepublik zu kaufen“.

Die Expos von Hannover im Jahr 2000 und im japanischen Aichi 2005 sind längst vergessen – mit einer Weltausstellung die Welt beeindrucken zu wollen scheint ein anachronistisches Konzept. Was will die Volksrepublik mit ihrer Supershow erreichen? Geht es den Chinesen darum, endgültig als Großmacht in der Weltgemeinschaft integriert zu werden, oder wollen sie sich von ihr abheben und eigene Spielregeln aufstellen? Praktizieren sie das klassische „shangwu chouti“ – den Gegner aufs Dach holen und ihm die Leiter entziehen? Oder entspricht ihre Arroganz eher Unsicherheit, weil sie in Wahrheit keine Antworten auf die Herausforderungen haben, das Gefälle zwischen Arm und Reich, die Korruption, den fehlenden nationalen Zusammenhalt?

Shanghai war immer ein Laboratorium der kühnen Ideen, die Stadt der endgültigen Experimente, der Avantgarde. Es steht für die besten und katastrophalsten Epochen dieses Landes, ein Synonym für





FOTOS: FRITZ HOFFMANN / NATIONAL GEOGRAPHIC

Geburtstagsparty für die Kinder von Reichen im Barbie-Shop, abgerissenes Armenviertel: *„Wir unterschätzen, dass die Widersprüche*

Sex und Sünde, für unermesslichen Reichtum und für unfassbare Ausbeutung – abstoßend und anziehend zugleich. Paradies der Abenteurer, Prostituierte Asiens, Paris des Ostens nannte man die Metropole in den zwanziger Jahren, als sie eine Weltstadt war. „Wenn Gott dieses Shanghai gewähren lässt, schuldet er Sodom und Gomorrha Abbitte", stöhnte einst ein Missionar, als er sah, was die fremden Herren in ihren den Einheimischen abgepressten Niederlassungen anrichteten. „Shanghaien" wurde in westlichen Sprachen zu einem festen Begriff – jemanden unter Alkohol setzen und auf ein Schiff verschleppen, meint es im wörtlichen Sinn, jemanden übertölpeln im übertragenen.

Auf die Manchester-Kapitalisten folgten 1949 Maos Kommunisten, machten die Schillernde grau. Während der furchtbaren Kulturrevolution in den Sechzigern befand sich hier das Zentrum der Viererbande – als brauchte diese Stadt besondere ideologische Überwachung. Der Reformer Deng Xiaoping beäugte Shanghai noch mit Misstrauen. Doch seit über zwei Jahrzehnten steht die Metropole am Huangpu meist wieder in der Sonne der Partei, sie gilt als „Kopf des Drachen".

Und erneut ist es dieser besondere Typ, der Fortschritt definiert, der China den Weg weist: der Shanghai-Mensch.

Dein Parteisekretär, dein Patriarch

Yu Zhengsheng, 65, regiert ein Reich der Widersprüche. 13 Millionen Menschen drängen sich im Shanghaier Stadtkern um den Huangpu, 20 Millionen sind es, wenn man die Vororte mitzählt. Im neuen Geschäftsviertel Pudong hasten die Börsianer zum größten Handelsplatz Chinas, hämmern die Bauarbeiter an einem neuen 632-Meter-Turm. Im alten Puxi auf der anderen Uferseite wetteifern im ehemaligen Arbeiter- und heutigen Vergnügungsviertel Xintiandi („neue Welt") Starbucks und Paulaner um Kunden. Links liegengeblieben wirkt mitten darin das Steinhaus, der Ort, in dem 1921 die chinesische Kommunistische Partei gegründet worden ist. Das kaum besuchte Museum der Revolution liegt drei Kilometer entfernt von der hippen „Bar Rouge" an der Uferstraße Bund und nicht ganz so weit von dem Showroom eines italienischen Sportwagenherstellers – der Osten ist rot, ferrarirot.

Von seinem Büro aus leitet Yu die Sicherheitsmaßnahmen für die Expo. Mehr als 6000 „Kleinkriminelle" entfernten seine Polizisten in den vergangenen zwei Wochen von Shanghais Straßen, zusätzlich wurden fliegende Händler, Bettler und Prostituierte festgenommen oder „ausgelagert". Alle Expo-Besucher müssen jederzeit mit Gepäckkontrollen rechnen, selbst in ihren Hotelzimmern, verkündete die Parteipresse und warnte vor



WANG ZHOU BJ / IMAGINECHINA / LAIF

Parteichef Yu
„Schockierende und böse Korruption"



WANG ZHOU BJ / IMAGINECHINA

Fernsehstar Yang
„Transparente Regierungsentscheidungen"

„nuklearen Gefahren". Ob die terroristische Bedrohung aus dem Ausland oder aus der muslimisch geprägten Unruheregion Xinjiang kommt, sagen sie nicht.

Immerhin wandte sich Yu jetzt mit einer großzügigen Geste an die Bewohner: Allen Haushalten versprach er Gratistickets für die Expo und jeweils einen 20-Euro-Fahrtkostenzuschuss noch dazu. Die Shanghaier hätten während der Vorbereitung der Weltausstellung so viel Dreck und Lärm erdulden müssen, sie hätten ein Dankeschön verdient, verkündete Yu, ohne im Einzelnen daran zu erinnern, wie die Bürger Shanghais gegängelt worden waren: Sie mussten die Fassaden ihrer Häuser neu streichen lassen und auf ihre liebe Gewohnheit verzichten, im Schlafanzug zum Kiosk zu gehen.

Erstaunlich finden auch viele, dass ihr sonst so unnahbarer und mit seiner Gelehrtenbrille professoral wirkender Spitzenkader plötzlich das Volk und dessen Alltagssorgen ernst nehmen will. Lange hat sich Yu mit öffentlichen Äußerungen zurückgehalten. Der erfahrene KP-Kader weiß, wie eng Aufstieg und Fall in der Volksrepublik beieinanderliegen können: Sein korrupter Vorgänger Chen Liangyu ist 2008 zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt worden; er hatte viele Millionen Dollar aus den lokalen Pensionsfonds für befreundete Unternehmer abgezweigt.

1985 setzte sich Yus Bruder, ein hochrangiger Geheimdienstler, ins Ausland ab. Er hatte angeblich Teile des chinesischen Spionagenetzes in den USA auffliegen lassen. Nur enge Beziehungen zur Familie des allseits verehrten Wirtschaftsreformers Deng Xiaoping bewahrten Yu vor Sippenhaft. Und nun gibt die Expo ihm Gelegenheit, sich als Führer von nationalem Format zu bewähren, so wie die erfolgreichen Shanghai-Chefs vor ihm, denen die Stadt als Karriere-Sprungbrett diente: der spätere KP-Chef Jiang Zemin; der Premier Zhu Rongji; Vizepräsident Xi Jinping, der Shanghai nach dem Kor-



ausbrechen könnten“

ruptionsskandal 2007 aus dem Schlamassel zog und als Favorit für den höchsten Staatsposten gilt, wenn 2012 in der KP eine Wachablösung stattfindet.

Yu kämpft mit fast allen Herausforderungen, vor die sich auch das übrige Riesenreich täglich gestellt sieht. Und manchmal scheinen die verdeckten Spannungen in der chinesischen Gesellschaft selbst ihm unheimlich zu werden. „Ich glaube, wir unterschätzen, dass die Widersprüche ausbrechen könnten – und in welchem Ausmaß“, warnte er kürzlich im Lokalfernsehen. Vor allem die Korruption, so Yu, sei „noch ein ernstes Problem“, gegen 17 leitende und 100 niedere Kader werde in Shanghai ermittelt. Einige Fälle seien „bösartig und schockierend“.

Es ist das erste Mal, dass sich Yu gegenüber den Medien ausführlich zum Verhältnis seiner Partei äußert. Wenn Chinas Kommunisten einst von den „Massen“ sprachen, meinten sie vor allem Arbeiter und Bauern. Doch in Shanghai muss Yu zunehmend auch als Anwalt der aufsteigenden städtischen Mittelschicht agieren. Daher machte es Yu auch zur Chefsache, als im vergangenen Jahr ein fast fertiges Apartment-Hochhaus einfach umfiel. Yu verweist stolz darauf, er habe „unverzüglich“ für Aufklärung gesorgt. Der Pfusch am Bau drohte den kollektiven Traum der Shanghaier vom Glück in einer eigenen Wohnung zu erschüttern – und damit die ständig beschworene gesellschaftliche Harmonie überhaupt.

Künftig, verspricht Yu, wolle die Regierung Viertel nur noch abreißen lassen, wenn die Mehrheit der Bewohner damit einverstanden sei – ganz neue, liberal klingende Töne. Auf diese Weise sei die Partei dann doch „auf einem guten Weg, eng mit den Massen verbunden zu sein“.

Malocherin fürs kleine Glück

Stotternd springt das Moped an, mit dem sich Yan Yan, 24, durch ihren 18-Stunden-Arbeitstag manövriert. Die Wanderarbeiterin aus Jiangsu, einer Nachbarprovinz von Shanghai, bricht zur Nachtschicht auf. Sie muss in einer Fabrik Plastikgehäuse für Digitalkameras mit Farbe besprühen – es ist ein gefährlicher Job. „Die Farbe ist ätzend“, sagt Yan, „ich bekomme Kopfschmerzen davon.“ Sicherheit am Arbeitsplatz zählt hier ebenso wenig wie in den oft privaten Kohlegruben im ganzen Land, in denen jährlich mehrere tausend Menschen unter skandalösen Umständen ums Leben kommen.

Yan aber ist froh über ihren Job. Erst kürzlich lebte sie ein halbes Jahr ohne eigenes Einkommen, sie musste ihr Baby stillen und konnte nicht mehr arbeiten. Doch jetzt gibt Yans Schwiegermutter der Kleinen die Flasche, und Yan kann monatlich etwa 1500 Yuan (160 Euro) beitragen zum Einkommen der Sippe. Die junge Frau hat sich einen dicken rosa Anorak übergezogen. Hier draußen nahe dem Flughafen Pudong weht der kalte Aprilwind direkt vom Meer herüber. Die Fabrik ist nicht geheizt, ebenso wenig wie ihre Wohnung. Die düstere Bleibe besteht aus einem Zimmer für Yan und ihren Mann, von der Decke baumelt eine Neonleuchte, ansonsten besteht die Einrichtung aus einem breiten Bett, einem Reiskocher und einem alten Fernseher.

Yan fährt vorbei an den niedrigen Betonhäusern der Wanderarbeiter, den eigentlichen Machern des chinesischen Wirtschaftswunders, der Verfügungsmasse – allein in Shanghai sind es rund fünf Millionen. Es ist eine eigene dörfliche Welt mit billigen Garküchen, Kramläden und Friseursalons, die andere Zugereiste betreiben. Zwischen den Häusern liegen ölig schimmernde Teiche, in denen einst Fische gezüchtet wurden. Jetzt sammeln sich dort Plastiktüten und sonstiger Müll. Vom Zentrum her rücken die Hochhäuser immer näher an die Hütten von Yan und ihren Nachbarn heran – in Kürze sollen sie abgerissen werden und modernen Wohnblocks Platz machen.

Ans Umziehen hat sich Yans Familie längst gewöhnt. Sie besitzt kein „Hukou“ – so nennen die Chinesen das dauerhafte Wohnrecht. Ihre in Shanghai geborene Tochter muss Yan in ihrer Heimatprovinz registrieren lassen. Um die Oberschule zu besuchen, wird das Mädchen später in die Heimat seiner Eltern zurückkehren müssen. Die Partei will verhindern, dass an den Rändern von Metropolen wie Shanghai Slums wachsen wie in Indien oder Südamerika. Und deshalb drängt sie die Zugereisten, nach getaner Arbeit die Stadt wieder zu verlassen.

Yan und ihre Familie wollen so lange wie möglich bleiben, trotz der unsäglichen Arbeitsbedingungen und all der anderen Schikanen – sie glauben an eine bessere Zukunft. Kürzlich schaffte sich Yans Schwiegervater Yuan bereits seinen zweiten gebrauchten Kleinlaster an. Vor





LE FIGARO MAGAZINE / LAIF (L.); WU HANREN / IMAGINECHINA (R.)

Bademodenschau im Luxushotel, Wanderarbeiter bei der Mittagspause auf dem Expo-Gelände: *„Ein Schaufenster, durch das die Welt China*

15 Jahren war er als Wanderarbeiter nach Shanghai gekommen. Doch inzwischen transportiert er mit Yans Ehemann selbst Stahlträger und Bambuslatten zwischen den Shanghaier Baustellen hin und her. Stabilität und Aufstiegschancen – das ist alles, was sie wollen.

Der Schwiegervater ist erst 48 Jahre alt, aber mit seinem verwitterten Gesicht sieht er aus wie ein Greis. Bis 60 will der Aufsteiger weiterschuften, dann will er sich zur Ruhe setzen. Natürlich in Shanghai. In einer eigenen kleinen Wohnung. Ein Leben in seinem Heimatdorf könne er sich nicht mehr vorstellen, sagt er. „Dorthin kehre ich nicht mehr zurück."

Eine Frau für den schönen Schein

Es sind nicht nur die Ausländer, die zwangsverpflichtet werden, um die Expo noch strahlender zu machen: Wer in China etwas zählt, bekommt die Ehre eines Expo-Botschafters zugewiesen und muss sie mit Leben füllen. Neben dem Pianisten Lang Lang und dem Turn-Olympiasieger Li Ning strahlt und singt nun auch der wohl berühmteste TV-Star für die Weltausstellung. „Dabei kann ich gar nicht singen", sagt lächelnd Yang Lan, 42, im Shanghaier Hilton Hotel, wo sie in einer Suite residiert und ein Juweliergeschäft betreibt.

„Die Expo ist ein Schaufenster, durch das die Welt China sehen wird und China die Welt", sagt die glamouröse Dame im Designer-Outfit. Yang glaubt, dass in Shanghai ein großes Umdenken in Sachen Umweltschutz begonnen hat, dass es um nachhaltige, langfristige Lösungen geht: „Die Regierungsentscheidungen müssen transparenter werden." Die Medien, vor allem das Internet, sollten Missstände aufdecken, früher oder später werde das eine erstarkte Mittelklasse auch offen verlangen, hofft die erstaunlich kritische Expo-Botschafterin. Aber sie weiß auch, dass diese Mittelklasse, anders als von vielen erwartet, in den letzten Jahren die autoritären Strukturen eher gestärkt hat, dass es in China derzeit leichter ist, nationalistische Gefühle zu stärken als reformerische.

Yang ist eine Ausnahmeerscheinung, sie hat in Peking und an der New Yorker Columbia University studiert und mit ihrem Mann 2000 ein erfolgreiches Medienunternehmen gegründet. Eine TV-Moderatorin mit einem Millionenvermögen. Eine Abgeordnete der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, die einmal im Jahr in Peking tagt. Eine Philanthropin, deren Wohltätigkeitsveranstaltungen Shanghaier Stadtgespräch sind. Was wünscht sie sich von der Weltausstellung, was kann und will sie noch journalistisch erreichen?

„Ich hätte gern, dass meine Fernseh-Talkshow nicht zensiert würde", sagt sie, „und dass ich nach Henry Kissinger, Gerhard Schröder und Bill Clinton endlich auch einmal einen hochrangigen chinesischen Politiker interviewen dürfte. Aber leider sind die alle ein bisschen scheu."



QI YUNFENG / IMAGINECHINA

Jurist Zheng
„Hier spielt die Musik"



WIELAND WAGNER / DER SPIEGEL

Unternehmerin Ye
„Freizeit ist das Geschäft der Zukunft"

Der sprühende Störenfried

An den Eingängen der Wohnanlage im Stadtbezirk Baoshan, fern vom Zentrum im Norden Shanghais, wachen Blockwarte in Kontrollhäuschen darüber, dass keine Unbefugten auf das Areal gelangen. Und doch passiert hier bisweilen Unerhörtes. Die Gefahr für Ruhe und Ordnung droht nicht von außen. Sie kommt von innen, von einem der Bewohner. Die Spuren des jüngsten Zwischenfalls sind noch sichtbar an den grauen Außenwänden des heruntergekommenen Wohnblocks. „Funktionäre der Kommunistischen Partei sind Schweine", stand da an der Wand.

Der Mann, der die Herren von Shanghai mit seinen Pinselstrichen herausfordert, heißt Zhang Junwei und wohnt gleich rechts im Parterre eines der Blocks. Er ist 65 Jahre alt, hat eine silberne Brille und grauweiße Haare. Er sieht nicht aus, wie man sich einen Graffiti-Sprüher normalerweise vorstellt.

Auf eine schwarze Tafel neben den Briefkästen gegenüber Zhangs Wohnungstür haben die Nachbarn mit Kreide säuberlich den offiziellen Slogan zur Expo geschrieben: „Bessere Stadt, besseres Leben". Zhang empfindet diesen Spruch als bittere Ironie: Sein Leben jedenfalls, sagt er, werde immer trüber und tragischer. Seit zwölf Jahren kämpft er um eine Entschädigung für seine frühere Wohnung im zentrumsnahen Stadtbezirk Hongkou; sie musste modernen Apartments weichen. An einem Abend im März verlor die Obrigkeit dann die Geduld mit Zhang und seinen Graffiti-Provokationen: Um 21 Uhr drangen ein Dutzend Polizisten in seine Wohnung ein und führten den Aufsässigen ab.



sehen wird und China die Welt"

Es ist eine Geschichte des verzweifelten Widerstands, wie sie sich täglich in Shanghai wie auch überall sonst im Boomland China abspielt. Die Partei will das Reich der Mitte zwangsmodernisieren, ohne Rücksicht auf Opfer. Wer sich wehrt, gilt als Querulant. Zhang hat sich ans Bett seiner Frau gesetzt, um von seinem Kampf zu erzählen. Sie liegt gekrümmt unter einer Decke, seit einem Schlaganfall kann sie sich kaum mehr bewegen, nicht mehr sprechen. Auch dafür macht Zhang den Staat verantwortlich, „sie hatte sich so aufgeregt".

Bis morgens um sechs wurde er damals verhört, Gruppen von je vier Beamten nahmen den Rentner in die Mangel. Anhand eines Fragebogens sollte Zhang erklären, dass er „psychisch krank" sei. Zhang verweigerte die Unterschrift. Es ist feucht und dunkel in der Wohnung, die zugigen Fenster hat er notdürftig mit Pappe abgedichtet; der Fußboden besteht aus rauem Beton. „Ich will die chinesische Regierung ja gar nicht stürzen", sagte ihnen Zhang, „ich fordere nur Entschädigung für unsere Wohnung."

Früher arbeiteten beide in einer Waffenfabrik. Jetzt müssten sie von insgesamt 800 Yuan Rente im Monat leben, für die dringend nötige medizinische Versorgung seiner Frau reiche das Geld vorne und hinten nicht. „Das ganze Leben haben wir der Partei geopfert – und jetzt das."

Der Comeback-Karrierist

Wenn es irgendwo einen Goldrausch gibt, musst du dabei sein – so etwa könnte das Lebensmotto von William Zheng, 35, lauten. Dass er es so perfekt umsetzen konnte, verdankt er auch seinen Eltern. Beide waren KP-Kader, der Vater Chirurg im Shanghaier Zhongshan-Krankenhaus, die Mutter Universitätsprofessorin. Doch als sie gemerkt hatten, welche furchtbaren Verwundungen die Kulturrevolution in China angerichtet hatte, wie ihre ideologischen Überzeugungen pervertiert wurden, da kehrten sie dem Land den Rücken. Ihren damals dreijährigen Sohn nahmen sie mit, sie zogen nach Amerika, zu neuen Freiheiten.

William Zheng machte sein Examen in internationalem Recht. Als Jurist arbeitete er lange Zeit erfolgreich in den USA. Doch als ihm Freunde von den Fortschritten und neuen geschäftlichen Freiheiten in der alten Heimat erzählten, beschloss er 2003, wieder in seine Geburtsstadt zurückzugehen. Bereut hat er es keine Sekunde – so wenig wie all die anderen Heimkehrer. Meist nicht aus sentimentalen Gründen, sondern weil man heute als ehrgeiziger und gutausgebildeter Chinese mehr Geld in der Volksrepublik machen kann als im Westen. Kalifornischer Goldrausch – seitenverkehrt.

Zhengs Geschäfte laufen prächtig, wenngleich sich die Prioritäten verändert haben. Während der smarte Aufsteiger früher hauptsächlich amerikanischen Kunden half, den chinesischen Markt zu erschließen, führt er heute Firmen aus Shanghai, aber auch aus den Provinzen in die Geheimnisse der US-Wirtschaft ein. Immer mehr erfolgreiche chinesische Unternehmen wollen westliche Firmen aufkaufen oder dort mit eigenen Fabriken expandieren.

New York war gestern: Shanghai lockt inzwischen chinesische Talente gezielt vom Hudson River an den Huangpu – hier sollen sie an dem nationalen Kraftakt mitwirken, aus Shanghai bis 2020 einen globalen Finanzplatz zu machen. Als Glücksbringer für steigende Börsenkurse wollen die Stadtväter zum Auftakt der Expo feierlich einen Bullen am Bund aufstellen lassen. Die bronzene Statue gaben die Chinesen bei dem Künstler in Auftrag, der einst auch den legendären Bullen von der Wall Street schuf. Allerdings wird das Shanghaier Börsen-Tier rötlicher leuchten, und sein Schwanz soll aggressiver und bedrohlicher in die Höhe ragen als der des Originals.

Zheng spielt mit dem Gedanken, ein Apartment zu kaufen – vielleicht in der Nähe des Expo-Geländes, wo einheimische Makler, die sich „Eigentumsberater" nennen und nur über VIP-Telefonnummern zu erreichen sind, Luxuswohnungen anbieten mit Namen „Portofino", eingerahmt von byzantinischen Säulen und römisch anmutenden Mosaiken.

Im vergangenen Herbst gingen nahe dem Expo-Gelände am Fluss auf einen Schlag 80 Apartments weg, die Kunden bezahlten 8000 Euro pro Quadratmeter, manche kamen gleich mit Cash. Hunderte Kaufwillige, die sich wie bei der Schnäppchenjagd im Schlussverkauf um das Recht der Anzahlung balgen, das ist nicht, was Zheng sich vorstellt. Da wartet er lieber noch, bis die Weltausstellung vorbei ist und vielleicht die Preise fal-

len. Oder bis die Immobilienblase platzt – was viele als sehr reale Gefahr sehen.

„Aber auch so einen Crash wird die Stadt wegstecken“, sagt der Comeback-Karrierist. „Ich lebe wahnsinnig gern in Shanghai – hier wird die Zukunft gestaltet, hier spielt die Musik.“

Verkäuferin der Träume

Auch Michelle Ye, 25, verkauft Träume, und dass sie die Kunden dabei „shanghait“, kann man nicht sagen. Die junge Dame, geboren und aufgewachsen in der Küstenstadt Xiamen, legt Wert auf solide Geschäfte. Die Preisliste ihrer Angebote hat sie immer bei sich. Das beliebte Modell „Sea Stella“ kann sie sehr empfehlen, es kostet schlappe 1,5 Millionen Euro. Frau Ye ist Chefin der Yihong-Yacht-Gesellschaft. Ihr Business sind Luxusschiffe.

Anders als die italienische Konkurrenz hat die bildhübsche Absolventin der amerikanischen Cornell University auf chinesischen Geschmack zugeschnittene Boote im Programm, etwa die „Sea Stella“ mit Karaoke-Anlage und Mahjong-Spieltisch.

Vier solcher Yachten hat sie bereits verkauft, vier weitere wurden bestellt, die meisten Kunden sind Firmen, doch Privatleute holen stark auf. Und deshalb bietet die Jungunternehmerin, unterstützt von ihrem Unternehmer-Vater in Xiamen, ihren Klienten ganze „Wohlfühlpakete“, bei denen sie sich um nichts mehr kümmern müssen. Da ist dann ein Anlegeplatz in der Shanghai-Marina mit drin, wo es sich vornehm feiern lässt.

„Freizeit-Business ist hier das Business der Zukunft“, schwärmt Ye, die Hobbygolferin. Sie hat neben Yachten auch schon windschnittige Spezialanfertigungen von Freizeitautos im Angebot. Stolz führt Ye ihre Gäste auf eines der schwankenden Luxusboote.

Der Blick von ihrer provisorischen Firmenzentrale am Fluss geht schräg hinüber aufs Expo-Gelände. Dazwischen liegt an der Waima-Straße noch ein altes Haus, einsam in einer Schuttlandschaft. Irgendjemand muss vergessen haben, es bei der generalstabsmäßig geplanten Verschönerung der Stadt abreißen zu lassen. Nun aber rücken die Bulldozer heran, die Bewohner beklagen sich lautstark, aber dann resignieren sie, Polizei überwacht die Szene.

Vor die Schutthalde haben die Stadtoberen eine drei Meter hohe Wand aus rotbraunen Steinen gezogen, sie ist fast schon fertig und verdeckt, was man nicht sehen soll. Während die Bulldozer zum letzten Zerstörungswerk ansetzen, beginnen andere Arbeiter im Auftrag der Stadt mit dem Hochziehen der Sichtblenden auch an dieser Stelle. Potemkin auf Chinesisch.

„Bessere Stadt, besseres Leben“: Die Schandflecke sind beseitigt. Die Überflüssigen sind evakuiert. Die Wachsoldaten sind gedrillt. Die Expo kann beginnen.



Die Biene des Diktators

Global Village: Ein US-Professor übersetzt und deutet Comics aus Nordkorea.

Sie ist wagemutig, klug und kampfeswillig, sie ist eine Biene in Uniform, bereit, das Reich ihrer Königin zu verteidigen. Sie ist so etwas wie die Mickymaus Nordkoreas, eine der berühmtesten Comicfiguren des Landes, ihr Name: General „Mächtiger Wing".

Der Mann, der alles über die Biene weiß, heißt Heinz Insu Fenkl, er ist Professor für Englisch an der State University of New York. Sein Vater las im Vietnam-Krieg einst die Mao-Bibel, denn er glaubte, die lese der Vietcong auch, und er wollte die Gedanken des Feindes verstehen. Fenkl liest nordkoreanische Comics, an die 500 Seiten hat er schon übersetzt, ihm geht es um ein „kulturelles Profil" der fremden Nation. Er forscht ohne offiziellen Auftrag, nur aus Leidenschaft.

Demnächst soll er in Washington einen Vortrag halten, die Johns Hopkins University hat ihn eingeladen, an ihr berühmtes Institut für Internationale Studien. Er soll erklären, was die Zeichnungen aus dem Reich des Bösen verraten über den Charakter, die Weltsicht, die politische Strategie eines Regimes, das mal verhandelt, mal mit der Bombe droht. Und sie werden wohl alle kommen, die Koreaforscher, die Politikberater der Regierung. Sie werden den Geschichten lauschen von Zing-Zing und Wing-Wing, vom „Garten der eintausend Blumen", dem autarken, sozialistischen Honigparadies, das bedroht ist von imperialistischen Wespen.

Es sind die Geschichten, mit denen nordkoreanische Schulkinder zu loyalen Untertanen gemacht werden, und deshalb sind sie auch immer Propaganda, nur die Methode variiert. In einem Comic, 2005 veröffentlicht, erscheint George W. Bush mit ellenlanger Zunge, dem Merkmal des Lügners. Daneben steht: „Er ist verrückt danach, wiedergewählt zu werden. Er machte dem amerikanischen Volk mehr als 150 Versprechungen." Am Ende der Geschichte will Bush auch noch eine Prostituierte heiraten.

In den letzten Jahren ließ das Regime vor allem historische Comics produzieren, der Blick richtete sich auf vergangene, goldene Epochen. Fenkl sieht darin eine Strategie: Zur gleichen Zeit, als sich Nordkorea der Welt öffnete und in der Sonderwirtschaftszone Kaesong um Investoren warb, stärkte es die nationale Identität. Das Bewusstsein eigener Größe soll das Volk wappnen gegen gefährliche Einflüsse aus der Fremde.

Fenkl, 50 Jahre alt, aufgewachsen in Südkorea, verschlang schon als Kind Comics, nun studiert er sie als Kulturanthropologe. Das Material lässt er sich von Kollegen aus Nordkorea mitbringen in die Idylle von Poughkeepsie im Bundesstaat New York. Dort wohnt er, dort steht die Parkbank, auf der er gern sitzt und Diktatoren-Comics übersetzt, während seine Tochter Gänse füttert.

Er selbst traut sich noch nicht hinein in den totalitären Staat. Denn sein Vater befehligte in den sechziger Jahren die amerikanische Ehrengarde an der innerkoreanischen Grenze und liebte nichts mehr, als die Nordkoreaner zu ärgern. In seiner Truppe durften nur hochgewachsene Männer dienen, damit sie die kleinen nordkoreanischen Soldaten auf der anderen Seite überragten. „Schurken-Fenkl" nannten die Nordkoreaner ihn, und irgendwie hat sein Sohn, der Professor, Angst, die Nordkoreaner könnten nachtragend sein. Schließlich trägt er denselben Namen wie sein Vater, und für Sippenhaft ist das Regime ja bekannt. „Meine Kollegen denken", sagt Fenkl, „ich sei paranoid. Ich denke, ich verstehe einfach deren Kultur."



PETER LÜDERS

Comic-Kenner Fenkl
„Ich verstehe einfach deren Kultur"

Ein Kollege war es auch, der nach einer Reise berichtete, wie Fenkls Arbeit so ankommt in Pjöngjang. Die Menschen seien stolz gewesen, sehr stolz, dass ihre Kulturgüter im Ausland übersetzt werden. Nicht nur, dass Galeristen in Europa und China nordkoreanische Kunst verkaufen, jetzt will die Welt auch unsere Comics lesen, freuten sich die Nordkoreaner. Auch wenn sie es ganz amüsant fanden, um nicht zu sagen: dümmlich, dass sich die Amerikaner sogar auf ihre Bildergeschichten stürzen.

Die Comics aus Pjöngjang sind realistisch gezeichnet, sie haben nichts von heutigen Manga-Figuren, keine überdimensionierten Muskeln, keine großen „westlichen" Augen, keine riesigen Brüste – Sex kommt sowieso nicht vor. Dafür ein schönes Landmädchen, das den Geliebten verlässt, um in der Armee des „Geliebten Führers" zu dienen, Titel: „Die jungfräuliche Scharfschützin". Stilistisch erinnern Fenkl die Comics aus dem abgeschotteten Staat an südkoreanische und japanische Comics von vor 40 Jahren.

Dabei ist der Diktator gern auf der Höhe der Zeit, Kim Jong Il liebt Hollywood-Filme. Und was, fragt Fenkl, wenn auch Kim US-Filme nutzt, um Einblicke in unser kollektives Unterbewusstsein zu erlangen? Was würde er lernen? Dass Amerika seine Helden nicht sterben lässt, dass Amerika Angst hat vor toten Soldaten. In Kims Comics opfert der Held sein Leben, damit der Feind nicht triumphiert.

Leider fehlen Fenkl die neuesten Werke aus Nordkorea. Doch er ist sich sicher, dass auch Obama längst zur Comicfigur geworden ist. Und weil man dort gern den Schakal nimmt als Symbol für die Amerikaner, weil Schwarze ohnehin als unterlegen gelten, weil man sich dort gern dem Wahn von rassischer Reinheit hingibt, wäre Fenkls Vermutung: Obama erscheint als Tier, als Mischlingshund.

Gern hätte Fenkl die Comics in den USA veröffentlicht, aber er fand keinen Verlag, in einer Absage stand, man werde gewiss nicht antiamerikanische Erzeugnisse drucken. Er will jetzt ein Online-Archiv aufbauen, einige seiner Studenten helfen ihm dabei.

Es könnte übrigens gut sein, glaubt Fenkl, dass sich die Nordkoreaner bald seine Übersetzungen besorgen und die Comics auf Englisch verkaufen, an Touristen in Pjöngjang. SANDRA SCHULZ

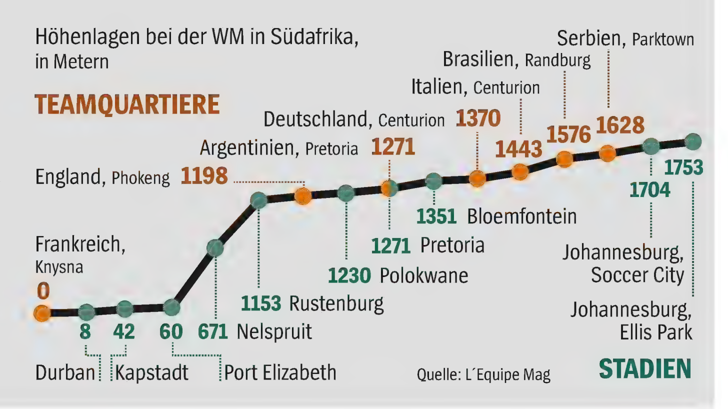

Französische Nationalmannschaft

FRANCOIS MORI / AP

FUSSBALL

In dicker Luft

Wer schläft wo in Südafrika – beim Rennen um die besten Mannschaftsquartiere der Fußball-WM geriet die Höhenlage zum wichtigen Faktor. Am Ende haben sich drei Viertel der 32 Teams für Unterkünfte in mehr als tausend Meter Höhe entschieden. Die deutsche Nationalmannschaft wird in Centurion auf 1370 Metern wohnen, Brasilien in Randburg auf 1576 Metern. Bei dem Turnier, das am 11. Juni beginnt, finden 37 von 64 Spielen in mehr als tausend Meter Höhe statt, wo der Luftdruck geringer ist als auf Meeresniveau. Sechs von zehn Stadien liegen auf mehr als tausend Metern über Normalnull. Obwohl die Deutschen ihre ersten beiden Gruppenspiele gegen Australien in Durban und gegen Serbien in Port Elizabeth an der Küste bestreiten, zogen sie das Quartier in der Höhe vor, damit es später keine Probleme mit der Akklimatisierung gibt. Die dritte Partie gegen Ghana findet auf 1700 Metern bei Johannesburg statt. Ganz einhellig sind die Meinungen allerdings nicht. Die Franzosen, Weltmeister 1998 und WM-Zweiter 2006, wählten ein Hotel in Knysna am Noetzie Beach, direkt am Indischen Ozean. Da, wo die Luft dicker ist, könnten sie besser trainieren, heißt es. Die kurze Zeit zur Umstellung auf die Höhe von Bloemfontein (1351 m) etwa, wo die Equipe Tricolore auf Gastgeber Südafrika trifft, nimmt man in Kauf. Die Sportmedizinerin Véronique Billat von der Universität in Evry sagt, auf Meeresniveau schlafe man besser, regeneriere daher schneller und könne intensiver trainieren.



WETTSKANDAL

Sapinas Millionenspiel

Der inhaftierte Wettpate Ante Sapina, 34, hat offenbar wesentlich höhere Beträge auf manipulationsverdächtige Fußballspiele gesetzt als bislang bekannt. Dies geht aus einem Telefonat hervor, das der Deutsch-Kroate am 4. Oktober des vorigen Jahres mit einem Kompagnon namens Branko führte und das die Bochumer Kriminalpolizei abhörte – Sapina ist einer der Hauptbeschuldigten in einem Ermittlungsverfahren der Bochumer Staatsanwaltschaft gegen eine Bande mutmaßlicher Wettbetrüger. Bei dem Telefonat ging es vor allem um die Modalitäten bei der Zahlung eines Bestechungsgeldes in Höhe von mindestens 60 000 Euro an einen Schiedsrichter. Sapina erwähnte auch, dass er bei dem asiatischen Wettanbieter SBO allein „im September über 20 Millionen Umsatz gehabt“ habe. Seine Umsätze bei anderen asiatischen Wettanbietern wie der Firma IBC, so Sapina im weiteren Verlauf des Gesprächs, seien dabei noch gar nicht berücksichtigt. Die Ermittler gehen davon aus, dass es sich bei der Währung um Euro handelt. Sapina, der seit Mitte November vergangenen Jahres in Untersuchungshaft sitzt, hat sich bislang gegenüber den Strafverfolgern zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen nicht geäußert.

TENNIS

Schaukampf mit Rekord

Kein Tennismatch hatte bislang mehr Zuschauer als der sogenannte Kampf der Geschlechter am 20. September 1973 zwischen der damals 29-jährigen Billie Jean King und dem 55 Jahre alten Bobby Riggs: 30 472 Leute verfolgten im Astrodome in Houston, wie die Frau den Mann 6:4, 6:3, 6:3 besiegte. Diesen Rekord wollen die Belgierinnen Kim Clijsters und Justine Henin brechen. Am 8. Juli spielen die beiden Profis, die kürzlich ihr Comeback feierten, einen Schaukampf im König-Baudouin-Stadion in Brüssel – und 40 000 Fans sollen kommen. In der Arena trägt normalerweise die belgische Fußballnationalelf ihre Heimspiele aus. „Es wird sehr emotional“, meint Clijsters. Mit dem Match feiert Belgien die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft. Der Erlös wird für humanitäre Zwecke gespendet.


MARK KOLBE / GETTY IMAGES

Clijsters, Henin

RENNSPORT

Die Regelbrecher

Wegen der Weltwirtschaftskrise flüchteten viele Autokonzerne aus der Formel 1. Neue Teambesitzer wie Richard Branson und Tony Fernandes beleben jetzt den Grand-Prix-Sport. Die Unternehmer wagen das Geschäftsrisiko – sie lockt die Aussicht auf Gewinne.

Der Air-Asia-Flug von London Stansted nach Kuala Lumpur dauert zwölf Stunden, auf einer so langen Strecke servieren die Stewardessen viele Mahlzeiten und Getränke. In einigen Monaten könnte es passieren, dass an Bord des Airbus eine Zusatzkraft die Gäste bedient. Sie würde wie ihre Kolleginnen Rock und Blazer in Knallrot tragen. Langes grau-blondes Haar, Falten, buschige Augenbrauen, dazu ein Lächeln bis zu den hinteren Backenzähnen. Vielleicht sogar Bartstoppeln. Diese Stewardess wäre Richard Branson.

Es geht um eine Wette unter den Flugunternehmern Branson, 59, und Tony Fernandes, 45. Neuerdings konkurrieren die beiden nicht nur in der Luft miteinander, sondern auch am Boden: als Betreiber von Formel-1-Rennställen. Schneidet Fernandes' Team Lotus diese Saison besser ab, muss Branson mit dem Wägelchen durch den Gang stöckeln; gewinnt Branson mit Virgin Racing, dann hilft Fernandes auf einem Langstreckenflug der Virgin Atlantic Airways in Frauenkleidern aus. „Da müssen wir für Tony eine nuttige Uniform aussuchen", scherzt Branson. „Wir werden viel Spaß haben."

Man könnte die beiden als Witzbolde abtun, dem Altherrenhumor zugeneigt, aber dafür haben Branson und Fernandes in ihrem Leben einfach zu viel Erfolg. Sie meinen es ernst. Fernandes, ein Malaysier mit indischen und portugiesischen Wurzeln, übernahm 2001 Air Asia und machte aus der verschuldeten Staatsgesellschaft einen profitablen Billigflieger. Außerdem tummelt er sich im Hotelgewerbe, auf dem Mobilfunkmarkt und bietet Finanzdienstleistungen an.

Der Engländer Branson hat es vom Schulabbrecher zum Milliardär gebracht, vor allem als Musikverleger und mit seiner stetig wachsenden Airline. Seinen Plattenversand, mit dem in den Siebzigern alles begann, nannte er Virgin, als Bekenntnis zu seiner Unerfahrenheit.

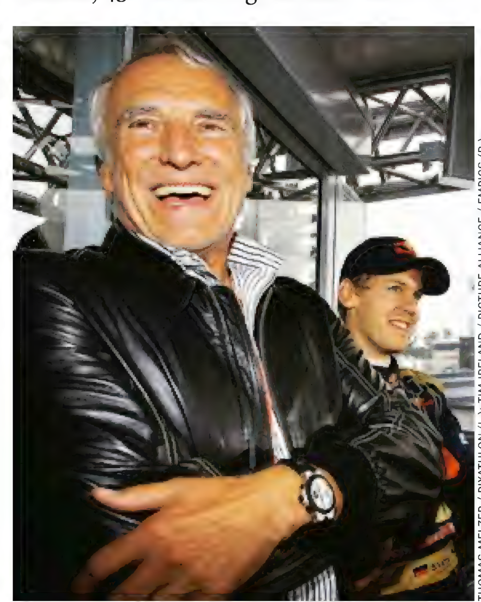
Heute ist Virgin das Label eines Mischkonzerns, Branson überschaut einen breiten Horizont. Er interessiert sich für jede Branche, in der eine ungewöhnliche Idee zählt und die ein Geschäft verspricht. „Ich habe ganz früh gelernt: Wenn ich ein Unternehmen betreiben kann, kann ich jedes Unternehmen betreiben", sagt er. „Du musst kein Flugzeug fliegen können, um dich ins Flugbusiness zu wagen."

In der Formel 1 ist eine neue Zeit angebrochen, vielleicht wird eine Ära daraus, geprägt von Leuten wie Branson oder Fernandes. Sie tragen lieber Lederjacke und Jeans als teures Tuch mit Bundfalte; statt sich mit Konventionen aufzuhalten, haben sie die Globalisierung und die Liberalisierung der Märkte genutzt, um sich auszubreiten. Lücken zu erkennen, dieses Gespür hat sie groß gemacht. Branson sagt: „Meine Regel ist es, Regeln zu brechen."

Er hat versucht, die Erde im Ballon zu umrunden, hat Rekorde im Rennboot aufgestellt, er lässt alternative Treibstoffe entwickeln und will bald Touristen in die Erdumlaufbahn befördern. Nun ist er also in der Formel 1 gelandet.

Zuerst dominierten Enthusiasten wie Enzo Ferrari oder Frank Williams im Rennsport, Männer, die sich noch selbst ihre Hände ölig gemacht hatten. Dann kamen die Autohersteller und entfachten mit ihren Milliardengeldern und Ingenieursstäben eine Materialschlacht. Die Weltwirtschaftskrise hat Honda, BMW und Toyota wieder verscheucht, in das Vakuum stoßen Unternehmer, die nach dem Prinzip handeln: Das Risiko ist eine Chance. „Die Formel 1 ist ein gutes Geschäft", sagt Fernandes. „Und die Krise ist eine gute Zeit, um einzusteigen."

Das Wettrüsten hatte die Formel 1 zuerst in einen Boom und dann an den Rand des Ruins getrieben. Inzwischen ha-





THOMAS MELZER / PIXATHLON (L.); TIM IRELAND / PICTURE ALLIANCE / EMPICS (R.)

Milliardäre Mateschitz, Branson (2. v. r.): *Sie tragen lieber Lederjacke und Jeans als teures Tuch mit Bundfalte*



Lotus-Teambesitzer Fernandes: *„Die Krise ist eine gute Zeit, um einzusteigen“*

SUTTON / BK & R

ben sich die Teams auf strenge Vorschriften geeinigt, um die Kosten einzudämmen. Windkanäle dürfen nicht mehr rund um die Uhr laufen, Motoren und Getriebe nicht beliebig ausgetauscht und verschrottet werden, Testfahrten während der Saison sind verboten, ab 2012 darf kein Team mehr als 280 Leute beschäftigen – bei Ferrari oder McLaren-Mercedes waren es noch vor wenigen Jahren fast tausend.

Und es gibt mehr zu verdienen, seit Bernie Ecclestone sich großzügiger gibt und nicht bloß die Einnahmen aus dem Verkauf der Fernsehrechte verteilt. Der Formel-1-Chef schüttet jetzt die Hälfte der Erlöse aus der gesamten Vermarktung aus, bis zu 60 Millionen Dollar kann ein Rennstall kassieren. Das verringert die Abhängigkeit von den Sponsorengeldern. Denn die schwinden rapide. Wer nicht wie Mercedes einen Michael Schumacher im Cockpit sitzen hat, tut sich schwer, Werbepartner aufzutreiben.

Renault zum Beispiel hat das Geschäftsrisiko ausgelagert und die Mehrheit an seinem Werksteam an die Investmentgesellschaft Genii Capital verkauft. Nun kümmert sich deren Inhaber Gérard Lopez, ein 38-jähriger Spanier, der in Luxemburg lebt, darum, dass genug Geld für den Rennbetrieb in die Kasse fließt. Wenn sich die Weltwirtschaft erholt hat und sich die Taschen der Sponsoren wieder öffnen, so der Plan, winken satte Gewinne.

Lange nicht mehr war es so einfach, in die Formel 1 zu kommen, wenn man ein bisschen Mut aufbringt. Als der Automobil-Weltverband Fia für 2010 drei zusätzliche Teamplätze ausschrieb, um dem drohenden Sterben der Rennställe entgegenzuwirken, bewarben sich ein Dutzend Kandidaten. Lotus und Virgin bekamen die Starterlaubnis erteilt, vorerst kurven ihre Wagen auf den hinteren Rängen herum. Aber sie fahren mit. „Einen Slot zu erhalten ist schon ein großer Sieg“, sagt Fernandes. „Wir stehen mit einigen der größten Marken dieser Welt auf dem Platz. Wir messen uns mit Ferrari, Mercedes, Renault. Es gibt unter ihnen ein malaysisches Auto.“

Fernandes gibt sich gern als Patriot. Er will den Blick der Öffentlichkeit auf den Aufstieg der früheren britischen Kolonie in die Moderne lenken. Lotus ist ein Symbol für die sich rasch verändernden Verhältnisse auf der Welt. Der Name mag asiatisch klingen, Lotus ist aber eine legendäre Marke im Rennsport. 1994 ging das britische Team zugrunde, später landeten die Namensrechte bei Proton, einem malaysischen Autohersteller. Dort besorgte sie sich Fernandes.

Noch operiert die Mannschaft von England aus, dem Mutterland der Formel 1. Spätestens im kommenden Jahr soll die Basis in Sepang eröffnet werden, nahe der Rennstrecke, auf der seit 1999 der Grand Prix von Malaysia gefahren wird. „Wäre es nicht großartig, Malaysier zu sehen, wie sie Räder wechseln, das Auto konstruieren, mit Technologie arbeiten, geschäftliche Beziehungen aufbauen?“, sagt Fernandes. „Ich will mit Lotus eine Inspiration für die junge Generation in Malaysia schaffen. Nicht nur im Sport, sondern auch in den Bereichen Technologie und Management.“

Was auch immer bei seinen hochfliegenden Plänen herauskommt, sicher ist schon jetzt: Die Formel 1, lange eine europäisch dominierte Rennserie, weitet sich global aus. Sie spiegelt den Aufstieg Asiens zur Wirtschaftsmacht wider. Einen Grand Prix ins Land zu holen kostet dreistellige Millionensummen. Trotzdem gibt es Rennen in Bahrain, China, Singapur und Abu Dhabi, nun kommt noch eins in Südkorea dazu, allesamt auf Strecken, deren Bau staatlich finanziert wurde oder wird. In dieser Saison, im Jahr ihres 60. Jubiläums, startet die Formel 1 erstmals häufiger in Übersee als in Europa.

Es steht 10:9, und im nächsten Jahr erweitert Indien den Kalender. Auch so ein aufstrebendes Land mit frischem Selbstbewusstsein – und einem Rennstall. Der indische Unternehmer Vijay Mallya, 54, braut Bier, besitzt schottische Whiskymarken und betreibt wie Branson und Fernandes eine Fluglinie. 2007 kaufte er sich in das ehemalige Jordan-Team ein, benannte es in Force India um, Kraft Indiens, und ließ als Lack die Nationalfar-

ben auftragen. Sein Verständnis von Patriotismus gleicht dem von Fernandes.

Mallya trägt Edelsteine an den Ohren, groß wie Zuckerwürfel, und lässt sich sein Brillensortiment von einem Diener reichen. Branson nimmt beim Kitesurfen schon mal ein nacktes Model huckepack, weil ein Fotograf im Beiboot die Kamera auf ihn richtet. Seitdem die meisten Herren aus den Konzernzentralen das Fahrerlager geräumt haben, wirkt die Formel 1 exotischer, flippiger. Aber unseriöser ist sie nicht geworden.

Der Hang zur Selbstdarstellung täuscht darüber hinweg, wie zielstrebig die Unternehmer mit ihren Teams vorgehen. Mallya hat bei Force India das Management und die technische Abteilung umgekrempelt, langsam nähert sich das Team der Spitze. Dort ist Dietrich Mateschitz, 65, schon angekommen. Zuerst eroberte der Österreicher mit dem Energydrink Red Bull den Weltmarkt, dann kaufte er innerhalb eines Jahres gleich zwei marode Rennställe, Jaguar und Minardi. Heute kämpft Red-Bull-Pilot Sebastian Vettel um den WM-Titel.

Branson, Fernandes, Mallya, Mateschitz, sie alle scheinen davon zu profitieren, dass sie ihre eigenen Fähigkeiten nicht überschätzen. Keiner von ihnen hat einen Schimmer davon, wie man einen Rennwagen konstruiert, also versuchen sie nicht, der Schlaumeier zu sein, der alles besser weiß. „Du musst gut mit den Leuten umgehen können, die deine Firmen betreiben“, sagt Branson. „Es hängt von mir ab, die besten Leuten zu finden.“

Als Neueinsteiger wissen Fernandes und Branson, dass sie Geduld brauchen. Auch was das Geld angeht. Noch finanzieren sie den Rennbetrieb fast komplett aus eigener Tasche. „Mit der Topmarke Virgin im Rücken soll sich das Team viele Sponsoren besorgen“, sagt Branson.

Und wenn doch kaum einer aufspringt und irgendwann der Marketingeffekt verpufft ist? Ein Rennstall samt Fabrik und Fachpersonal brächte bei günstiger Marktlage durchaus mehr als hundert Millionen Dollar ein. Die Formel 1 reizt Branson, aber er hängt nicht dran. Er hat in seinem Leben etwa 360 Firmen gegründet. Einige davon hat er wieder abgestoßen, sobald es ihm passte, darunter sogar den Musikverlag, das Herzstück von Virgin.

Er entscheidet viel nach Gefühl. Jede neue Geschäftsidee, sagte Branson einmal, verschweige er erst einmal seinen Buchhaltern. Er hält sie für zu engstirnig.

Ende der Achtziger begann ein junger Mann bei Branson für ein paar Jahre als Controller zu arbeiten. Später wurde er selbst Flugunternehmer, heute trifft er Branson an der Rennstrecke wieder.

Richard Branson könnte verlieren gegen ihn, gegen Tony Fernandes, seinen einstigen Finanzbuchhalter bei Virgin.

DETLEF HACKE



LORENZ BAADER

Nationalspieler Schweinsteiger
„Niemals jemanden komplett vernichten“

FUSSBALL

„Ein paar Zentimeter kürzer“

Der frühere Profi Mehmet Scholl, 39, über seine Rolle als Nachfolger von Günter Netzer bei der ARD, freche Sprüche über deutsche Nationalspieler und seine Abneigung gegen Krawatten

SPIEGEL: Herr Scholl, als Sie vor knapp drei Jahren Ihre Fußballerkarriere beim FC Bayern München beendeten, sagten Sie scherzhaft, in Ihrem zweiten Leben wollten Sie „der Hund von Uli Hoeneß“ werden. Nach der WM in Südafrika werden Sie nun der Nachfolger von Günter Netzer bei der ARD. Wie konnte das passieren?
Scholl: Ich habe mich nicht beworben, seit zwei Jahren kommentiere ich ja Spiele für die ARD. Schon nach der letzten Europameisterschaft wurde ich gefragt, ob ich der Experte hinter Netzer sein wollte, und so kam nun eins zum anderen. Ich mache das jedenfalls nicht, weil ich mein Gesicht unbedingt noch häufiger im Fernsehen sehen will.
SPIEGEL: Als Spieler hielten Sie nicht besonders viel von ehemaligen Profis, die hinter dem Mikrofon stehen und nörgeln,



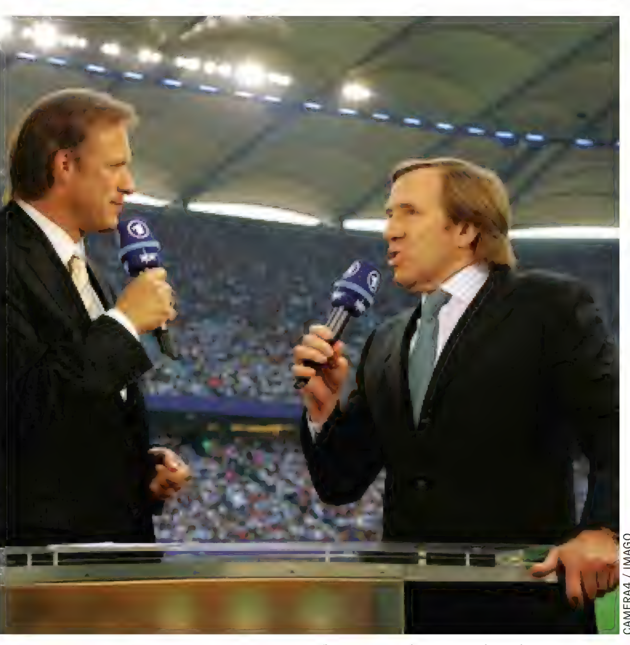
MIS / IMAGO

Fußballexperte Scholl
„Einfach die Kamera vergessen“

aber keine Verantwortung mehr übernehmen. Jetzt sind Sie selbst einer.
Scholl: Ich sehe mich nicht in der Position zu nörgeln. Ich weiß ganz genau, wie sich die Spieler dabei fühlen.
SPIEGEL: Wie denn?
Scholl: Das ist eklig, als Spieler verliert man den Respekt. Berti Vogts hat mich mal als besten Tempodribbler der letzten zehn Jahre bezeichnet. Das war nicht als Lob gemeint, sondern als Hohn. Dann hätte er doch einfach sagen sollen: Vom Scholl habe ich nie etwas gehalten und halte auch heute noch nichts von ihm. Oder er hätte besser den Mund gehalten.
SPIEGEL: Sie sind für kesse Sprüche und Ihr loses Mundwerk bekannt. Können Sie sich das als der neue Günter Netzer künftig noch leisten?
Scholl: Oh nein, nein, bitte, bitte nicht vergleichen. Netzer ist einmalig. Ich finde ihn großartig. Ich werde nie seine Manieren haben, ich werde nie seine Ausdrucksweise haben. Wir haben nur eines gemeinsam: die Statur. Er wurde früher immer der Lange genannt. Aber jetzt ist er genauso klein wie ich, er ist geschrumpft. Vielleicht bringt das dieser Job mit sich, und ich bin in zwei Jahren auch noch ein paar Zentimeter kürzer, wenn mich der Gerhard Delling kleingeheckselt hat.
SPIEGEL: Nach zwölf Jahren wirkt das Duo Netzer und Delling mit seiner Masche doch ziemlich abgestanden. Machen Sie mit Delling weiter?
Scholl: Es soll weiter ein Gespräch geben, aber nicht mehr unbedingt das Ehepaar, bei dem ich ins Hotel komme und man mir sagt: Guten Tag, Herr Scholl, der Herr Delling liegt schon im Zimmer. Es wird unterschiedliche Partner geben. Die deutschen Länderspiele werde ich zusammen mit Delling machen, die anderen Einsätze mit Reinhold Beckmann oder wechselnden Moderatoren.
SPIEGEL: Verträgt die ARD Ihren Humor? Bei der Nationalelf hört bei den Deutschen der Spaß doch ziemlich schnell auf.
Scholl: Ich darf sicher nicht alles sagen, was mir auf der Zunge liegt. Mir sind auch in den ersten Sendungen Sachen rausgerutscht, bei denen ich danach gedacht habe: Das war jetzt nicht so, wie sich das Fernsehen das gewünscht hat.
SPIEGEL: Zum Beispiel?
Scholl: Na, als es um die russischen Spielerfrauen ging, die auch ins Hotel dürfen. Ich habe gesagt, das macht nur Sinn, wenn sie die Frauen auch untereinander tauschen. Das war vor dem Spiel Russland gegen Spanien bei der Europameisterschaft. Hinterher habe ich gedacht, nein, das sagt man doch nicht. Ich hatte einfach die Kamera vergessen.
SPIEGEL: Über den französischen Nationalspieler Florent Malouda haben Sie mal

in einer Sendung gesagt, er trage seine Fersen vorn. Würden Sie den deutschen Kapitän Michael Ballack genauso verspotten?

Scholl: Nein, nie. Aber wenn beispielsweise Bastian Schweinsteiger zur Dopingkontrolle müsste und er hat wirklich katastrophal gespielt, dann würde ich schon mal sagen: Das haben Millionen Zuschauer gesehen, dass der nicht gedopt war. Aber mit einem Augenzwinkern, man wird nicht erleben, dass ich jemanden komplett vernichte. Ich werde nicht mit verbaler Blutgrätsche rumfliegen, ich glaube auch nicht, dass die Leute das wollen.


CAMERA4 / IMAGO

ARD-Duo Delling, Netzer: *„Bitte, bitte nicht vergleichen“*

SPIEGEL: Gab es schon mal einen Rüffel vom Intendanten?

Scholl: Bei der ARD haben sie bisher alles hingenommen, die lassen mich ungeschliffen und doktern nicht an mir herum. Ich will auch nicht perfekt sein, sondern authentisch. Nur einmal habe ich mich wirklich geärgert. Da hatte ich kein Hemd und kein Sakko an, sondern einfach einen Pullover. Der Leiter der Übertragung hat sich darüber aufgeregt, es mir aber nicht gesagt. Das fand ich schwach.

SPIEGEL: Müssen Sie als Netzer-Nachfolger Krawatte tragen?

Scholl: Eine Krawatte werden Sie bei mir nie sehen. Das ist das hässlichste Kleidungsstück, das es für einen Mann überhaupt geben kann. Sage mir doch mal irgendjemand, wozu das gut sein soll. Die ARD weiß, dass es nicht passt, wenn sie mich dahinstellt wie einen Kasperl.

SPIEGEL: Sie gelten als modebewusst.

Scholl: Ich ziehe einfach an, was mir gefällt. Stellen Sie sich vor, ich müsste in die Requisite und bekäme Waldemar Hartmanns Hemd. Den Geruch krieg ich doch nie wieder weg!

SPIEGEL: Als Sie noch beim FC Bayern spielten, haben Sie oft die Eitelkeit des Fußballgewerbes kritisiert – und sich davon ferngehalten. Ist die Medienbranche nicht mindestens genauso eitel?

Scholl: Es irritiert mich schon gelegentlich, wenn ich sehe, wie manche plötzlich aufdrehen, wenn sie auf Sendung sind. Bisher ist es bei mir nicht so, dass ich denke, hurra, jetzt geht die Kamera an. Klar, seit ich Fernsehen mache, gibt es auch andere Leute, die mich anschauen, eine 70-jährige Oma beim Einkaufen. Das war früher nicht der Fall.

SPIEGEL: Als junger Profi waren Sie der erste Teenie-Star des deutschen Fußballs, Sie posierten als Cover-Boy für die „Bravo Sport“. Erst als die Boulevardblätter Ihre Ehekrise ausschlachteten, zogen Sie sich zurück. Ihre Begründung war damals, Sie hätten sich zu sehr von der Anerkennung durch die Medien abhängig gemacht. In Ihrer neuen Rolle vergeben oder entziehen Sie nun Anerkennung. Wie passt das zusammen?

Scholl: Umgekehrt ist es so, dass die Öffentlichkeit über mich herfallen wird, wenn ich dort Mist baue. Ich stehe ja auch im Wind, es kann schon passieren, dass ich in Erklärungsnot gerate. Das ist keine schöne Situation.

„Ich stehe ja auch im Wind, es kann schon passieren, dass ich in Erklärungsnot gerate.“

SPIEGEL: Glauben Sie, dass Sie als TV-Prominenter Ihr Privatleben aus den bunten Blättern heraushalten können?

Scholl: Es ist mir schon klar, dass das eine exponierte Stellung ist. Die hatte ich aber als Fußballer auch, und ich habe es trotzdem geschafft, mich in meine Nischen zurückzuziehen. Und denken Sie, Sie sehen mich beim Bambi oder auf einer Pelzmodenschau in München? Wer's machen will, okay.

SPIEGEL: Ihr Vorgänger Netzer hat regelmäßig Kolumnen in der „Sport-Bild“ verfasst, auch Kommentare in der „Bild“-Zeitung. Wird es das auch von Ihnen geben?

Scholl: Nein.

SPIEGEL: Ihr Bonmot, das Sie nach Karriereende prägten, gilt also weiterhin – wenn der Scholl mal Kolumnen schreibe, dürften alle die Frage stellen: Braucht der Mann Geld?

Scholl: Dabei bleibt's.

INTERVIEW: ISABELL HÜLSEN, MICHAEL WULZINGER

AUSSTELLUNGEN

Geschenkte Schätze

Vier Anläufe für eine Picasso-Ausstellung im Metropolitan Museum in New York gab es bereits – alle vergeblich. Erst die gemeinsame Kraftanstrengung von 8 Kuratoren, 5 Restauratoren und 13 Picasso-Forschern lässt das Langzeitprojekt nun endlich Wirklichkeit werden. Am Dienstag öffnet die Ausstellung nach jahrelanger Vorbereitung. 300 Exponate, darunter Gemälde, Zeichnungen, Keramiken, Skulpturen und 200 Drucke von Picasso, stammen aus der hauseigenen Sammlung des Museums. Nur drei Dutzend hat das Haus über die Jahrzehnte angekauft, das Gros der insgesamt 500 Werke des spanischen Künstlers im Besitz des Museums sind Schenkungen. Den Grundstein für die beachtliche Picasso-Sammlung legte 1946 die Schriftstellerin und Kunstsammlerin Gertrude Stein. „Man kann entweder modern sein – oder ein Museum", wetterte Stein gegen das fortschrittliche Museum of Modern Art in New York. Und vermachte das Porträt, das der Meister von ihr gemalt hatte, lieber dem Metropolitan Museum. Neben Darstellungen der Maler-Muse Dora Maar wird das Stein-Porträt eines der Highlights der Picasso-Ausstellung sein, die einen Großteil ungezeigter Schätze aus dem Museum zum ersten Mal präsentiert.



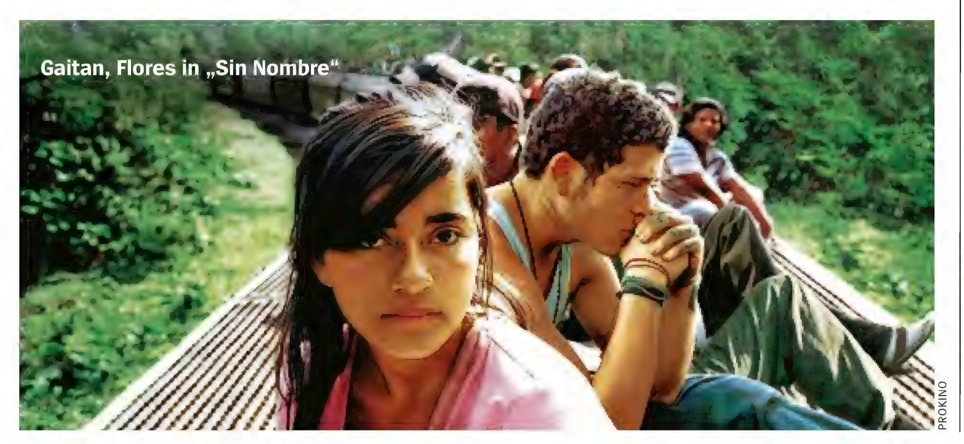
Picasso-Bild „Dora Maar in einem Sessel" 1939



KINO

Rollendes Ghetto

Eine Welt, von der viele gar nicht wissen, dass sie existiert: Der Film „Sin Nombre" („Ohne Namen") spielt auf dem Dach eines Güterzugs, der durch Mexiko fährt. Das Dach ist voll besetzt mit Flüchtlingen aus ganz Mittelamerika, unterwegs in Richtung USA, in ein vermeintlich besseres Leben. Das rollende Ghetto wird zum Schauplatz von Kämpfen auf Leben und Tod. Ausgerechnet dort lernt Sayra (Paulina Gaitan), ein Mädchen aus Honduras, den 18-jährigen Casper (Edgar Flores) kennen, Mitglied einer mexikanischen Gangsterbande und bald auf der Flucht vor den eigenen Leuten. Der Film folgt dem Paar auf seiner Odyssee durch eine post-apokalyptische Landschaft voller Müllberge und Fabrikruinen. „Sin Nombre" ist das Spielfilmdebüt des US-Regisseurs Cary Fukunaga, 32, der zur Recherche selbst auf einem Zugdach quer durch Mexiko reiste. Die Entbehrungen haben sich gelohnt: Fukunaga kombiniert Thriller, Liebesgeschichte und halbdokumentarisches Flüchtlingsdrama zu einem kleinen Meisterwerk.



Gaitan, Flores in „Sin Nombre"

FERNSEHEN

Kohlhaas' arme Kinder

Bezwingend präzise erzählen Daniel Nocke (Buch) und Hermine Huntgeburth (Regie) eine beinahe kleistsche Tragödie. Die verblühende Beamtin Elke (Ulrike Krumbiegel) lernt Arndt (Edgar Selge) kennen und lieben. Der Mann hat Schrammen im Leben abbekommen, seine Ehe mit Bettina (Jeanette Hain) liegt in Trümmern. In genau berechneten, aber nie gewollt wirkenden Sequenzen erlebt der Zuschauer die Entfaltung eines Wahns in einem verqueren Männergehirn. Arndt ist ein kindisches Monster, das – Kleists Michael Kohlhaas gleich – ohne Rücksicht auf Verluste die Kränkung nicht verarbeiten kann, dass sein Kontakt zu seinen zwei Kindern nicht so weitergehen kann, wie er sich das auch nach seiner Trennung wünscht. Hinreißend, wie Selge den heillosen Bruch mit der Welt in kleinen Gesten hervorschimmern lässt, wie sich in Krumbiegels Blick und im Verhalten der vom Vater entführten Kinder die Verheerung durch den Wahn eines Einzelnen zeigt („Der verlorene Vater": Freitag, 30. April, 20.15 Uhr, Arte).

URHEBERRECHT

„Großes Vergnügen“

Der Regisseur Oliver Hirschbiegel, 52, über den Streit um die Parodien seines Films „Der Untergang“, die im Internet kursieren



REUTERS

SPIEGEL: Herr Hirschbiegel, die Münchner Filmfirma Constantin hat viele Parodien des legendären Tobsuchtsanfalls von Bruno Ganz als Hitler in Ihrem Film „Der Untergang“ im Internet sperren lassen und damit eine heftige Debatte ausgelöst. Sind diese Löschungen nicht etwas humorlos?
Hischbiegel: Die Constantin wahrt ihre Urheberrechte, da geht's nicht um Humor. Ich persönlich war aber immer sehr stolz darauf, dass diese Szene bei so vielen Menschen rund um den Globus eine derartige kreative Energie freigesetzt hat. Manche der Parodien wurden auf YouTube über eine Million Mal angeklickt. Das ist ein popkulturelles Phänomen.
SPIEGEL: Die Szene, in der Hitler realisiert, dass der Vernichtungskrieg verloren ist, wird in den Parodien mit Untertiteln versehen, die angeblich den deutschen Originaltext übersetzen. Da ist dann zu lesen, dass er den Popstar Hannah Montana hasst oder das iPad für Murks hält. Was ist Ihr Favorit?
Hirschbiegel: Wenn sich Bruno Ganz als Hitler über den Tod von Michael Jackson ereifert, das ist wirklich sehr lustig. Ich habe schon mal überlegt, mich selbst an dem Spiel zu beteiligen und die Szene mit Sätzen zu untertiteln, in denen ich darüber schimpfe, wie viele Menschen unsere schöne Szene parodieren. Für mich ist das ein Diskurs, und ich habe daran großes Vergnügen.
SPIEGEL: Wird dieser Diskurs durch die Sperrung der Parodien beendet?
Hirschbiegel: Nein, den kann man nicht mehr stoppen. In Zweifelsfall verlagert er sich auf eine andere Internetplattform. Das entspricht aber auch meinem Demokratieverständnis. Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist in meinen Augen ein sehr hohes Gut. Andererseits ist eine Grenze erreicht, wenn sich auch Neonazis dieser Bilder bemächtigen und sie mit ihren Texten unterlegen.





FOTOS: MARCEL METTELSIEFEN

Kunduz-Hinterbliebene Jan und Issatullah Mohammed, Tahir Mohammed

FOTOGRAFIE

Das Antlitz von Kunduz

Aus ihren Gesichtern spricht Trauer, Ratlosigkeit und Verbitterung, vor allem aber unbeugsamer Stolz. Es sind die Angehörigen der Toten, denen die Ausstellung „Kunduz, 4. September 2009“ (bis zum 13. Juni im Kunstraum Potsdam) Monate nach dem Nato-Bombardement auf zwei entführte Tanklastzüge ins Antlitz blickt. Der Fotograf Marcel Mettelsiefen und der „Stern“-Korrespondent Christoph Reuter haben in akribischen Recherchen rekonstruiert, wer die Menschen waren, die damals getötet wurden und im Flammenmeer bis zur Unkenntlichkeit verbrannten. Es sind großartige Aufnahmen, freilich ausnahmslos von Männern, einzigartige Gesichtslandschaften, oft so zerklüftet wie das Land selbst. Und jedes Foto ist ein Inbild außerordentlicher Würde. Der Katalog ist im Verlag Rogner & Bernhard erschienen.

MUSIK

Der Marken-Mann

Sie sind Deutschlands bestes Orchester: Und doch haben die Berliner Philharmoniker Angst, den Anschluss ans digitale Zeitalter zu verlieren. Ein Fernsehproduzent, der den Deutschen „Bauer sucht Frau“ bescherte, soll das Dilemma nun lösen.

Noch hat er sein Büro in Berlin-Moabit, in einer umgebauten Fabrik. Hier hat er fast sechs Jahre lang Fernsehproduktionen realisiert: „Tatort“, „Polizeiruf 110“, aber auch Formate fürs Privatfernsehen wie den nachmittäglichen Justizdauerdienst „Richterin Barbara Salesch“ oder die ländliche Kuppelshow „Bauer sucht Frau“.

Martin Hoffmann, 50, ist Medienmanager. Er war Geschäftsführer von Sat.1 und sollte den schwächelnden Sender weiter stabilisieren, 2003 wurde er nach nur drei Jahren geschasst, gerade als er mit Produktionen wie „Das Wunder von Lengede“ oder „Der Tunnel“ Sat.1 wieder Quote und Ansehen beschert hatte. Hoffmann wurde Vorstandsvorsitzender der Firma MME Moviement AG und ersann neue Formate fürs Fernsehen.

Heute sitzt er in seinem alten Büro und entwickelt Visionen für eine der berühmtesten, erfolgreichsten und eigenwilligsten Institutionen der deutschen Hochkultur, die Berliner Philharmoniker.

Das Elite-Orchester, eines der drei besten der Welt, hat sich Hoffmann zum neuen Intendanten gewählt. Mitte Mai stellt er seine Pläne vor; im September tritt er sein Amt an. Dann bezieht er sein Büro in der Philharmonie, dem berühmten Bau von Hans Scharoun an der Herbert-von-Karajan-Straße, nicht weit vom Potsdamer Platz.

Hoffmanns neue Position ist ein Schleudersitz. Nur wenigen seiner Vorgänger war eine lange Amtszeit vergönnt. Einige wurden hinausgedrängt, andere gingen freiwillig. Pamela Rosenberg, 64, zurzeit noch Intendantin, verlässt das Orchester auf eigenen Wunsch nach vier Jahren. Ihren Vorgänger, Franz Xaver Ohnesorg, hielt es nur ein Jahr lang auf dem Posten. Die Berliner Philharmoniker können notfalls ohne Dirigenten musizieren, manchmal tun sie das bei Konzerten aus Spaß. Ohne Intendanten kommen sie allemal aus. So ist ihr Selbstverständnis.

128 Musiker bilden dieses Ausnahmeorchester. Sie alle entscheiden, wer Chefdirigent wird und wie lange er amtiert. Auch jedes neue Mitglied des Orchesters wird vom Kollektiv bestimmt. Und ihren Intendanten suchen sie sich, in Abstimmung mit dem Dirigenten, selbst. Die Philharmoniker sind als Stiftung organisiert und verwalten sich, eine Orchester-Republik, selbst.

Es war eine Revolte, die 1882 zur Gründung führte. Die Berliner Kapelle des Dirigenten Benjamin Bilse wurde von ihrem Chef straff geführt. Zu einem Gastkonzert in Warschau billigte Bilse seinen Musikern nur Bahnfahrkarten der vierten Klasse zu. 50 Musiker meuterten, quittierten den Dienst und machten sich selbständig. Fortan wollten sie selbst bestimmen. So ist es bis heute geblieben.

Bislang, so der Brauch, entwickelt ein Intendant mit dem Chefdirigenten Programme, engagiert Gastdirigenten und Solisten und organisiert Tourneen. Martin Hoffmann, der Geige spielt, also Noten lesen kann, und den Philosophen Ludwig Wittgenstein verehrt („Wovon man nicht sprechen kann, darüber muss man schweigen“), will und soll weitaus mehr.


BIENERT / ULLSTEIN BILD

Berliner Philharmoniker mit Chefdirigent Rattle:

Er hat den Auftrag, die Philharmoniker zur modernen Marke zu machen, fit für die mediale Zukunft. „Exzellenz“ ist bei diesem Thema Hoffmanns Lieblingswort. Es gehe ihm darum, „wie man die Bindung des Publikums an die Exzellenz, wie sie die Berliner Philharmoniker mit ihrer Musik transportieren, vielleicht auch mit medialen Aktivitäten erhalten, fortsetzen und entwickeln kann“.

Hoffmann, verwuseltes Haar, Jeans, schwarzer Rollkragenpullover, beugt sich bei solchen Sätzen weit über seinen aufgeräumten Schreibtisch nach vorn. Er streckt seine Arme aus, die Hände berühren sich auf der Tischplatte zu einer beschwörenden Geste, als wollte er den Zuhörer auf seine Seite ziehen.

Die Berliner Philharmoniker sind eines der am besten ausgestatteten Orchester der Welt. Sie bekommen pro Jahr über 15 Millionen Euro Förderung. 13,7 erhalten die Münchner Philharmoniker. Das Orchester in Bochum muss mit 6,8 Millionen Euro auskommen. Die Deutsche Bank ist


MARTIN LENGEMANN / INTRO

Künftiger Intendant Hoffmann: *„Erhalten und entwickeln“*



Wer kauft in fünf oder zehn Jahren überhaupt noch eine CD?

der Hauptsponsor der Berliner. Die Konzerte sind zu über 90 Prozent ausverkauft. Es mangelt nicht an Publikum, Aufmerksamkeit oder Prestige.

Aber es fehlt ein Konzept fürs 21. Jahrhundert. Nur Konzerte im Frack in der Berliner Philharmonie oder auf Tourneen in der New Yorker Carnegie Hall, in Tokio, Paris oder London?

Und wer kauft eigentlich in fünf oder zehn Jahren überhaupt noch eine CD? Der Plattenmarkt heute ist nur noch ein schwacher Abglanz vom Boom der achtziger und neunziger Jahre, als die neuartige CD noch einmal alle Klassikfans in die Läden trieb.

Als Herbert von Karajan, von 1954 bis 1989 als Nachfolger des legendären Wilhelm Furtwängler Chefdirigent, dem Orchester noch vorstand, machten die Berliner in ihrer Vermarktungshochzeit Dutzende Aufnahmen pro Jahr. Und immer waren die Musiker an den satten Erlösen beteiligt. Mit diesen Einnahmen, dem Gehalt und den Honoraren aus Professuren an Musikhochschulen gehörten die Philharmoniker zu den bestverdienenden Musikern der Klassikbranche.

Selbst der Italiener Claudio Abbado, Karajans Nachfolger, nahm noch vergleichsweise viel mit seinem Orchester auf. Heute hat es Sir Simon Rattle, 55, in acht Jahren an der Spitze der Berliner auf insgesamt 27 Aufnahmen mit seinem Orchester gebracht.

Anderen Elite-Ensembles geht es nicht anders. Die Produktionskosten sind hoch und die Absatzzahlen schwach. Und das Repertoire gibt es längst in herausragenden Aufnahmen dutzendfach zu kaufen.

Die Plattenfirma EMI, an die sich Rattle gebunden hat und für die die Berliner deshalb auch aufnehmen müssen, steckt in einer Krise. Da wird es Hoffmanns Aufgabe, neue Einnahmequellen zu erschließen. Ein Modell könnten das renommierte London Symphony Orchestra (LSO) und andere Klangkörper sein, die sich medial inzwischen selbst vermarkten. Das LSO bringt seine Aufnahmen in Eigenregie heraus, die auf einer Plattform im Internet vertrieben werden.

Doch sind die LSO-Aufnahmen Konzertmitschnitte, spontan zwar und mit dem Charme des Live-Auftritts, aber ohne die Möglichkeit, mit ausgefeilter Aufnahmetechnik im Studio Patzer durch Wiederholungen auszubügeln.

Und auch die New Yorker Metropolitan Opera produziert eigene CDs. Jeder Opernabend, für dessen Mitschnitt es einen Markt zu geben scheint, könnte digital veröffentlicht werden. Zusätzlich hat sich Peter Gelb, Generalmanager der Met und früher Plattenboss beim Label Sony, einen weiteren Vertriebsweg erschlossen, um die Marke Met zu melken: Er lässt seit ein paar Jahren Opernabende live in ausgewählte Kinos oder auf Plätze übertragen. Weltweit. In dieser Saison stehen neun Produktionen auf dem Plan. Dennoch hat Gelb bei der Met ein Millionendefizit eingefahren.

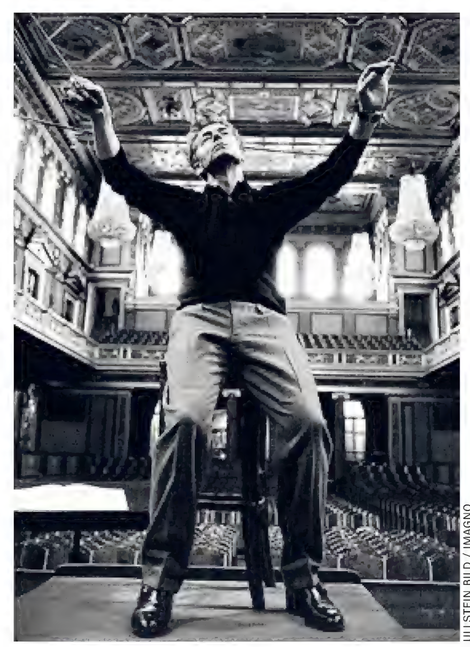
Bislang sind die Berliner im Netz nur durch die Digital Concert Hall vertreten, eine Plattform, gesponsert von der Deutschen Bank, auf der Live-Konzerte abgerufen werden können. Der Erfolg lässt offenbar auf sich warten. Hoffmann spricht nur von Zahlen, die „ständig wachsen“, aber „ausbaufähig“ seien. Er will das alte Publikum halten und ein junges gewinnen.

In der Popbranche ist die Vermarktung aus eigener Hand längst üblich. Viele Künstler haben sich von den Plattenfirmen und deren Exklusivitätsansprüchen unabhängig gemacht. Madonna, die britische Band Radiohead oder der Rapper Jay-Z, sie alle haben ihre herkömmlichen Plattenverträge gelöst. Die Produktions-

kosten von Aufnahmen sind inzwischen genauso drastisch gesunken wie die Absatzzahlen von CDs. Popkünstler verdienen nicht zuletzt mit Konzerten und Merchandising. Sie brauchen nicht mehr zwingend ein großes Label, um Geld zu verdienen. Auch die Vertriebsstrukturen haben sich verändert. Popalben werden zunehmend im Internet und nicht mehr nur im Plattenladen gekauft.

Ob solche Strategien in der Klassik ebenso glatt funktionieren, ist offen. Noch gelten die Melomanen, die für Mahler, Brahms oder Bruckner schwärmen, als konservativ. Und auch das künstlerische Personal könnte sich, bei allem Problembewusstsein, störrisch zeigen.

Starrummel funktioniert nur mit Stars. Und mit Dirigenten, so eine Branchenerkenntnis der vergangenen Jahre, ist kaum noch Kasse zu machen. Heute zählen Instrumentalisten oder Sänger. Und ohne Glamour, nur der holden Kunst ergeben, wird es schwierig mit dem Massengeschäft. Chefdirigent Simon Rattle, der grauhaarige Wuschelkopf, dürfte sich als Handicap erweisen. Der Brite ist ein exzellenter Dirigent, dessen Aufführungen zeitgenössischer Musik allerdings oft mehr überzeugen als seine Deutungen des klassischen Kernrepertoires.



ULLSTEIN BILD / IMAGNO

Dirigent Karajan in Wien 1966
„Ich werde überall gebraucht“

Und er ist, anders als sein Vorvorgänger Karajan, kein Charismatiker. Karajan machte sich von den sechziger Jahren an in der Musikwelt unentbehrlich und mehrte in Mailand, Salzburg, Wien und anderswo zuerst den eigenen und dadurch zwangsläufig auch den Ruhm der Berliner Philharmoniker. Damals kursierte das Bonmot, dass Karajan, als er irgendwo auf der Welt in ein wartendes Auto stieg und der Chauffeur wissen wollte, wohin es gehe, nur geantwortet habe: „Egal, ich werde überall gebraucht.“

Rattle hat von all dem nichts. Der Dirigent, von dessen Außenwirkung sich die Philharmoniker wohl mehr erwartet hatten, ist ein Teamplayer, ernsthaft und intellektuell. In den vergangenen Jahren hat er, mit gemischten Kritiken, mit seinem Orchester Wagners „Ring“ beim Festival im französischen Aix-en-Provence aufgeführt und bei den Salzburger Osterfestspielen. Mitschnitte gibt es davon nicht.

Simon Rattle geht mit den Berlinern auf Tournee, kümmert sich vorbildlich um Jugendarbeit und Musikerziehung, aber eine internationale Marke, deren Name für das Ganze steht – wie Tempo für Papiertaschentücher oder eben Karajan für klassische Musik – ist er nicht geworden. Er will es wohl auch nicht sein.

Seinen neuen Intendanten stellte Rattle bei der ersten öffentlichen Präsentation denn auch etwas verhalten vor: Hoffmann habe „nicht exakt dem Profil entsprochen, das ich in meinem Kopf hatte für die Person eines Intendanten“. Aber er verfüge über das „strategische Denken“, mit dem er „neue Orchestermodelle entwickeln und unsere bisherige Tradition darin integrieren“ könne.

Für Hoffman sieht das so aus: Er will die Bindung der Philharmoniker an Berlin verstärken, will sie zum Bestandteil der Stadtkultur machen. Sollten sie nicht, so fragt er, bei großen Jubiläen wie dem 20. Jahrestag des Mauerfalls oder den Feiern zur Erinnerung an 60 Jahre Grundgesetz wie selbstverständlich beteiligt sein? Sie waren es nicht.

Und so stellt sich Hoffmann nun Kooperationen mit der benachbarten Nationalgalerie vor, träumt davon, nicht nur einen Geiger, Komponisten oder – wie zurzeit – den Pianisten Lang Lang für eine Saison an die Philharmoniker als kreativen Partner zu binden. Es könnte auch ein bildender Künstler sein. Oder ein Schriftsteller.

Er will neue Konzertreihen auflegen, und er möchte, langfristig, einen neuen, dritten Konzertsaal bauen, mit weniger Plätzen, als sie der Kammermusiksaal mit seinen 1200 Sitzen bietet. Der große Saal fasst 2400 Zuhörer.

Seine Hauptaufgabe wird es sein, die Erwartungen der Philharmoniker zu erfüllen. Sie wollen ihren Ruhm und ihr Einkommen mehren, sich modern und medial auf neuestem Stand präsentieren und dabei ihren Ruf als Deutschlands Elite-Orchester nicht verlieren.

Doch die Konkurrenz in Berlin ist groß. Die Stadt hat acht Symphonieorchester, das beste, nach den Philharmonikern, ist Daniel Barenboims Staatskapelle. Er dirigiert sie hauptsächlich in der Oper, aber eben auch im Konzert.

Das Berliner Gefüge könnte demnächst Risse bekommen. Hoffmann plant, die Berliner Philharmoniker in der Hauptstadt und international mit Opernaufführungen zu präsentieren. Bislang gab es ab und an konzertante Produktionen in der Philharmonie. Aber eine bildersatte Aufführung mit Kulissen, Kostümen, mit Aktion und vollem Bühnenzauber war nicht drin.

Ein Kandidat für ein vollwertiges Opernspektakel mit den Philharmonikern und Simon Rattle könnte Richard Strauss' „Salome“ sein. Im nächsten Jahr kommt die Produktion bei den Salzburger Osterfestspielen heraus. Mit Stefan Herheim als Regisseur und der US-Amerikanerin Emily Magee in der Titelrolle.

Hoffmann will solche Ereignisse auch in Berlin präsentieren. Irgendwann. In einem Opernhaus. Mit den Philharmonikern im Orchestergraben.

Das wäre ein Coup. Und eine couragierte Kampfansage an die drei Berliner Opernhäuser. JOACHIM KRONSBEIN



SARA KRULWICH / NEW YORK TIMES / REDUX / LAIF

Opern-Übertragung der Met am Times Square in New York: *Mitschnitte für den Markt*



MAX HIRSHFELD / REDUX / LAIF



DER SPIEGEL

Zeuge Karski in Washington 1993, Warschauer Ghetto 1941: *Zeuge wider Willen*

LITERATUR

Roosevelts Gähnen

In seinem Erfolgsroman „Jan Karski" gibt der französische Autor Yannick Haenel den Alliierten eine Mitschuld am Judenmord der Nazis.

Die Erinnerungen kommen aus dem Totenhaus. Sie überwältigen den Mann, er sträubt sich gegen sie, er will nicht zurückkehren in die Vergangenheit, über die er Zeugnis ablegen soll. Sein Mund verzerrt sich, seine Augen weiten sich, seine Hände scheinen zu flehen. Mitleidlos zeichnet die Kamera seine Pein auf, denn was er zu sagen hat, bricht ihm die Stimme. Er möchte sich schützen vor seinen eigenen Worten, als könne er nicht ertragen, was sie preisgeben, auch nach 35 Jahren nicht.

So hat der französische Filmemacher Claude Lanzmann den polnischen Widerstandskämpfer Jan Karski in seinem monumentalen Werk „Shoah" gezeigt, und so hat ihn der Autor Yannick Haenel in einem heftig umstrittenen Roman beschrieben. Es ist die Geschichte eines Gerechten, der für den Rest seines Lebens unter der Last litt, etwas gesehen zu haben, was ihm zu seiner Zeit keiner glauben wollte.

Der schon fast vergessene Karski, der vor zehn Jahren in den USA starb, hatte als Kurier des Warschauer Untergrunds mitten im Krieg die Alliierten in London und Washington mündlich über das Schicksal der Juden in dem von den Nazis besetzten Europa unterrichtet, über das Sterben im Warschauer Ghetto und die Vernichtung in den Lagern – ein Botschafter des Holocaust aus eigener Anschauung, lange bevor dieser Begriff ins allgemeine Bewusstsein und ins Gewissen der Welt gedrungen war.

Lanzmann hatte ihn 1978 für seinen Film aufgestöbert und exklusiv unter Vertrag genommen; aber er zeigte in „Shoah" nur einen Teil dessen, was Karski, der Zeuge wider Willen, zu berichten hatte. Haenel stieß auf Karski, als er Material für seinen Literatur- und Geschichtsunterricht suchte; es hatte sich nämlich herausgestellt, dass die Schilderung der Auschwitz-Erfahrungen von Primo Levi („Ist das ein Mensch?"), die er zuerst ausgewählt hatte, seine Schüler moralisch überforderte.

Da schien Karski mit seinen 1944 in Amerika veröffentlichten Erinnerungen („Story of a Secret State") das für den jugendlichen Geist leichter zu verarbeitende Beispiel: ein schneidiger Offizier, der 1939 in Kriegsgefangenschaft geraten war, fliehen konnte, Kontakt zum Widerstand aufnahm, als Kurier für die polnische Exilregierung eingesetzt wurde, sich aus den Fängen der Gestapo befreite und schließlich nach einer abenteuerlichen Reise quer durch das deutsche Herrschaftsgebiet nach England und Amerika gelangte, um den Verbündeten dort zu erzählen, was daheim geschah.

Den Lehrer und Literaten Haenel, 42, der die Schriften von Primo Levi, Jean Améry, Elie Wiesel, Paul Celan, Nelly Sachs oder Imre Kertész kannte, trieb die Frage um, was in Karski, selbst kein Jude, sondern gläubiger Katholik und glühender Nationalist, in den vielen Jahren vorgegangen sein mochte, nachdem er im Juli 1943 Präsident Franklin D. Roosevelt auftragsgemäß Bericht erstattet hatte. Was war in dieser langen Periode des Schweigens mit Karski geschehen, bevor Lanzmann den alten Herrn wieder als Zeugen der Geschichte vor die Öffentlichkeit zwang?

„Ich wollte nicht die weißen Flecken in seiner Geschichte ausfüllen, mich interessierte die metaphysische Wandlung, die Karski nach seiner Odyssee meiner Meinung nach durchgemacht haben muss", so Haenel, der seinen Roman, der auf Deutsch bei Rowohlt erscheinen wird, bereits vorige Woche in Hamburg, Düsseldorf und Berlin vorstellte.

Auf diese Weise entstand ein Buch wie ein Spiegelschrank mit drei Bildern: das gesprochene Wort Karskis vor Lanzmanns Kamera, die geschriebene Lebenserzählung aus seinen Erinnerungen und das anschließende Verstummen, das Haenel mit einem fiktiven inneren Monolog aufzuhellen versucht.

Die Konstruktion ist gewagt für ein literarisches Werk – die beiden ersten Teile sind dokumentarisch, erst der erfundene – oder nachempfundene – dritte Teil verleiht ihm seinen eigenen Charakter und löste prompt einen Skandal aus. Historiker verwahrten sich gegen die Vermischung der Genres, Lanzmann, der Hüter des Gedächtnisses der Schoah-Zeugen, prangerte wutentbrannt ein „Plagiat" an, eine Usurpation, gar eine Geschichtsfälschung. Es kam wie immer, wenn Frankreichs intellektuelle Hohepriester eine anrüchige Affäre wittern: Das Buch wurde ein unerwarteter Bestseller mit über 100 000 verkauften Exemplaren, es wird in zehn Sprachen übersetzt und verschaffte Karski eine Aura, die ihm zu Lebzeiten nie vergönnt war.

„Niemand zeugt für den Zeugen", hatte Paul Celan in seinem Gedicht „Aschenglorie" geschrieben: „Das vor euch, vom Osten her, Hingewürfelte, furchtbar." Haenel hat sich genau das vorgenommen – mit den Mitteln literarischer Wahr-

heitssuche für den Zeugen Karski zu zeugen. Ein vermessenes Unterfangen?

Schon im Februar 1940 hatte der junge Kurier aus Polen in einem Bericht für die Exilregierung, die sich damals noch in Frankreich befand, darauf hingewiesen, dass die deutschen Besatzer den Antisemitismus ausbeuteten. „Und man muss zugeben", fügte er hinzu, „dass sie damit Erfolg haben … Der polnische Bauer, der Arbeiter, der halbgebildete, unintelligente, demoralisierte arme Teufel verkündet lauthals: ‚Jetzt erteilen sie ihnen also endlich eine Lehre … Für die Juden ist das Ende gekommen.'"

Im Herbst 1942 schickte der Untergrund Karski in den Westen, um eine Reihe von Botschaften über die Lage in Polen zu übermitteln. Zwei führende Mitglieder jüdischer Geheimorganisationen, die von der bevorstehenden Mission erfahren hatten, schleusten ihn vor seiner Abreise ins Warschauer Ghetto und auch in ein Deportationslager ein – wahrscheinlich Izbica im Distrikt Lublin, obwohl sich Karski später an Belzec zu erinnern glaubte. Der junge Pole war erschüttert; natürlich hatte er einiges über die Judenmorde gehört, aber „Statistiken", so sagte er später, seien eine Sache, „gesehen zu haben" eine andere. Darauf kam es den jüdischen Repräsentanten an – auf die erhoffte Überzeugungskraft eines nichtjüdischen Augenzeugen. Denn was mit den Juden in Polen geschehe, sei ohne Beispiel in der Geschichte.

Karski wusste, dass diesem Teil seiner Mission allerdings nur nachgeordnete Priorität eingeräumt wurde. Seine Aufgabe bestand zuallererst darin, über den Widerstandskampf des polnischen Volkes zu berichten. Im Dezember 1942 traf er in London die jüdischen Vertreter Ignacy Schwarzbart und Szmuel Zygielbojm, in Washington wurde er nach seinem Gespräch mit Präsident Roosevelt an den jüdischen Richter beim Obersten Gerichtshof der USA, Felix Frankfurter, verwiesen. Sie alle hatten bis dahin die Informationen über die totale Vernichtung der Juden in Polen nicht vollständig verstanden. Aber weder die polnische Exilregierung noch die Führung der Alliierten zeigten sich zu einer angemessenen Reaktion bereit, wie Karski und der zunehmend verzweifelte Zygielbojm feststellen mussten.

Diese Untätigkeit, ja Gleichgültigkeit macht Haenel zum zentralen Thema des seinem Zeugen Karski angedichteten inneren Monologs: „Wie wurde er mit dem Schock fertig, als ihm bewusst wurde, dass die Juden daheim von Gott und den Menschen verlassen waren?", so der Autor. Was bedeutet der Sieg in einem Krieg der Menschlichkeit gegen die Barbarei, wenn das Unmenschliche nicht verhindert werden kann?

Es scheint unzweifelhaft, dass Karski nach erfülltem Auftrag in einen tiefen Zwiespalt stürzte. Einerseits erfüllte ihn seine Leistung mit Stolz – er war der Kundschafter aus dem Herzen der Finsternis, fast schon ein Agent des Weltgeistes, von Angesicht zu Angesicht mit Roosevelt, dem mächtigsten Mann der freien Welt, auf den als Retter sich alle Hoffnungen projizierten. Andererseits hatte er das Gefühl, gescheitert zu sein: Der Krieg würde zu Ende gehen und die Tragödie des Judentums über Generationen hinweg auf dem Gewissen der Menschheit lasten. „Ich bin ein jüdischer Katholik", sollte Karski später Elie Wiesel anvertrauen.

Haenel lässt seinen zerrissenen Helden sagen: „Wie kann eine Welt, die die Auslöschung der Juden geschehen ließ, behaupten, dass sie frei ist? Wie kann sie behaupten, irgendetwas gewonnen zu haben? Es hat keine Sieger 1945 gegeben, es hat nur Komplizen und Lügner gegeben."



GEORGE SKADDING / TIME LIFE PICTURES / GETTY IMAGES



MAURICE ROUGEMONT / OPALE

US-Präsident Roosevelt 1944, Autor Haenel: *„Es hat keine Sieger gegeben"*

Eine maßlose Übertreibung, eine unzulässige Vermischung der Grenzen der Verantwortung, gewiss – und doch bekam dieser imaginierte Aufschrei Karskis ausgerechnet durch Lanzmann einen Anflug von Berechtigung verliehen.

Erbost über den Erfolg des Romans, entschloss sich Lanzmann nämlich, für „Shoah" nicht verwendete Teile seiner Gespräche mit Karski in einem neuen Dokumentarfilm auf Arte im März publik zu machen. Und darin bestätigt Karski, dass Roosevelt das Schicksal der Juden keine einzige Frage während ihrer Unterredung im Weißen Haus wert war.

Stattdessen erkundigte sich der US-Präsident, bizarr genug, ob die deutsche Wehrmacht für den Russland-Feldzug viele Pferde in Polen requiriert habe, da Polen doch ein Agrarstaat sei. Und mit dem polnischen Botschafter der Exilregierung, der Karski begleitete, verwickelte er sich in eine heitere Debatte darüber, ob nach dem Sieg Ostpreußen ganz oder nur teilweise an Polen fallen solle.

Von dieser bekundeten Realität scheint es nur noch ein kleiner Schritt zu einer theatralisch in Szene gesetzten satirischen Phantasie des Romanautors Haenel, der Roosevelt als gelangweilten, gähnenden Zuhörer schildert, dem die Krumen des Abendessens noch in den Mundwinkeln hängen und der lüstern auf die Schenkel einer attraktiven Referentin schaut. Wahrheit und Fiktion widersprechen sich nicht.

Die Tragik des verkannten Zeugen Karski kommt in den Worten des Richters Felix Frankfurter zutage. Haenel konnte sie nicht kennen, als er seinen Roman schrieb; Claude Lanzmann hat sie, aus Karskis Mund, aufgezeichnet.

„Ich glaube Ihnen nicht", sagte Frankfurter dem Polen nach dessen Vortrag. Erregter Protest des polnischen Botschafters. Darauf Frankfurter: „Ich habe nicht gesagt, dass er lügt. Ich habe gesagt, dass ich ihm nicht glaube. Ich richte über Menschen. Ich kenne die Menschheit. Unmöglich! Nein! Nein! Ganz ausgeschlossen."

Lanzmann hat seinem filmischen „Karski-Bericht" ein Zitat des französischen Sozialphilosophen Raymond Aron, eines unverzagten Fechters gegen die totalitären Versuchungen des 20. Jahrhunderts, vorangestellt: „Ich wusste es, aber ich habe es nicht geglaubt. Und weil ich es nicht geglaubt habe, wusste ich es auch nicht."

Ein treffenderes Motto hätte auch Haenel nicht finden können. Wer zeugt am Ende für den Zeugen, wenn nicht der Schriftsteller? ROMAIN LEICK

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

1 (1) **Tommy Jaud**
Hummeldumm
Scherz; 13,95 Euro

2 (2) **P. C. Cast / Kristin Cast**
Betrogen – House of Night 2
FJB; 16,95 Euro

3 (3) **Sarah Lark**
Das Gold der Maori
Lübbe; 14,99 Euro

4 (18) **Nicholas Sparks**
Mit dir an meiner Seite
Heyne; 19,95 Euro



Teenagerdrama, das alle Klischees bedient: vom Strandknutschen bis zur tränenreichen Papa-Tochter-Versöhnung

5 (4) **David Safier**
Plötzlich Shakespeare
Kindler; 17,95 Euro

6 (6) **Jussi Adler-Olsen**
Erbarmen
dtv; 14,90 Euro

7 (5) **Martin Suter**
Der Koch
Diogenes; 21,90 Euro

8 (9) **Anna Gavalda**
Ein geschenkter Tag
Hanser; 12,90 Euro

9 (11) **Stephenie Meyer**
Bis(s) zum Ende der Nacht
Carlsen; 24,90 Euro

10 (7) **Karen Rose**
Todesspiele
Knaur; 14,95 Euro

11 (10) **Cody McFadyen**
Ausgelöscht
Lübbe; 19,99 Euro

12 (8) **Alyson Noël**
Evermore – Der blaue Mond
Page & Turner; 17,95 Euro

13 (12) **P. C. Cast / Kristin Cast**
Gezeichnet – House of Night 1
FJB; 16,95 Euro

14 (15) **Alyson Noël**
Evermore – Die Unsterblichen
Page & Turner; 16,95 Euro

15 (19) **William Paul Young**
Die Hütte
Allegria; 16,90 Euro

16 (20) **Marina Lewycka**
Das Leben kleben
dtv; 14,90 Euro

17 (16) **Josh Bazell**
Schneller als der Tod
S. Fischer; 18,95 Euro

18 (13) **Tania Carver**
Entrissen
List; 14,95 Euro

19 (–) **Jo Nesbø**
Leopard
Ullstein; 21,95 Euro

20 (17) **Dan Brown**
Das verlorene Symbol
Lübbe; 26 Euro

Sachbücher

1 (1) **Michael Mittermeier**
Achtung Baby!
Kiepenheuer & Witsch; 14,95 Euro

2 (4) **Manfred Lütz**
Irre! Wir behandeln die Falschen
Gütersloher Verlagshaus; 17,95 Euro

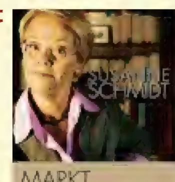
3 (3) **Eckart von Hirschhausen**
Glück kommt selten allein …
Rowohlt; 18,90 Euro

4 (6) **Margot Käßmann**
In der Mitte des Lebens
Herder; 16,95 Euro

5 (2) **Helmut Schmidt / Fritz Stern**
Unser Jahrhundert
C. H. Beck; 21,95 Euro

6 (5) **Miriam Meckel**
Brief an mein Leben
Rowohlt; 18,95 Euro

7 (–) **Susanne Schmidt**
Markt ohne Moral
Droemer; 19,95 Euro



Abgründe der Finanzwelt: gierige Banker, ignorante Aufsichtsbehörden und falsch beratene Politiker

8 (7) **Richard David Precht**
Wer bin ich – und wenn ja, wie viele? Goldmann; 14,95 Euro

9 (8) **Kester Schlenz**
Alter Sack, was nun?
Goldmann; 16,95 Euro

10 (10) **Elfriede Vavrik**
Nacktbadestrand
edition a; 19,50 Euro

11 (11) **Jay Dobyns / Nils Johnson-Shelton**
Falscher Engel
Riva; 19,90 Euro

12 (9) **Susanne Fröhlich**
Und ewig grüßt das Moppel-Ich
W. Krüger; 14,95 Euro

13 (13) **Michael Winterhoff / Isabel Thielen** Persönlichkeiten statt Tyrannen Gütersloher Verlagshaus; 17,95 Euro

14 (17) **Gianluigi Nuzzi**
Vatikan AG
Ecowin; 22,50 Euro

15 (14) **Rhonda Byrne**
The Secret – Das Geheimnis
Goldmann; 16,95 Euro

16 (12) **Patti Smith** Just Kids
Kiepenheuer & Witsch; 19,95 Euro

17 (15) **Helmut Schmidt / Giovanni di Lorenzo** Auf eine Zigarette mit Helmut Schmidt
Kiepenheuer & Witsch; 16,95 Euro

18 (19) **Hans-Olaf Henkel**
Die Abwracker
Heyne; 19,95 Euro

19 (–) **Daniel Everett**
Das glücklichste Volk
DVA; 24,95 Euro

20 (16) **Josef Wilfling**
Abgründe
Heyne; 19,95 Euro

ESSAY

Skandal des Üblichen

Die Missbrauchsdebatte ist so qualvoll, weil sie uns alle betrifft. Von Elke Schmitter

Deutschland im Frühjahr 2010: ein Land im Krieg, das auch. Doch an den langen Abenden in Wohnzimmern und Küchen, an der Nabelschnur des Telefons oder im Netz herrscht ein anderes Thema. So wie in den Zeitungen, im Radio, in den Schaukästen der Republik, den „shows of talk“: Hier sucht man Opfer und Täter in der leib-seelischen Vergangenheit.

Missbrauch geht um. Obwohl hie und da darauf hingewiesen wurde, dass das Wort, wörtlich genommen, sinnlos ist, denn es setzt ja als sein Gegenteil den richtigen Gebrauch des Abhängigen, des Jüngeren voraus, ist es nicht mehr aus der Gesprächswelt zu schaffen. Nach all den Wochen der Berichte und Bekenntnisse erinnern sich immer mehr von uns: an den Fußballtrainer, der mit den Jungs so gern duschen ging, an den Orgellehrer, der eine leichte, trockene Hand auf das nackte Knie der Schülerin legte, und an den Priester, der im Hinterzimmer ins Schwitzen und Stöhnen kam. Es musste nicht immer traumatisch sein, beileibe nicht. Doch ohne die Erfahrung einer zweideutigen Situation, einer klebrigen Annäherung oder eines regelrechten Missbrauchs wurde offenbar kaum ein Kind groß.

Hand an den Jüngeren legen, um sich sexuell zu erregen: Das galt noch vor wenigen Monaten als ein Vorkommnis, das skandalös, aber eben eine Seltenheit war. Inzwischen muss der Skandal als etwas Häufiges gelten und seine Vorstufen als gewissermaßen üblich. Das Übliche als Skandal zu begreifen ist ein langwieriger Prozess. Da braucht es nicht nur einen Erkenntnisschock, sondern lange, sich wiederholende Runden, in denen immer wieder Ähnliches vorgebracht wird, quälend redundant. Und von Abwehr begleitet – der eigenen wie der der anderen –, weil die Erkenntnis den Status quo ins Rutschen bringt.

Für ihre charmante Idee, die Frau sei dem Manne ebenbürtig, starb Olympe de Gouges 1793 in Paris unter der Guillotine, und erst 1977 fiel in Deutschland die letzte gesetzliche Bestimmung, die Frauen benachteiligte. Seitdem dürfen sie auch gegen den Willen des Ehemanns einen Arbeitsvertrag unterschreiben.

Das Kind Mary Ellen McCormack, unterernährt und von Wunden und Striemen gezeichnet, das 1874 vor einem New Yorker Gericht gegen seine Stiefeltern aussagte, war mit Hilfe des Tierschutzvereins aus seiner Lage gerettet worden. Die Polizei hatte mangels Rechtsgrundlage nicht eingreifen wollen. Einrichtungen zum Schutz von Kindern gab es in keiner Form, und das Recht auch von Kindern auf Unversehrtheit war noch lange nicht erfunden. Seit 2000 erst sind die Kinder vor häuslicher Misshandlung gesetzlich geschützt.

Ein Skandal ist allerdings erst dann ein Skandal, wenn man ihn dazu macht: aus Mitleid oder Verantwortungsgefühl, durch Protest und Politik.

Hier liegt der Einwand nahe, dass es sich beim Missbrauch immerhin um etwas handelt, das sich im Verborgenen abgespielt hat. Unendlich viel häufiger offenbar, als es das allgemeine Bewusstsein will, aber immerhin: nicht offiziell.



CHR. V. POLENTZ / TRANSITFOTO.DE

Protest gegen Missbrauch: *Scham ist noch schwerer zu ertragen als Schuld*

Dass die soziale Wirklichkeit, in der wir uns so naiv und unwillkürlich bewegen wie in der physikalischen, auf Konstruktionen beruht, hält niemand gern ständig im Bewusstsein.

Dass man Gewohnheiten ändern kann, dass Selbstverständlichkeiten sich schnell und radikal ändern, wird mit Erleichterung oder Humor verzeichnet, wenn es so weit ist: kein Zigarettenqualm mehr im Restaurant, das ist eigentlich doch ganz angenehm! Und sich im Auto anzuschnallen ist auch keine Freiheitsberaubung mehr. Aber erst mal wehrt sich der Mensch. Den Weg zu einer veränderten Praxis erzwingt nicht selten die Justiz, die dem Common Sense eben nicht immer folgt, sondern ihn avantgardistisch prägt: Dass in unserem Alltag der Privatgebrauch von Schusswaffen glücklicherweise nicht in Frage kommt, gibt, wie der Vergleich mit den Vereinigten Staaten zeigt, keinerlei Auskunft über die Natur des demokratischen Bürgers, sondern lediglich über das Rechtssystem. Welche Drogen als harmlos gelten, ob Frauen in Führungspositionen sind oder wir uns einen Ring durch die Nase ziehen, um attraktiver

zu sein, beruht vor allem auf Konvention. Der Mensch gewöhnt sich an allem. Auch an den Dativ und den Skandal.

Das Skandalöse im Verborgenen unterscheidet sich, wenn es üblich geworden ist, vom offiziellen Skandal durch den Verdeckungszusammenhang. Ob Steuerhinterziehung oder Prostitution: Wer mit einem Bein im Deliktsumpf steckt, spricht nicht gern, sondern murmelt nur. Oder klagt andere an. Im Falle des Kindesmissbrauchs ist die Verdeckung auf dreifache Weise wirksam: bei Tätern, bei Opfern und Mittätern. Die überwältigende Zahl von Vorgesetzten und Eltern, die beim Missbrauch in kirchlichen Institutionen, Internaten und Fürsorgeheimen auf Klagen nicht reagierten, die verharmlosten oder vertuschten, ist ja durchaus nicht zu verachten. Es handelt sich, nicht nur bei der Odenwaldschule, oft um die sogenannte Elite, die da eben streng elitär reagiert: Wie wir das regeln, das geht euch gar nichts an. Das machen wir ganz unter uns!

Bei einer gruppendynamischen Runde, die Sitzung um Sitzung so um das Thema schleicht wie Deutschland um seinen Missbrauch, die so viel stockende und zögernde Erinnerung, so vehemente Verleugnung und Abwehr produziert, wäre die Diagnose schnell bei der Hand: Bei diesem Thema hat fast jeder einen Fuß im Sumpf. Die Aufhebung des Verdeckungszusammenhangs ist für alle mühsam und schmerzlich, nur aus unterschiedlichen Gründen. Die einen sind schuldig und wollen sich nicht schämen. Die anderen schämen sich, weil sie Opfer geworden sind. Sich dafür schuldig zu fühlen ist ihnen lange natürlich gewesen.


THOMAS LOHNES / DDP

Turnerin: *Eingriff in die Intimsphäre?*

Kinder kooperieren immer, denn ihnen bleibt keine Wahl. Wenn man von ihnen erwartet, trotzig, lästig oder gefällig zu sein, dann machen sie das selbstverständlich mit. Wo kämen sie hin, wenn nicht? Dass sie nicht auf das gesprochene Wort reagieren, sondern auf die – manchmal unbewusste – Erwartung, weiß jeder, der mit ihnen zu tun hat. Lange bevor sie „ich“ sagen können, sind sie Objekte unserer Aufmerksamkeit und der Zuschreibung, die sie erfahren: die tapfere Kleine, der Ängstliche, Mamas großer Junge und Papas guter Kamerad.

Natürlich wehren sie sich. Wo kämen sie hin, wenn nicht?

Eines aber ist klar: In einem Machtzusammenhang, der so diffus und zugleich dicht gewebt ist wie ihre normale Umgebung, haben sie keine Chance, sich allein zu behaupten. Wenn es üblich ist (wie noch in meiner Kindheit), ungebeten den „Popo“ zu tätscheln, in die Wange zu kneifen oder die Kleinen gleich ganz auf den Schoß zu ziehen, wehren sich Kinder selten. Dass sie eine Intimsphäre haben, die man zu respektieren hat, ist eine relativ neue Erkenntnis der Pädagogik, die hoffentlich Früchte trägt: Ein Sechsjähriger, der eine kompakte Abwehrbereitschaft ausstrahlt, wenn man ihn unaufgefordert anfasst, ist sicher besser gefeit gegen Zudringlichkeit. Zumal er immer öfter damit rechnen kann, dass man ihm zuhört, wenn er sich beschwert.

Wenn es um schamhafte Erlebnisse geht, ist die Verdrängung zunächst eine Hilfe. Scham ist noch schwerer zu ertragen als Schuld, weil sie das Selbst intimer berührt, mehr in seinem Sein als in seinem Tun. „Das ist mir zugestoßen, weil ich so war“, das ist schwerer zu integrieren als: „Das habe ich getan, weil ich es – leider – so wollte.“ Insofern ist nur zu verständlich, dass dieser Prozess der allgemeinen Erinnerung so quälend langsam, verhangen und schwelend wirkt: Es gibt keine Explosion, weil fast jeder Erwachsene, der über Missbrauch spricht, damit ein Erlebnis verbindet, das er lange heruntergedimmt hat. Erstens, weil es für das Befremden, die Scham oder die Empörung kein Einordnungsmuster gab; die Opfer waren mit ihrer Erfahrung ohne Begriff und ohne Vergleich. Zweitens, weil das Vergehen in der Regel von Personen ausging, die zu idealisieren die Kinder angehalten waren: dem netten Onkel, dem freundlichen Lehrer, dem unantastbaren Priester oder den eigenen Eltern.

Und schließlich, weil fast jeder sich mit seinem Erleben mit seiner Umgebung d’accord fühlen will. Wenn die meisten Kinder geschlagen werden, sind die gezüchtigten Erwachsenen später normalerweise der Ansicht, es habe ihnen, „weiß Gott“, nicht geschadet. Sofern sie sich daran erinnern: Der Körper vergisst, wie die Naturwissenschaft inzwischen bestätigt, nichts.

Das Bewusstsein wiederum arrangiert das Gedächtnis so, wie es die Seele erlaubt. Wenn eine Erfahrung die Psyche überfordert und es keinen mitfühlenden Zeugen gibt, dann wird sie abgespalten; das ist es, was man ein Trauma nennt. Es zeigt sich in einem Symptom, mehr oder minder harmlos, als permanente Vergesslichkeit, als Frigidität oder Impotenz, als eine Taubheit des Gefühls in manchen Situationen. Oder es zeigt sich, indem man es wiederholt, indem man selber zum Täter wird. Die Annahme ist nicht verwegen, dass die meisten der Missbrauchstäter ihrerseits Opfer sind. Nur ist der Weg ihrer Erinnerung noch mühsamer und schwieriger als der jener, die Opfer geblieben sind.

Aufklärung kommt immer zu spät, denn was passiert ist, lässt sich nicht mehr heilen.

Aufklärung kommt nie zu spät, denn es ist die einzige Chance für die Opfer, da wieder lebendig zu werden, wo Taubheit oder Phantomschmerz herrschen. Außerdem ist jene öffentliche Aufregung, die sich gerade nicht wieder beruhigen will, ganz sicher eine Bedingung dafür, dass sich der Skandal nicht wiederholt.

Wenn man es so betrachtet, sind weitere Sitzungsrunden im deutschen Selbsterfahrungsraum einfach nur zu begrüßen. Vielleicht nimmt der eine oder andere Mann im Ornat auch einmal Platz. ◆

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Leben geht allmählich“

Die 87-jährige Swetlana Geier, legendäre Übersetzerin aller großen Werke Dostojewskis, über ihre Jugend in Kiew unter Stalin und deutschen Besatzern, die Kunst des Übertragens und die Hilfsverben, die das Deutsche nötig hat

FRIEDEL AMMANN

Swetlana Geier

wurde 1923 in Kiew als Swetlana Michailowna Iwanowa geboren. In ihrer Kindheit erhielt sie privaten Deutschunterricht und machte 1941 ihr Abitur. Ihr Vater, Naturwissenschaftler und Agronom, wurde 1938 von den Stalinisten verhaftet und starb an den Folgen dieser Haft. Geier arbeitete während der Besetzung Kiews durch die Nazis als Dolmetscherin für die Deutschen. 1943 ging sie mit ihrer Mutter nach Deutschland und erhielt ein Alexander-von-Humboldt-Stipendium. Sie studierte Germanistik und vergleichende Sprachwissenschaften an der Universität Freiburg. Nach ihrer Heirat mit dem Geiger Christmut Geier bekam sie zwei Kinder. Ihren ersten literarischen Text übersetzte sie 1953, eine Erzählung von Leonid Andrejew. Ein regelmäßiges Einkommen sicherte sich Geier mit Lehraufträgen an Universitäten. 1988, im Alter von 65 Jahren, begann sie, die großen Romane Dostojewskis neu ins Deutsche zu übertragen. Ihre Arbeit ist vielfach ausgezeichnet worden. Die 87-Jährige lebt in Freiburg und übersetzt gerade Dostojewskis „Aufzeichnungen aus einem Totenhaus“.



Swetlana Iwanowa 1938

SPIEGEL: Frau Geier, der Film „Die Frau mit den fünf Elefanten“ über Ihr Leben und Ihre Arbeit als Übersetzerin war für den Deutschen Filmpreis nominiert. Ein Film über eine alte Dame, die Literatur aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt, ist ja ein ungewöhnliches Projekt. Was haben Sie gedacht, als der Regisseur Vadim Jendreyko Ihnen das vorschlug?

Geier: Ich wurde stutzig, denn es ist nicht mein Metier. Ich eigne mich eigentlich nicht dazu, in irgendeiner Form präsentiert zu werden, es ist nicht mein Charakter, und es ist auch nicht mein Beruf. Ich habe zu Herrn Jendreyko gesagt, ich darf weder angesprochen noch gestört, noch darf irgendwas von mir verlangt werden.

SPIEGEL: Sie sind 87 Jahre alt, Sie wurden in Kiew geboren, 1943 kamen Sie mit Ihrer Mutter nach Deutschland. Berühmt wurden Sie mit den Neuübersetzungen aller großen Dostojewski-Romane, den sogenannten fünf Elefanten. Kam Ihnen Ihr Leben jemals wie ein Filmstoff vor?

Geier: Ich habe bestimmt 40 Jahre meines Lebens die Unsichtbarkeit geübt, das ist für mich die Rolle meines Lebens. Denn das Übersetzen ist eine Lebensform. Es ist etwa so wie bei einem Musiker. Wenn der Brahms’ Violinkonzert einstudiert, besteht die Welt aus Brahms’ Violinkonzert, es ist dann total. Seit über 20 Jahren ist die Welt für mich Dostojewski. Und mit dem schlägt man sich mit verschiedenem Erfolg herum.

SPIEGEL: Als Sie mit dem ersten Dostojewski-Roman begannen, waren Sie schon 65 Jahre alt. War es lange Ihr Wunsch, Dostojewski zu übersetzen?

Geier: Das ist genau so, wie man gern den Prinzen heiraten möchte. Und wahrscheinlich ist es genau so selten, dass man den Prinzen auch bekommt. Die ganz große Dichtung ist für uns Durchschnittsmenschen eigentlich unerreichbar.

SPIEGEL: Was haben Sie von Dostojewski gelernt?

Geier: „Verbrechen und Strafe“ ist einer der bewegendsten Texte, und wie alle großen Texte hat er einen eigenen Rhythmus. Dieser Rhythmus ist ein Presto, ist also der schnellste, den es gibt. Aber im letzten Absatz des Buchs, in den letzten sechs oder sieben Zeilen, wird ein Wort wiederholt, auf Russisch heißt dieses Wort „postepenny“, es ist ein langsames Wort, auch durch das doppelte n. Es heißt „allmählich“, ein wunderbares deutsches Wort übrigens. Der ganze Roman verläuft also in einem rasanten Tempo, und im letzten Absatz wiederholt sich dreimal das Wort allmählich. Das hat etwas zu sagen: Leben geht allmählich. Wenn man nach der Lektüre dieses Romans sonst nichts gelernt hat, damit hat man schon genug gelernt. Gewalt ist schnell und plötzlich, Leben geht allmählich.

SPIEGEL: Sie haben den Titel von „Schuld und Sühne“ in „Verbrechen und Strafe“ geändert. Warum?

Geier: Der Blick ins Wörterbuch für das erste Semester macht es klar, das war die Sünde meiner Kollegen. Auf dem Umschlag dieses Buchs stehen zwei Worte: „prestuplenije“ und „nakasanije“. Verbrechen und Strafe. Da ist für Willkür kein Platz. Das ist eine Schlamperei. Oft kann man beim Übersetzen nur mit Vorsicht sagen, richtig oder falsch. Es geht selten ganz klar auf. Die Grenzen eines Begriffs in der einen Sprache, die Grenzen eines Begriffs in der anderen Sprache. Aber hier braucht man nicht zu spekulieren, da schaut man einfach im Wörterbuch nach.


ULLSTEIN BILD

Schriftsteller Dostojewski: *„Die Russen sind freier“*

SPIEGEL: In welchem Alter haben Sie begonnen, Deutsch zu lernen?

Geier: Mit fünf oder sechs Jahren. Und Französisch gleichzeitig. Ich war ja eine Einzeltochter, ich hatte Privatunterricht. Meine Mutter hat gemeint, es kann in unruhigen Zeiten nur eine Aussteuer geben: Sprachen. Meine Deutschlehrerin war eigentlich keine gebildete Frau, aber eine phantastische Lehrerin, sie wusste nicht, was sie tat, aber sie hatte einen pädagogischen Instinkt. Und wenn ich ihr einen deutschen Text vorlesen und übersetzen musste, hat sie immer gesagt: „Nase hoch beim Übersetzen“. Man übersetzt nicht wie eine Raupe, die sich durch ein Blatt frisst, man übersetzt den Satz aus dem Vogelflug. Es geht um das Ganze.

SPIEGEL: Ihre Kindheit und Ihre Jugend verbrachten Sie in den zwanziger und dreißiger Jahren in Kiew. Dort litt die Bevölkerung Anfang der dreißiger Jahre unter einer großen von Stalin geplanten Hungersnot. Er wollte damit die Bauern der Ukraine in die Kolchosen zwingen.

Geier: Ja, ich habe das alles erlebt, es war grauenhaft. Ich habe den ersten Toten als kleines Mädchen gesehen. Ich ging mit meinen Eltern spazieren, und plötzlich blieb mein Vater zurück und hat gesagt: Geh mit der Mutter. Und ich drehte mich natürlich um und fragte, was das soll, und dann habe ich gesehen, wie er aus der Tasche ein Taschentuch zog. An dem Feldweg lag ein Mensch. Mein Vater deckte ihm das Gesicht zu. Ein Hungertoter, mitten in einem Weizenfeld.

SPIEGEL: Hat Ihre Familie auch gehungert?

Geier: Nein, wir nicht, mein Vater hatte eine hohe Stellung in der Landwirtschaft. Er war Spezialist für Pflanzenzucht, speziell für Zuckerrüben und Tabak.

SPIEGEL: Ende der dreißiger Jahre, als Stalin die „Große Säuberung“ anordnete, kam Ihr Vater in Haft.

Geier: Er war auf den Tag 58 Jahre alt, da wurde er verhaftet. Weil er braune Augen hatte oder blaue, weil er auf der rechten Seite ging oder auf der linken. Er gehört zu den 20 Millionen, die damals verhaftet wurden. Aber es gibt Männer, an denen etwas ist, die kann man nicht so nebenher ermorden. Man kann sie foltern, man kann versuchen, sie zu brechen, aber man kann diese Männer nicht so einfach erschlagen. Mein Vater wurde entlassen. Am 12. Mai 1939. Und er starb am 28. Dezember. An den Folgen der Haft.

SPIEGEL: Es lagen nur wenige Jahre zwischen der Folter Ihres Vaters durch die Stalinisten und der Ermordung einer engen jüdischen Freundin von Ihnen während der Besetzung Kiews durch die Na-

zis. Welchen Unterschied gab es für Sie zwischen diesen beiden Regimen?

Geier: Die sind durchaus vergleichbar. Und wenn ich versuche, meinen Vater, der entlassen wurde, zu beschreiben, dann sind die Fotos von den KZ-Häftlingen der beste Vergleich. So wie die Leute aussahen, sah mein Vater aus, als er entlassen wurde. Ich finde, Mörder ist Mörder, unabhängig von seiner Idee. Und das ist etwas, was heute nicht mehr scharf genug gedacht wird. Es gibt kein Ziel, das einen unrechten Weg rechtfertigen könnte. Lesen Sie Dostojewski. Das sind uralte Fragen. Und der Mensch kann sie immer weniger lösen.

SPIEGEL: Als Sie 1943 mit Ihrer Mutter nach Deutschland kamen, erhielten Sie ein Humboldt-Stipendium. Wie kam das?

Geier: Ich muss sagen, dass ich Deutschland bis heute sehr dafür bewundere, dass ich dieses Stipendium bekam. Ich war schließlich eine verwehte Angehörige eines Volkes, gegen das Deutschland damals Krieg führte. Ich musste vorher in Kiew ein Jahr lang auf einer Baustelle der Dortmunder Union Brückenbau AG dolmetschen. Meine Mutter und ich kamen auf diese Weise an unsere Lebensmittelkarten. Und mich hat man dann für das Alexander-von-Humboldt-Stipendium vorgeschlagen, noch während sich die Leute auf dem Feld totschossen.

SPIEGEL: Ist es Ihnen schwergefallen, dass ausgerechnet die Nazis Ihnen diese Möglichkeit eröffnet haben?

Geier: Soll ich sagen: Ja, es ist mir schwergefallen? Oder soll ich sagen: Nein, es ist mir nicht schwergefallen? Was soll man auf so eine Frage antworten?

SPIEGEL: Ihr Studium haben Sie in Freiburg aufgenommen. Unter anderem haben Sie später Vorlesungen von Heidegger besucht.

Geier: Die Universität war wie ausgedorrt vor Wassermangel, gerissene, tote Erde, es war ein ungeheurer Durst, es war eine herrliche Zeit. Ich saß zitternd da. Ich hatte ja nach zehn russischen Klassen die Schule beendet und wusste nicht, ob mein Deutsch gut genug sein würde. Ich habe alles mitgeschrieben. Die erste Vorlesung, die ich hörte, war „Vom Wesen des Tragischen“. Eigentlich hebe ich nichts auf, ich hasse Papiere. Aber diese ersten Krickel habe ich aufgehoben, man kann Tränen darüber vergießen.

SPIEGEL: Haben Sie auf Russisch oder auf Deutsch mitgeschrieben?

Geier: Auf Deutsch. Die Vorlesungen von Heidegger waren so voll, dass gelegentlich einem Menschen ein Fuß zerquetscht wurde, das ist nicht übertrieben. Und wenn man da saß und er sprach, verstand man alles. Wenn man rausging, wusste man nichts mehr. Aber das Zuhören war ein kolossaler Genuss. Ich hatte an ihn keine Fragen, ich wollte von ihm gar nichts. Mich interessierte der Mann, der da mit diesen Bällen jonglierte, und es fiel nie ein Ball auf den Boden. Es war ein großer Zauber.



Diktator Stalin (M.) 1934: *„Es gibt kein Ziel, das einen unrechten Weg rechtfertigt“*

SPIEGEL: Sie sind erst nach über 60 Jahren wieder nach Kiew zurückgekehrt. Der Film „Die Frau mit den fünf Elefanten“ zeigt Sie auf dieser Reise.

Geier: Ich bin nicht zurückgekehrt. Ich habe die Stadt besucht.

SPIEGEL: Warum erst nach so vielen Jahren?

Geier: Es war für mich sehr interessant, ob es mir, wenn ich Russland besuche, genauso geht wie in Frankreich, wo alle Leute sagen: Oh, Madame, sie sprechen wunderbares Französisch. Doch nach einiger Zeit dort merke ich, dass ich außerhalb der Sprache bin. Aber nach Russland bin ich zurückgekommen, als wenn ich in ein anderes Zimmer gehe. Trotzdem möchte ich da nicht leben. Wo ich bin, ist Russland. Ich brauche nicht in den Zug zu steigen.

SPIEGEL: Was meinen Sie, wenn Sie sagen: Wo ich bin, ist Russland?

Geier: Ich denke, es steht in den Sternen geschrieben, dass der Russe und der Deutsche sich aneinander am fruchtbarsten reiben können. Keine Nation ist mit einer anderen dermaßen beschäftigt wie die Russen mit den Deutschen und die Deutschen mit den Russen. Und natürlich sind die Russen, weil sie materiell ärmer sind, unabhängiger als die Deutschen. Für die Deutschen ist ein Eigenheim ein Wert, sogar für die jüngere Generation. Und die Sprache kommt dem zu Hilfe. Der Deutsche lebt dank seiner Hilfsverben. Sein und haben. Ich habe. Und wenn ich nicht habe, dann ist es nicht gut.

SPIEGEL: Und in Russland?

Geier: Auf Russisch kann ich das gar nicht sagen. Der Deutsche sagt: Ich habe ein Haus. Subjekt, Prädikat, Akkusativobjekt. Im Russischen verliert man seinen Akkusativ, man ist dann nicht mehr Subjekt. Es heißt: Das Haus ist bei mir. Wenn ich keine Russin wäre, würde ich deshalb eine Russin werden wollen. Die Dinge halten sich bei mir nur eine begrenzte Zeit auf. Ist das nicht phantastisch! Wenn die Deutschen das nur begreifen würden. Man ist freier. Und die ganzen armen Russen, die nichts haben, ich möchte da nicht leben mit einer Familie, weil es viel zu mühselig ist, aber die Russen sind freier.

SPIEGEL: Und das hat seine Wurzeln in der Sprache?

Geier: Sprache ist Mensch. Sie drückt nicht etwas aus, sie ist Mensch. Sie formt das Denken.

SPIEGEL: Sind Sie auch nach fast 70 Jahren in Deutschland deshalb immer Russin geblieben, weil Sie durch diese Sprache geformt sind?

Geier: Ich bin viel zu glücklich, um zu wissen, wie ich geformt bin. Und ich habe viel zu viel zu tun.

SPIEGEL: Erfährt man nicht, wenn man Tausende Seiten Dostojewski übersetzt, eine Menge darüber, wie die Menschen und auch wie man selbst geformt ist?

Geier: Natürlich. Was man tut, hinterlässt Abdrücke. Meine Mutter, sie sprach mangelhaftes Deutsch, hat so hübsch gesagt: Alles muss bezahlt. Wenn Sie sich zum Beispiel von mir verabschieden und wieder nach Hause fahren, ganz egal, ob ich Ihnen gefalle oder nicht, ist etwas an Ihnen, das nicht mehr abzuwaschen ist.



DAVID KING / VOLLER ERNST

Vom sowjetischen Geheimdienst Verhafteter, 1937: *„Gewalt ist schnell und plötzlich“*

Bei jeder Begegnung geht etwas auf den anderen über. Und solche Giganten wie Dostojewski berühren einen, wenn man Glück hat, umso nachhaltiger.

SPIEGEL: Wann ist eine Übersetzung gelungen?

Geier: Wenn man sie gern liest. Wenn die Begriffe stimmen.

SPIEGEL: Gibt es weitere Kriterien?

Geier: Man muss die Sprache kennen. Dabei glaube ich, dass fünf Semester Romanistik noch keine Kenntnis des Französischen bedeuten.

SPIEGEL: Sondern?

Geier: Besteck zum Essen und Trinken. Es reicht nicht, mit den Fingern zu essen. Man muss die Sprachen können, und man muss den Stoff kennen.

SPIEGEL: Sie sind bekannt dafür, Ihre Übersetzungen nicht selbst aufzuschreiben, sondern zu diktieren. Was ist der Vorteil?

Geier: Die Sprache ist nicht vom Papier abhängig. Die Sprache lebt in der Luft, und die Sprache lebt von der Luft. Selbst das, was von irgendeinem Menschen irgendwann mal aufgeschrieben worden ist – sogar „Faust“ von Goethe oder ein Puschkin-Text –, ist ursprünglich in der Imagination entstanden. Deswegen will ich den neuen Text nicht primär sehen, sondern ihn sprechen.

SPIEGEL: Wie viele Seiten Dostojewski haben Sie übersetzt?

Geier: Ich habe nicht gezählt. Es sind sehr viele.

SPIEGEL: Gibt es einen Lieblingssatz?

Geier: Nein, ich habe viele Lieblingssätze. Und ich habe viele Lieblingsworte. Das aggressivste und verwirrendste, das großartigste Buch mit der einfachsten Konstruktion ist wahrscheinlich „Verbrechen und Strafe“. Zu den Fehlern meiner Vorgänger und der Achtlosigkeit der Herausgeber gehörte, dass man sich angewöhnt hatte, Wiederholungen auch bei den großen Autoren zu streichen. Nun gibt es ein Wort, das Dostojewski sehr oft gebraucht hat. Man weiß, dass er wenig Geld hatte und ewig ohne Kerze und ohne Essen dasaß. Man dachte sich wohl, na ja, er hatte ungünstige Arbeitsbedingungen, dem Mann kann geholfen werden. Wenn er immer wieder schreibt „plötzlich“, dann werden wir in der Übersetzung die Zahl der Wörter „plötzlich“ reduzieren auf das Übliche.

SPIEGEL: Was heißt „plötzlich“ auf Russisch?

Geier: Es heißt „wdrug“. Mich hat es natürlich sehr interessiert, warum Dostojewski so oft „plötzlich“ schreibt. „Plötzlich“ bedeutet ja, dass die Erkenntnis beschränkt ist. Sie wissen nicht, dass hinter Ihnen eine große Spinne sitzt und gleich über Ihren Kopf läuft. Wir wissen nur das, was wir sehen, und was wir nicht sehen, das geschieht für uns plötzlich. Es ist eine Dimension des irdischen Menschen, der auf seine Sinne angewiesen ist. Wir wissen wenig, wir hören wenig, wir ahnen gar nichts. Aber es gibt ein Bewusstsein, das kein „plötzlich“ hat, das göttliche Bewusstsein. Und es ist unheimlich interessant, dass bei Dostojewski gerade in „Verbrechen und Strafe“ das Wort „plötzlich“ so häufig vorkommt, weil er ja von der beschränkten Wahrnehmung des Menschen erzählt.

SPIEGEL: Mögen Sie noch reden, oder werden Sie vielleicht langsam müde?

Geier: Müde? Die Vokabel kenne ich nicht. Ich habe, seit meine Kinder klein waren, keine Ferien mehr gemacht, und ich habe auch kein Bedürfnis nach Freizeit. Das schönste Märchen unserer Zeit ist es, sein Geld selbständig mit Dingen zu verdienen, die man am liebsten tut.

SPIEGEL: In dem Film über Ihr Leben kann man sehen, dass Sie sehr gern kochen.

Geier: Und ich koche für viele. Wenn man bedenkt, dass ich nur mit meiner Mutter nach Deutschland kam und nun von den zauberhaftesten Enkeln umgeben bin. Ich habe sieben Enkel, zehn Urenkel, und zwei kommen in den nächsten Wochen noch hinzu. Für die alle koche ich sehr gern. Ich habe noch die atavistischen Eigenschaften eines nicht sesshaften Volkes: Vorräte.

SPIEGEL: Kochen Sie ein?

Geier: Ich muss das Zeug haben, um zwei oder drei Wochen durchzuhalten, das ist etwas, was Ihre Generation und auch Ihre Eltern schon nicht mehr kennen.

SPIEGEL: Dann empfinden Sie Sicherheit?

Geier: Sie können kommen und drei Leute mitbringen, und es reicht immer.

SPIEGEL: Gibt es etwas, das Sie besonders gut kochen können?

Geier: Ich backe recht gut, und ich glaube, ich kann mit Gemüse umgehen.

SPIEGEL: Kochen Sie nach Rezepten?

Geier: Das ist längst vorbei. Ich koche nach dem, was es gibt.

SPIEGEL: Ihre große Verwandtschaft lebt rund um Sie herum?

Geier: Alle sind in wenigen Stunden da, wenn es sein muss. Der älteste Sohn meiner Tochter macht jetzt ein paar Tage Ferien und hat mir streng empfohlen, auf mich aufzupassen und nicht zu sterben, bevor er zurückkommt. Schöner kann es doch nicht sein.

SPIEGEL: Frau Geier, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



FRIEDEL AMMANN

Geier beim SPIEGEL-Gespräch*: *„Sprache lebt in der Luft“*

* Mit der Redakteurin Claudia Voigt in Geiers Haus in Freiburg.

Asche zu Asche

Naturkritik: Was passiert, wenn uns der Vulkan attackiert

Nervige Tage zwischen Feldbetten – womit konnten sich die von der Aschewolke zu Boden geholten Transitreisenden trösten? Etwa damit, dass daheim ein Rentnerpaar in Offenbach fluglärmfrei im heimischen Garten schmauste? Oder dass die Saufkumpel auf „Malle“ im „Ich bin Ascheopfer“-T-Shirt winkend den Niedergang der Arbeitsmoral hochleben ließen? Oder gibt es Trost für die Gestrandeten im Gerede von der Entschleunigung, das im philosophischen Tarnkleid Verlierer in einer auf Zeitverknappung basierenden Gesellschaft zu Siegern erklärt?

Nein, Trost allein bietet Immanuel Kant, mit dem man aufsteigen kann in die Stratosphäre des Denkens, also dorthin, wo Eyjafjallajökull noch nicht hingeascht hat. Mit Transzendenz gegen Transitfrust und auf Sichtflug über ein Medienspektakel hinweg, das – Asche zu Asche – vergehen wird wie andere Themen, in denen eine überraschend blöde Natur den Menschen behelligt. Man kennt das: Waldsterben, Rinderwahn, Schweinegrippe, Vogelgrippe, Feinstaub.

Die Rede vom Vergehen dieser Erscheinungen muss präzisiert werden: Natürlich sind die Gefahren nicht verschwunden. Aber sie sind, wie die Systemtheorie sagt, kommunikativ anschlussfähig geworden. Medien, Politiker, Juristen, Moralapostel, Popclowns, Talktussen gewöhnen uns den Urschrecken ab, indem sie ihn in den Eigensinn ihrer Profession zerlegen: in Machtfragen, in juristische Fragen, in Unterhaltung.

Kant, ein Leben lang nie aus Königsberg weggekommen, ging hingegen gern (vielleicht deswegen) an die äußerste Grenze, wo der Mensch mit all seiner Intelligenz der Natur in ihrer grenzenlosen, sinnlosen Größe gegenübersteht. Wo der „bestirnte Himmel über mir“ die Bedeutung des Menschen als biologische Größe „vernichtet“.

Ein merkwürdiges Gefühl kommt, wie Kant erkannte, den Menschen an dieser Stelle an: ein ehrfürchtiger Schauer vor der eigenen Ohnmacht. Kant nennt das Gefühl Erhabenheit.

Das klingt schön, nach Erbauung, nach Andacht, nach Caspar David Friedrichs frommem Gemälde „Mönch am Meer“. Aber das Gefühl, dass in der Natur ein anderer Sinn herrscht als im Menschen, löst in einer hochaktiven Gesellschaft panische Selbstüberschätzung aus.

Die vergangenen Tage eines Daueraschermittwochs zeigen, mit welch krampfhafter Energie sich die fortgeschrittene Zivilisation aus der Position des inaktiven, kantischen Erschauerns herausmanövrierte. Mal einfach den verdammten Vulkan zu beschimpfen, gegen die tückischen Winde zu protestieren, Hephaistos, den brandgefährlichen Feuerteufel, auf die Anklagebank zu setzen geht ja nicht. Götter sind verdämmert.

Wir machen es heute selbsttrunkener. Flugasche, in Wahrheit durch nichts als sinnlose Naturkraft verursacht, verwandelt der moderne Mensch zu einem Glasperlenspiel aus menschlichen Schuldzusammenhängen. Schreckliche Natur wird so entnaturalisiert.

Nicht der Vulkan erregt dann Wut und Katastrophenangst. Schnell kippt die Stimmung, werden Beobachter des Vulkans zu Objekten solcher Gefühle. Statt Anerkennung der möglichen Übervorsicht, beginnt das übliche Schuldzuweisungstheater mit den Menschen in der Hauptrolle. Wo waren eigentlich die Messballons, wo weitere Recherchen, wo die Wissenschaft mit exakten Daten?

Ein auch als Flugpistenraser erfolgreicher Mutbolzen wie Niki Lauda gibt auf einmal Gas, wenn die Gefahr fast vorbei ist. Die Luftwirtschaft kommt aus der Deckung, fordert neben Staatsgeld Zuständigkeit in Sicherheitsfragen und die Ablösung der staatlichen Schisshasen – die Gesellschaft tut das, was sie am besten kann: sich mit sich selbst beschäftigen.

Bei anderen Naturkatastrophenthemen, die am Aufmerksamkeitsmarkt zurzeit im Konjunkturloch stecken, lief es ähnlich: Das Erhabenheitsentsetzen ist verdrängt, die Schurken- und Verursacherrollen sind in Menschenhand gelegt worden. Meist ist es irgendeine abstrakte Gier von irgendwie uns allen, die den sauren Regen rinnen lässt. Die Gier von Schuldlämmern, die Schwein und Rind vertilgen, so dass den Viechern nichts anderes übrigbleibt, als sich mit einer Seuche anzustecken. Viren sind nach solcher Logik nicht einfach nur Viren, sondern Menetekel für Unmoral.

Der Narzissmus, mit dem der Mensch seine Ohnmacht gegenüber einer übermächtigen Natur verdrängt, trübt sogar das Mitleid. Was muss der gestrandete Passagier auch um die Welt fliegen, sagt eine unbotmäßige, ganz unerhabene Stimme im ortsfesten Zuschauer. Neid, Missgunst gehören auch zum Abwehrzauber gegen den Schrecken.

Von Kants Erhabenheitsreflexionen aber lässt sich lernen, dass der Mensch angesichts der unbezähmbaren Natur nicht in anmaßende Selbstzerfleischung verfallen soll. Dass es wenig bringt, in einen Vorwurfswettbewerb einzutreten, wer mehr und bessere Maßnahmen hätte treffen können. Das Gefühl für die Grenze zwischen Mensch und Natur lehrt Realismus und Bescheidenheit.

Der Mensch ist nämlich machtloser, als er denkt, wenn die Natur lostobt. Aber er ist auch ein Held, weil er sie aushält. Ob das einen Transitgestoppten hätte trösten können?

Nikolaus von Festenberg

LUCAS JACKSON / REUTERS

Vulkanausbruch am Eyjafjallajökull in Island

ARCHÄOLOGIE

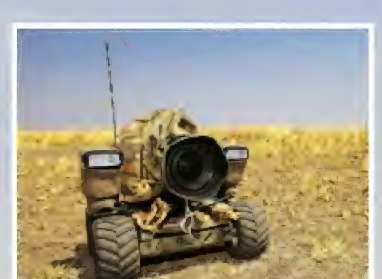
Führen Paviane ins verschollene Goldland?

Mit Hilfe einer Analyse der Fellhaare zweier mumifizierter Paviane wollen Forscher der University of California in Santa Cruz ein archäologisches Rätsel lösen: Wo lag einst das legendäre Goldland Punt? Die beiden Primaten starben vor rund 3000 Jahren im alten Ägypten. Doch der Nil war höchstwahrscheinlich nicht ihre Heimat. Paviane gehörten zu jenen Schätzen, die Seefahrer von den sagenumwobenen Expeditionen ins Land Punt mitbrachten. Wo sich das verschollene Reich befand, weiß heute niemand mehr. Mögliche Kandidaten sind der Jemen, Äthiopien, Eritrea oder Somalia. Nur die Inventarlisten der Schiffe, die von dort kamen, sind überliefert: Parfum, Pantherfelle, Elektrum – und lebende exotische Tiere. Eine Bestimmung der Sauerstoffisotope im Pavianfell könnte die Herkunft verraten. Denn in den Haaren lagerten sich jene Isotope ab, die die Tiere mit dem Trinkwasser ihrer Heimat aufnahmen; und die Isotopensignatur ist für jede Region dieser Erde einzigartig. Allerdings funktioniert der Trick nur, wenn die Primaten recht bald nach ihrer Ankunft am Nil starben; denn spätestens nach einem Jahr hat sich das Affenfell komplett erneuert.

ERFINDUNGEN

Fotosafari mit dem Kamera-Auto

Wer Nahaufnahmen von Löwen, Elefanten oder Kaffernbüffeln schießen will, riskiert seine Gesundheit – oder dass die Vierbeiner flüchten. Die britischen Tierfotografen Will und Matthew Burrard-Lucas haben deshalb eine ferngesteuerte Kamera konstruiert, die sich ihren Objekten per Modellauto nähert. Bis auf wenige Meter rollte die „BeetleCam“ bereits an Wildtiere in Tansania heran. Ausgelöst wird der Fotoapparat ebenfalls per Fernbedienung. Für ihre nächste Expedition, die für diesen Sommer in Kenia geplant ist, müssen die Brüder allerdings eine andere Kamera aufmontieren: Ihre Canon EOS 400D wurde von einem Löwenrudel zerlegt und in den Busch gezerrt. Will Burrard-Lucas: „Zum Glück hat die Speicherkarte überlebt.“





„BeetleCam“, Motiv Kaffernbüffel in Tansania

FOTOS: BURRARD-LUCAS / ANIMAL PRESS

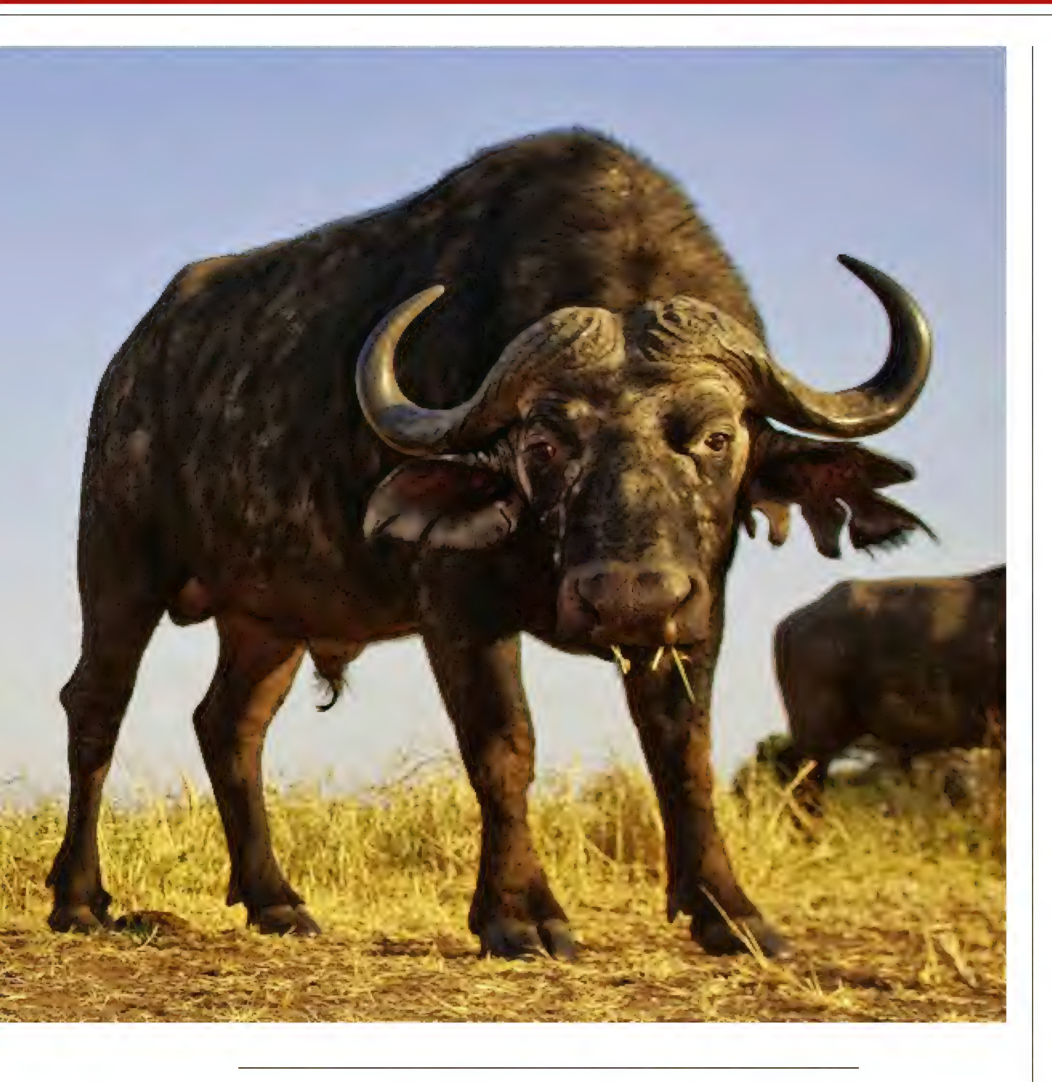


ALAMY / MAURITIUS IMAGES

ERNÄHRUNG

Vollkorn-Wahn im Kindergarten

Der Kampf gegen das Übergewicht beginnt neuerdings schon im Kleinkindalter. Bei der Wahl der passenden Kita spielt daher auch die Verpflegung eine große Rolle. Gibt es Vollwertkost? Wird den Kleinen fünfmal täglich Obst gereicht? Sind Gummibärchen geächtet? Laut einer Studie der britischen Behörde Lacors sollten sich die Eltern allerdings besser fragen, ob ihre Kinder genug zu essen bekommen. Die Ernährungswissenschaftler werteten in 118 Kindertagesstätten die Mahlzeiten und Snacks von einer Woche aus. Ergebnis: In etlichen Einrichtungen futtern die Kinder so viel Obst, Gemüse und ballaststoffreiche Vollwertkost, dass kaum noch Platz für wichtige Energielieferanten wie Fett und Kohlenhydrate bleibt. „In den meisten Einrichtungen entsprach die Menge der Ballaststoffe dem Bedarf von Erwachsenen“, sagt Ernährungswissenschaftlerin Sarah Almond, „zu viele davon verhindern aber die Aufnahme wichtiger Mineralien wie Eisen und Zink.“ Immer mehr Kitas ersetzen Vollmilchprodukte durch fettreduzierte Milch – oft auf Wunsch der Eltern. „Kinder unter fünf Jahren brauchen mehr Fett, als ihnen in vielen Kindergärten angeboten wird“, kritisiert Almond.



MEDIZIN

Linse mit Chip

So verbreitet die Augenkrankheit Grüner Star (Glaukom) auch ist – diagnostizieren lässt sie sich nur sehr schwer. Abhilfe könnte jetzt eine Kontaktlinse mit Spezialchip schaffen, die rund um die Uhr den Augeninnendruck misst; dessen Zunahme gilt als wichtiger Indikator für den Grünen Star. Bei einmaligen Messungen übersehen Augenärzte häufig vor allem frühe Stadien der Erkrankung. Deshalb hat die Mikrotechnikfirma Sensimed aus dem schweizerischen Lausanne einen Sensor entwickelt, mit dem sich das Auge über einen längeren Zeitraum überwachen lässt. Das Siliziumgebilde sendet seine Daten an ein Empfangsgerät, das der Patient mit sich trägt. Dreimal im Jahr müssen Risikopatienten die Hightech-Linse zur optimalen Beobachtung für jeweils 24 Stunden ins Auge einsetzen.

BOTANIK

Formel für Turbopflanzen

Ron Milo, Biophysiker am israelischen Weizmann Institute, will die Photosynthese neu erfinden. Der biochemische Vorgang, bei dem Pflanzen aus Kohlendioxid (CO_2) und Wasser mit Hilfe von Licht Traubenzucker herstellen, den sie für ihr Wachstum brauchen, lässt sich effektiver gestalten, als dies die Evolution hervorgebracht hat. Das berichtet der Forscher im Fachblatt „PNAS“. Sind genug Wasser, Licht und Nährstoffe vorhanden, ist die Aufnahme von CO_2 der limitierende Faktor beim Pflanzenwachstum. Unter Verwendung mathematischer Modelle hat Milo nun einen Stoffwechselweg identifiziert, bei dem die sogenannte CO_2-Fixierung bis zu dreimal effektiver abläuft als in der Natur. Gelänge es, diesen Prozess durch gentechnische Methoden einzuschleusen, könnte dies Nutzpflanzen zu gewaltigem Wachstum verhelfen.

KONRAD WOTHE / LOOK-FOTO

Weizenfeld

COMPUTERSPIELE

Virtuelle Probefahrt

Noch ist der Renault „Twizy“, eine elektrisch betriebene Kreuzung aus Motorroller und Smart mit zwei hintereinander angeordneten Sitzen, bei keinem Autohändler zu kaufen. Probefahrten sind dennoch schon möglich – in der virtuellen Welt des Computerspiels „Sims 3“. Spieler können das futuristische Mini-Fahrzeug und demnächst wohl auch weitere Elektroautos des französischen Automobilherstellers in ihren virtuellen Fuhrpark laden. Die Kooperation zwischen der Softwarefirma Electronic Arts und dem Autokonzern ist nur ein Beispiel für das verstärkte Product-Placement bei den Sims: „Wir verhandeln mit Firmen wie Unilever und Procter & Gamble“, bestätigt Sims-Manager Steve Seabolt. Schon bald werden sich die Sims-Figuren dann wohl mit dem Lieblingsshampoo ihrer Spieler die Haare waschen.



Renault Twizy



LUFTFAHRT

„Ein Wunder ist geschehen“

Das weiträumige Flugverbot über Europa war übertrieben: Die Vulkanasche aus Island verdünnte sich so rasch, dass sie die Maschinen kaum hätte gefährden können. Zu dem Chaos kam es auch, weil Airlines und Hersteller jahrelang kein wirksames Warnsystem zustande brachten.

Aschefahne des Vulkans Eyjafjallajökull

BRYNJAR GAUTI / AP

Flugkapitän Eric Bos, 43, kneift die Augen zusammen. Geblendet von der Sonne, sucht er mit seinen Blicken die geschlossene Wolkendecke unter sich ab.

Ist das grauer Dunst da vorn? Oder nur ein Schatten? „Wirken die Wolken hinten links am Horizont dunkler als sonst?“, fragt er seinen Co-Piloten. Mit rund 800 Stundenkilometern rast der Lufthansa-Airbus durch die dünne Luft über Schweden. Dann gibt sich Bos selbst die Antwort: „Nein, ich glaube, da ist nichts.“

Seit 22 Jahren steht der Flugkapitän im Dienst der Lufthansa. Aber Flug LH 8936 am Dienstag voriger Woche ist auch für ihn keine Routine. Nur neun Passagiere verlieren sich in dem Riesenvogel – die meisten von ihnen Atmosphärenforscher. Die Wissenschaftler jagen feinste Staubkörner, mikrometergroß und angeblich hochgefährlich.

Im Bauch der Langstreckenmaschine sind mehr als ein Dutzend Messgeräte in einem Container verschraubt. 1,6 Tonnen wiegt das einzige Frachtstück an Bord. Verbunden sind die Gerätschaften des Mainzer Max-Planck-Instituts (MPI) für Chemie mit einem orangefarbenen, U-Boot-förmigen Gebilde an der Unterseite des Fliegers. Durch drei Einlässe werden Partikel aus der Luft ins Innere des Containers geleitet und dabei genauestens auf ihre Masse, Größe oder chemische Zusammensetzung vermessen.

„Habt ihr da oben schon was gefunden“, meldet sich per Funk das Bodenpersonal. Doch Bos hat nichts Aufregendes zu berichten: „Es ist ganz einfach so, wie wir erwartet haben: Da gibt es nichts zu sehen.“

Diese Beobachtung symbolisiert das Dilemma, in dem sich die europäischen Fluggesellschaften vergangene Woche befanden: Mit jedem Tag verflüchtigte sich die Asche des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull weiter. Doch ab welcher Konzentration war die Asche ungefährlich für die Flieger? Wann war kein Triebwerksausfall durch die scharfkantigen Partikel mehr zu befürchten? Weil zunächst niemand eine Antwort wusste, mussten die Maschinen am Boden bleiben – und zwar länger, als es nötig gewesen wäre.

Rund hunderttausend Flüge wurden gestrichen, Millionen Passagiere strandeten. Förderbänder, etwa bei BMW, standen still. Ökonomen warnten bereits vor dem raschen Ende des zarten Aufschwungs.

Aus Sicht der Fluggesellschaften waren die Schuldigen für den milliardenteuren Stillstand schnell ausgemacht: allzu ängstliche Politiker und Bürokraten in Berlin und Brüssel; unfähige Wissenschaftler, denen es angeblich noch nicht einmal gelang, den Aschegehalt der Vulkanwolke rechtzeitig zu vermessen.

Die Wahrheit sieht anders aus: Fluggesellschaften und vor allem die Luftfahrtindustrie haben ein schlecht vorbereitetes Warnsystem zu verantworten, das sich in der Krise verselbständigte.

Unter der Leitung der Uno-Zivilluftfahrtbehörde ICAO existiert ein globales Netz aus neun Vulkanasche-Observatorien. Das Frühwarnzentrum mit Sitz in London schlug am Mittwoch vorletzter Woche Alarm: Eine Aschewolke aus Island bewegte sich rasch auf den Kontinent zu. Folge: Die Lufträume wurden gesperrt.

Doch wie es weitergehen sollte, war unklar. „Das System regelt zwar prima, dass Lufträume mit Aschewolken gesperrt werden sollen“, klagt Lufthansa-Flugchef Werner Knorr. „Dafür aber sagt es nicht, wie der Flugbetrieb wieder anlaufen soll, wenn sich die Wolke auflöst.“

Fast 20 Jahre lang blieben die folgenschweren Leitlinien, an dessen Zustandekommen Airlines, deren Dachverband IATA und Flugzeughersteller beteiligt waren, in Europa unbeachtet. Erst als die Ascheschwaden des Vulkans Eyjafjallajökull den Kontinent erreichten, erkannte die Luftfahrtindustrie, in welche Sackgasse sie sich mit der schwammigen Vulkanregelung selbst hineinmanövriert hatte. „Mit so einer Situation hat bei uns in Europa ehrlich gesagt niemand gerechnet“, gesteht Lufthansa-Mann Knorr ein.

Doch dann sagten die Meteorologen noch für mehrere Tage Aschenachschub aus Island voraus. „Dabei machte der Blick in den strahlend blauen Himmel uns klar, dass die Aschekonzentration längst ausgedünnt war“, so Knorr.

Nur, wie ließ sich diese Vermutung überprüfen? Das ICAO-Frühwarnsystem fußt vor allem auf Computersimulationen. Ein eigenes Netzwerk aus Messinstrumenten, um die genaue Aschekonzentration zu bestimmen, gibt es nicht.

Schlimmer noch: Im Notfallplan steht nicht einmal, ab welcher Konzentration das Fliegen unbedenklich ist – weil die Luftfahrtindustrie sich jahrelang sperrte, Grenzwerte für Vulkanasche einzuführen. Eine Lücke, die zur Selbstfesselung führte. „Als die Bestimmung eingeführt wurde, waren es doch die Airlines, die Flugverbote schon bei der schlichten Existenz einer Aschewolke haben wollten“, berichtet Larry Mastin, Vulkanexperte des U.S. Geological Survey.

Noch drei Wochen vor dem Ausbruch auf Island nahm der US-Forscher auf Einladung der ICAO an einer Tagung von Wissenschaftlern, Behördenvertretern und Luftfahrtmanagern in Santiago de Chile teil. Hauptstreitpunkt: Grenzwerte für Vulkanasche-Wolken. Mastin: „Wir waren offen gesagt enttäuscht, dass die Triebwerkshersteller und Flugzeugbauer schon wieder keine verlässlichen Grenzwerte nennen konnten.“

Die Triebwerksbauer, etwa MTU in München, rechtfertigen sich damit, dass Vulkanasche in ihrer Zusammensetzung zu stark variiere. Das mache es schwer, einen pauschalen Grenzwert zu bestimmen, so MTU-Sprecher Odilo Mühling. Zudem seien Triebwerkstests teuer.

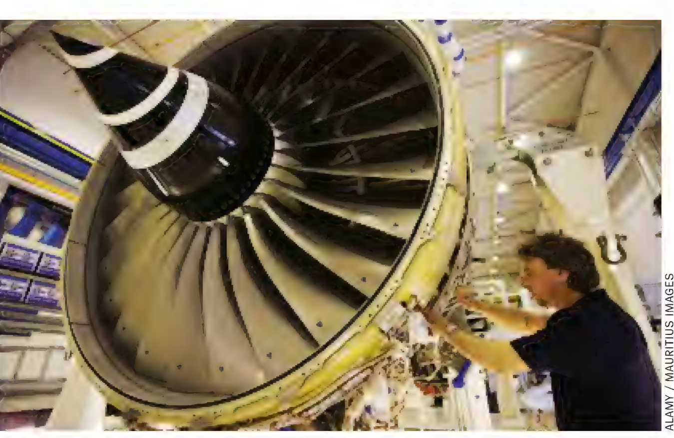
„Dabei haben die Hersteller sich wohl eher vor Schadensersatzforderungen gefürchtet“, vermutet Herbert Pümpel, der bei der Weltmeteorologie-Organisation den Bereich Luftfahrt verantwortet. Denn mit Grenzwerten könnten die Fluggesellschaften versuchen, sich von den Triebwerksherstellern die teuren Reparaturen bezahlen zu lassen, wenn die Antriebe durch geringe Aschemengen Schaden nähmen. Pümpel: „Eine einzige Turbine bis zur letzten Schraube auseinanderzunehmen kostet vier Millionen Euro.“

Doch unter dem Druck der Ereignisse ging auf einmal alles ganz schnell. Was



MALTE CHRISTIANS / DPA

Verkehrsminister Ramsauer: *Genervte Telefonate*



ALAMY / MAURITIUS IMAGES

Triebwerksherstellung in Großbritannien: *Teure Tests*

zwei Jahrzehnte lang angeblich nicht möglich war, klappte nun innerhalb von zwei Tagen. „Ein Wunder ist geschehen", heißt es im internen E-Mail-Verkehr der Verantwortlichen. Am vorvergangenen Wochenende kam eine einmalige Krisenkoalition zusammen. In Dutzenden Telefonkonferenzen beschlossen Vertreter aus Wissenschaft und Industrie, ihre Messstationen zu verknüpfen, um den Staubgehalt der Vulkanwolke zu bestimmen.

Und auf einmal war auch ein Aschegrenzwert für die Turbinen da. Die Kommandoaktion lief auf höchster Ebene ab. So rief Lufthansa-Chef Wolfgang Mayrhuber bei dem Airbus-Chef Thomas Enders an und klagte über das Desaster für die Airlines.

Der Airbus-Konzern wurde aktiv. „Wir haben bei Boeing angerufen und auch bei den großen Triebwerksherstellern und haben alles an Know-how zusammengetragen, was wir finden konnten", erzählt Airbus-Sprecher Rainer Ohler.

Den bedrängten Luftfahrtmanagern kam zugute, dass zahlreiche Forscher in Eigeninitiative bereits Daten über die wahre Aschekonzentration sammelten. „Wir haben viele technische Möglichkeiten", sagt Carl Brenninkmeijer vom Max-Planck-Institut für Chemie.

So gibt es in Europa zwei Dutzend Lasergeräte, die die Luftsäule ständig nach Aerosolen abtasten können. Brenninkmeijer: „Wir mussten diese verstreuten Daten nur zusammenführen." Genau das geschah an jenem Schicksalswochenende der europäischen Luftfahrt – und das Ergebnis kam einer flächendeckenden Entwarnung gleich.

In weiten Teilen des gesperrten Luftraums herrschten Staubkonzentrationen, wie sie über Wüstengebieten oder den verschmutzten Industriezentren Asiens häufig vorkommen. Der Lufthansa-Messflug mit den MPI-Forschern brachte weitere Gewissheit: „Der Großteil der Messwerte lag zwischen 20 und 125 Mikrogramm pro Kubikmeter", erläutert Brenninkmeijer – eine Konzentration, die von den Triebwerksherstellern nun plötzlich als nahezu unbedenklich eingestuft wird.

Gemäß der Vulkanregelung der ICAO spielten all diese neuen Erkenntnisse aber keine Rolle: Auch wenn nur der Hauch einer Aschewolke in der Luft liegt, soll nicht geflogen werden. Der Bundesverkehrsminister hätte sich zwar über die ICAO-Leitlinien hinwegsetzen können. „Aber in dieser vertrackten Situation wollte niemand die Verantwortung übernehmen", sagt der Berliner Luftrechtler Elmar Giemulla.

Mehr als ein halbes Dutzend Mal telefonierte Lufthansa-Chef Mayrhuber am vorvergangenen Wochenende mit Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) – sogar am Sonntagmorgen um 8.15 Uhr. Ramsauer wies Mayrhuber auf die ICAO-Leitlinie hin: „Die ist unter Beteiligung der Verbände, insbesondere der IATA, und damit der Fluggesellschaften zustande gekommen", erklärte Ramsauer genervt. An deren Formulierung habe die Lufthansa doch selbst mitgewirkt. Doch ein nervöser Mayrhuber forderte den Verkehrsminister immer wieder auf, die Dinge angesichts der drohenden wirtschaftlichen Ausfälle „pragmatischer zu sehen".

Das Drängen des Lufthansa-Chefs zeigte schließlich Wirkung. Findige Bürokraten fanden eine Lösung, die einem juristischen Taschenspielertrick gleichkommt. Die ICAO-Regelung schließt bei Vulkanasche-Alarm zwar in den kontaminierten Gebieten den „Instrumentenflug" aus, bei dem der Pilot von den Fluglotsen geführt wird. Nicht ausdrücklich verboten ist hingegen der sogenannte kontrollierte Sichtflug, bei dem der Pilot nicht in Wolken hineinsteuern darf. Die Lotsen führen die Flugzeuge auch in diesem Flugverfahren, sie geben aber keine verbindlichen Anweisungen an die Piloten, sondern lediglich „Empfehlungen".



MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR METEOROLOGIE, HAMBURG

Lasermessung der Erdatmosphäre: *Flächendeckende Entwarnung*



ROLF BEWERSDORF

Sensor zur Partikelbestimmung*: *„Ich glaube, da ist nichts"*

Der Trick führte zu der absurden Situation, dass die deutschen Airlines am Wochenbeginn Hunderte Flüge absolvieren konnten, obwohl sich die Aschewolke kaum verändert hatte. Erst ab Dienstagabend spuckte der Vulkan keine Asche mehr nach Europa – die Luftverkehrslage entspannte sich.

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Behörden längst eine neue Regelung ersonnen, die sich über die alte ICAO-Leitlinie hinwegsetzt und ein flexibleres Reagieren ermöglicht. Sie ähnelt jener pragmatischen Art, wie etwa in Alaska mit Vulkaneruptionen umgegangen wird. Demnach sollen die Fluggesellschaften bei nur schwach kontaminierten Lufträumen die Beobachtungen ihrer Piloten an ein eigens eingerichtetes Lagezentrum beim Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig melden. Außerdem müssen sie die Wartungsintervalle der Turbinen verkürzen. Im Gegenzug dürfen die Flugzeuge bei geringen Aschemengen weiter starten und landen.

Die Aufsichtsbehörden in Großbritannien sind noch weiter gegangen und haben erstmals Grenzwerte für die Aschekonzentration festgelegt. Grundlage bilden die überraschenden Vorgaben, die bei dem von Airbus organisierten Krisengipfel herauskamen.

Die langersehnten Zahlen verbergen sich in einem Schreiben, das der Triebwerkshersteller General Electric an seine Kunden verschickt hat. Darin heißt es, man habe sich darauf geeinigt, dass Fliegen bei bis zu 100 Mikrogramm Aschepartikeln pro Kubikmeter Luft vollkommen unbedenklich sei. Und sogar bei bis zu 2000 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft könne mit entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen abgehoben werden.

Bundesverkehrsminister Ramsauer hat die Industrie derweil zu weiteren Vulkanasche-Tests an Turbinen aufgefordert. Für diesen Dienstag lädt er zu einer Expertenrunde aus Behörden und Luftfahrtunternehmen nach Berlin ein. Kommende Woche dann findet ein Sondertreffen der EU-Verkehrsminister statt, wo über eine europaweite Grenzwertregelung beraten werden soll. Ramsauer: „Die bestehenden Regeln kommen einem vor wie eine wunderbare Schalttafel, bei der es hinten keine Anschlüsse gibt."

SIMONE KAISER, WOLFGANG REUTER, GERALD TRAUFETTER

* Am speziell ausgestatteten Lufthansa-Airbus.

VULKANE

Aufstieg zum Feuerberg

In waghalsigen Expeditionen nähern sich Geologen auf Island den Ausbruchstellen des Eyjafjallajökull, der weiter dicke Aschewolken speit. Erste Messungen zeigen, dass der hitzige Untergrund noch etliche Rätsel birgt. Warum kommt der Vulkan nicht zum Stillstand?

Mitten im eiskalten Flüsschen, die Beine gegen die Strömung gestemmt, steht die Geologin Eydis Salome Eiríksdóttir. Hinter ihr ragt der Vulkan auf, man hört das Gerumpel der Eruptionen. Das Schwemmtal ringsum ist verschneit mit pudriger, fahlgrauer Asche.

Eiríksdóttir wirft eine Plastikflasche in die gluckernden Fluten und drückt auf die Stoppuhr. „Wir nennen es die Pferdescheißmethode“, ruft sie durchs Windgebraus ans Ufer herüber.

Der Name kommt von den Pferdeäpfeln, die auf Island fast überall zur Hand sind. Ein Vulkanforscher kann damit zur Not mal schnell die Fließgeschwindigkeit eines Gewässers messen. Eine leere Flasche tut es auch.

Die Geologin hat aber auch modernere Gerätschaften dabei. In ihrem Geländewagen wartet, verstaut in Sperrholzkoffern, ein mobiles Labor auf die ersten Proben. Eiríksdóttir ist unterwegs, um die Wasserläufe im Umkreis des Eyjafjallajökull zu examinieren: elektrische Leitfähigkeit, Temperatur, chemische Zusammensetzung – alles, was Aufschluss geben könnte über die Vorgänge im Innern des Vulkanschlunds, der noch immer dicke Aschewolken speit.

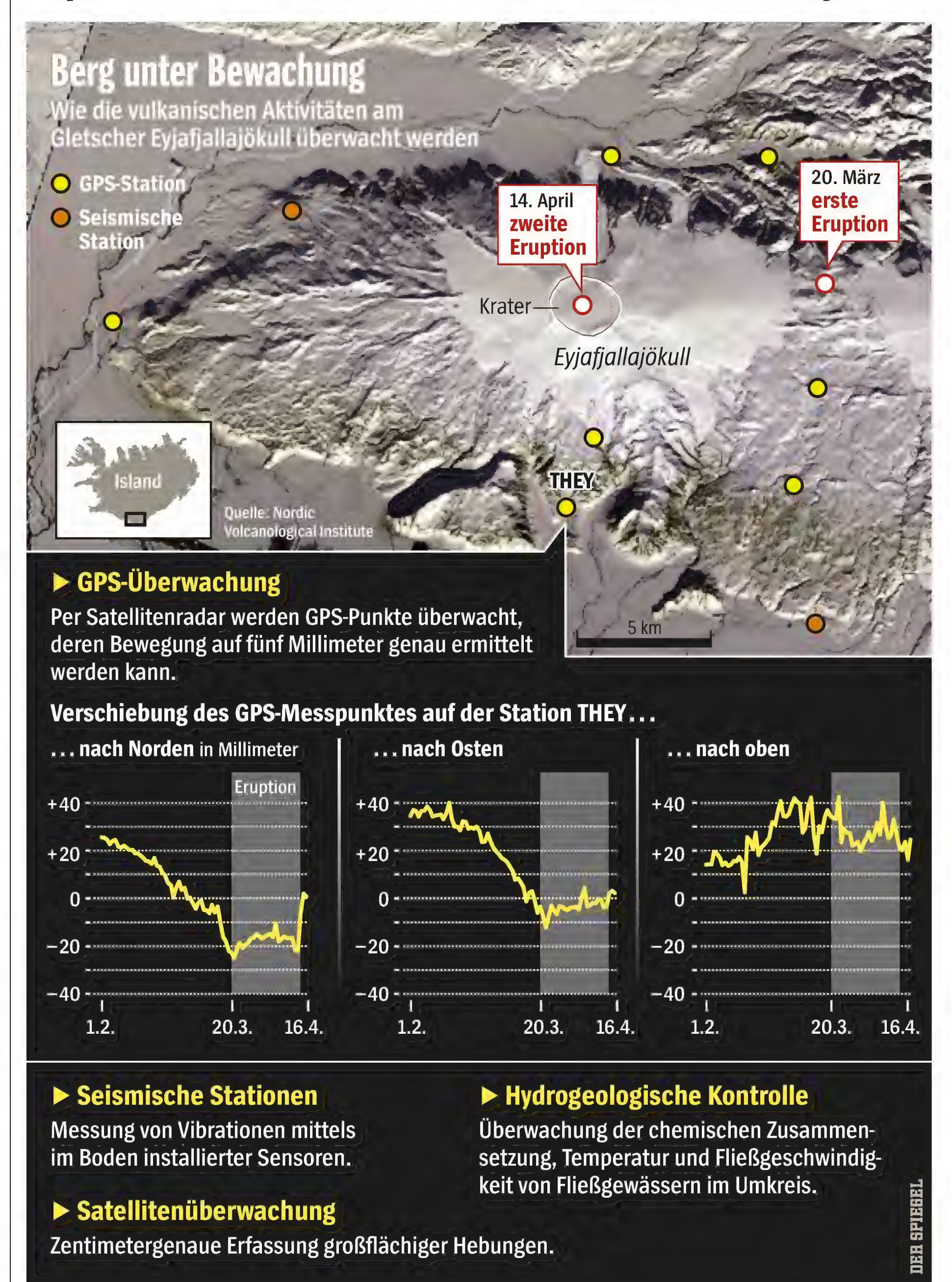
Sofort nach dem Ausbruch am 14. April begann die Spurensicherung. Zahlreiche Forscher vom Nordischen Vulkanologischen Zentrum der Uni in Reykjavik, zwei Autostunden vom Geschehen entfernt, haben sich des Täters angenommen. Als Forensiker der Erdgeschichte untersuchen sie nun penibel die feine Asche, die im Windschatten des Vulkans niedergegangen ist, auf verräterische Merkmale.

Die Geologin Eiríksdóttir ist hauptsächlich für das Schmelzwasser zuständig, das vom vergletscherten Krater heruntergeschossen kommt. Mit zwei Studentinnen zieht sie von Fluss zu Fluss, um Kanister mit Wasserproben zu füllen. Stundenlang stapfen die Frauen an den Wasserläufen entlang durch grauen Schlick, der gelegentlich einen Gummistiefel einsaugt und festhält.

Für den Abend ist Regen vorhergesagt; darauf hat Eiríksdóttir gewartet. „Ich will herausfinden, wie der Regen die Asche auswäscht“, sagt sie. Die Asche besteht aus winzigen, feinporigen Lavateilchen, an die sich allerhand Substanzen aus dem Hexenkessel der Ausbruchstelle geheftet haben – giftiges Fluor darunter, aber auch düngende Nährsalze. Es ist wichtig zu wissen, wie die Asche ihre Fracht übers Land verbreitet. Und wie die Stoffe bei Regen in den Boden gelangen.

Im Packraum des Wagens liegen Stirnlampen bereit. Droht wirklich Nachtarbeit? „Wenn wir Glück haben und es regnet“, sagt Eiríksdóttir, „dann nutzen wir das natürlich und sammeln bis zum Morgen.“

Am späten Nachmittag ist es noch trocken. Aber eine erste Ausbeute von Wasserproben ist fertig zum Abtransport ins Labor. Das Auto zieht eine lange Wirbel-



schleppe aus Asche hinter sich her. Eiríksdóttir steuert einen Bauernhof direkt am Fuß des Massivs an. Die Fahrt endet vor der Milchkammer des Kuhstalls. Diese dient vorläufig als eine Art Basislager der Vulkanforschung.

An der offenen Tür zum Flur trotten unentwegt Kühe vorbei; sie sind auf dem Weg zu den Boxen des Melkroboters. Eine nach der anderen äugt aufmerksam ins Feldlabor, wo die Geologin bereits Fläschchen um Fläschchen mit Wasserproben und Reagenzien füllt. Eile ist geboten. Die flüchtigen Stoffe im Wasser sind rasch verweht, und es kommt auf das genaue Verhältnis der Beimischungen an. Eiríksdóttir erhofft sich davon auch Rückschlüsse auf das, was geschieht im Vulkanschlot.

Noch ist allen ein Rätsel, was genau der Eyjafjallajökull im Untergrund treibt. Vieles passt nicht zusammen. Eine Frage vor allem beschäftigt die Forscher: Warum sind die Eruptionen oben wenige Tage nach dem Ausbruch schwächer geworden, nicht aber das Grummeln in der Tiefe, der vulkanische „Tremor“, den die Seismometer melden?

Dieser Tremor entsteht, wenn Magma im Untergrund an festem Gestein vorbeischrammt – ein Zeichen unterirdischer Unruhe, das oft einem Ausbruch vorausgeht. Aber die Magmaquelle, die den Ausbruch gespeist hat, scheint erschöpft zu sein.

Was ist es also, das den Feuerberg nicht zum Stillstand kommen lässt? Lauert weiter unten in der Erdkruste vielleicht noch ein explosiveres Magmavorkommen, das im Aufstiegskanal Unfrieden stiftet? Die Experten in Reykjavik brüten über vielerlei Hypothesen – in einem sind sie sich einig: Die Antwort ist am ehesten im Umkreis des Kraters zu finden. „Wir müssen einfach rausgehen und Asche sammeln“, sagt der Geophysiker Páll Einarsson.

Das erfordert freilich eine gewisse Unerschrockenheit. Der deutsche Geophysiker Martin Hensch rückte drei Tage nach dem Ausbruch zu einem ersten Vorstoß in die gesperrte Zone aus. Zwei Tage lang schaukelte ein Konvoi, bestehend aus drei riesigen Geländewagen, durch die Ödnis, um Proben des Auswurfs einzusammeln. Im Schritttempo krochen die Wagen über den Gletscher, gelegentlich versackten sie in einer der eisigen Spalten und Senken – nicht weiter schlimm, meint Hensch: „Wir konnten uns ja gegenseitig herausschleppen.“

Günstige Winde gewährten hie und da freie Sicht auf die Aschewolke, die ein spektakuläres Schauspiel bot: In einem fort zuckten Blitze hervor und sprangen zurück in den Qualm – ein lokales Gewitter, das sich vollständig innerhalb der wabernden, wallenden Säule abspielte; es sah aus wie eine elektrische Selbstgeißelung. Dazu die unablässigen Donnerschläge und das Krachen der Explosionen im Krater.

Plötzlich drehte der Wind, und die irrlichternde Wolke trieb auf die Wissenschaftler zu. Eilig traten sie den Rückzug an.

Solche Zwischenfälle bringen die Forschung aber nicht zum Stillstand. Fast jeden Tag krauchen jetzt Spähtrupps über die abschüssigen Flanken, sammeln Proben und lesen ihre im Gelände verteilten Instrumente ab.


CHRISTOPHER LUND

Geologiestudentinnen auf Island*: *Forensiker der Erdgeschichte*

Das ganze Institut in Reykjavik ist von einem gewissen Ermittlungsfieber erfasst. Es ist so viel los wie sonst in Jahren nicht. In ruhigen Zeiten forschen die Disziplinen dort eher geruhsam nebeneinander her: Gletscherspezialisten und Hydrogeologen, Chemiker und Mineralogen gehen ihrem Tagwerk nach. Die einen brüten jahrelang über den gezackten Kurven der Überwachungsstationen, die anderen messen den Gewässern der Umgebung routinemäßig die Temperatur; wieder andere berechnen in Computermodellen vorsorglich alle möglichen Wege der gefürchteten Schmelzwasserfluten.

Und jetzt endlich tut sich für alle mal die echte Unterwelt auf. Vor allem die Vulkanologen, Experten für das Knallen und Feuerspeien im engeren Sinn, sind seit dem Ausbruch in ihrem Element. Sie rücken den heißesten Fragen zuleibe: Woher kommt das Magma, wie gelangte es nach oben, was explodiert da alles?

Alle Disziplinen arbeiten jetzt unter hohem Zeitdruck zusammen. Es geht zu wie zur Erntezeit in der Landwirtschaft. „Wir sammeln gerade Daten, die uns noch viele Monate beschäftigen werden“, sagt der Geophysiker Páll Einarsson.

Fast jeden Morgen schwärmen schwere Geländewagen vorm Institutsgebäude vulkanwärts aus; nüchterne Männer und Frauen der Wissenschaft führen plötzlich das Leben von Abenteurern. Ein Doktorand besteigt mal eben ein Flugzeug und kreist um die Aschewolke, um aus dem offenen Fenster mit einer Infrarotkamera ihre Temperatur zu messen, bis ihm fast die Hände abfrieren.

Haraldur Sigurðsson, der große alte Mann der isländischen Vulkanologie, war bereits am Tag nach dem vorläufig letzten Ausbruch am Osthang des Eyjafjallajökull, um Asche zu sammeln. Eine Flut schnitt ihm den Rückweg ab. Zum Glück fand er Obdach in einem einsamen Gehöft.

Inzwischen ist die Lage ruhiger. Die Wissenschaftler nutzen die Gelegenheit, um sich der Ausbruchstelle noch weiter zu nähern. Geophysiker Hensch pirschte sich mit ein paar Kollegen bis auf 500 Meter an den Krater heran, aus dem noch immer Dampf und Asche herausschossen. Deutlich zu erkennen waren die Schockwellen der Detonationen: Wie ringförmige Schatten flirrten sie über die Aschewolke hinweg.

Hensch war erst vergangenes Jahr nach Reykjavik gekommen, um bei der Überwachung des Eyjafjallajökull zu helfen. Zuvor hatte er in Hamburg seinen Doktor gemacht. Nun betreut er die GPS-Empfänger, die rund um den Vulkan postiert sind. Sie zeichnen jede Verformung der Oberfläche auf – je nachdem, wie die unterirdischen Gewalten den Erdboden weiträumig aufbeulen, stauchen oder knittern, lassen sich dann Rückschlüsse auf das Wirken des Magmas ziehen.

Der Eyjafjallajökull gehört zu den sehr gut bewachten Vulkanen; ein Netzwerk

* Bei der Entnahme von Wasserproben.

von Messgeräten umzingelt ihn. Die Daten der GPS-Stationen werden ergänzt durch Seismografen, die auf das Rumpeln aus der Tiefe lauschen. Und von oben bestreichen Radarsatelliten großflächig das Gelände; ihre Bilder zeigen, wo es sich gerade hebt.

Wenn etwa Magma aus der Tiefe nach oben dringt, wölbt sich zentimeterweise der Boden auf. Am besten ist das zu orten, wenn die Magmakammer schon relativ dicht unter der Erdoberfläche liegt. Dann kommt es zu deutlichen Ausstülpungen auf kleinem Raum. Melden die Instrumente hingegen weiträumig nur flache Hebungen, gilt der Umkehrschluss: Ihre Ursache liegt vermutlich in großer Tiefe.

So können die Forscher Lage und Ausdehnung der unterirdischen Magmafelder abschätzen. Die neuesten GPS-Empfänger verfeinern die Messungen dabei beträchtlich. Ihre Sensoren, groß wie Suppenteller, orten bereits Erdbewegungen von einem halben Zentimeter.

„Das ist die Zukunft“, schwärmt die Geophysikerin Sigrún Hreinsdóttir, „präzise Instrumente, schnell aufgebaut, die sofort Daten liefern. Damit können wir flexibel auf neue Beobachtungen reagieren.“

Hreinsdóttir, verantwortlich für die GPS-Überwachung des Eyjafjallajökull, hatte schon im Januar registriert, dass Verdächtiges im Anzug war. Rasch ließ sie sieben zusätzliche GPS-Stationen aufstellen.

Und kaum waren die Posten auf Sendung, meldeten sie verblüffende Vorgänge. „Das war ziemlich verrückt anzusehen“, sagt Hreinsdóttir. Auf ihrem Monitor erscheint eine Reihe gezackter Kurven. „Sehen Sie hier, Station Skógaheiði: Wandert Mitte Februar nach Südsüdost – in einer einzigen Woche elf Zentimeter. Oder hier, Station Steinsholt: Haut uns Anfang März plötzlich nach Westnordwest ab, verharrt ein paar Wochen bewegungslos und pendelt dann wie ein Jojo zwischen Nord und Süd.“ Eine Peilstation nach der anderen ruft die Forscherin auf, und allesamt setzen sich irgendwann, scheinbar unabhängig voneinander, in Bewegung – ein absonderliches, erratisches Geruckel.

Der Normalfall vor einem Ausbruch sieht anders aus. Da gibt es im Untergrund eine Magmakammer, die sich nach und nach aufbläht, und droben die Stationen bewegen sich im Gleichtakt auseinander wie Punkte auf einem Luftballon, den man aufbläst.

Warum hier nicht? Die glutflüssige Gesteinsschmelze war vermutlich bereits bis dicht unter die Oberfläche emporgestiegen; sie kroch nun seitwärts durch unterirdische Spalten und Klüfte – und schob dabei wohl die Messstationen kreuz und quer in der Gegend herum. „Das Magma muss sich vor dem Ausbruch krakenartig in alle Richtungen ausgebreitet haben“, sagt Hreinsdóttir, „und ich glaube, das war genau das, was wir sehen konnten.“

So nahe kommt auch ein Vulkanforscher einem erdgeschichtlichen Ereignis nur selten. In der Regel kann er nur mutmaßen, was im Untergrund geschieht. Er sieht Überreste und Spuren, er sieht Fernwirkungen und Anzeichen von Anzeichen. Das ist ungefähr die Lage eines Fußballfreunds, der vorm Stadion steht und einzig aus den Geräuschen, die herausdringen, den Spielverlauf rekonstruieren will.



Geophysiker Hensch am Vulkanrand: *„Unglaubliches Geräusch“*

Der Eyjafjallajökull jedenfalls scheint gerade wieder in eine ruhige Phase eingetreten zu sein. Die GPS-Stationen im Umkreis haben ihre konfusen Wanderungen beendet; sie streben von allen Seiten her zurück in Richtung Ausbruchsstelle. Das heißt, der Vulkankegel sinkt wieder in sich zusammen.

Ist damit nun der Spuk zu Ende? „Nicht unbedingt“, sagt die GPS-Spezialistin Hreinsdóttir. Denn abermals ergeben die Messungen ein rätselhaftes Bild: Der Vulkan hätte viel stärker absacken müssen – gemessen an dem Unmengen von Magma, die er herausgeschleudert hat. Ersten Schätzungen zufolge überstieg der Auswurf das vorausberechnete Volumen bislang um das 10- bis 20fache. Wo aber kam all das überzählige Zeug her? Wenn die Zahlen stimmen, kann das nur heißen: Es gibt doch noch eine tiefere, verborgene Quelle, aus der unablässig Nachschub emporsteigt.

Wie lange noch? „Das könnte Monate so weitergehen“, sagt Hreinsdóttir. „Es könnte aber auch urplötzlich aufhören.“

Anfangs ging noch die Sorge um, der Eyjafjallajökull könnte den benachbarten Vulkan Katla wachrütteln. Das hält die Geophysikerin für wenig wahrscheinlich: „Bislang gibt es dafür keinerlei Anzeichen“.

Wenn es gutgeht, bleiben dem Inselstaat – und dem internationalen Flugverkehr – weitere Ausbrüche fürs Erste erspart. Und die Forscher müssen in den nächsten Jahren von ihren Erinnerungen an die unglaubliche Zeit zehren.

Zu den Erlebnissen, die Martin Hensch in den Alltag des Messens und Auswertens mitnimmt, gehört eine Expedition zur Schlucht Hrunagil. Das war nach dem ersten Ausbruch im März. In einem Raupenfahrzeug kam er, zusammen mit Kollegen, über den Gipfelgletscher getuckert. Die Expedition machte Halt gegenüber der Schlucht, an deren oberem Rand noch immer die Lava aus der Spalte emporschoss.

Dann kam es zu einem einzigartigen Schauspiel: An mehreren Stellen schob sich die glühende Lava über die Kante des Abgrunds und stürzte, immer noch glühend, in die Tiefe. Wo der lodernde Sturzbach auf tiefere Felsvorsprünge traf, spritzte er wie in Zeitlupe auf und rann dann, fingerartig verzweigt, weiter zu Tal.

Lange stand die Gruppe vor diesen Lavafällen, keine 50 Meter entfernt, die Gesichter erhitzt von der Glut. „Das Geräusch war unglaublich“, sagt Hensch. „Ein hohes Klirren, wie wenn Glas splittert.“

Was er hörte, war tatsächlich ein vieltausendfaches Zerspringen feinster Krusten – die glutflüssige Lava fing im Fallen schon an, glasig zu erstarren. Deutlich war dieses Klirren zu hören in all dem Getöse, dem Rauschen des Glutstroms und dem Krachen der abgesprengten Eisbrocken, die über die Steilwand in die Tiefe polterten. „So etwas“, sagt Hensch, „vergisst man nicht.“

MANFRED DWORSCHAK

INTERNET

Googeln in fremden Zungen

Ein deutscher Forscher hat eines der ersten alltagstauglichen Übersetzungsprogramme entwickelt. Brachiale Rechenkraft verhilft der Google-Software zu verblüffend guten Ergebnissen.

Es ist ein gutes Zeichen, wenn der Schöpfer einer Software diese auch endlich selbst benutzt. In Japan war Franz Och jüngst auf Reisen. Im Restaurant zückte er sein Handy und entschlüsselte die Speisekarte. Auch Lokalnachrichten las er ohne Mühe. Denn die Übersetzungen erhielt er in Sekunden.

Seit sechs Jahren entwickelt der 38-Jährige im Google-Hauptquartier im kalifornischen Mountain View das Übersetzungsprogramm „Google Translate“, „und bislang habe ich es eigentlich nie wirklich selbst benutzt“, räumt Och ein. Doch nun der Sinneswandel: „Ich bin sehr glücklich über das, was wir erreicht haben.“

Der Deutsche ist der heimliche Star einer Software-Branche, die kein geringeres Ziel hat, als die globalen Sprachbarrieren einzureißen. Och ringt für Google mit Schachtelsätzen, Konjunktiven und Hilfsverben. Das Resultat ist ein Affront für jeden Linguisten. Denn nicht Sprach-Know-how, sondern brachiale Rechenkraft erlaubt die maschinelle Dolmetscherei.

52 Sprachen beherrscht das System bereits. Die Datenbanken für 296 weitere sind gleichsam im Rohbau. Unter ihnen finden sich Exoten wie Sardisch, Westfriesisch oder Zulu.

Komplette Internetseiten, Diplomarbeiten, selbst Liebesbriefe übersetzt „Google Translate“ im Handumdrehen – und liefert dabei oftmals verblüffend brauchbare Ergebnisse. Für Google liegt der Nutzen auf der Hand: Noch mehr Internetsurfer als bislang lassen sich mit einer derart nützlichen und zudem kostenlosen Anwendung auf die Website der Firma locken.



CLAY MCLACHLAN / AURORA

Informatiker Och
Ein Affront für jeden Linguisten

„Maschinelle Übersetzung ist auf einer neuen Stufe angekommen“, schwärmt Och, „die Leute setzen unser Programm inzwischen massiv ein; die Software hat die reale Welt erreicht.“

„Was Google hier macht, ist sehr beeindruckend“, bestätigt Alon Lavie von der Carnegie Mellon University in Pittsburgh. Der Informatiker sieht die gesamte Branche in Bewegung. Der Markt für Übersetzungssoftware wachse rapide: „Es sind sehr aufregende Zeiten.“

Die Epoche der maschinellen Übersetzung ist angebrochen. Programme wie „Google Translate“ weisen den Weg in eine Zukunft, in der jedermann auf Knopfdruck in fremden Zungen sprechen kann. Das ultimative Ziel der Sprachtüftler ist eine elektronische Version jenes Babelfischs, den der britische Autor Douglas Adams in seinem Science-Fiction-Klassiker „Per Anhalter durch die Galaxis“ erfand: Ins Ohr eingesetzt, übersetzt die blutegelartige Kreatur jede Sprache simultan. Selbst die krude Poesie der Vogonen kann Romanheld Arthur Dent verstehen.

So weit haben es die Entwickler in der Realität zwar noch nicht gebracht. Doch schon gibt es iPhone-Apps wie „Jibbigo“, das gesprochenes Englisch wieselflink ins Spanische übersetzt. Schöpfer der Software ist Alex Waibel, Informatiker an der Universität Karlsruhe und an der Carnegie Mellon University. Waibel lässt bereits viele seiner Vorlesungen von Rechnern simultan übersetzen. Auch an Parlamentsdebatten testete er die Technik schon.

Dabei war der Dolmetscher aus dem Computerlabor lange ein kühner Traum. Woher etwa soll die Maschine wissen, dass beim Englischen „breaking records“ keine Schallplatten zerdeppert werden? In dem Satz „wir treffen uns im Schloss“ wiederum muss die Software die Vokabel „Schloss“ mit „castle“ übersetzen und keinesfalls mit „lock“ (Türschloss), was offensichtlich ziemlicher Blödsinn wäre.

Lange Zeit versuchten die Informatiker, den Programmen derlei Weltwissen über ein komplexes Regelwerk einzubimsen. Doch selbst bei tadellos formulierten Texten geriet die Software oftmals in fröhliches Delirieren. Einen „Alptraum“ nennt etwa Swamy Viswanathan von der US-Firma Language Weaver den Versuch, beispielsweise die englische Sprache mit all ihren Nuancen in Regeln zu pressen. „Wörter haben häufig mehrere Bedeutungen, und die Zahl der Kombinationen ist schier unendlich“, klagt Viswanathan.

Die Experten von Language Weaver verfolgten daher schon früh ein anderes Konzept. Sie fütterten ihre Systeme mit unzähligen Texten aus dem Internet, die bereits mehrsprachig vorlagen. Der Ansatz der Spezialisten: Fast jeder Satz, jede Phrase ist längst mehrfach übersetzt worden. Reine Statistik reicht daher aus, um ein Sprachkonstrukt zu entschlüsseln.

Um etwa das Beispiel „wir treffen uns im Schloss“ zu deuten, fahndet das Pro-

Buchstabensuppe

Wie präzise sind die großen Übersetzungsmaschinen im Internet?

DER SPIEGEL



Beispiel: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, Artikel 1

ORIGINAL

All human beings are born free and equal in dignity and rights. They are endowed with reason and conscience and should act towards one another in a spirit of brotherhood.



Alle Menschen sind frei geboren und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Microsoft bing

Alle Menschen sind frei und gleich in würde und der Rechte geboren. Sie sind mit Vernunft und gewissen ausgestattet und sollte in einem Geist der Brüderlichkeit gegenüber anderen handeln.

YAHOO!

Alle Menschen sind in der Würde und in den Rechten geborenes freies und gleich. Sie werden mit Grund und Gewissenhaftigkeit ausgestattet und sollten in Richtung zu gegenseitig in einem Geist der Bruderschaft fungieren.

gramm in seiner Datenbank nach Texten, in denen „treffen“ und „Schloss“ nah beieinanderstehen. Dann durchforstet es die Übersetzungen dieser Texte und findet dort häufig das Wort „castle“. Daher gibt die Maschine „we meet in the castle“ und nicht „we meet in the lock“ aus.

Och hat dieses statistische Verfahren für Google inzwischen perfektioniert. Schon während seiner Promotion spezialisierte sich der Franke auf Spracherkennung. Danach ging er an die University of Southern California. Bald interessierte sich das Pentagon für seine Arbeit. Nach 9/11 wollten die US-Geheimdienstler arabische Zeitungen, Chatrooms und Websites verschärft kontrollieren.

Doch 2004 lockte Google den Sprachbezwinger nach Mountain View. Dort kommt Och seither die gewaltige Rechenleistung des Internetimperiums zugute. Zahlen mag Och nicht nennen. Für viele Sprachpaare lagern jedoch Billionen Einträge in den Google-Datenbanken. Wichtige Ressourcen für das Wortarchiv sind etwa die in zahlreiche Sprachen übersetzte Bibel, Transkripte der Vereinten Nationen oder die 23-sprachigen EU-Dokumente.

Solcherlei „Paralleltexte“ sind so etwas wie der Stein von Rosette des Digitalzeitalters: Das antike Vorbild trägt dieselbe Inschrift in Griechisch, Demotisch und in Hieroglyphen. 1822 lüftete der Ägyptologe Jean-François Champollion mit ihrer Hilfe das Geheimnis der Hieroglyphen.

Genauso macht es nun Ochs Software. Die Stärken des Systems: Ein und derselbe Programmcode funktioniert für alle Sprachen. Es muss nur genug übersetzter Text vorliegen.

Ein Buchstabenfresser als Universaldolmetscher? Viele Linguisten halten derlei Rechenschiebertricks für Tinnef. „Die statistische Übersetzung stößt schnell an ihre Grenzen“, sagt etwa der Sprachwissenschaftler Martin Kay von der Stanford University, „der Ansatz ignoriert die komplexe Struktur von Sprache.“ Bei der im Deutschen üblichen Stellung von Vollverb und Hilfsverb etwa versage die Technik. Auch an der Unterscheidung von Subjekt und Objekt habe sie zu knapsen.

„Für wirklich gute Ergebnisse müssen wir tiefer in die Sprache eintauchen“, sagt auch Hassan Sawaf, Chefentwickler der US-Software-Schmiede Apptek. Die Firma geht einen Mittelweg. Neben statistischen Algorithmen nutzt Sawaf auch klassische Grammatikregeln: „Das verbessert den Satzbau und die Verständlichkeit erheblich.“

Sawaf kritisiert zudem, dass Ochs System nur online funktioniert: „Wer offline arbeitet, kann ‚Google Translate‘ vergessen.“ Auch Waibel ist skeptisch. „Stellen Sie sich vor, Sie sind im Ausland, wollen sich mit einem Verkäufer unterhalten und müssen erst mal ein Netz suchen und dann auch noch hohe Roaming-Gebühren bezahlen – praktikabel ist das nicht.“

Tatsächlich stellt die Netzabhängigkeit eine der größten Schwächen der Google-Übersetzungsmaschine dar. Doch die Kalifornier weichen nicht von ihrem Kurs ab. Schon entwickeln sie eine spezielle Programmversion mit integrierter Spracherkennung für das hauseigene Handy-Betriebssystem „Android“. Und bald soll es auch möglich sein, Texte auf Fotos blitzschnell übersetzen zu lassen. So könnte der ortsunkundige Reisende künftig in China das Schild mit der Aufschrift 北京 ablichten – und wüsste umgehend, dass er sich auf dem Weg nach Peking befindet.

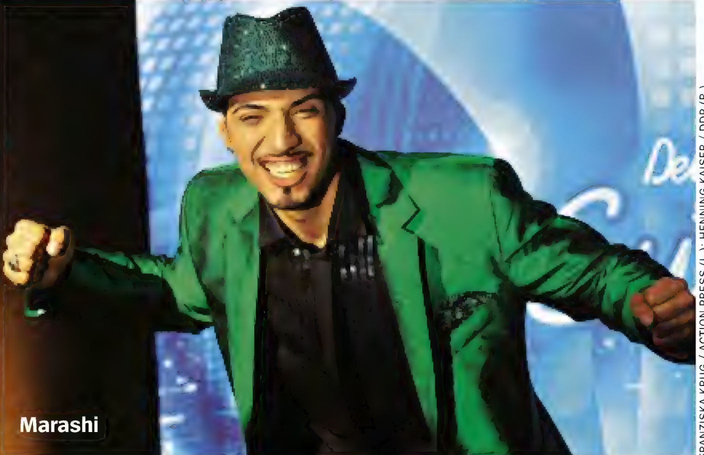
Eine weitere Gelddruckmaschine für den Internetgiganten scheint also heranzureifen. Doch Och winkt ab. Wie viele Google-Mitarbeiter wähnt er sich lieber auf einem Feldzug für Freiheit und Gleichheit im Netz. „Wer kein Englisch spricht, kann nur einen Bruchteil des Internets nutzen“, sagt er. Es gelte, die Vielfalt allen zugänglich zu machen.

Ein Indiz für die hehren Absichten des Programmierers gibt es immerhin. Och und sein Team haben eine Spezialsoftware entwickelt, mit deren Hilfe Dolmetscher auf eigene Faust Übersetzungen in das System einspeisen können – und zwar auch für äußerst exotische Idiome wie die Bantusprache Xhosa, die Sprache der in Japan lebenden Ainu oder die Inuit-Sprache Inuktitut. Auf diese Weise wollen die Software-Entwickler auch jenen Zungen Gehör verschaffen, die bereits in Vergessenheit zu geraten drohen. Der neuseeländische Computeringenieur Te Taka Keegan von der University of Waikato testete das Programm bereits für die Sprache der Maori. Sechs Monate verbrachte Keegan kürzlich bei Google, um auszuloten, ob das digitale Sprachenmirakel aus Mountain View das Idiom der neuseeländischen Ureinwohner vor dem Verschwinden bewahren könnte. Seine Erfahrungen sind durchweg positiv.

„Die Zahl und Qualität der Maori-Übersetzungen wächst mit Hilfe dieses Werkzeugs ständig“, berichtet Keegan. Ein digitales Archiv entstehe, das der Sprache erheblichen Auftrieb verleihe.

„Unsere Kinder wachsen in eine digitale Welt hinein“, sagt Keegan. „Nur wenn wir es schaffen, Maori zum Teil dieser Welt zu machen, wird die Sprache überleben.“ Philip Bethge


Wagner


Marashi

FRANZISKA KRUG / ACTION PRESS (L.); HENNING KAISER / DDP (R.)

MUSIKINDUSTRIE

Blümchen gegen Bohlen

Ganz ohne ihr Zutun hat es Jasmin Wagner, 30, vergangene Woche zurück in die Musik-Charts geschafft. Ihr Song „Boomerang“ notierte in deutschen Hitlisten plötzlich auf Top-Plätzen – obwohl das Liedchen 14 Jahre alt ist. Der absurde Grund: Via Internet wollten Musik-Fans mit der Wagner-Wahl einen anderen Chart-Stürmer auf Platz eins verhindern. Gerade erst hat der 29-jährige Hamburger Mehrzad Marashi die RTL-Castingshow „Deutschland sucht den Superstar“ („DSDS“) gewonnen. Es war klar, dass sein von Oberjuror Dieter Bohlen komponierter Siegersong „Don’t believe“ sofort auf Platz eins starten würde – so war es meist bei früheren Staffeln. Gegner der Show wollten das torpedieren. Dass ausgerechnet Wagner, die sich früher Blümchen nannte, als Gegenprogramm gewählt wurde, scheint schierer Zufall: „Ich amüsiere mich und bin glücklich“, sagt Wagner. „Es ist doch toll, dass es Menschen gibt, die sich nicht alles von der Musikmaschinerie vorsetzen lassen.“ Sie selbst sei ohnehin „‚DSDS‘-müde“. Marashi stand in der iTunes-Hitparade Ende vergangener Woche dennoch auf Platz eins, Wagner auf Rang fünf. Auch zum Kauf eines Liedes der Rock-Opas von Led Zeppelin wird aufgerufen, sie schafften es sogar auf Platz zwei. Zuletzt gelang es mit einer ähnlichen Aktion in Großbritannien, den Sieger der Castingshow „X-Factor“ vom Chart-Thron zu stoßen.

MEDIENPOLITIK

Zypries kritisiert Postengeschacher

Ex-Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) hat die Kandidatur von Regierungssprecher Ulrich Wilhelm als Intendant des Bayerischen Rundfunks (BR) scharf kritisiert. Ein Wechsel aus der Regierung an die Spitze eines öffentlich-rechtlichen Senders vertrage sich nicht mit dem Gebot der Staatsferne. Sie wolle und könne die Qualifikation von Wilhelm nicht in Frage stellen. „Aber ich meine, dass es gerade in der jetzigen Debatte um die nötige Staatsferne von Rundfunk und Fernsehen nötig wäre, ein Zeichen zu setzen: Ein übergangsloser Wechsel vom Regierungssprecher zum Intendanten des BR kann nicht in Betracht kommen, wenn man es mit der Staatsferne ernst meint“, so Zypries, die auch im Bundestagsausschuss für Kultur und Medien sitzt. 2007 hatte sie das Amt einer Bundesverfassungsrichterin für sich ausgeschlossen, weil sie nicht aus der Regierung in das höchste deutsche Gericht wechseln wollte.

SATIRE

ZDF-Kabarettist verärgert Polen

Für deutsch-polnische Irritationen hat eine Folge der ZDF-Kabarettsendung „Neues aus der Anstalt“ gesorgt. Komiker Urban Priol hatte sich über die „Betroffenheitsorgie“ zum Unfalltod von Polens Staatspräsident Lech Kaczyński echauffiert und gesagt: „Ist da eine Heuchelei im Gange: Wie beliebt er war, der in ganz Europa als Nervensäge belächelte Lech Kaczyński. Mit dem wollte doch keine Sau was zu tun haben.“ ZDF-Programmdirektor Thomas Bellut musste daraufhin im polnischen Fernsehen die Wogen glätten und erklären, man bedaure, wenn man Gefühle verletzt haben sollte, aber es handele sich nun einmal um Satire. Priol erklärte, er habe „die Rituale rund um Trauerfälle anprangern“ wollen. In der gleichen Nummer hatte Priol deutlich derber über einen ähnlichen Unglücksfall in Deutschland phantasiert. Dort würde sich „die Bestürzung wahrscheinlich in Grenzen halten, denn wenn der Bundespräsident nimmer da wäre, dann wären viele versucht zu sagen: wie immer eigentlich“. Und zum „Ende des stellvertretenden Außenministers“ würden in Deutschland „viele vielleicht sagen: Warum hat es den amtierenden nicht erwischt?“. Dazu gab es jedoch keine Reaktionen. „Es ist nicht 100 Prozent mein Humor“, meint Bellut. „Aber wir mischen uns da nicht ein.“


Priol

ASTRID SCHMIDHUBER

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Letztlich geht es nie um Größe“

Der TV-Produzent Nico Hofmann, 50, über Quotenflops, seine aktuelle Sinnkrise, den Blumen-Etat für Schauspieldiven und die Zappeligkeit der Zuschauer

SPIEGEL: Herr Hofmann, Sie gelten als der Goldjunge des deutschen Fernsehgeschäfts mit Zuschauerzahlen und Produktionskosten im zweistelligen Millionenbereich. Ausgerechnet Sie haben jüngst mit dem Sat.1-Zweiteiler „Die Grenze“, der Fiktion einer neuen deutschen Teilung, einen veritablen Flop gelandet.

Hofmann: Und das ist schrecklich, denn ich empfand gerade dieses Projekt als wichtigstes meines ganzen bisherigen Lebens. Wir wollten durch ein Fernsehexperiment Neuland erobern, aber da gingen meine



NORBERT MICHALKE

Filmemacher Hofmann
„Seit Jahren keinerlei Privatleben mehr“

eigene Bewertung, mein Bauchgefühl erstmals gar nicht auf. Die Kritiker reagierten zum Teil extrem hämisch, viele Zuschauer fanden gar nicht erst ins Programm. Ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie mich das immer noch mitnimmt.

SPIEGEL: Stecken Sie in einer Lebenskrise?

Hofmann: Sagen wir mal so: Ich hinterfrage zurzeit, was ich eigentlich künftig machen möchte. Mein Vertrag wird gerade neu verhandelt, aber da geht es nicht um Geld, sondern darum, wie viel ich mir zumute. Über zehn Jahre mit unserer Firma Teamworx waren eine spannende, erfolgreiche Zeit, aber seit Jahren habe ich keinerlei Privatleben mehr, führe keine Beziehung, die diesen Namen verdient hätte. Jeder potentielle Partner flüchtet da schnell. Ich will nicht, dass Selbstwertgefühl von Quoten oder Kritiken abhängig wird.

SPIEGEL: Wir würden mit Ihnen aber gern über Geld, Geschäft, Quoten sprechen.

Hofmann: Machen Sie ruhig! Gerade da verschärft sich die Lage für uns alle zusehends.

SPIEGEL: Wird selbst Ihnen angesichts der Wirtschaftskrise bei neuen Projekten nun in den Sendern gesagt: Schön und gut, aber wir hätten's gern 15 Prozent billiger?

Hofmann: Solche Debatten beginnen zu Recht. Wir haben zum Beispiel schon fünf Jahre an den Büchern zu „Unsere Mütter, unsere Väter“ geschrieben, ein Generationenporträt, Kriegs- und Historienstoff in drei Teilen fürs ZDF. Kalkuliert war das mit 20 Millionen Euro. Mittlerweile haben wir 5 Millionen rausgekürzt, damit wir das Projekt endlich angehen können.

SPIEGEL: Weiter runter geht's nicht?

Hofmann: Überspitzt gesagt: Man kann nicht Stalingrad inszenieren, und dann fehlen die Panzer. Da gibt's Grenzen. Dann lege ich ein Projekt lieber zur Seite und warte auf bessere Zeiten. Oftmals führen Buchkürzungen aber sogar zur Verbesserung, zur Fokussierung. Ich habe auch volles Verständnis, dass die Sender kritischer werden.

SPIEGEL: Diese Woche zeigt das ZDF Ihre neueste Produktion „Dutschke“. Was hat die Aufarbeitung von Leben und Sterben des Studentenführers gekostet?

Hofmann: Etwa 2,1 Millionen Euro.

SPIEGEL: Relativ wenig, wenn man bedenkt, was Sie für Riesenepen wie „Dresden“, „Die Flucht“ oder „Die Sturmflut“ schon zur Verfügung hatten. Welches Starpotential hat Dutschke?

Hofmann: Ein großes, aber ich weiß schon jetzt: Die Quote wird extrem bescheiden ausfallen am Dienstag im ZDF. Einfacher Grund ist: Zur gleichen Zeit tritt Bayern München in der Champions League an.

SPIEGEL: Wann bekommen Sie morgens die Zuschauerzahlen, wenn eines Ihrer Großprojekte zu sehen war?

Hofmann: Nach „Dresden“ rief mich ZDF-Intendant Markus Schächter morgens um



Das Gespräch führten die Redakteure Martin U. Müller und Thomas Tuma.



„Dutschke“



„Mogadischu“

Hofmann-Fernsehproduktionen: *„Man kann nicht*



Stalingrad inszenieren, und dann fehlen die Panzer“

JOCHEN ROEDER / ZDF (O.); STEPHAN RABOLD / DEGETO / ARD (U. L.); TEAMWORX / DEGETO / ARD (U. R.)

8.05 Uhr an und sprach von einem noch nie dagewesenen Tagesmarktanteil. Wir konnten es noch nicht einordnen, aber es waren dann rund 13 Millionen Zuschauer am Abend.

SPIEGEL: Wenn Senderchefs gar nicht anrufen …

Hofmann: … ist es ganz schlimm. Bei der „Grenze“ war ich es, der dauernd anrief. Ich saß in einem Kölner Hotel, und alles brach auseinander. Schon der erste Teil lag nur bei 4,7 Millionen. Es war klar, dass der zweite noch schlechter laufen würde. Der Quotenverlauf war kritisch, die Kurve zappelig.

SPIEGEL: Sie schauen sich nach der Ausstrahlung genau an, wie die Zuschauer sich im Minutenrhythmus verhalten haben?

Hofmann: Klar. Viele kamen erst fünf Minuten nach der Werbepause zurück – eh schon ein schlechtes Zeichen – und haben dann natürlich den Anschluss verpasst. Bei „Mogadischu“ zum Beispiel habe ich vorab klar mit acht Millionen Zuschauern gerechnet, nicht mit zehn. Ich kannte das Risiko. Der Film fängt im Ausland an, mit arabischen Terroristen, die Arabisch sprachen und untertitelt wurden. Die deutsche Wirklichkeit begann quasi erst nach zehn Minuten …

SPIEGEL: … wenn Thomas Kretschmann als Lufthansa-Pilot auftaucht.

Hofmann: Der Film startete mit 9,5 Millionen und verlor bis dahin 2,3 Millionen. Aus Quotengründen hätte ich die Einstiegssequenz rausschneiden sollen.

SPIEGEL: Warum haben Sie's nicht gemacht? Sie sind der Produzent.

Hofmann: Solchen Entscheidungen gehen lange Debatten voraus. Manchmal lasse ich mich überzeugen – in diesem Fall zugunsten der Authentizität des Gesamtstoffs.

SPIEGEL: Macht Ihnen Ihr Quoten-Fachwissen nicht gelegentlich selbst Angst?

Hofmann: Ich muss es ernst nehmen. Im Kino bleiben die Zuschauer ja alle drin, im Fernsehen schalten sie einfach um oder ab, da können die ersten Minuten über Sieg oder Niederlage entscheiden.

SPIEGEL: Vergangenes Jahr sollen Sie an einem Wochenende im Alleingang einen kompletten Film umgeschnitten haben.

Hofmann: Einen? Ich habe im vorigen Jahr fünf Filme umgeschnitten. Das sind oft gnadenlose, aber hochprofessionelle Auseinandersetzungen mit den Regisseuren. Der Bessere gewinnt. Manchmal wird man sich gar nicht einig, dann schneidet jeder seine Fassung, und wir testen beide. Und ich gebe auch manchmal nach.

SPIEGEL: Angeblich machen Sie furchtbar viel Marktforschung. Wie hat man sich das vorzustellen?

Hofmann: Ich lasse fertige Fernsehfilme im Kino vor Publikum testen – einem altersmäßigen Querschnitt, der nach der Vorführung befragt wird. Das betreibe ich sehr ernsthaft. 80 Prozent der Resultate

entsprechen dem, was mir mein Bauch vorher gesagt hat. Man sieht dabei sehr genau: Welcher Erzählstrang wird wie verstanden? Was ist zu komplex? Wo fehlt es vielleicht an Emotion?

SPIEGEL: Das heißt, Sie könnten noch im Schneideraum entweder ein RTL-II-Movie zaubern oder ein ARD-Drama?

Hofmann: Das sicher nicht. Aber „Die Grenze" zum Beispiel wird auf der TV-Messe in Cannes als Einteiler angeboten. Zusammengekürzt auf 120 Minuten reine Action, quasi die deutsche Ausgabe des amerikanischen Erfolgsformats „24", das wird sich im Weltvertrieb extrem gut verkaufen.

SPIEGEL: Federführende Sender zahlen heute allenfalls die Hälfte der Kosten, oder?

Hofmann: Stimmt. Teamworx selbst hat in den vergangenen fünf Jahren über sechs Millionen Euro an Eigenmitteln in Event-Programme investiert, den Rest muss man mit Vorabgarantien aus dem Ausland decken. Doch uns Produzenten bricht der Weltvertrieb weg, weil Länder wie Italien, Frankreich oder Spanien – nach Vorbild der Deutschen übrigens – ihre Eigenproduktion enorm angekurbelt und auch ästhetisch verbessert haben.

SPIEGEL: Es ist doch immer noch billiger, auf einer TV-Messe Konserven einzukaufen, als selbst zu produzieren …

Hofmann: … aber die Zuschauer mögen das lokale Produkt.

SPIEGEL: Deshalb werden in internationale Co-Produktionen so gern Schauspieler aus allen beteiligten Ländern eingebaut.

Hofmann: Das geht heute gar nicht mehr anders. Bei unserem Weltkriegsstoff „Laconia", einem britischen Passagierschiff, das von einem deutschen U-Boot versenkt wurde, streite ich mich gerade im Schneideraum, wie und wo der Film beginnt. Die Engländer wollen London, wir Deutschen wollen ihn hier starten lassen.

SPIEGEL: Man könnte unterschiedliche Anfänge basteln.

„Ich verschenke gern Blumen. Rote Rosen können für Produzenten lebensrettend sein."

Hofmann: Genau das machen wir jetzt, weil der Anfang einfach unheimlich wichtig ist für die Quote.

SPIEGEL: Was war Ihr bislang erfolgreichster Exportschlager?

Hofmann: Auch wenn es das Feuilleton schockiert: der RTL-Event „Vulkan".

SPIEGEL: Den könnten Sie doch aktuell wieder aus der Kiste ziehen!

Hofmann: Die Bilderwelten stimmen auf frappierende Weise überein – bis auf die Tatsache, dass bei RTL der Frankfurter Flughafen bereits völlig unter Schutt und Asche liegt. Wir haben auch eine Katastrophenfilm gedreht über einen Tornado über Berlin – das ließ sich weltweit sehr stark verkaufen. „Die Flucht" war dagegen eher deutscher Stoff, allerdings auch mit großer Verbreitung in Osteuropa.

SPIEGEL: Braucht so ein historisches Drama denn immer eine schnulzige Liebesgeschichte als Kern?

Hofmann: Es gibt einen Riesenunterschied zwischen „schnulzig" und emotional. Und über die Emotionalisierung von Geschichte haben sich viele kluge Leute schon Gedanken gemacht, nicht erst seit dem Erfolg der US-Serie „Holocaust". Ich selbst gehe solche Stoffe mittlerweile auch anders an als vor fünf, sechs Jahren. Die Frage bleibt: Wie stark muss, wie stark darf man solche Stoffe emotionalisieren?

SPIEGEL: Lockt man mit Emotionen auch mehr Frauen vor den Schirm?

Hofmann: Die Entscheidung von Frauen, sich ein Programm anzuschauen, hat nicht a priori mit der Liebesgeschichte zu tun, sondern mit der Seriosität der Frauenfigur und dem Frauenbild generell, natürlich auch stark mit den männlichen Hauptdarstellern.

SPIEGEL: In einen Weltkriegsstoff wird man schlecht die erfolgreiche Karrierefrau einbauen können, deren Partner die Kinder hütet.

Hofmann: Stimmt, aber auch da muss die Hauptakteurin kein blondes Dummchen sein.

SPIEGEL: Regelmäßig lassen Sie Filme mit Veronica Ferres drehen. Was bringt allein deren Name an Quote?

Hofmann: Das hängt stark von Stoff und Drehbuch ab. Aber ein komplexes Meeresbiologiethema wie „Das Geheimnis der Wale“ – da kriegen Sie die dann erzielten sieben Millionen Zuschauer nur mit Veronica Ferres. Ohne sie hätte das ZDF keine fünf Millionen gehabt. Da bin ich mir sicher.

SPIEGEL: Wie hoch ist Ihr Etat für Blumenbouquets?

Hofmann: Ich tippe mal auf 3000 Euro im Jahr. Ich verschenke gern Blumen, vieles zahle ich auch privat. Rote Rosen können für Produzenten manchmal lebensrettend sein.

SPIEGEL: Wie hoch sind bei Top-Aktricen die Gagen?

Hofmann: Spitzentalente wie Veronica Ferres, Katja Riemann oder Nadja Uhl liegen gar nicht im höchsten Bereich. Es gibt einige wenige deutsche Schauspieler, die – völlig zu Recht – auch mit ihrem Alter und der Berufserfahrung argumentieren. Da werden durchaus schon mal 15 000 Euro verlangt und auch bezahlt – pro Drehtag.

SPIEGEL: Christoph Waltz, der für „Inglourious Basterds“ gerade den Oscar bekam, klagt, er kriege in Deutschland keine Rollen. Ist er zu teuer?

Hofmann: Daran liegt es nicht. Ich habe Christoph nach unserem großen Erfolg von „Der Tanz mit dem Teufel“ über die Richard-Oetker-Entführung schon oft bei den verschiedensten Sendern für alle möglichen Projekte vorgeschlagen, konnte ihn aber nicht durchsetzen.

SPIEGEL: Was macht ihn so schwierig?

Hofmann: Er ist ein sehr spezieller Schauspieler für sehr spezielle Filme und sehr spezielle Rollen. Er ist großartig darin, und das ist er schon immer gewesen.

SPIEGEL: Was ist generell teurer – die Gage eines Top-Schauspielers oder zum Beispiel die Tricktechnik, in der Eifel einen Vulkan ausbrechen zu lassen?

Hofmann: Die Tricktechnik wird immer billiger. Den Vulkanausbruch in der Eifel produzieren Sie digital für knapp zwei Millionen Euro. Solche Effekte sehen heute weit teurer aus, als sie wirklich noch sind. Da wir aber das gesamte Ensemble sehr gut besetzen, wird’s da kostspielig. Die bittere Erkenntnis: Die Zuschauer bringen immer weniger Geduld für episch erzählte Mehrteiler mit. Das Rumgezappe wird immer hektischer, vor allem bei den privaten Sendern.

SPIEGEL: Sie leben aber doch gerade von solchen Riesenprojekten. Ist Ihr Geschäftsmodell bedroht?

Hofmann: Nein. Wir produzieren 28 Einzelstücke im Jahr, davon lediglich 3 große Events. Bei den öffentlich-rechtlichen Sendern wird der Mehrteiler auch in Zukunft eine große Zuschauermenge erreichen – das hat mit der Altersschichtung und der Treue und Verweildauer des Publikums zu tun.

SPIEGEL: Könnten Sie hier am Schreibtisch einen todsicheren Straßenfeger planen? Veronica Ferres als Superweib, das unter Hitler einen Vulkanausbruch vereitelt?

Hofmann: So tolle Ideen kann nur der SPIEGEL haben. Aber im Ernst: Es gibt allenfalls eine bestimmte Zahl und Anordnung von Bausteinen, die im Idealfall nicht nur zueinander passen, sondern aufeinander aufbauen und etwas Größeres schaffen als die Addition der Einzelteile. Beispielsweise bei dem Riesenerfolg unseres Films über Scientology mit knapp neun Millionen Zuschauern. Aber wenn man das immer planen könnte, würde auch gar nichts Neues mehr entstehen.

SPIEGEL: Ist der Zwang zur Größe auch ein Fluch?

Hofmann: Letztlich geht es nie um Größe, sondern um Kreativität und die Lust auf Programm. Auch ich habe ja mal als Regisseur angefangen und auf dem Terrain nach 15 Jahren einfach eine neue Perspektive gesucht.

SPIEGEL: Damals sollen Sie bei einem eisigen Außendreh, bei dem auch noch das Dixi-Klo zugefroren war, beschlossen haben, als Regisseur aufzuhören.

Hofmann: Das Klo war natürlich nur noch ein winziges auslösendes Moment. Ich wollte Produzent werden.

SPIEGEL: Was steckte dahinter?

Hofmann: Regina Ziegler und Bernd Eichinger, für die ich gearbeitet hatte, haben mich stark beeinflusst. Und ich war damals schon Professor an der Ludwigsburger Filmhochschule. Plötzlich merkte ich, dass vor mir Studenten saßen, die ich schlicht viel begabter fand als mich. Und die waren mindestens zehn Jahre jünger.

SPIEGEL: Hatten Sie unternehmerisch schon mal richtig existentielle Angst?



BORIS GUDERJAHN / ZDF

Hofmann-Star Ferres (r.)*: *„Gar nicht im höchsten Bereich“*

Hofmann: Nein, weil wir uns finanziell einfach zu sorgfältig absichern. Probleme könnten ja allenfalls auftauchen, wenn Dreharbeiten mal völlig aus dem Ruder laufen.

SPIEGEL: Dominik Grafs jetzt auf Arte startender Zehnteiler „Im Angesicht des Verbrechens“ hat die Produktionsfirma in die Insolvenz gestürzt, die immerhin Marc Conrad gehörte, dem früheren RTL-Chef.

Hofmann: Ich kenne hier die Sachlage nicht genau, aber generell geraten Projekte von so einer Größenordnung dann in Schieflage, wenn drei, vier Faktoren gleichzeitig Probleme machen. Das ist wie bei einem Flugzeugabsturz, wo eine Schlechtwetterfront allein nicht reicht. Projekte sind unterschiedlich in ihrem Aufwand. Man darf sich da von Anfang an nie in die Tasche lügen. Man kann die gleichen Filme immer ein paar Millionen billiger machen. Aber man sieht das später.

SPIEGEL: Wir möchten Ihnen noch ein paar mögliche Stoffe anbieten: Welches Missbrauchsthema brächte mehr Quote – Kirche oder Odenwaldschule?

Hofmann: Wir sind an dem Thema seit einem Jahr dran. Bei unserem Projekt geht es um einen Priester und sein Verhältnis zu einem Jungen, bei dem die Verführungsgeschichte später im Erwachsenenalter wieder einsetzt, um zu zeigen, wie der Missbrauch das Sexualverhalten des Jungen in seiner späteren Ehe verändert.

SPIEGEL: Klingt öffentlich-rechtlich.

Hofmann: Geht auch nur dort.

SPIEGEL: Brächte die Finanzkrise Quote?

Hofmann: Zu komplex und im Übrigen auch in den Nachrichten komplett auserzählt. Wir haben aber gerade für Sat.1 eine Geschichte gedreht, wo fünf Arbeitslose eine Bank überfallen, um mit der Beute wieder ins Leben zurückzufinden. Das ist unsere Antwort zum Thema.

SPIEGEL: Der Freitod von Nationaltorhüter Robert Enke?

Hofmann: Darum bemühen wir uns seit Monaten.

SPIEGEL: Wer müsste Ihnen den Stoff verkaufen? Enkes Witwe?

Hofmann: Ja. Am liebsten würde ich den Film gemeinsam mit ihr erarbeiten. Mich hat die Aufrichtigkeit von Teresa Enke tief beeindruckt, auch wie sie das Problem Depression offen thematisiert hat.

SPIEGEL: Guido Westerwelle – eine schwule Karriere in Deutschland?

Hofmann: Komplett uninteressant und im Übrigen auch in den Medien völlig auserzählt. Wo soll da der erzählerische Mehrwert für den Fernsehzuschauer sein? Guido Westerwelle ist viel zu präsent, ohne dass er mich spüren lässt, wer er wirklich ist.

SPIEGEL: Herr Hofmann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit Alicia von Rittberg und Mario Adorf.

Impressum

Brandstwiete 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · **SPIEGEL ONLINE** www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEURE Georg Mascolo (V. i. S. d. P.), Mathias Müller von Blumencron

STELLV. CHEFREDAKTEUR Dr. Martin Doerry

DEUTSCHE POLITIK · HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* Dirk Kurbjuweit, Markus Feldenkirchen (stellv.), Michael Sauga (stellv.). *Redaktion Politik:* Ralf Beste, Petra Bornhöft, Ulrike Demmer, Christoph Hickmann, Kerstin Kullmann, Ralf Neukirch, René Pfister, Christian Schwägerl, Merlind Theile. *Autoren, Reporter:* Henryk M. Broder, Christoph Schwennicke

Meinung: Dr. Gerhard Spörl

Redaktion Wirtschaft: Markus Dettmer, Katrin Elger, Alexander Neubacher, Christian Reiermann, Wolfgang Johannes Reuter. *Autor:* Jan Fleischhauer

DEUTSCHLAND *Leitung:* Konstantin von Hammerstein, Alfred Weinzierl. *Redaktion:* Jan Friedmann, Michael Fröhlingsdorf, Carsten Holm (Hausmitteilung, Online Koordination), Ulrich Jaeger, Guido Kleinhubbert, Bernd Kühnl, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Christoph Scheuermann, Andreas Ulrich, Dr. Markus Verbeet. *Autoren, Reporter:* Jochen Bölsche, Jürgen Dahlkamp, Dr. Thomas Darnstädt, Gisela Friedrichsen, Bruno Schrep, Hans-Ulrich Stoldt, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro *Leitung:* Holger Stark, Frank Hornig (stellv.). *Redaktion:* Markus Deggerich, John Goetz, Wiebke Hollersen, Sven Röbel, Marcel Rosenbach, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski. *Autor:* Stefan Berg

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Thomas Tuma. *Redaktion:* Susanne Amann, Beat Balzli, Markus Brauck, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Martin U. Müller, Jörg Schmitt, Janko Tietz. *Autoren, Reporter:* Markus Grill, Dietmar Hawranek, Michaela Schießl

AUSLAND *Leitung:* Hans Hoyng, Dr. Christian Neef (stellv.), Britta Sandberg (stellv.), Bernhard Zand (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Manfred Ertel, Joachim Hoelzgen, Juliane von Mittelstaedt, Jan Puhl, Mathieu von Rohr, Sandra Schulz, Helene Zuber. *Reporter:* Clemens Höges, Marc Hujer, Susanne Koelbl, Walter Mayr

Diplomatischer Korrespondent: Dr. Erich Follath

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Johann Grolle, Olaf Stampf. *Redaktion:* Jörg Blech, Manfred Dworschak, Dr. Veronika Hackenbroch, Julia Koch, Beate Lakotta, Cordula Meyer, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Samiha Shafy, Frank Thadeusz, Christian Wüst. *Autorin:* Rafaela von Bredow

KULTUR *Leitung:* Lothar Gorris, Dr. Joachim Kronsbein (stellv.). *Redaktion:* Verena Araghi, Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Julia Bonstein, Nikolaus von Festenberg, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Philipp Oehmke, Tobias Rapp, Elke Schmitter, Martin Wolf. *Autoren, Reporter:* Wolfgang Höbel, Dr. Romain Leick, Matthias Matussek, Katja Thimm, Dr. Susanne Weingarten

KulturSPIEGEL: Marianne Wellershoff (verantwortlich). Tobias Becker, Anke Dürr, Daniel Sander, Claudia Voigt

GESELLSCHAFT *Leitung:* Matthias Geyer, Cordt Schnibben, Barbara Supp (stellv.). *Redaktion:* Hauke Goos, Barbara Hardinghaus, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip, Dialika Krahe. *Reporter:* Uwe Buse, Ullrich Fichtner, Jochen-Martin Gutsch, Thomas Hüetlin, Alexander Osang

SPORT *Leitung:* Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger. *Redaktion:* Cathrin Gilbert, Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dietmar Pieper, Norbert F. Pötzl (stellv.). *Redaktion:* Karen Andresen, Annette Bruhns, Angela Gatterburg, Annette Großbongardt, Uwe Klußmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Dr. Rainer Traub

PERSONALIEN Katharina Stegelmann; Petra Kleinau

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Katharina Lüken (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Gesine Block, Regine Brandt, Reinhold Bussmann, Lutz Diedrichs, Bianca Hunekuhl, Anke Jensen, Maika Kunze, Stefan Moos, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Fred Schlotterbeck, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels
Sonderhefte: Karl-Heinz Körner

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Claudia Jeczawitz, Claus-Dieter Schmidt; Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Peer Peters, Karin Weinberg, Anke Wellnitz. *E-Mail: bildred@spiegel.de*
SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. (001212) 3075948

GRAFIK Martin Brinker, Johannes Unselt (stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Ralf Geilhufe, Reinhilde Wurst; Michael Abke, Christel Basilon, Katrin Bollmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Petra Gronau, Kristian Heuer, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Martina Treumann, Doris Wilhelm
Sonderhefte: Jens Kuppi, Rainer Sennewald

PRODUKTION Christiane Stauder, Petra Thormann

TITELBILD Stefan Kiefer; Iris Kuhlmann, Gershom Schwalfenberg, Arne Vogt

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. (030) 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Andrea Brandt, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Carlsplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Simone Kaiser, Christoph Pauly, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Claus-Christian Malzahn, Conny Neumann, Rosental 10, 80331 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Eberhardstraße 73, 70173 Stuttgart, Tel. (0711) 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
ABU DHABI Alexander Smoltczyk, P.O. Box 35 209, Abu Dhabi

BANGKOK Thilo Thielke, House No. 170B, Sukhumvit 23, Wattana, Bangkok 10110

BELGRAD Renate Flottau, renate_flottau@spiegel.de

BRÜSSEL Hans-Jürgen Schlamp, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL Daniel Steinvorth, PK 90 Beyoglu, 34431 Istanbul, Tel. (0090212) 2432080, Fax 2432079

JERUSALEM Christoph Schult, P.O. Box 9369, Jerusalem 91093, Tel. (00972) 26447494, Fax 26447501

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 37604944, Fax 37607655

LONDON Marco Evers, Suite 266, 33 Parkway, London NW1 7PN, Tel. (0044207) 2430889, Fax 2430899

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (003491) 3910575, Fax 3192968

MOSKAU Matthias Schepp, Ul. Bol. Dmitrowka 7/5, Haus 2, 125009 Moskau, Tel. (007495) 96020-95, Fax 96020-97

NAIROBI Horand Knaup, P.O. Box 1402-00621, Nairobi, Tel. (00254) 207123387

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 24652118, Fax 24652739

NEW YORK Klaus Brinkbäumer, Thomas Schulz, 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Dr. Stefan Simons, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

PEKING Andreas Lorenz, Sanlitun Dongsanjie Gongyu 2-1-31, Peking 100 600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. (005521) 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Fiona Ehlers, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Dr. Philip Bethge, P.O. Box 151013, San Rafael, CA 94915, Tel. (001415) 7478940

SHANGHAI Dr. Wieland Wagner, Grosvenor House 8 E/F, Jinjiang Hotel, 59 Maoming Rd. (S), Shanghai 200020, Tel. (008621) 54652020, Fax 54653311

SINGAPUR Jürgen Kremb, 5 Hume Avenue # 0404, Hume Park 1, 598720 Singapur, Tel. + Fax (0065) 63142004

STAVANGER Gerald Traufetter, Rygjaveien 33a, 4020 Stavanger, Tel. (0047) 51586252, Fax 51583543

WARSCHAU P. O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warschau, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Heinz Egleder, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Catrin Hammy, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Renate Kemper-Gussek, Jessica Kensicki, Jan Kerbusk, Ulrich Klötzer, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Nadine Markwaldt-Buchhorn, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Nicola Naber, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Malte Nohrn, Sandra Öfner, Thorsten Oltmer, Andreas M. Peets, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G. Schierhorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Rainer Staudhammer, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Eckart Teichert, Nina Ulrich, Hans-Jürgen Vogt, Ursula Wamser, Peter Wetter, Kirsten Wiedner, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 64 vom 1. Januar 2010
Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2540, www.spiegel-qc.de

Commerzbank AG Hamburg, Konto-Nr. 6181986, BLZ 200 400 00

Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass

Druck: Prinovis, Dresden
Prinovis, Itzehoe

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck, Matthias Schmolz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Ove Saffe

DER SPIEGEL (USPS No. 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Subscription price for USA is $340 per annum.
K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St, Englewood, NJ 07631.
Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and additional mailing offices. Postmaster:
Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood, NJ 07631.

Service

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Brandstwiete 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.
Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de
übriges Ausland:
New York Times Syndication Sales, Paris
Telefon: (00331) 53057650 Fax: (00331) 47421711

für Fotos:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

SPIEGEL-Shop
SPIEGEL-Bücher, SPIEGEL-TV-DVDs, Titelillustrationen als Kunstdruck und eine große Auswahl an weiteren Büchern, CDs, DVDs und Hörbüchern unter www.spiegel.de/shop
Abonnenten zahlen keine Versandkosten.

SPIEGEL-Einzelhefte (bis drei Jahre zurückliegend)
Telefon: (040) 3007-2948
Fax: (040) 3007-857050
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Ältere SPIEGEL-Ausgaben
Telefon: (08106) 6604 Fax: (08106) 34196
E-Mail: spodats@t-online.de

Kundenservice
Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 16.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
20637 Hamburg
Umzug/Urlaub: 01801 / 22 11 33 (3,9 Cent/Min.)*
Fax: (040) 3007-857003
Zustellung: 01801 / 66 11 66 (3,9 Cent/Min.)*
Fax: (040) 3007-857006
* aus dem Mobilfunk max. 0,42 €/Min.
Service allgemein: (040) 3007-2700
Fax: (040) 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de

Kundenservice Schweiz
Telefon: (0049) 40- 3007-2700 Fax: (0049) 40-3007-3070
E-Mail: kundenservice-schweiz@spiegel.de

Abonnement für Blinde
Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259
E-Mail: info@blista.de
Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt Frankfurt am Main
Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296
E-Mail: m-kirchner@t-online.de

Abonnementspreise
Inland: zwölf Monate € 189,80
Sonntagszustellung per Eilboten Inland: € 709,80
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 145,60 inkl. 6-mal UniSPIEGEL
Schweiz: zwölf Monate sfr 351,00
Europa: zwölf Monate € 244,40
Außerhalb Europas: zwölf Monate € 322,40
DER SPIEGEL als E-Paper:
zwölf Monate € 189,80
Halbjahresaufträge und befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070.
Ich bestelle den SPIEGEL
❑ für € 3,65 pro Ausgabe (Normallieferung)
❑ für € 13,65 pro Ausgabe (Eilbotenzustellung am Sonntag) mit dem Recht, jederzeit zum Monatsende zu kündigen.
Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück.
Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Ich zahle
❑ bequem und bargeldlos per Bankeinzug (1/4-jährl.)

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut
❑ nach Erhalt der Jahresrechnung. Ein Widerrufsrecht besteht nicht.

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten SP10-001-WT127

SPIEGEL ONLINE Jeden Tag. 24 Stunden.



FABRIZIO BENSCH / REUTERS

Kommerz statt Kunst? Das „Tacheles“ muss womöglich einem Einkaufscenter weichen.

MULTIMEDIA | Wem gehört Berlin?
Penthouse-Yuppies gegen Hartz-IV-Mieter, Investoren gegen Bauwagenbewohner. Wie in der Hauptstadt der Kulturkampf um die Kiez-Herrschaft tobt, zeigt ein Video-Spezial von SPIEGEL ONLINE.

POLITIK | Schluss mit Fiesta
Schuldenstaat, Zwangsversteigerungen und eine Jugend ohne Perspektiven – Spanien stemmt sich gegen das Finanzfiasko. Ein SPIEGEL-ONLINE-Krisendossier aus dem liebsten Urlaubsland der Deutschen.

WIRTSCHAFT | Expo der Superlative
Es soll die schönste, größte, beste Weltausstellung aller Zeiten werden: In Shanghai beginnt in dieser Woche die Expo. SPIEGEL ONLINE berichtet vom Großereignis.

SPORT | Letzte Ausfahrt vor dem Endspiel?
Bayern und der HSV müssen sich beweisen – in den Halbfinal-Rückspielen von Champions und Europa League. SPIEGEL ONLINE ist live dabei.

NETZWELT | Boom-Boom
Bass ist, wenn der Schrank wackelt: SPIEGEL ONLINE hat iPod-Lautsprecher für daheim und unterwegs getestet – mit erstaunlichen Ergebnissen.

einestages.de | Schock-TV


WDR

Es war der erste große Fernsehskandal der siebziger Jahre: 1970 lief in der ARD „Das Millionenspiel“ – ein Thriller im Stil einer Reality-Show, bei der Killer einen Kandidaten jagen. Tausende Zuschauer beschweren sich über die Gewalt, Hunderte hielten den Plot für real. Dieter Thomas Heck spielte damals den Moderator – auf *einestages* erinnert er sich.

www.spiegel.de – Schneller wissen, was wichtig ist

SPIEGEL TV

MONTAG, 26. 4., 23.00 – 23.30 UHR | SAT.1
SPIEGEL TV REPORTAGE
Höllenengel und Banditen – Rockerkrieg in Deutschland


SPIEGEL TV

„Hells Angel“ Frank Hanebuth

Sie sehen sich selbst am liebsten als motorisierter Männerbund – hart, aber herzlich. Doch die deutsche Rockerszene ist auch geprägt von Organisierter Kriminalität und brutaler Gewalt gegen feindliche Clubs und Abtrünnige, Polizei und Staat.

DIENSTAG, 27. 4., 23.15 – 0.10 UHR | VOX
SPIEGEL TV EXTRA
Bis zur totalen Erschöpfung – Auswahlverfahren für das Jagdkommando, Teil 2
Zwei Wochen dauert das Auswahlverfahren für die Eliteeinheit des österreichischen Heeres. Nur 58 von 75 Anwärtern haben die ersten Tage überstanden. Physisch und psychisch bewegen sich die Bewerber inzwischen in einem Grenzbereich.

SAMSTAG, 1. 5., 20.15 – 0.15 UHR | VOX
SPIEGEL TV DOKUMENTATION
Raus auf die Straße! – Jugend zwischen Protest und Randale


SPIEGEL TV

Di Lorenzo

Die vierstündige Dokumentation zeichnet ein Kaleidoskop deutscher Protestkultur von den Anti-Atom-Kämpfen in Gorleben bis zu den Globalisierungsprotesten in Heiligendamm, sie zeigt aber auch die Versuche der extremen Rechten, eine braune Jugendbewegung in der ostdeutschen Provinz zu etablieren. Protest-Protagonisten und Zeitzeugen wie der Journalist Giovanni di Lorenzo kommen ausgiebig zu Wort.

SONNTAG, 2. 5., 21.55 – 22.40 UHR | RTL
SPIEGEL TV MAGAZIN
Pädophile Reformpädagogen – Innenansichten aus der Odenwaldschule; **Endstation einer Flucht –** Das afrikanische Dorf in Italien; **Illegaler Grenzverkehr –** Autodiebe im Dreiländereck.

GESTORBEN

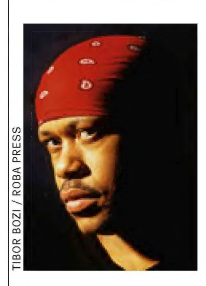
Alice Miller, 87. Bis wenige Wochen vor ihrem Tod kommunizierte die Autorin auf ihrer Web-Seite über das Thema ihres Lebens: die Verletzung kindlicher Seelen durch Missbrauch, Gewalt und jene ganz normale Erziehung, die nach ihrer Auffassung überflüssig und schädlich ist. In ihrem Bestseller „Das Drama des begabten Kindes und die Suche nach dem wahren Selbst" entfaltete Miller 1979 erstmals das Dilemma des sensiblen Kindes, das sich den Bedürfnissen der Eltern anpasst, indem es unerwünschte Gefühle unterdrückt und – um den Preis der eigenen emotionalen Lebendigkeit – vom Bewusstsein und der Erinnerung abspaltet. Die im damals polnischen Lemberg geborene Schweizerin, die 20 Jahre lang als Analytikerin praktizierte, verabschiedete sich 1980 von der therapeutischen Tätigkeit, aber auch von der psychoanalytischen Theorie. Die oft gewaltsame und manipulative Herrschaft Erwachsener über Kinder und die lebenslang wirksamen Schäden von Kindesmisshandlung wurden ihrer Erfahrung nach mit diesem System weder erkannt noch behoben. In Essays über Künstler wie Kafka, Joyce und Plath, aber auch über Delinquenten im Maßstab eines Adolf Hitler oder Saddam Hussein beschrieb sie die verschlungenen Wege von brutaler Ordnung und frühem Leid. Alice Miller starb am 14. April in der Provence.


JULIKA MILLER / SUHRKAMP VERLAG

Juan Antonio Samaranch, 89. Bei einem seiner letzten Auftritte nahm der Marqués eine Ehrung entgegen – für seine Verdienste um die Spiele in Peking 2008. Genau das hatte sein Wirken als Pate der olympischen Bewegung – von 1980 bis 2001 war er Chef des IOC – immer gekennzeichnet: zum einen das taktische Geschick, Mehrheiten zu beschaffen, und die Wahl Pekings galt in dieser Hinsicht als sein letzter großer Triumph; zum anderen die fehlende Berührungsangst gegenüber Diktatoren. Der Fabrikantensohn aus Barcelona diente einst Franco als Sportstaatssekretär, später als Funktionär verstand er sich aufs Türenöffnen: Mit Orden stimmte er die Mächtigen gewogen, darunter Ceauşescu und Honecker. Als das demokratische Spanien ihn als Botschafter nach Moskau schickte, begann der Asket, neue Kontakte zur kommunistischen Welt für seine Sportkarriere zu nutzen. Nach seiner Wahl wandelte er den Altherrenclub IOC zum Konzern. Olympia wurde zur Geldmaschine, anfällig jedoch für Korruption und Doping. In die Amtszeit des früheren Rollhockeyspielers fielen die Öffnung für Profis und der Bestechungsskandal um die Wahl von Salt Lake City 2002. Juan Antonio Samaranch starb am 21. April in Barcelona.


BERNARD BAKALIAN / FEDEPHOTO / STUDIO X

Keith Edward Elam, alias Guru, 43. „It's mostly tha voice", rappte er in einem Stück seiner Gruppe Gang Starr. Und tatsächlich, seine Stimme erkannte man immer sofort: rau und doch elegant, entspannt, aber bestimmt. Elam war kein Ghettokind, wie viele andere Rapper. Sein Vater war der erste schwarze Amtsrichter von Boston. Elam studierte, zog nach New York und formierte dort mit seinem Partner DJ Premier Gang Starr, eine der einflussreichsten Gruppen der HipHop-Geschichte. Gang Starr gelang es, die Aggressivität des HipHop mit der Stilsicherheit des Jazz zu verbinden. Gurus Nebenprojekt Jazzmatazz, für das er einige sehr renommierte Jazzmusiker gewinnen konnte, war die Konsequenz. Nachdem er sich mit DJ Premier überworfen hatte, wurde es still um Guru. Keith Edward Elam starb am 19. April in Suffern in der Nähe von New York an Krebs.


TIBOR BOZI / ROBA PRESS

Dede Allen, 86. Sie war die vielleicht wichtigste Cutterin in der Geschichte Hollywoods. Regisseure wie Sidney Lumet, Arthur Penn oder George Roy Hill schwärmten von ihr und sahen in ihr die bessere Hälfte einer glücklichen kreativen Ehe. In den sechziger Jahren gab Allen dem US-Kino das Tempo vor, mit den rasanten, stakkatohaften Schnitten am Ende des Gangsterfilms „Bonnie and Clyde". Doch sie war es auch, die Warren Beattys Kommunisten-Drama „Reds" (1981) den epischen Atem verlieh. Schon in ihrem ersten Film „Wenig Chancen für morgen", den sie 1959 schnitt, hatte sie gezeigt, dass sie aus harten, realistischen Sequenzen mühelos in fast lyrische Passagen übergehen konnte. Mit diesem Feingefühl modulierte sie bis ins hohe Alter Filme unterschiedlichster Genres und die Darstellungen von Stars wie Julia Roberts, Michael Douglas oder Denzel Washington. Dede Allen starb am 17. April in Los Angeles.


BETTMANN / CORBIS

Caroline, Jacqueline, John F. Kennedy 1960


KLEPONIS / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Bouvier Kennedy 2002

Caroline Bouvier Kennedy, 52, einziges noch lebendes Kind von **Jacqueline** und **John F. Kennedy,** wird ein jahrzehntelang gehütetes Geheimnis lüften. Sie hat sich entschlossen, bisher unveröffentlichte Interviews ihrer 1994 verstorbenen Mutter in einem Buch herauszugeben. Nur wenige Monate nach dem tödlichen Attentat auf John F. Kennedy im November 1963 sprach seine Witwe mit dem Historiker und Freund der Familie, Arthur Schlesinger. Bisher wissen nur sehr wenige Menschen, was die ehemalige First Lady zu sagen hatte: Sie verfügte, dass die Dokumente auf unbestimmte Zeit unter Verschluss blieben. Ihre Tochter Caroline, Erbin und Rechteinhaberin, hat nun angekündigt, die sechseinhalb Stunden Tonbandaufzeichnungen zu veröffentlichen. Es entsteht ein Buch mit Transkriptionen der Gespräche, dem eine CD beigelegt wird. Caroline Bouvier Kennedy firmiert als Herausgeberin und schreibt das Vorwort. Der Erscheinungstermin im nächsten Jahr fällt mit einem historischen Datum zusammen: 50 Jahre zuvor, 1961, wurde John F. Kennedy Präsident der Vereinigten Staaten.

Sigmar Gabriel, 50, SPD-Vorsitzender, trat vergangenen Montag als Kavalier der alten Schule in Erscheinung. Rote und grüne Spitzenpolitiker hatten vor der Bundespressekonferenz in Berlin für eine gemeinsame Koalition in Nordrhein-Westfalen geworben, wo am 9. Mai ein neuer Landtag gewählt wird. Nach dem Termin hielten die grüne Spitzenkandidatin Sylvia Löhrmann und ihr Sprecher Rudolf Schumacher Ausschau nach einem Taxi, das sie zum Bahnhof bringen sollte. Die Zeit war knapp, und Löhrmann sorgte sich um anschließende Termine im Wahlkampf. Gabriel sah die Notlage und überließ den beiden aus NRW seinen grauen Dienst-Mercedes nebst Fahrer. Er könne warten, sagte der SPD-Chef, Wahlkampfauftritte gingen vor.


IMAGO

Gabriel

Guido Westerwelle, 48, Bundesaußenminister und FDP-Parteichef, hat seine Vorstellung von Glück präzisiert. In einem Fragebogen für eine FDP-Imagebroschüre schreibt Westerwelle auf die Frage, was ihn glücklich mache: „Erwiderte Liebe.“ Von den Wählern erfährt Westerwelle die allerdings nicht: Seit dem Regierungsantritt sind seine Beliebtheitswerte stetig gesunken, er ist der unbeliebteste Außenminister seit Jahrzehnten. In der Broschüre geben auch die übrigen FDP-Abgeordneten auf je einer Doppelseite handschriftlich Auskunft über Glückstifter, beeindruckende Erlebnisse und ihre größten Versuchungen. Nur der frühere Parteichef Wolfgang Gerhardt verweigerte sich dem Imageprojekt seiner Fraktion. „Fragebögen haben mir noch nie sonderlich gut gefallen“, schreibt er in dem Heftchen. Und weiter: „Ob die Menschen das alles wissen wollen, frage ich mich selbst immer öfter. Das hat auch die Redaktion dieser schönen neuen Publikation eingesehen und mich dankenswerterweise von der Beantwortung der Fragen entbunden.“

Eric Poinsot, 43, katholischer Priester aus Besançon, verantwortet die erste offizielle Rekrutierungskampagne für Priester in Frankreich. „Jesus is my boss“ lautet der Slogan zur Job-Anzeige in Tageszeitungen und im Internet, in der ein attraktiver Schauspieler vor allem Jugendliche mit dem „unbefristeten Vertrag“ in den Dienst Gottes locken soll. Es sei nicht einfach, nach den schockierenden Pädophilenaffären für dieses Amt zu werben, gesteht Poinsot ein. Für die Zukunft gibt er sich optimistisch und kämpferisch: Frankreichs Kirche leide zwar an Priestermangel, „wir sind aber keineswegs eine aussterbende Spezies“.

Cornelia Schmalz-Jacobsen, 75, FDP-Politikerin und Ausländerbeauftragte der Bundesregierung von 1991 bis 1998, wurde vergangene Woche Opfer des Aschewolken-Chaos – und hatte Glück im Unglück. Nach einer Lesereise durch Israel war sie wegen der Sperrung des europäischen Luftraums am Flughafen Tel Aviv gestrandet. Eine 46-jährige Israelin, die auf den gleichen Flug gebucht war, nahm sie mit zu ihrem Bruder in ein Dorf südlich von Tel Aviv. Fünf Tage wohnte die Deutsche im Haus der Familie und wurde herzlich aufgenommen. Am Soldaten-Gedenktag sang das ganze Dorf die Nationalhymne, Schmalz-Jacobsen summte mit. Am darauffolgenden Unabhängigkeitstag erzählte Schmalz-Jacobsen die Geschichte ihres Buches. Es handelt von ihren Eltern, die während der Nazi-Zeit zahlreiche Juden retteten. Als die Deutsche sich für die Gastfreundschaft bedankte, sagten die Israelis: „Das ist doch das Mindeste, bei allem, was deine Eltern für uns getan haben.“ Am Flughafen schließlich ersparten ihr die neuen Freunde sogar die langwierige Befragung durch das Sicherheitspersonal. Sie schleusten sie in die Schlange für israelische Bürger und sagten den Beamten: „Die gehört zu uns.“

Majida Khattari, 43, in Marokko geborene Künstlerin mit Wohnsitz in Paris, hat einen provokanten Beitrag zur Debatte über islamische Kultur in Frankreich geleistet. In einer Performance ließ sie Models in verschieden gestalteten Burkas Seite an Seite mit einer fast nackten Frau auftreten. Khattari wollte mit der Show „auf die Komplexität und die Unklarheiten hinweisen, mit denen wir in Europa und besonders in Frankreich zu tun haben“, wenn es um den Islam geht. Sie hofft, dass eine Annäherung möglich ist: „Wie können wir *miteinander* leben, mit


EMMANUEL FRADIN / JERRYCOM / LAIF

Khattari (M.), Models

EMMANUELLE HAUGUEL / H & K

Louise Bourgoin, 28, französische TV-Wetterfee und Schauspielerin, ist trotz ihres glamourösen Aussehens bekennende Stubenhockerin. Die schlaksige Schönheit, die letzten Sommer hierzulande im Kinokrimi „Mädchen aus Monaco“ zu sehen war, wollte ursprünglich Kunstlehrerin werden. Doch sie fiel beim Examen durch, bewarb sich beim Fernsehen als Kinderanimateurin, wurde Wetteransagerin und hat allein 2009 in drei Spielfilmen mitgewirkt. Seit sie ihr Berufsziel aufgegeben habe, lebe sie von Tag zu Tag und sei „viel glücklicher“ dabei. Nur mit einer Angst kokettiert der attraktive Single: keine Kinder zu bekommen. „Ich möchte einen Jungen und ein Mädchen. Wenn ich zum Beispiel erst drei Mädchen bekomme, mache ich so lange weiter, bis ich auch einen Jungen habe.“

unseren unterschiedlichen Kulturen und Identitäten? Das ist die Frage, nicht, wie Frauen sich zu kleiden haben.“

Dirk Niebel, 47, Bundesentwicklungsminister, leidet unter mangelnder Anerkennung. Per E-Mail wandte er sich vorige Woche an die rund 72 000 FDP-Mitglieder und beklagte sich, dass sie ihn bei seiner schwierigen Aufgabe zu wenig unterstützten. Gute Entwicklungspolitik brauche „den stützenden Rückhalt der Partei“, schrieb der FDP-Politiker. Damit reagierte Niebel auf das Unverständnis darüber, dass die Liberalen stets die Abschaffung des Ressorts verlangt, nach der Wahl jedoch das Ministerium ohne Umschweife gekapert hatten. Niebel versucht, einen Schlusspunkt zu setzen: Die „alten Debatten um eine Abschaffung sind längst verebbt“, behauptet er. Mit Eigenlob spart er nicht: „Die neue Entwicklungspolitik besitzt einen globalen Fokus, keinen Stückwerkcharakter“. Deshalb könnten „unsere steuerzahlenden Bürger stolz sein“, dass Deutschland mit knapp 12 Milliarden Dollar Entwicklungshilfe in diesem Jahr drittgrößter bilateraler Geber sei.

David Lynch, 64, Kult-Regisseur („Wild at Heart“), will die Gewalt in französischen Vorstädten mit Hilfe von Esoterik eindämmen. In der Stadt Lille stellte er ein Projekt vor, das an zehn Schulen Kurse in „Transzendentaler Meditation“ für Schüler, Lehrer und Eltern anbieten soll. Erfunden wurde die Technik zur Selbstbesinnung in den fünfziger Jahren von dem Inder Maharishi Mahesh Yogi. Der Filmemacher mit Faible für alptraumhafte Blutorgien stieß in Lille bisher allerdings auf erbitterten Widerstand. Kinderschutzverbände unterstellen Lynch, er nutze seinen Ruf zugunsten einer Sekte, die labile Jugendliche mit ihren Techniken einlullen wolle. „Ich bin kein Guru“, versuchte Lynch zu beschwichtigen.


GETTY IMAGES

Lynch

Craig Cook, 43, querschnittsgelähmter US-Amerikaner, und **Minnie,** 28, südamerikanisches Kapuzineräffchen, feierten vor kurzem ein Jubiläum: Seit sechs Jahren erledigt Minnie diverse Handgriffe für den im Rollstuhl sitzenden Cook. Sie bringt ihm Besteck, bedient die Mikrowelle oder legt CDs auf. Dafür belohnt Cook das Äffchen mit der Erlaubnis, sich Baseballspiele im Fernsehen anzugucken. Mehrere Jahre hat die Ausbildung zur tierischen Behindertenhelferin bei der Stiftung „Helping Hands“ in Boston gedauert; 38 000 US-Dollar wurden investiert. Craig, dessen Verlobte sich nach seinem Autounfall von ihm trennte, hat übers Internet eine neue Freundin gefunden. In seinem Zimmer stehen aber nur zwei Fotos – von Minnie. Auf dem Rahmen des einen steht: „Daddy’s little princess“.


SÉBASTIEN MICKE / PARIS MATCH / SCCOP

Cook, Minnie

Hohlspiegel

Aus den „Ostfriesischen Nachrichten“: „Vier junge Menschen im Alter von 18 und 19 Jahren sind in Ostrhauderfehn von vier Männern in einem Haus überfallen und schnell gefasst worden.“

Vögeln wird unter die Arme gegriffen

Landratsamt Haßberge verbessert Lebensraum für Rohrweihe, Bekassine und Co.

Überschrift im „Haßfurter Tagblatt“

Aus der „Zeit“: „Aber diese Rückkehr zu Mustern traditionellen Erzählens desavouieren Ellroys Ambition einer geschlossenen enigmatischen Gegengeschichtsschreibung, die so schwer aufzudröseln und so avanciert ist wie Ludwig vans *Große Fuge*. Er ist eben doch nicht Beethoven.“

Nur jede vierte Frau ist eine Führungskraft

Aus der „Neuen Rhein/Ruhr-Zeitung“

Aus dem „Coburger Tageblatt“: „Kurz vor 16.30 Uhr krachte ein 52-Jähriger in der Wassergasse mit seinem Rad auf den vor ihm haltenden Renault und brach sich das Nasenbein. Dabei erlitt er eine Nasenbeinfraktur.“



Anzeige eines mobilen Pflegedienstes (in Teisendorf)

Aus „essen & trinken“: „Was immer Sie auf Santorin in den Mund stecken, schmeckt anders als anderswo. Nach Meer, nach Vulkan, nach Liebe. Das griechische Herz kocht mit.“



Hinrichtung trotz Allergie

Columbus – In Ohio ist

Aus der „Bild am Sonntag“

Rückspiegel

Zitate

Die „Berliner Zeitung“ zum SPIEGEL-Bericht „Wahlkampf – Bruder Jürgen“ über Jürgen Rüttgers’ Zukunftspläne (Nr. 16/2010):

Jeder wiedergewählte Bundespräsident kommt irgendwann in seiner zweiten Amtszeit an diesen Punkt: Das Interesse an ihm lässt zugunsten der Spekulationen um den Nachfolger nach, das Staatsoberhaupt wird zur lahmen Ente … So wird schon länger spekuliert, dass Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers das höchste Staatsamt fest im Visier habe. Deshalb werde er im Kanzleramt bereits spöttisch „der Herr Bundespräsident“ genannt, schreibt jetzt der SPIEGEL. Das passt auch deshalb gut, weil Rüttgers sich ohnehin wie eine Reinkarnation des populären einstigen NRW-Regierungschefs und späteren Präsidenten Johannes Rau geriert.

Der „Tagesspiegel“ zum SPIEGEL-Gespräch „Freiwillige Hilfen sind erlaubt“ mit Finanzminister Wolfgang Schäuble über die Steuerpläne der FDP (Nr. 16/2010):

Die Union hatte recht kühl darauf reagiert, als die FDP vor kurzem ihr Steuerreformkonzept eindampfte. Noch am Montag erschien im SPIEGEL ein Interview des Finanzministers, in dem Wolfgang Schäuble (CDU) sogar Tiefgekühltes zum Thema beisteuerte: „Der Koalitionsvertrag gilt“, gab Schäuble zu Protokoll, pflichtete aber gern dem Fragesteller bei, dass die Abmachung auch erfüllt wäre, wenn die schwarz-gelbe Regierung in dieser Wahlperiode gar keine Steuern mehr senkt: „Das ist jedenfalls kein Widerspruch, schließlich gibt es in dem Vertrag einen Finanzierungsvorbehalt.“ Das klang wie die Einladung zum nächsten Steuerstreit. Der ist so ungefähr das Letzte, was selbst die CDU und ihre Kanzlerin drei Wochen vor der Landtagswahl in NRW sich antun möchten.

Die „Süddeutsche Zeitung“ zur Dokumentationsabteilung des SPIEGEL:

(Die) mit Abstand größte Dokumentationsabteilung besitzt in Deutschland DER SPIEGEL. Ein Dokumentar kommt dort auf drei Redakteure, siebzig Fehlersucher sind es insgesamt. Mediziner, Physiker, Juristen, Volks- und Betriebswirte, Islamwissenschaftler oder Militärexperten durchforsten Zeile für Zeile … Dokumentations-Chef Hauke Janssen sagt, die genaue Überprüfung sei erst mal ein Kostenfaktor, zahle sich aber aus. Denn Geld könne man angesichts der vielen kostenlosen Konkurrenz aus dem Netz nur verdienen, wenn das gedruckte Wort zuverlässig ist.